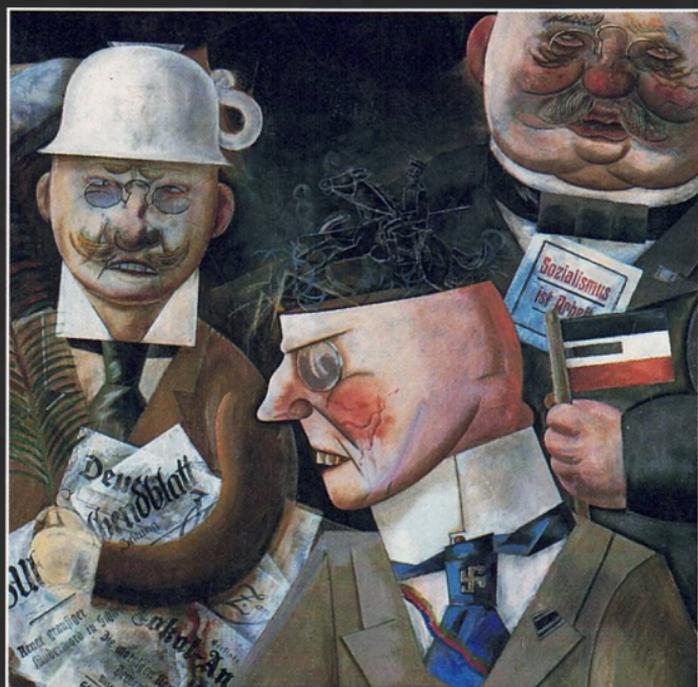


DEUTSCHE GESCHICHTE

Republik
und Diktatur
1918-1945



Herausgegeben von Heinrich Pleticha
BERTELSMANN LEXIKON VERLAG

DEUTSCHE GESCHICHTE – eine Gesamtschau in politischen, kulturellen und sozialgeschichtlichen Zusammenhängen – umfassend, übersichtlich und anschaulich. Die Jahre von 1918-1933 und von 1933 bis 1945 – Jahre voller Hoffnungen und selbstzerstörerischem Wahn, Jahre einer jungen Demokratie und der unmenschlichen rassistischen Diktatur. »Weimarer Republik« und »Drittes Reich« – die Republik, die vergeblich versucht, die Folgen einer Katastrophe zu überleben, und die Diktatur, die selbst zur Katastrophe für die Menschheit wird.

Deutsche Geschichte

Band 11

Republik und Diktatur
1918-1945

*Herausgegeben von
Heinrich Pleticha*

BERTELSMANN
LEXIKON VERLAG

Die Autoren dieses Bandes:
Werner Dettelbacher, Manfred Firmkes, Johannes ôlanz, Dr. Karl Kunze,
Dr. Hans Lamm, Dr. Günter Merwald, Dr. Hanswernfried Muth,
Christian Roedig, Winfried Stadtmüller, Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer,
Wolfgang Weismantel

Zeichnungen und Karten:
Hermann Schäfer

Redaktion: Erhard Bethke
Schlussredaktion: Birgit Willmann
Graphische Gestaltung: Hans Rossdeutscher

© Verlagsgruppe Bertelsmann GmbH / Bertelsmann Lexikon Verlag GmbH
Gütersloh 1993

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Verarbeitung: Elsnerdruck – Ein Mohndruck-Betrieb
Printed in Germany. ISBN 3-570-03765-7

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader 16

Inhalt

Ein Wort zu diesem Band	11
KARL KUNZE	
Der «Versailler Vertrag»	14
Das Ende einer Epoche	14
Das Ringen um den Frieden	16
Das Diktat der Sieger	18
Kriegsschuldfrage	21
WOLFGANG WEISMANTEL	
DIE REPUBLIK VON WEIMAR: EINE DEUTSCHE DEMOKRATIE OHNE DEMOKRATEN?	
Alle Macht den «Räten» – Wer stellt die Weichen für die Zukunft?	29
Mit den alten Kräften in eine demokratische Zukunft?	31
Demokraten unterzeichnen den «Schmachfrieden»	36
Eine liberale Verfassung für eine autoritätsgläubige Gesellschaft	40
Demokraten und Radikale: Die Parteien im Reichstag	42
Der «Kapp-Putsch» – Arbeiter und Bürger retten die junge Republik	44
Die Linken schlagen und die Rechten schonen: Mit zweierlei Mass gegen Feinde der Republik	46
Die Reichsregierung zwischen Reparationsforderungen und Rufmordkampagnen	49

Die Franzosen besetzen das Ruhrgebiet	51
Der «Ruhrkampf» – Der kleine Mann als Held einer Politik ohne Perspektive	54
Die Mark stürzt ins Bodenlose: Inflation – Das ungleiche Schicksal von Sparern und Spekulanten	56
Die «Rentenmark»	59
Angriffe von links und rechts – Retten die Generäle die ungeliebte Republik?	60
Ausgleich mit den Nachbarn in Ost und West	65
Der «Geist von Locarno»: Das Ende der Erbfeindschaft	68
Die Republik im Schatten der «Weltwirtschaftskrise»	71
Das klägliche Ende der Grossen Koalition – Die Radikalen wittern ihre Stunde	76
Der Anfang vom Ende – Eine Regierung über den Köpfen des Parlaments	77
Papen und Schleicher – Zwei Intriganten besiegeln das Schicksal der Republik	80

MANFRED FIRNKES
Die Weimarer Verfassung 87

Auf dem Weg zur neuen Verfassung: Zwischen Föderalismus und Zentralismus	88
Staat, Staatsorgane, Länder	89
Der Reichstag – Gebildet von gewählten Abgeordneten	91
Machtfülle des Reichspräsidenten	92
Grundrechte und Grundpflichten	94
Schwäche und Ende der Weimarer Verfassung	95

WERNER DETTELBACHER
Die Jugendbewegung 97

Der Wandervogel und das neue Lebensgefühl	97
Landheime, Jugendherbergen, Volkstanz	98
Vaterland, Ideologien, Zukunftssuche	101
Pfadfinderbewegung, Turn- und Sportjugend	102
Die Arbeiterjugend	104
Der Christliche Verein Junger Männer (CVJM)	104
Der Quickborn	107

GÜNTER MERWALD
Deutsche Literatur
von «Dada» bis «Blut und Boden» • 108

Der Roman der zwanziger Jahre	111
Zivilisations- und Zeitkritik in Gedicht und Feuilleton: Tucholsky, Kästner, Brecht	114
Das ‚neue‘ Volksstück – Von Zuckmayer zu Brechts Lehrstücken	115
‚Konservative‘ Autoren der Zeit: Bewährung durch Bewahrung – Und: Hesses «Weg nach innen»	116
Innere Emigration und deutsche Exilliteratur	119

JOHANNES GLANZ

Theater und Film in den zwanziger und dreissiger Jahren	123
Organisiertes politisches Theater	124
Berlin – Hauptstadt des deutschen Theaters	125
Die «Provinz»	128
Macht und Ohnmacht der Kritik «Gleichschaltung»	129
130	
‚Märchenland‘ Film in den zwanziger Jahren	131
Die Welt der Kleinbürger in den Kammerspielfilmen	132
Bestandsaufnahme und zielgerichtete, soziale Zeitkritik	134
Tonfilm – ein «denaturiertes Monstrum»?	134
Die Situation nach der Machtübernahme Hitlers	136
Für Deutschland leben und sterben	138

HANSWERNFRIED MUTH

Der Weg in die Moderne – Kunst
zwischen den Kriegen

	139
Tendenzen der bildenden Kunst – Abstraktion und Realität	140
Grundlagen einer neuen Architekturauffassung	140
Der deutsche Expressionismus in Malerei und Graphik	142
Der «Blaue Reiter»	144
Der «Neorealismus» in Deutschland	145
Max Beckmann, Carl Hofer, Oskar Kokoschka	145
Neues Bauen: Architektur im 20. Jahrhundert	147
Der Angriff der Diktatur auf die moderne Kunst	149

WINFRIED STADTMÜLLER	
Gesellschaft und Wirtschaft	
zwischen den Weltkriegen	
	155
Inflation	156
Währungsreform, Kredite, Rationalisierung – Eine	
Wirtschaftsblüte	157
Not der Kleinbetriebe und Bauern	158
Ende der Scheinblüte – Depression und Arbeitslosigkeit	159
Die Arbeitnehmer in der «Weimarer Republik» – Geringe	
Fortschritte	160
,Enteignung' des Mittelstandes	162
Von latenter Unzufriedenheit zur «Gleichschaltung» der	
«Volksgemeinschaft»	163
«Arbeitsfront» und «Kraft durch Freude»	164
Hitler, die Industrie und der «Reichsnährstand»	166
Schon 1936 – Menschenverachtende Kriegswirtschaft	168
HANS-ULRICH THAMER	
Grundlagen des Nationalsozialismus	
	170
Die Anti-Bewegung und ihre Leitbilder	171
Hitler im Bann von Rassen-Antisemitismus, Antimarxismus	
und Sozialdarwinismus	171
Krieg als Ideal und Voraussetzung für die Erringung von	
«Lebensraum»	174
Wirkung durch Doppelgesichtigkeit: Vergangenheitsbezogen und	
technokratisch-modern – reaktionär und sozial – kämpferisch	
und national	175
Führerprinzip als einigende Kraft	178
Parteiorganisationen und «Sonderprogramme» für die	
verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen	180
Militarisierung und Uniformierung	181
Soziales Profil der Mitglieder und Wähler	183
HANS-ULRICH THAMER	
DAS «DRITTE REICH»	
	189
Die Machtergreifung – «Nationale Erhebung» oder national-	
sozialistische Revolution?	190
Stufen und Formen der «Gleichschaltung»	191
Der Reichstagsbrand – Grundlage für den NS-Terror	193

Wahl im Klima des Terrors	193
Bürgerliche Zustimmung – Das «Ermächtigungsgesetz»	195
Selbstunterwerfung der Beamtenschaft	201
«Gleichschaltung» der Parteien	203
«Gleichschaltung» der Länder	204
Einparteienstaat im Spannungsfeld parteiischer Einzelinteressen	205
«Gleichschaltung» der Gesellschaft: Gewerkschaften, Bauern, Industrie	208
Ausschaltung der inneren Opposition: Der ‚Röhm-Putsch‘ als Vorwand	209
Der Führerstaat	212
Symptomatisch für den Führerstaat: der Aufstieg der SS	214
Dynamik und Radikalität als Folge der Kompetenzspannungen	218
Führermythos	218
Die nationalsozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik	219
Arbeitsbeschaffung	220
Rüstungswirtschaft, Wirtschaftspläne und Autarkie	223
Die deutsche Gesellschaft im «Dritten Reich»	227
Die Arbeiterschaft im «Dritten Reich»	228
Mittelstand und Bauern	230
Nationalsozialistische Aussenpolitik zwischen Revision und Expansion	231
Durchbrechen der Isolation und Partnersuche	232
Ursachen der Isolation	236
Britische «Appeasement-Politik» und deutsche Expansionspolitik	237
Der Weg in den Krieg – Nationalsozialistische Aussenpolitik 1937-1939	239
Österreich	240
Die «tschechische Frage»	241
Radikalisierung	244
Polen	245
HANS LAMM	
Die Juden im «Dritten Reich»	250
Antijüdische Massnahmen im Deutschen Reich 1933-1945: Hetze, Diffamierung, Gesetze, Inhaftierungen	250
Der Elendsweg der jüdischen Einwohner des Deutschen Reiches	255
Deportation und Massenmord	257
Die Rolle Hitlers bei der Vernichtung der Juden	266

HANS-ULRICH THAMER
Der deutsche Widerstand 269

Der kommunistische Widerstand	271
Die «Rote Kapelle»	272
Der sozialdemokratische Widerstand	272
Die Goerdeler-Beck-von Hassell-Gruppe	273
Der «Kreisauer Kreis»	275
Kirche und Jugend im Widerstand	276
Der 20. Juli 1944	277

CHRISTIAN ROEDIG

Der Zweite Weltkrieg	284
Der «Blitzsieg» über Polen	285
Vom «Sitzkrieg» zum Westfeldzug	288
Das Unternehmen «Seelöwe» scheitert	290
Krieg im Mittelmeer	291
Der Überfall auf die Sowjetunion	291
Hitlers Kriegsplan für Russland scheitert	296
Die Ausweitung zum Weltkrieg	299
Die militärische «Wende» im Jahr 1942	300
Der U-Boot-Krieg muss aufgegeben werden	302
Alliierte Bombenangriffe	303
Konflikte im alliierten Lager	304
Der deutsche Zusammenbruch	306
Kriegsende in Asien	309
Allgemeine Literaturhinweise	310
Sach-und Namensregister	311
Abbildungsnachweis	320

Ein Wort zu diesem Band

Dieser elfte und damit vorletzte Band unseres Geschichtswerkes umfasst die Zeit vom «Versailler Frieden» 1919/20 bis zum Ende des «Zweiten Weltkriegs» 1945. Das sind nur 26 Jahre, der kürzeste Zeitraum also, der in einem Band behandelt wird, zugleich aber auch ein besonders folgenreicher und wichtiger. Das sogenannte «Zweite Deutsche Kaiserreich» hatte knapp ein halbes Jahrhundert bestanden und war zu Ende des «Ersten Weltkriegs» auseinandergebrochen, mit ihm auch jene deutschen Fürstentümer, die ihren Bestand über den alten «Deutschen Bund» in dieses Reich hatten hinüberretten können. Als am 9. November 1918 Philipp Scheidemann die Republik ausrief, begann eine neue Epoche deutscher Geschichte.

Doch die erste Phase, die «Weimarer Republik», dauerte nur fünfzehn Jahre, eine turbulente Zeit, in der die einen mühsam versuchten, den neuen Staat aufzubauen und zu festigen, während andere darangingen, ihn wieder zu zerstören. Die Bedingungen des Versailler Friedensvertrags mussten erfüllt und ihre einschneidenden Folgen mühsam überwunden werden. Mit den dabei auftretenden Problemen beschäftigt sich das einleitende Kapitel dieses Bandes, das einerseits die Klammer bildet zum vorangegangenen Band und andererseits überleitet zum ersten Hauptabschnitt, der die Jahre der «Weimarer Republik» mit Ruhrkampf und Inflation, internationaler Anerkennung unter Stresemann und der durch Wirtschaftskrise und antidemokratische Strömungen geförderten Auflösung behandelt. Den zweiten Hauptabschnitt bildet dann das Kapitel über die ersten Jahre des sogenannten «Dritten Reiches» von 1933 bis zum Kriegsausbruch von 1939. Es analysiert die Entstehung der nationalsozialistischen Diktatur ebenso wie die gesellschaftliche Struktur des Hitler-Staates und die Aussenpolitik. Die Jahre des «Zweiten Weltkriegs» werden dann abschliessend in einem eigenen Kapitel behandelt.

Die Friedensschlüsse von 1919/20 bedeuteten auch das Ende der alten habsburgischen Donaumonarchie. Wir haben ihre Schicksale im Reichsverband über die Jahrhunderte hinweg bis 1866 verfolgt, als die von Bismarck auf dem Schlachtfeld erzwungene kleindeutsche Lösung die Trennung brachte. Mit der Eingliederung Österreichs und der sudetendeutschen Gebiete 1938 in das «Grossdeutsche Reich» und der erzwungenen Schaffung des sogenannten «Protektorats Böhmen und Mähren» im Frühjahr 1939 kehrten noch einmal für wenige schicksalsschwere und blutige Jahre Teile dieser alten habsburgischen Länder in den Reichsverband zurück.

Um die genannten Hauptabschnitte über «Weimarer Republik» und «Drittes Reich» gliedern sich eine Anzahl anderer Kapitel, die teils besondere Einzelfragen behandeln, teils sich in Fortsetzung der in den vorangegangenen Bänden entwickelten Linie mit kulturellen Aspekten beschäftigen. So erscheint die Verfassung der «Weimarer Republik» als Bindeglied zwischen der Reichsverfassung von 1848 und der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland wichtig genug, ihr ein eigenes Kapitel zu widmen. Da man die politische Entwicklung der Hitler-Diktatur nicht verstehen kann, ohne die geistigen Grundlagen des Nationalsozialismus zu kennen, werden diese und die damit zusammenhängenden weltanschaulichen Vorstellungen eigens untersucht. Ebenso dringend erforderlich schien es, den aus der nationalsozialistischen Ideologie erwachsenen Antisemitismus und die Verfolgungen der Juden in ihren entscheidenden Phasen bis zu den Massenmorden der «Endlösung» von einem berufenen Fachmann untersuchen und darstellen zu lassen. Schliesslich verdient der Widerstand gegen das Hitlerregime hervorgehoben zu werden, fanden sich in ihm doch profilierte Persönlichkeiten aus allen Schichten der Bevölkerung, die unter dem Einsatz ihres Lebens versuchten, den Teufelskreis der Diktatur zu durchbrechen.

Eine gewisse Sonderrolle spielt das Kapitel über die Jugendbewegungen der zwanziger und beginnenden dreissiger Jahre, da es ohne Verbindung zu früheren Bänden steht. Tatsächlich bietet es ein Spiegelbild der Zeit; denn die Suche der jungen Generation nach einer neuen Ordnung und besseren Zukunft ist kennzeichnend für das Jahrzehnt nach dem «Ersten Weltkrieg». Aber die «Suche nach der blauen Blume» endete auf den Schlachtfeldern des «Zweiten Weltkrieges». Bildende Kunst, Literatur und Theater erlebten in den «Goldenen Zwanzigern» noch einmal eine kurze Blüte, bis auch hier die Gleichschaltung im «Dritten Reich» jede Weiterentwicklung weitgehend verhinderte. Zu den künstlerischen Ausdrucksformen dieser Jahre gehört auch der Film, dessen Entwicklung daher ebenfalls behandelt wird.

Wie in keinem der Bände zuvor standen Autoren und Redaktion vor dem Problem, auf engem Raum eine Überfülle von unterschiedlichsten Entwicklungen und Fakten darstellen zu müssen. Die Zeit der «Weimarer Republik» und des NS-Staates mit ihren Problemen, Katastrophen und Verbrechen lässt sich hier nur in grossen Zügen und Schwerpunkten erfassen. Der Leser bleibt aufgerufen, sein Wissen mit Hilfe der reichen Spezialliteratur zu vertiefen. Unmöglich war es auch, die ganze Dimension der NS-Greuel und Kriegsleiden zu dokumentieren oder sie nur annähernd in ihren Abscheulichkeiten sichtbar zu machen. Bewusst wurde versucht, in Text und Bild die Sensation der grossen Zahl und Schrecken zurückzudrängen und in allem den Bezug zum Menschen, zum Einzelnen, zu wahren.

Wieder ergänzen Biographien (Porträts) und Quellentexte (Texte der Zeit) die Darstellungen, und Informationskästchen erläutern einzelne Begriffe und Vorgänge. Besondere Aufmerksamkeit wurde wie in allen Bänden einer authentischen Illustration gewidmet: das Foto, allerdings überwiegend in Schwarzweiss, bestimmt nun die Darstellung politischer und kultureller Vorgänge – immer mehr von den Herrschenden für Werbung und Propaganda eingesetzt.

Am Ende eines jeden Kapitels findet der Leser spezielle Literaturhinweise, am Ende der Hauptkapitel auch eine Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse der Epoche in der Übersicht «Stichworte zur Zeit». Am Ende des Buches wird eine Übersicht über allgemeine und weiterführende Literatur aufgenommen. Herausgeber und Verlag

Sigel:

J.G.	= Johannes Glanz
H. Hü.	= Dr. Horst Hübel
G.M.	= Dr. Günter Merwald
G.M.	= Dr. Hanswernfried Muth
G.G.S.	= Gerhard Schatt
M.M.S.	= Margarete Schwind
H.-U.T.	= Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer
W.W.	= Wolfgang Weismantel

K: verweist auf Informationskästchen mit Erläuterungen wichtiger und für die Zeit symptomatischer Begriffe und Vorgänge.

Hinter Namen aus Politik und Kultur sind im Allgemeinen die Lebensdaten angegeben, gekennzeichnet durch Geburtsjahr (*) und Todesjahr (†). Bei Ausübung eines Amtes wird von Fall zu Fall auch die Dauer der Amtsführung genannt.

KARL KUNZE

Der «Versailler Vertrag»

Die Folgen des Krieges – Das Ende der europäischen Vorherrschaft
in der Welt – Wilsons 14 Punkte – Das Ringen um den Frieden –
Das Diktat der Sieger – Reparationen und Kriegsschuld –
Der Friedensvertrag als Last für die Zukunft Europas.

Als am 11. November 1918 der Waffenstillstand im Wald von Compiègne nördlich von Paris unterzeichnet wurde, ging ein über 51 Monate dauerndes, erbittertes Ringen zu Ende. Ganz Europa befand sich in einem nie gekannten Zustand der physischen und psychischen Erschöpfung. Etwa 9 Millionen junge Männer waren gefallen, noch mehr zu Krüppeln geworden. Die Zivilbevölkerung der am Kriege beteiligten Staaten hatte ebenso gelitten. Durch jahrelange Unterernährung, durch Seuchen wie Typhus, Cholera oder Tuberkulose waren wohl ebensoviele Menschen umgekommen wie auf den Kriegsschauplätzen. Dörfer, Städte und Felder waren verwüstet worden; Not, Elend und Hoffnungslosigkeit lähmten viele, die mit dem Leben davongekommen waren.

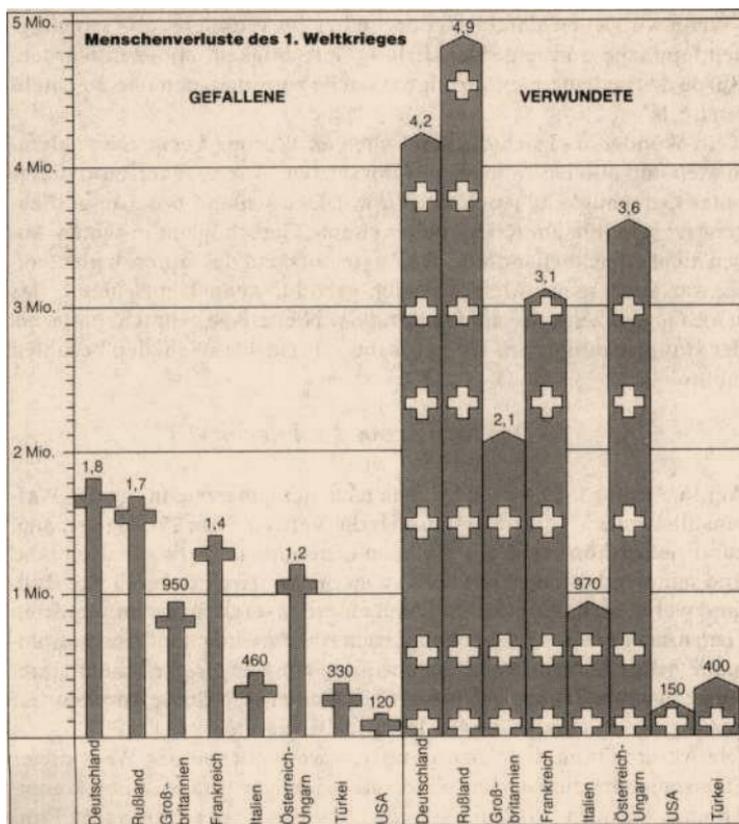
Das Ende einer Epoche

Das alte europäische Staatensystem, das jahrhundertlang die Geschehnisse der Kontinente und der Welt bestimmt hatte, war zusammengebrochen. Die drei mächtigen Monarchien in Mittel- und Osteuropa, die nach dem «Wiener Kongress» als «Heilige Allianz» den Frieden in Europa für ein halbes Jahrhundert gesichert hatten, waren untergegangen: Im ehemaligen russischen Zarenreich tobte der Bürgerkrieg zwischen den Bolschewisten und ihren Gegnern. Die österreichisch-ungarische Donaumonarchie löste sich in mehr oder weniger nationale Staaten auf. In Deutschland wurde die Republik ausgerufen.

Aber nicht nur die Unterlegenen hatten durch den Krieg gelitten. Frankreich hatte 1,3 Millionen Gefallene zu beklagen. Grosse Teile seines Staatsgebietes waren jahrelang umkämpft und besetzt gewesen.

Bergwerke, Fabriken und andere Industrieanlagen lagen in Schutt und Asche. Seine Hauptstadt war zeitweise im Geschützfeuer der deutschen Artillerie gelegen. Auch Italien hatte in den erbitterten Kämpfen an der Alpenfront einen hohen Blutzoll entrichtet. Das neutrale Belgien war jahrelang Schauplatz blutiger Kämpfe gewesen. England hatte zwar weniger durch den Krieg gelitten; aber seine Stellung als grösste Handels- und Kolonialmacht war erschüttert.

Das Ende der europäischen Vormachtstellung zeigte sich wohl am deutlichsten darin, dass der Krieg durch das Eingreifen einer aussereuropäischen Macht beendet wurde. Erst das Erscheinen der USA auf den Schlachtfeldern hatte der deutschen militärischen Führung bewiesen, dass eine Fortführung der Kämpfe ebenso hoffnungslos wie sinnlos war.



Die Not der Gegenwart liess die Menschen auf ein friedliches und besseres Leben in der Zukunft hoffen. In Russland erschien vielen Lenin der Gestalter einer hoffnungsvollen Zukunft; im Westen sahen viele in Thomas Woodrow Wilson (1913-1921), dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Baumeister einer sicheren und demokratischen Zukunft, der die aus den Fugen geratene Welt nach den Grundsätzen des Rechtes neu ordnen werde. Er verkündete die Vision eines ewigen Völkerfriedens auf der Grundlage des Rechtes und des friedlichen Ausgleichs. In seinen 14 Punkten vom Januar 1918 hatte er die Abschaffung der Geheimdiplomatie, die Freiheit der Schifffahrt und des Handels, allgemeine Abrüstung, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Errichtung eines Völkerbundes zur Schlichtung aller Streitigkeiten und zur Sicherung des Friedens gefordert. Auch den Besiegten hatte er gerechte Behandlung versprochen. «Wenn wir Deutschland jetzt oder später etwas anderes als Gerechtigkeit, einfache und leidenschaftslose Gerechtigkeit, anbieten würden, würde das bedeuten, unsere eigene Sache zu verleugnen und zu entehren [...]»

Kein Wunder, dass sich die Deutschen an Wilsons Versprechen klammerten und alle Hoffnungen auf ihn setzten. Was aber verstand dieser unter Gerechtigkeit? Auch für ihn war Deutschland bösartig und aggressiv; schuldig am Krieg; daher konnte Gerechtigkeit in seinen Augen nicht Gleichbehandlung des Aggressors und des Opfers bedeuten. Es war auch seiner Meinung nach gerecht, wenn Deutschland, das seine Gegner zeitweise an den Rand der Niederlage gebracht hatte, als der Hauptschuldige am Krieg für die verursachten Schäden bezahlen musste.

Das Ringen um den Frieden

Am 18. Januar 1919 – zwei Monate nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes – versammelten sich die Vertreter von 27 Siegerstaaten zur Friedenskonferenz im Aussenministerium in Paris. Deutschland und seine Verbündeten sowie das vom Bürgerkrieg heimgesuchte Russland waren nicht zugelassen. Die Konferenz selbst stand im schroffen Gegensatz zu Wilsons Forderung nach Abschaffung der Geheimdiplomatie. Alle wichtigen Beschlüsse wurden von den Grossmächten hinter verschlossenen Türen getroffen. Die kleineren Mächte konnten auf den wenigen Plenarsitzungen lediglich zustimmen.

Die Ausarbeitung des Vertrags war im Wesentlichen das Werk dreier Staatsmänner, die sich in keiner der wichtigen Fragen einig waren. Thomas Woodrow Wilson, Geschichtspräsident der Universität Princeton war



Friedensdiktat. Historisches Dokument der «Berliner Illustrierten» von den Verhandlungen in Versailles: Überreichung der Friedensbedingungen an die deutsche Abordnung im Speisesaal des Trianon-Palasthotels. In das Bild eingeklinkt eine Skizze der Sitzordnung: Rechts die Delegierten der Entente, hinten links vor dem Fenster die deutschen Vertreter. Aufnahme der Zeitschrift «Tillustration» vom 7.5.1919.

der idealistische Verfechter einer Weltordnung freier und gleichberechtigter Staaten, die in einem Völkerbund zusammengefasst sein sollten. Mit Hilfe demokratischer Verfahrensweisen sollten in Zukunft Streitfragen geregelt und damit Kriege verhindert werden. Der fast achtzigjährige französische Ministerpräsident Georges Clemenceau (*1841, † 1929) stand der Vision Wilsons skeptisch gegenüber. Er hatte die Niederlage und Besetzung Frankreichs 1871 und die Abtrennung Elsass-Lothringens miterlebt und wusste, dass Deutschland an Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft seinem Land überlegen war. Die Sicherheitsinteressen Frankreichs schienen eine Schwächung Deutschlands durch Abtretung möglichst grosser Gebiete im Westen wie im Osten und die Auferlegung hoher Reparationen zu verlangen. Er war aber durchaus zu Kompromissen bereit, wenn Wilson und der britische Premierminister David Lloyd George (1916-1922)

überhöht erscheinende Forderungen ablehnten. Von seinen politischen Gegnern in Frankreich wurde er sogar mehrfach des Verrats an französischen Interessen bezichtigt. Der englische Premierminister Lloyd George sah sein Ziel in der Schwächung Deutschlands als Konkurrent im Welt-handel und in der Kolonialpolitik, aber er trat vielfach für die Interessen Deutschlands ein, da er wohl wusste, dass eine überstarke Belastung des geschlagenen Gegners diesen nicht zu einem friedlichen Mitglied der Völkergemeinschaft machen würde, sondern die Gefahr neuer Konflikte heraufbeschwor.

Das Diktat der Sieger

Nach fast viermonatigen Beratungen der Grossmächte billigte die Vollversammlung der Konferenz das Vertragswerk. Am 7. Mai 1919 wurde der deutschen Delegation unter der Führung des Reichsaussenministers Graf von Brockdorff-Rantzau (1918-1919), die erst kurz vorher in Paris eingetroffen war, der 440 Artikel umfassende Vertrag übergeben. Clemenceau hielt eine kurze Ansprache, in der er das harte Wort von der «Stunde der Abrechnung» prägte. Mündliche Verhandlungen wurden nicht gestattet; die deutschen Bevollmächtigten erhielten eine Frist von 14 Tagen, in der sie ihre «Bemerkungen» zum Vertragstext der Konferenz überreichen konnten. In seiner Antwortrede wies Brockdorff-Rantzau – ohne den genauen Text zu kennen – die These von der Alleinschuld Deutschlands am Krieg zurück, übte an der von den Alliierten immer noch aufrechterhaltenen Hungerblockade und an der Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen Kritik, betonte aber auch den guten Willen Deutschlands, Schäden und Unrecht wiedergutzumachen.

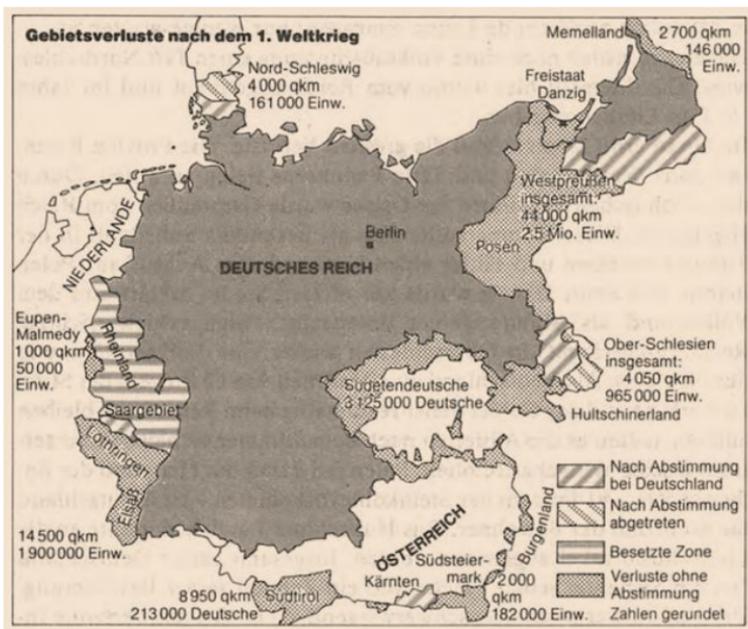
Als der Vertragsinhalt in Deutschland bekannt wurde, erhob sich überall flammender Protest. Ministerpräsident Philipp Scheidemann (Februar-Juni 1919) nannte ihn ein «Gitterwerk, hinter dem 60 Millionen Deutsche als Gefangene schmachten müssten».

Reichspräsident Friedrich Ebert (1919-1925) sprach von «Gewalt ohne Mass und Grenzen», die dem deutschen Volk angetan werden solle. Er befürchtete, dass aus einem solchen aufgezwungenen Frieden neuer Hass zwischen den Völkern und neues Morden erwachse.

Da die Siegermächte die deutschen Einwände und Gegenvorschläge nicht entsprechend berücksichtigten, trat die Regierung Scheidemann unter Protest zurück: die erste deutsche republikanische Regierung war unter ausserpolitischem Druck zerbrochen. Daraufhin richteten die Alliierten ein Ultimatum an Deutschland. Ein Teil der Abgeordneten trat für die Ableh-

nung des Vertrags ein, andere stimmten für die Annahme, aber nur weil sie eine Besetzung Deutschlands durch die Alliierten, den Verlust des Rheinlands und Ruhrgebiets, ja das Ende des deutschen Staates überhaupt befürchteten. Eine Wiederaufnahme der Kämpfe war ohnehin ebenso sinnlos wie unmöglich. So entschloss sich die neue Regierung zur Unterzeichnung des Vertrags. Ihr Protest gegen das darin enthaltene Unrecht verhallte ungehört. Die Unterschrift fand am fünften Jahrestag des Mordes von Sarajewo in demselben Spiegelsaal des Schlosses von Versailles statt, in dem 1871 das neue Deutsche Reich proklamiert worden war.

Das Vertragswerk beginnt – dies musste den Deutschen als Ironie erscheinen – mit der Satzung des Völkerbunds, zu dem Deutschland der Beitritt zunächst verwehrt war. Dieser Völkerbund war freilich trotz aller guten Vorsätze nicht ein Weltparlament freier und gleichberechtigter Staaten, sondern eine nur zu oft ohnmächtige und zugleich schwerfällige Organisation. Zwar hatte in der Vollversammlung jedes Mitgliedsland eine Stimme; aber im Rat erhielten die Grossmächte als ständige Mitglieder das Übergewicht, so dass der Bund vor allem den Deutschen als ein Instrument zur Aufrechterhaltung einer Vorherrschaft Frankreichs und Englands er-



scheinen musste. Am schlimmsten wirkte sich aus, dass Wilson in seiner Heimat nicht die nötige Unterstützung fand und die USA dem Bund nicht beitraten. Auch die Sowjetunion stand bis 1934 abseits. So war der Völkerbund anfangs in Umfang und Struktur ein Torso und konnte die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen.

Die territorialen Bestimmungen des «Versailler Vertrages» sahen die Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich vor. Clemenceaus Forderung, das gesamte linksrheinische Gebiet von Deutschland abzutrennen, wurde von Wilson und Lloyd George abgelehnt. Um dem französischen Sicherheitsbedürfnis entgegenzukommen, stimmten aber beide der Schaffung einer «entmilitarisierten Zone» bis zu einer Linie 50 km östlich des Rheins zu, in der das Reich weder Truppen noch militärische Anlagen unterhalten durfte. Auch einer französischen Annexion des Saargebiets widersetzten sich die anderen Siegermächte. Es wurde daher dem Völkerbund unterstellt; Frankreich erhielt für 15 Jahre die Nutzung der Kohlegruben. Nach dieser Zeit sollte die Bevölkerung entscheiden, ob sie den Anschluss an Frankreich oder Deutschland wünsche.

Belgien erhielt das vorwiegend wallonische Malmédy sowie das deutschsprachige Eupen. Wer gegen die Abtrennung war, konnte sich in öffentlich ausliegende Listen eintragen; nur wenige wagten es.

Dänemark erhielt nach einer Volksabstimmung einen Teil Nordschleswigs. Das Memelgebiet wurde vom Reich abgetrennt und im Jahre 1923 an Litauen gegeben.

Im Osten erlitt Deutschland die grössten Verluste. Die Provinz Posen, fast ganz Westpreussen und Teile Pommerns fielen an Polen. Durch den «Polnischen Korridor» zur Ostsee wurde Ostpreussen vom Reich abgetrennt. Diese Lösung sollte sich als besonders unheilvoll in der Zukunft erweisen und Hitler einen Vorwand zum Angriff auf Polen liefern. Die Stadt Danzig wurde zur «freien Stadt» erklärt und dem Völkerbund als Mandatsgebiet unterstellt; Polen erhielt wichtige Rechte eingeräumt. In Oberschlesien wurde eine Volksabstimmung durchgeführt. Als Deutschland eine Mehrheit von 60 Prozent der Stimmen erhielt und das Gebiet daher rechtmässig beim Reich hätte bleiben müssen, teilten es die Alliierten nach dem Stimmenverhältnis und zerstörten seine Wirtschaftseinheit. Polen fiel damit der Hauptteil der Bodenschätze – 91 Prozent der Steinkohlevorkommen – zu, Deutschland die Mehrzahl der Bewohner. Das Hultschiner Ländchen musste an die Tschechoslowakei abgetreten werden. Insgesamt verlor Deutschland fast ein Siebtel seiner Fläche und ein Zehntel seiner Bevölkerung. Der Verlust war besonders schwerwiegend, da es sich um

wertvolle Industriegebiete mit 75 Prozent der deutschen Eisenerz- und 28 Prozent der Kohleförderung sowie um landwirtschaftliche Überschussgebiete handelte.

Die deutschen Kolonien wurden mit der Begründung, dass Deutschland nicht fähig sei, Kolonien zu verwalten, unter die Siegerstaaten als Mandatsgebiete verteilt. Diese sollten als Treuhänder wirken und dem Völkerbund jährlich Rechenschaft ablegen.

Entgegen dem von Wilson propagierten Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde der Anschluss Deutsch-Österreichs trotz des einstimmigen Beschlusses seiner vorläufigen Nationalversammlung an Deutschland verboten. Das von Frankreich besetzte linke Rheinufer sowie die Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz sollten vorläufig besetzt bleiben und in Etappen von fünf, zehn und fünfzehn Jahren geräumt werden. Die Besatzungskosten wurden dem Deutschen Reich aufgebürdet.

Einschneidend waren auch die Rüstungsbeschränkungen. Um keine ausgebildeten Reserven entstehen zu lassen, durfte Deutschland nur ein Berufsheer von 100'000 Mann unterhalten. Es sollte «nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei bestimmt» sein. Die deutsche Hochseeflotte sollte ausgeliefert werden; die Marine in Zukunft nur mehr 15'000 Mann umfassen. Eine Luftwaffe wurden verboten; ebenso alle schweren und modernen Waffen. Der Grosse Generalstab musste aufgelöst werden. Diese weitgehende Entwaffnung Deutschlands sollte der Auftakt zu einer allgemeinen Abrüstung sein, zu der es allerdings trotz jahrelanger Verhandlungen niemals gekommen ist. Schon 1935 waren die Rüstungsausgaben aller Staaten höher als 1914.

In der Frage der Kriegsschädigungen oder Reparationen konnten sich die Alliierten weder über den Umfang noch über die Höhe einigen; so wurde die endgültige Regelung einer Reparationskommission zugewiesen. Deutschland musste auch sein gesamtes Auslandsvermögen abtreten und enorme Sachwerte an die Sieger abliefern, z.B. Schiffe, Fahrzeuge, Maschinen, Baumaterial und Fabrikeinrichtungen, Kohle und chemische Produkte, Pferde, Rinder usw.

Kriegsschuldfrage

Die Rechtfertigung für die Deutschland auferlegten Leistungen sollte der Artikel 231 bilden, in dem die Sieger die Alleinschuld Deutschlands am Krieg feststellten. Dieser Paragraph sollte wohl mehr die juristische Haftung Deutschlands feststellen als ein moralisches Schuldbekennnis be-

Die Kriegsschuldfrage

Die das politische Leben in der «Weimarer Republik» schwer belastende Kriegsschuldfrage, die vor allem von den rechtsextremen Gruppierungen als «Kriegsschuldfrage» propagandistisch gegen die demokratischen Regierungen eingesetzt wurde, hat ihren Ursprung in den Vorgesprächen der Sieger zum «Versailler Vertrag». Die Sieger, vor allem Frankreich (teilweise noch unter dem Eindruck des verlorenen Krieges 1870/71 mit den harschen Reparationsforderungen Deutschlands), konstatierten eine Alleinschuld Deutschlands, die über die moralisch-rechtliche Bewertung hinaus umfassende Reparationsforderungen für alle erlittenen Kriegsschäden erlaubte. Diese Forderung fand ihren Niederschlag im Kriegsschuldartikel 231 des «Versailler Vertrages», der von Deutschland unter Protest nach ultimativen Kriegsandrohungen unterzeichnet wurde.

Deutsche Politiker und Wissenschaftler unternahmten immer wieder Versuche, von der wirtschaftlichen Bewertung zu einer rechtlichen Klärung der Kriegsschuldfrage zu gelangen, allerdings lange unter dem Gesichtspunkt einer ‚Unschuld‘ Deutschlands. Erst langsam setzte sich bei den Siegermächten und in Deutschland die Einsicht einer allseitigen Mitschuld am Kriegsgeschehen und seinen Auslözungsfaktoren durch, die vor allem in nationalistischem Denken und den Bündnisverflechtungen zu suchen war. Gegenüber dieser international weithin vertretenen These der allgemeinen Mitschuld trugen nach dem Zweiten Weltkrieg die Arbeiten L. Albertinis und F. Fischers, die eine überwiegend negative Rolle des Deutschen Reiches im Vorfeld des Ersten Weltkrieges postulierten, erneut zur Diskussion der Kriegsschuldfrage vor allem in Deutschland bei.

deuten. Er wurde aber von den Besiegten als ein erzwungenes Eingeständnis der Alleinschuld und als moralische Verurteilung betrachtet und erzeugte bei vielen Deutschen Verbitterung und Hass. Nach Artikel 227 des Vertrages sollte «Wilhelm II. von Hohenzollern, vormaliger Kaiser von Deutschland, wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge unter öffentliche Anklage» gestellt werden. Mit ihm sollten über 800 «Kriegsverbrecher» von einem alliierten Gericht abgeurteilt werden. Die Reichsregierung verweigerte die Auslieferung der Genannten, auch die Niederlande, wohin der Kaiser im November 1918 emigrierte, lehnten es ab, Wilhelm II. auszuliefern. Durch den «Frieden von Versailles» sah sich Deutschland bitter getäuscht. Die Abtretung vorwiegend deutschsprachiger Gebiete im Osten, das Ver-

bot des Anschlusses Deutsch-Österreichs und die überhohen Entschädigungsforderungen standen nicht mit den Idealen in Einklang, für die Amerika erklärtermassen in den Krieg gezogen war und die in Wilsons 14 Punkten zur Hoffnung auch der Unterlegenen sichtbar geworden waren.

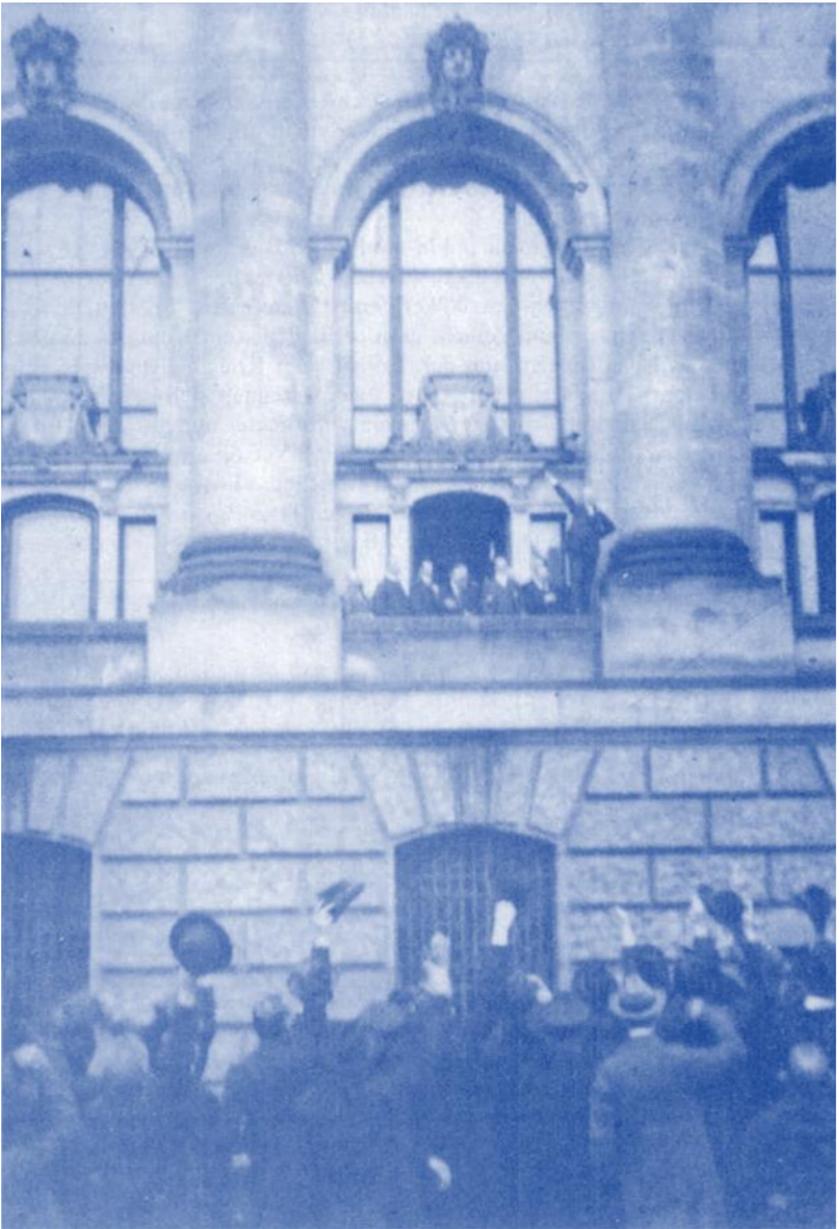
Kein Friedensvertrag war bis dahin heftiger kritisiert worden als der von Versailles. Sieger und Besiegte waren gleichermassen unzufrieden. Seiner Aufgabe, nämlich den Völkern einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten, ist er nicht gerecht geworden. Er ist ein Kompromiss zwischen Wilsons Idealen und den realistischen Kriegszielen seiner Verbündeten. Clemenceau und Lloyd George zeigten sich in vielen Punkten noch nationalistischem Denken verpflichtet und suchten – teilweise verständlich – Sicherheit nicht durch Versöhnung, sondern durch Schwächung der Unterlegenen zu erreichen. «Er war in der Tat ein Friede, der schon die Züge der zukünftigen Tragödie trug [...]» urteilte der amerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan.

Literatur

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918, Düsseldorf 1971

Muralt, Leonhard v.: Der Friede von Versailles und die Gegenwart, Zürich 1947

Wüest, Erich: Der Vertrag von Versailles in Licht und Schatten der Kritik, Zürich 1962



Geburtsstunde der Republik. Philipp Scheidemann, führender Sozialdemokrat, ruft am 9.11.1918 von einem Balkon des Reichstags die Republik aus.

WOLFGANG WEISMANTEL

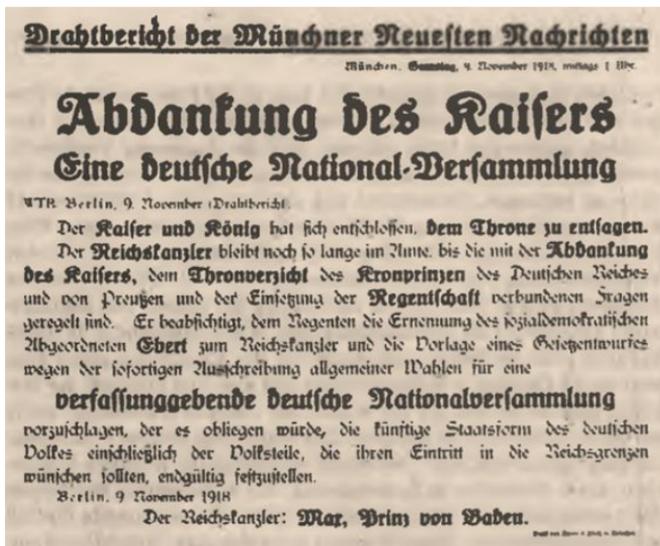
DIE REPUBLIK VON WEIMAR: EINE DEUTSCHE DEMOKRATIE OHNE DEMOKRATEN?

*Ausrufung der Republik – Militärische Niederlage –
Novemberrevolution und Rätebewegung – Parla-
mentarische Demokratie – Der» Versailler Vertrag» –
Die «Weimarer Verfassung» – Angriffe von links und
rechts – «Ruhrkampf», Inflation und Rentenmark –
«Erfüllungspolitik» – Reparationen – Die Ära
Stresemann – Versöhnung mit Ost und West –
Der Völkerbund – «Weltwirtschaftskrise» – Das
Ende der «goldenen zwanziger Jahre» – Die Auflösung
der Republik – Brüning, Papen, Schleicher – Hitler
und die Nationalsozialisten – Die Jugendbewegung –
Wandervogel, Pfadfinder und Arbeiterjugend –
Von der Bündischen Jugend zur Hitlerjugend –
Literatur zwischen DaDa und «Blut und Boden» –
Höhepunkte deutscher Literatur – Theater und
Film in den zwanziger und dreissiger Jahren –
«Moderne Kunst» – Entwicklung von Gesellschaft und
Wirtschaft – Die Grundlagen des Nationalsozialis-
mus – Der Weg ins «Dritte Reich».*

Die Kämpfe der Demokraten und Liberalen des 19. Jahrhunderts für ein freies, demokratisches Deutsches Reich waren längst vergessen, als unter unglücklichen und bedrückenden Umständen die erste deutsche Republik schliesslich das überlebte, morsche Kaiserreich ablösen sollte. «Arbeiter und Soldaten! Seid Euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewusst. Unerhörtes ist geschehen», rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann am 9. November 1918 den herbeiströmenden Berlinern vom Balkon des Reichstages zu. Spekulationen und Vermutungen sollten ein Ende haben: Der Kaiser hatte dem «Throne entsagt», Prinz Max zu Baden das Amt des Reichskanzlers an den sozialdemokratischen Abgeordneten Friedrich Ebert übergeben, allgemeine Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung sollten den Neuanfang markieren. «Es lebe das Neue! Es lebe die deutsche Republik», mit diesen optimistischen Worten endete die Ausrufung der ersten deutschen Republik. Die Ereignisse dieses Tages waren von nervöser Hektik bestimmt, da keine zwei Stunden später der Spartakist Karl Liebknecht vor dem Berliner Schloss «die freie sozialistische Republik Deutschlands» proklamierte. Um ihm zuvorzukommen, hatten die Sozialdemokraten mehr oder weniger überstürzt gehandelt und damit einen vorläufigen Schlussstrich unter die verwirrenden Perspektiven der vorausgegangenen Tage und Wochen gesetzt.

Der Glanz des kaiserlichen Deutschlands war spätestens im Krisenjahr 1917 einem fortschreitenden politischen wie gesellschaftlichen Dahinsiechen der alten Ordnung gewichen. Angesichts unverkennbarer Kriegsmüdigkeit, gekennzeichnet durch Orientierungslosigkeit, katastrophale Versorgungslage der Bevölkerung und erfolgreiche alliierte Offensiven drängten mit dem «Zentrum» und der SPD die zwei stärksten politischen Parteien danach, den Weg für einen Verständigungsfrieden zu suchen. Militärs und vaterländische Sammlungsbewegungen bäumten sich ein letztes Mal auf, ihr ‚Hurratriotismus‘ übertönte in makabrer Weise bis zum Herbst 1918 den mit der Kraft von Urgewalten unaufhaltsam hereinbrechenden Zusammenbruch der Front (siehe auch Band 10).

So bitter es für die herrschenden monarchisch-konservativen Kreise auch sein musste, Wilhelm II., Kaiser und oberster Kriegsherr, erschien in der aktuellen Situation der drohenden Niederlage als das eigentliche Hindernis eines möglichen Friedensschlusses. In einer Vierzehn-Punkte-Erklärung hatte der amerikanische Präsident Wilson eine Demokratisierung Deutschlands als eine Grundforderung aufgestellt, ohne die an Friedensverhandlungen nicht zu denken wäre. Als letzte Konsequenz der gescheiterten Grossmachtträume stellte Reichskanzler Max von Baden eine parla-



Das Ende des Hohenzollernstaates. Drahtbericht der «Münchener Neuesten Nachrichten» über die Abdankung Kaiser Wilhelms II., die aufgrund einer eigenmächtigen Bekanntgabe durch Reichskanzler Max von Baden am 9. II. 1918 erfolgte. Ziel war u.a., einer Ausweitung der Revolution vorzubeugen und mit den Sozialdemokraten den Staat funktionsfähig zu erhalten. Wilhelm II. emigrierte in die Niederlande.

mentarische Öffnung des Reiches in Aussicht. Nicht politische Einsicht, sondern äusserer Zwang standen damit Pate, als im Oktober 1918 formal die parlamentarische Demokratie eingeführt und das diskriminierende preussische Dreiklassenwahlrecht (siehe Band 9 und 10) abgeschafft wurde. SPD, «Zentrum» und «Fortschrittliche Volkspartei» durften nun, nachdem Monarchie und Militärs Deutschland in seine bis dahin grösste Katastrophe gestürzt hatten, die politische Verantwortung übernehmen – und, wie sich bald herausstellte, als Verräter und eigentliche Verlierer den Kopf hinhalten.

Mit keineswegs offensiver, selbstbewusster Haltung begaben sich dabei die Parteien an ihre neue Aufgabe. Vielmehr sollte gerettet werden, was zu retten war, etwa die Monarchie, die ausser von einigen Radikalen von niemandem grundsätzlich in Frage gestellt wurde.

Novemberrevolution 1918 – «Novemberverbrecher»

Nachdem im September die schlechte Lage an der Front und in der Heimat den Chef der Obersten Heeresleitung, Generalfeldmarschall Hindenburg, gezwungen hatte, ultimativ von der Regierung Waffenstillstandsverhandlungen und die Einsetzung eines parlamentarischen Systems zu verlangen, überstürzten sich die Ereignisse: 4. Oktober 1918 Kabinett unter Beteiligung der Mehrheitsparteien unter Leitung Prinz Max' von Baden; am selben Tag Waffenstillstandsgesuch; 28. Oktober Veröffentlichung der «Oktoberverfassung». Am 23. Oktober forderte der amerikanische Präsident die Abdankung des Kaisers und demokratische Verhältnisse als Voraussetzung eines Waffenstillstandes. In dieser Situation löste ein Befehl zum Auslaufen der Kriegsflotte gegen England am 29. Oktober in Wilhelmshaven und Kiel eine Meuterei der Matrosen aus, die schnell auf die Marine der anderen Hafenstädte sowie auf deren Arbeiterschaft übergriff. Der Kaiser zog sich ins Hauptquartier nach Spa zurück. Am 7. November Ausrufung der Republik in München, am 8. November in Braunschweig. Am 9. November Beginn von Aufständen und eines Generalstreiks in Berlin. Der wachsende Einfluss radikalsozialistischer Gruppierungen (Unabhängige Sozialdemokratische Partei und «Spartakusbund») veranlassten die SPD, aus der Reichsregierung auszuscheiden und schliesslich selbst die Regierung zu übernehmen (9. November). Nachdem Max von Baden den Thronverzicht des Kaisers erklärt hatte, übernimmt Ebert das Kanzleramt, und Scheidemann ruft die Republik aus – zwei Stunden bevor Liebknecht das für die radikalen Linken vom Balkon des Schlosses aus ebenfalls tut.

Nachdem Kaiser Wilhelm II. auch von sich aus auf die Kaiserwürde (nicht auf die preussische Königswürde) verzichtete, gehen überall im Reich die Regierungen und Exekutivorgane in die Hand der Arbeiter und Soldatenräte über. Eine ‚Revolution‘ nahezu ohne Gewalt.

Ausgehend von den Vorgängen im November 1918 bezeichneten fortan die rechtskonservativen und nationalsozialistischen, antidemokratischen Kräfte die Repräsentanten des demokratischen Staates, die versuchten, die Last der Kriegsfolgen zu bewältigen, als «Novemberverbrecher», aber auch als «Erfüllungsgehilfen» der Sieger, als «Statthalter der Entente». Sie, die Deutschland in den Krieg geführt hatten, durch unmässige Forderungen auch die wohlmeinenden Staaten der Welt gegen Deutschland eingenommen hatten, sie, die schliesslich selbst den Krieg als verloren erklären mussten, belasteten nun die ursprünglichen Kriegsgegner, die die Last des Neuanfangs auf sich nahmen, mit dem Vorwurf des Verrats – eine Verleumdung und Verdrehung der Fakten, die mit zum Zusammenbruch der «Weimarer Republik» beitrug und in das Chaos des «Dritten Reiches» führte.

Alle Macht den «Räten» Wer stellt die Weichen für die Zukunft?

Unvorhergesehene Ereignisse griffen dabei jedoch korrigierend ein. Kaum war der Kaiser nach Spa/Belgien ‚ausgewichen‘, als Matrosen sich in Kiel einem von militärischem Grössenwahn diktierten Befehl des Flottenadmirals Scheer widersetzten, der die Flotte noch einmal zu einem letzten Gefecht auslaufen lassen wollte. Für Wilhelm II. war, wie er sich wörtlich dazu geäussert haben soll, «die Zeit der grossen Sprüche vorbei», für die Soldaten begann mit ihrer Empörung, die bald nach Lübeck, Hamburg und Bremen ausgriff, eine neue Epoche unter der Parole: «Weg mit dem Kaiser!»

Nach dem Vorbild von Kiel bildeten sich in ganz Deutschland «Soldaten- und Arbeiterräte», die ultimativ radikale Veränderungen forderten. Masslose Enttäuschung über die militärische Führung vereinigte sich dabei mit einer weitverbreiteten Orientierungslosigkeit der bis dahin streng obrigkeitlich fixierten Arbeiter und Soldaten. Wollte die SPD nicht den Anschluss an die Entwicklung verlieren, musste sie sich an die Spitze der Rätebewe-

«Rätesystem»

Die Idee der Rätedemokratie steht im Gegensatz zur heute in den meisten westlichen Industriestaaten verbreiteten parlamentarischen Demokratie.

Historischer Ursprung: Von den Frühsozialisten entwickelt, über die Lehren von Marx und Engels in der russischen Oktoberrevolution umgesetzt, jedoch bald zurückgedrängt, wird das Modell durch deutsche «Arbeiter- und Soldatenräte» 1918/19 übernommen.

Wichtigste Merkmale:

- Direkte und öffentliche Wahl von weisungsgebundenen Beauftragten (= Räte),
- die jederzeit abrufbar sind;
- Wahlkörperschaften nach Basiseinheiten (Betriebe, Kasernen ...);
- Bestellung übergeordneter Gremien durch Räte in indirekter Wahl;
- keine Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative.

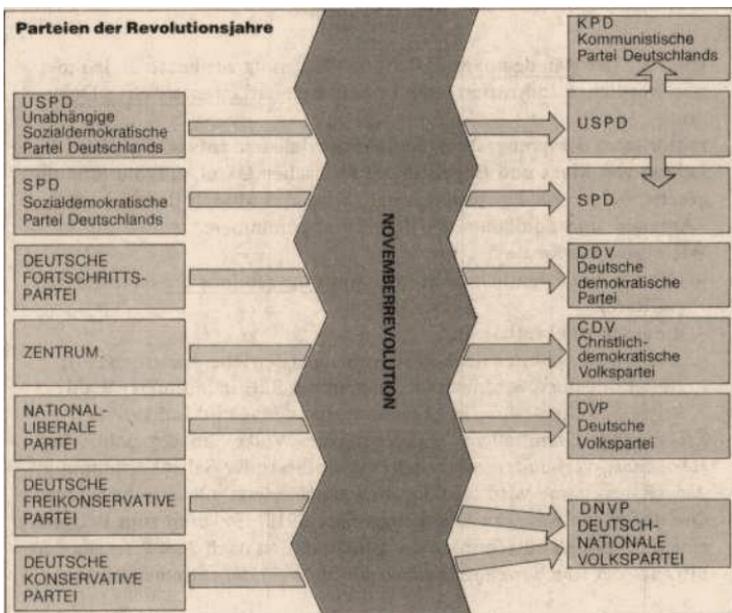
Zielsetzung: Unmittelbare Beteiligung des Volkes an der politischen Herrschaft, verbunden mit möglichst umfassender Selbstbestimmung; das «Rätesystem» wird oft fälschlich gleichgesetzt mit Bolschewismus. Die deutschen Räte der Übergangsphase 1918/19 waren zum Beispiel einem gemässigten Reformkurs verpflichtet. Erst nach dem Rückzug der SPD aus der Rätebewegung trieben sie ins Lager der extremen Linken.

gung setzen. Tatsächlich wurden die «Räte» überwiegend, wie die Forschung erwiesen hat, von SPD und Gewerkschaften getragen, die demokratische und soziale Reformen anstrebten, und nicht von den damals schlecht organisierten und kaum einflussreichen Kommunisten.

Als Philipp Scheidemann die Republik ausrief, stand die sozialdemokratische Revolutionsregierung daher vor der Wahl, sich mit den alten Machtelementen in einer konservativen Republik zu verbünden oder durch tiefgreifende Machtveränderungen den wilhelminischen Obrigkeitsstaat endgültig zu überwinden. Es sollte sich zeigen, dass der Wille zur revolutionären Veränderung weit schwächer war als das Streben nach Kontinuität. Viel zu spät erkannte man, dass die Möglichkeit zu einer umfassenden Demokratisierung ungenutzt verstrichen war.

Zunächst stellte sich den Beteiligten das Problem, ob das geschlagene Deutschland seinen Weg in die Zukunft als parlamentarische Demokratie oder als sozialistische Räterepublik einschlagen und fortsetzen sollte. (Siehe K: «Räteystem», Seite 29).

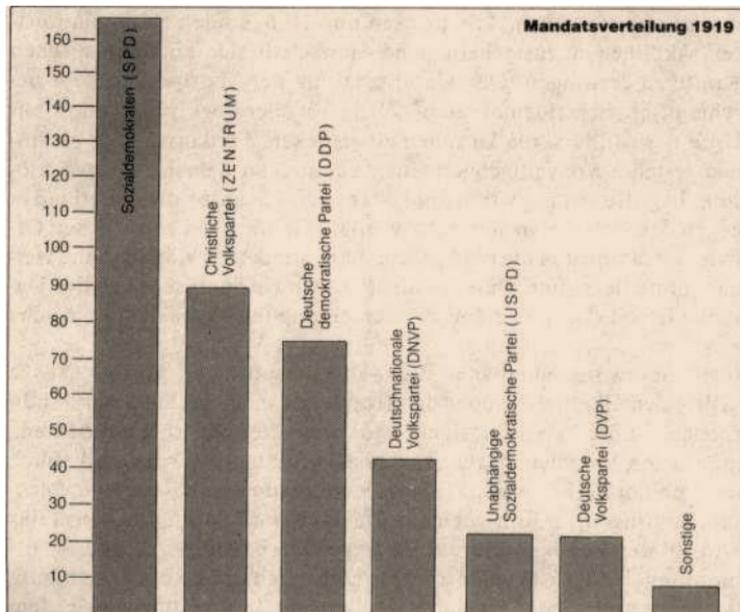
Während die Übergangsregierung der «Volksbeauftragten», bestehend aus SPD und USPD («Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands»), um einen Neuanfang bemüht war, dauerte der Streit um die Zukunft der Staatsform unvermindert an.



Mit den alten Kräften in eine demokratische Zukunft?

Die Furcht vor einem Ausgreifen des Bolschewismus und bewaffnete Zusammenstöße mit kommunistischen Kleingruppen in den Strassen Berlins liessen die Mehrheit der Sozialdemokraten eindeutig Stellung beziehen. Vorrangig sollte nach Meinung der «Arbeiter und Soldatenräte» die öffentliche Ordnung wiederhergestellt und die Versorgung gesichert werden. Hungersnot und Kohlemangel hatten die Menschen seit Jahren ausgezehrt, Hunderttausende von Soldaten mussten wieder in die Wirtschaft integriert werden, hinzu kam die Umstellung der Kriegsproduktion auf zivile Bedürfnisse.

Rasch und reibungslos war dies nur zu organisieren, wenn man auf die Beamenschaft und ihren Apparat zurückgriff. Gleichzeitig setzten die sozialdemokratischen Führer auf die kaiserlichen Generäle und Offiziere, die zur Demobilisierung und Neustrukturierung der Armee unentbehrlich schienen. Dass gleichzeitig in Schulen wie Hochschulen die alten Köpfe und damit der alte Geist alle Erschütterungen des Übergangs überstanden, jederzeit bereit, die nationalen und imperialen Ideen der Kaiserzeit an die Jugend weiterzugeben, wurde in seiner verheerenden Tragweite nicht erkannt.



Die Frage, ob es für die von der SPD eingeschlagene Richtung in den Augen der Betroffenen wirklich eine Alternative gab, wurde in der Forschung häufig diskutiert, ohne dass man zu einer eindeutigen Antwort gelangt wäre. Auf dem Reichskongress der «Arbeiter- und Soldatenräte» in Berlin vom 16.-19. Dezember 1918 entschieden sich die Delegierten mit einer Mehrheit von 400 zu 50 Stimmen für die parlamentarische Demokratie. Dabei wurde die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 festgesetzt. Für die linken Gruppierungen, die mit Misstrauen die Annäherung der Sozialdemokraten an die bürgerlichen und militärischen Kreise des Kaiserreiches verfolgten, war Friedrich Ebert (*1871, † 1925, siehe Porträt, Seite 33), Vorsitzender des «Rates der Volksbeauftragten», endgültig zum Verräter geworden, als er im Dezember 1918 Militär gegen revoltierende Arbeiter in Berlin vorrücken liess. Spätestens seit diesem Tag spaltete ein tiefer, nicht mehr zu beseitigender Riss das linke Lager. Äusseres Zeichen der absoluten Frontstellung war der Rückzug der USPD aus dem Rat der «Volksbeauftragten». Teile der Partei hatten sich schon am 30.12.1918/1.1.1919 mit dem «Spartakusbund» zur «Kommunistischen Partei Deutschlands» (KPD) vereinigt. Systematisch wurde in den nächsten Wochen von ihr versucht, die auseinanderbrechende Arbeiterbewegung neu zu formieren, die Enttäuschten, Arbeitslosen und Hungernden zu revolutionären Aktionen anzustacheln, eine Herrschaft der kommunistischen Kräfte zu erzwingen. Den als «Regierung der Matrosenmörder» beschimpften Sozialdemokraten gelang es allerdings problemlos mit Hilfe des Militärs, die Unruhen zu ersticken. Freikorps, eilig zusammengestellte Freiwilligenverbände, konnten so neben den in Auflösung begriffenen regulären Einheiten «zum Schutze des Vaterlands» gegen den Bolschewismus aktiv werden. Geführt von kaiserlichen Offizieren, sammelten die bald gefürchteten Freikorps Männer ohne Heimat, ohne Beruf und ohne Aussicht auf ein befriedigendes ziviles Dasein. Gemeinsam war ihnen die Verachtung für dieses demokratische «System».

Nur widerwillig übernahm der «Volksbeauftragte» Gustav Noske (SPD) den Oberbefehl über die Truppe, da einer ja den «Bluthund» spielen musste, wie er resignierend bemerkte. Mit rücksichtslosem, grausamem Vorgehen gegen jeglichen Widerstand wurden schliesslich im Frühjahr 1919 in weiten Teilen Deutschlands, zum Beispiel in Sachsen, Thüringen, im Ruhrgebiet, in Hamburg und Berlin, Massenstreiks und «Räterepubliken» brutal niedergeworfen. Mit der sinnlosen Ermordung der Spartakusführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (siehe Porträt, Seite 37) durch Freikorpsleute in Berlin sowie dem Sturz der Münchner Räterepu-

Porträt



FRIEDRICH EBERT

*Wie Bebel, kam auch Friedrich Ebert (*4. Februar 1871) aus kleinen Verhältnissen. Der Vater war Schneider, der in Heidelberg geborene Sohn lernte das Sattlerhandwerk. Während seiner Wanderzeit stiess er zur Gewerkschaftsbewegung (1889) und zur SPD. 1893 wurde er Redakteur an deren Bremer Bürger-Zeitung, 1900 Arbeitersekretär und Mitglied der Bremer Bürgerschaft, 1905 Sekretär des Parteivorstandes in Berlin.*

Dogmatische Streitigkeiten kümmerten Ebert nicht; sein Interesse galt der Besserung der Lage der Arbeiter. Deshalb bemühte er sich um enge Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften und um Ausgleich zwischen den verschiedenen Flügeln der Partei. Dieses Streben nach Ausgleich führte ihn, der ab 1912 dem Reichstag angehörte, nach Bebels Tod (1913) an die Spitze der Partei.

Obwohl Gegner des Krieges, steuerte Ebert 1914-1918 einen staatstreuen Kurs. Im Zusammenbruch hat er nicht zur Revolution aufgerufen, sondern sie zu verhindern getrachtet. Als dies misslang, versuchte er als Reichskanzler (ab 9. November 1918) und Vorsitzender des «Rates der Volksbeauftragten», die Dinge in demokratischen Bahnen zu halten und eine Wiederholung der Vorgänge in Russland zu verhindern. Am 2. November 1919 wählte ihn die Weimarer Nationalversammlung zum vorläufigen Reichspräsidenten und bestätigte ihn später in diesem Amt. Die Weimarer Verfassung gab ihm eine starke Stellung, und so steuerte er das Land durch Spartakus- und Kommunistenaufstände, Kapp- und Hitlerputsch. Ebert war immer der Mann des Ausgleichs, doch oft genötigt. Unpopuläres im Interesse des als richtig Erkannten zu tun. Von den Reaktionären als vermeintlicher Totengräber des Kaiserreichs verachtet und von der revolutionären Linken als angeblicher Verräter an der Revolution gehasst, durch bössartige persönliche Angriffe von vielen Seiten verbittert, starb Ebert am 28. Februar 1925 in Berlin. (G. S.)

Geschichte in Daten

	Deutschland	Europa/Übersee
9. 11. 1918	Ausrufung der Republik	
19. 1. 1919	Wahlen zur Nationalversammlung	
28. 6. 1919	Unterzeichnung des Friedensvertrages	
11. 8. 1919	»Weimarer Verfassung«	
13. 3. 1920	»Kapp-Putsch«	
1920		»Kleine Entente« zwischen Polen, Frankreich, Tschechoslowakei Russisch-Polnischer Krieg Griechisch-Türkischer Krieg
1920–1922		
16. 4. 1922	»Vertrag von Rapallo«	
28. 10. 1922		»Marsch auf Rom«
11. 1. 1923	»Ruhrkampf«	
8./9. 11. 1923	Hitlerputsch in München	
15. 11. 1923	Errichtung der Deutschen Rentenbank (Ende der Inflation)	
21. 1. 1924		Tod Lenins
9. 4. 1924	»Dawes-Plan«	
26. 4. 1925	Hindenburg wird Reichspräsident	
1. 12. 1925	»Vertrag von Locarno«	
1926		Militärputsch Pilsudskis in Polen
8. 9. 1926	Aufnahme in den Völkerbund	
1. 10. 1928		1. Fünfjahresplan in Rußland
24. 10. 1929		»Schwarzer Freitag« an der New Yorker Börse, Beginn der »Weltwirtschaftskrise«
30. 6. 1930	Rheinlandräumung	
11. 10. 1931	»Harzburger Front« (NSDAP, DNVP, Stahlhelm)	

30. 5. 1932	Rücktritt Brüning	
30. 1. 1933	Hitler wird Reichskanzler	
27. 2. 1933	Reichstagsbrand	
3. 3. 1933		Roosevelt Präsident der USA
März 1933		Staatsstreich von E. Dollfuß in Österreich
24. 3. 1933	»Ermächtigungsgesetz«	
30. 6. 1934	»Röhm-Putsch«	
25. 7. 1934		Ermordung von Dollfuß, Schuschnigg wird Bundeskanzler in Österreich
2. 8. 1934	Tod Hindenburgs Hitler »Führer und Reichskanzler«	
13. 1. 1935	Abstimmung im Saargebiet	
16. 3. 1935	Allgemeine Wehrpflicht	
2. 5. 1935		Sowjetisch-französischer Beistandspakt
18. 6. 1935		Deutsch-britisches Flottenabkommen
1935/36		Beginn des Spanischen Bürgerkriegs
18. 6. 1935		Italienisch-Abessinischer Krieg
7. 3. 1936	Rheinlandbesetzung	
5. 6. 1936		Erstes Volksfrontkabinett unter Léon Blum in Frankreich
1937		»Säuberungen« in der Roten Armee
13. 3. 1938	»Anschluß« Österreichs	
1. 10. 1938	Einmarsch im Sudetenland	
9. 11. 1938	»Reichskristallnacht«	
15. 3. 1939	Besetzung der ČSR und Bildung des Protektorats Böhmen und Mähren	
28. 3. 1939		Ende des Spanischen Bürgerkriegs
1. 9. 1939	Beginn des deutschen Angriffs auf Polen	



„Geordnete“ Revolution: Einzug der revoltierenden Matrosen und Soldaten hinter der roten Fahne durch das Brandenburger Tor in Berlin am 9. November 1918: Ein Schock für die Bürger, aber doch ein nahezu disziplinierter Umbruch.

blik am 1. Mai 1919 unter dem Befehl des skrupellosen Generals von Epp erlebten diese Kampagnen zwei ihrer traurigen, durch vielfachen Mord und Verfolgungen gekennzeichneten Höhepunkte. Während sich die sozialdemokratischen Regierungsvertreter als «Blutsozialisten» verhöhnen lassen mussten, war die kuriose Situation eingetreten, dass die werdende Republik durch die militärische Gewalt ihrer reaktionären Gegner vorläufig gerettet worden waren.

Demokraten unterzeichnen den «Schmachfrieden»

Nahezu unbeeindruckt von diesen Vorgängen und den Störmanövern der KPD beteiligten sich über 80 Prozent der Bevölkerung an den ersten allgemeinen, freien Wahlen zu einer Nationalversammlung. Überraschenderweise ergab die Stimmenauszählung eine ähnliche Sitzverteilung wie im gerade beseitigten kaiserlichen Reichstag. Die bis kurz vor dem Wahl-

Porträt



ROSA LUXEMBURG

Stalin hasste sie, nachdem sie Lenins autoritäre Parteiführung gezeißelt hatte. Umgebracht haben sie schon 1919 deutsche Rechtsradikale, weil sie, die «Rote Rosa», revolutionär für Demokratie und Frieden gekämpft hatte. Fünfzigjährig wurde sie zusammengeschlagen und im Berliner Landwehrkanal ertränkt.

*Kämpferische Jahre lagen hinter ihr: die Jüdische Abiturientin (*5. März 1871) war 1889 aus dem russischen Teil Polens geflohen, um an der Universität Zürich, die Frauen zuließ, Philosophie, Sozialwissenschaften, Geschichte und Nationalökonomie zu studieren. 1897 promovierte sie mit Auszeichnung. Sie kannte die Schriften von Marx und Engels genau und war teils durch sie, teils durch die Erfahrung des Imperialismus zur Revolutionärin geworden: Sie wollte Menschlichkeit für die «armen Opfer der Gummiplantagen in Putumayo, die Neger in Afrika, mit deren Körpern die Europäer Fangball spielen». Sie fühlte sich «in der ganzen Welt zu Hause, wo es Wolken und Vögel und Menschentränen gibt». Vor Autoritäten ging sie nicht in die Knie: Den Marxismus interpretierte sie eigenwillig. Es sollte keine Diktatur des Proletariats, sondern freie Wählerentscheidung die Herrschaft der KPD begründen. Auch den Putsch lehnte sie ab, weil Aufklärung, Agitation und Demonstrationen spontane Radikalisierung und damit Revolution, Sturz der Monarchie bewirkten. Ihr Pazifismus brachte sie jahrelang (1915-1918) ins Gefängnis.*

Seit 1898 arbeitete Rosa Luxemburg für die SPD, damals eine antirevolutionäre, antijüdische, weitgehend antiintellektuelle und frauenfeindliche Partei. Sie musste sich behaupten – als Agitatorin, eigenwillige Theoretikerin und beliebte Lehrerin an der SPD-Parteischule. Sie kritisierte die gesellschaftspolitisch erstarrten Positionen von Gewerkschaft und SPD und wollte echte Volksherrschaft: freie Presse, ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben, denn «Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur die Freiheit des anders Denkenden [...]»

(M. S.)



Sozialdemokratische Führer der bürgerlichen Republik von Weimar (Februar 1919): Von links: Landsberg (Justizminister), Scheidemann (Ministerpräsident), Noske (Reichswehr), Ebert (Reichspräsident), Wissel (Wirtschaft).

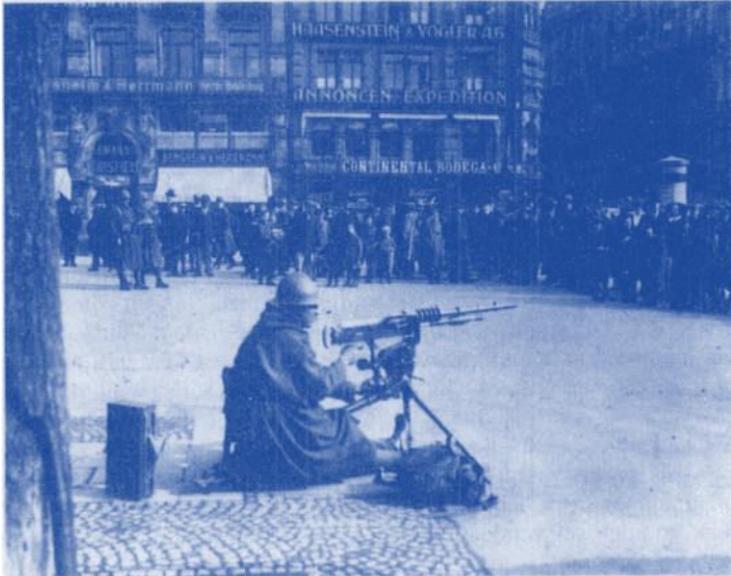
vorgang völlig verstummten bürgerlichen Parteien hatten ihren ersten Schock überwunden. Zwar wurden die Sozialdemokraten als stärkste Partei bestätigt, standen jedoch einer unerwarteten bürgerlichen Mehrheit gegenüber. Mit dem «Zentrum» und der «Deutschen Demokratischen Partei» (DDP) ging die SPD daher ein Regierungsbündnis ein. Diese sogenannte «Weimarer Koalition» bildete lange Jahre den Rückhalt der jungen Republik. (Siehe auch K: «Parteien der Weimarer Zeit», Seite 44).

In der Stadt Weimar war die Nationalversammlung zusammengetreten, um an das humanistische Erbe anzuknüpfen und nicht an preussische Grossmachtphantasien. Andererseits war in Weimar die Sicherheit der Abgeordneten viel leichter zu gewährleisten als in dem von revolutionären Provokationen erschütterten Berlin. Man wollte ohne den Druck der Strasse debattieren und entscheiden können. Am 11. Februar einigte man sich auf Friedrich Ebert (*1871, † 1925) als den ersten Reichspräsidenten. Zwei Tage später wurde Deutschland wieder von einer Reichsregierung

geleitet, und an der Spitze der Koalition stand bis zur ersten Reichstagswahl der sozialdemokratische Reichskanzler Philipp Scheidemann (* 1865, † 1939). Mit ihm hatte man einen überzeugten Demokraten gewählt, der in der Übergangsphase bereits bewiesen hatte, dass er bereit war, hartnäckig einen sozialen Reformkurs zu verfolgen.

Um die Bewältigung ihrer beiden Hauptaufgaben war die Nationalversammlung nicht zu beneiden: Gefordert war die Ausarbeitung einer Verfassung und der Abschluss des Friedensvertrages mit den Kriegsalliierten (siehe auch «Die Weimarer Verfassung», Seite 87 und «Der Versailler Vertrag», Seite 14). Zunächst enttäuschte die Pariser Friedenskonferenz, trotz der vermittelnden Haltung vor allem Englands, die Hoffnungen auf einen akzeptablen Friedensschluss. Neben der allgemeinen Empörung über die Bedingungen des Vertrags und die rüde Art der Verhandlungsführung galten die Kriegsschuld Klausel (Artikel 231) mit den damit zu rechtfertigenden Reparationen, die Missachtung des Selbstbestimmungsrechtes sowie die geplante Grenzziehung im Osten einschliesslich der Gebietsabtretungen als absolut unannehmbar. Speziell die letztgenannte Problematik wurde als «offene Wunde» empfunden, die von interessierten Kreisen mit Bedacht dazu missbraucht wurde, schmerzhaft an die erlittene «nationale Schmach» zu erinnern und grossdeutsche Emotionen mit dem Ziel der Revanche zu wecken.

Nach gründlicher Prüfung aller Alternativen signalisierte auch die Armee, was in den folgenden Jahren allzugern verschwiegen wurde, den ultimativ gestellten Friedensbedingungen zuzustimmen, da ansonsten ein Vordringen der alliierten Verbände auf deutsches Gebiet unvermeidbar wäre. Jeder Widerstand war chancenlos und unsinnig. Zähneknirschend nahm die Nationalversammlung daher mit einfacher Mehrheit die Bedingungen an. Während die militärisch Verantwortlichen sich in vielsagendes Schweigen hüllten, setzten Hermann Müller (SPD) und Johannes Bell (Zentrum) notgedrungen als Beauftragte der Regierung ihre Unterschrift unter den «Schmachfrieden». Bürgerliche Politiker konnten so zu «Handlangern der Siegermächte» abgestempelt werden. Es sollte nicht lange dauern, bis die rechte, antidemokratische Opposition «den würdelosen peinlichen Akt der Unterwerfung» zur Hauptzielscheibe ihrer Propaganda gegen die junge Republik machte. Vor allem der Kampf gegen die sogenannte «Kriegsschuld lüge» wurde zum Hebel, mit dem die demokratische Ordnung blockiert und wenn möglich gesprengt werden sollte. Die ursprüngliche kriegspropagandistische Parole, dem siegreichen Deutschland würden nach Kriegsende von seinen Gegnern die Kriegskosten auf Heller und Pfennig beglichen, hatte sich gewendet in das Trauma, nun auf Generatio-



«Vor der Hauptwache... mehrere Todesopfer durch Maschinengewehrfeuer zu beklagen ...» Französische Besetzung Frankfurts 1920 entsprechend der Regelung des Versailler Vertrags für die rheinischen Gebiete.

nen unterjocht zu werden, um die «Kriegskosten der Welt zu zahlen», wie es der Historiker Helmut Heiber formuliert. Dem kritischen Zeitbeobachter musste sich angesichts der wirtschaftlichen und politischen Ausgangslage die Frage stellen, wie lange das demokratische Deutschland, dem jetzt die Rolle des Sündenbocks zugeschoben wurde, sich behaupten konnte.

Eine liberale Verfassung für eine autoritätsgläubige Gesellschaft

Selbstverständlich erschwerten die dargestellten Vorgänge ebenso wie die inneren Auseinandersetzungen um den Friedensschluss die zweite wichtige Aufgabe der Nationalversammlung, die Verabschiedung einer Verfassung, ganz erheblich. Zirka sechs Monate währten die Beratungen, bis am 11. August 1919 die «Weimarer Verfassung» in Kraft treten konnte. Mit dem liberalen Verfassungsrechtler Hugo Preuss hatte ein überzeugter



Hunger der Nachkriegszeit. Kinder, die Hauptleidtragenden aller Notzeiten, durchsuchen in den Hungermonaten des ersten Nachkriegsjahres Marktabfälle im Rinnslein nach Essbarem. Berlin, 1919.

Demokrat Entwürfe geliefert, die trotz zahlreicher Abänderungen und Kompromisse zu einer Verfassung mit hohem demokratischen Anspruch führten. Unverkennbar war der liberale Geist, der an die deutsche Nationalversammlung von 1848/49 erinnerte. Darüber hinaus verband man radikal demokratische Vorstellungen mit einer überaus starken Position des Staates. Diese teilweise widersprüchlichen Komponenten, sichtbar etwa im Instrument des Volksentscheids, dem Grundrechtskatalog, der Stellung des Präsidenten und dem «Notverordnungsrecht» nach Artikel 48, waren durchaus idealen Vorstellungen verpflichtet, über deren Einlösbarkeit man in der Bundesrepublik Deutschland heute viel kritischer denkt als zu Beginn der zwanziger Jahre. Nicht von ungefähr haben die Väter des Grundgesetzes in mancher Hinsicht ihre «Lehren aus Weimar» gezogen. Trotzdem greift die Erklärung zu kurz, die erste deutsche Republik sei an ihrer fehlerhaften Verfassungskonstruktion gescheitert. Wenn durch sie auch manche unheilvolle Entwicklung erleichtert und beschleunigt wurde,

dürften die tieferen Ursachen der Schwäche doch eher mit dem Schlagwort zu umreissen sein: «Es war eine Demokratie ohne Demokraten». Von wenigen geliebt, von den meisten achselzuckend hingenommen, aber von vielen leidenschaftlich bekämpft – konnte so die parlamentarische Demokratie im Deutschen Reich nach seiner tiefgreifendsten politischen und sozialen Erschütterung überhaupt erfolgreich bestehen?

***Demokraten und Radikale:
Die Parteien im Reichstag,
Spiegelbild einer zerrissenen Gesellschaft***

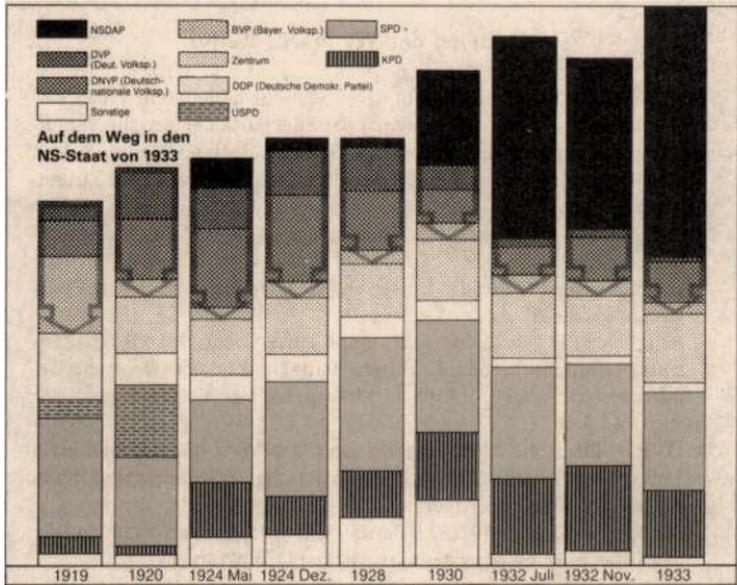
Der rasche, oft hektische Regierungswechsel in den vierzehn Jahren demokratischer Regierungszeit von 1919-1933 und das damit verbundene häufig verzweifelte Ringen um eine tragfähige Regierungskoalition waren sicher bei der durch das reine Verhältniswahlrecht begünstigten Parteienzersplitterung zu einem guten Teil vorprogrammiert. Gleichzeitig wurde sichtbar, wie wenig Rückendeckung das Parlament den jeweiligen Regierungen gewährte, um die häufig scheinbar unlösbaren innen- wie aussenpolitischen Probleme zu bewältigen.

Schon die Wahlen zum ersten Reichstag 1920 liessen keinen Zweifel an der kompromisslosen Kampfansage der rechts- wie linksextremen Gegner des neuen «Systems». Dabei gab ihnen der Stimmungsumschwung im Reich nach der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages neuen Auftrieb. Konservativ monarchische Gruppierungen sammelten sich in der «Deutschen Volkspartei» und in der «Deutschnationalen Volkspartei» (DVP und DNVP). Daneben blühte der Nationalismus in der sogenannten «völkischen Bewegung» auf, einer facettenreichen Palette von Bündnen unter dem gemeinsamen Banner rassistischer deutscher Volksgemeinschaft. Diese Strömungen autoritärer antisemitischer und deutschtümelnender Grossmachtträume in einer «Bewegung» zu vereinigen, sollte nur wenige Jahre später das traurige Verdienst des österreichischen Gefreiten und nachmaligen «Führers» Adolf Hitler werden (siehe auch «Grundlagen des Nationalsozialismus», Seite 170).

Gleichzeitig liessen USPD und KPD keine Gelegenheit aus, in praktisch aussichtslosen Aktionen die parlamentarische Demokratie doch noch zu beseitigen. Mit Maschinengewehrsalven wurden ihre Anhänger im Januar 1920 vor dem Reichstag auseinandergetrieben. Tragische Bilanz dieser Aktion: 42 Tote.

Im Parlament selbst beschränkte sich eine mögliche Koalition daher zunächst auf SPD, «Zentrum» und DDP, während USPD, KPD sowie DVP,

Parteien der Weimarer Republik



DNVP und später NSDAP («Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei») aus ihrer antidemokratischen Einstellung keinen Hehl machten. Nachdem schon 1920 die «Weimarer Koalition» starke Verluste zugunsten der Radikalen hinnehmen musste, spitzten sich, trotz einer inneren Wandlung der DVP, die folgenden Wahlen zu dem schier aussichtslosen Versuch zu, eine «negative Mehrheit» der Demokratiefinde im Reichstag zu verhindern.

Dass daneben die kleinliche Rücksichtnahme auf Einzelinteressen nicht selten die Bereitschaft zu übergeordneten Kompromissen überdeckte, liess den Spielraum von Parlament und Regierung in entscheidenden Fragen weiter schrumpfen. In den Augen vieler, auch demokratischer Zeitgenossen verknüpfte sich die Vorstellung eines beinahe endlosen Parteienhaders mit einem unaufhaltsamen Vertrauensschwund in die von Anfang an nie hoch eingeschätzten Fähigkeiten der Parteien, die schwierigen anstehenden Probleme bewältigen zu können.

Die hierbei in vielen Köpfen mitschwingende Hoffnung auf die Rettung durch eine überparteiliche Autorität, einen starken Mann, zog sich daher durch alle Jahre der Republik, stets aufs Neue auflodernd, wenn die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten scheinbar unüberwindbar zu werden drohten.

«Parteien der Weimarer Zeit»

Im Kaiserreich lange im «Vorhof der Macht» gehalten, hatten die deutschen Parteien nach Kriegsende unvorbereitet parlamentarische Verantwortung zu übernehmen. Zahlreiche Schwierigkeiten, Vorurteile und ideologische Sperren erschwerten dabei vielfach eine fruchtbare Zusammenarbeit:

- Öffentliche Debatten heikler Themen waren als undeutsch diskreditiert;
- gegenüber dem Glanz des Kaiserreiches verblasste der nüchterne parlamentarische Alltag;
- lediglich SPD («Sozialdemokratische Partei Deutschlands»), «Zentrum» (Katholisch, republikanische Mitte) und DDP («Deutsche Demokratische Partei», linksliberal) bekannten sich von Anfang an zur Republik;
- DVP («Deutsche Volkspartei») und DNVP («Deutschnationale Volkspartei»), beide mit monarchisch nationaler Grundhaltung, blieb die Republik stets ein Ärgernis;
- die KPD («Kommunistische Partei Deutschlands») arbeitete auf die gewaltsame Beseitigung der bürgerlichen Demokratie hin;
- die NSDAP («Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei») wollte die nach ihrer Ansicht korumpierende Parlamentswirtschaft durch einen totalitären Führerstaat ersetzen;
- Splitterparteien erschwerten die ohnehin problematische Koalitionsbildung;
- Aussen- und Innenpolitik wurden von rechts und links auf lähmende ideologische Grundsatzdebatten zugespitzt;
- den demokratischen Kräften fehlte es an Selbstbewusstsein und entschlossener Unterstützung durch eine aufgeklärte Öffentlichkeit;
- republikfeindliche Parteien konnten ungehindert für eine Zerstörung der Demokratie agitieren.

Der «Kapp-Putsch» Arbeiter und Bürger retten die junge Republik

Einen ersten Ausbruch der immer unverhohlener auftretenden Gegnerschaft antidemokratischer rechter Gruppen bescherte der März 1920. Aufgestaute Aggressionen unter den meist monarchisch geprägten Offizieren erreichten ihren Höhepunkt, als die im Friedensvertrag vereinbarte Verringerung der Heeresstärke in Angriff genommen werden sollte. Nun erwiesen sich die rechtsradikalen Freikorps als Keimzelle des Aufruhrs.

Kurz entschlossen setzte sich die «Marinebrigade Ehrhardt» unter ihrem Befehlshaber Richtung Berlin in Bewegung, um der drohenden Auflösung zuvorzukommen. Von General Lüttwitz unterstützt und vom rein «zufällig» vorbeikommenden General Ludendorff begrüsst, rückten die Truppen in die Reichshauptstadt ein. Der Regierung blieb lediglich ein Hilferuf an die Armee. Reichswehrminister Gustav Noske wurde in der Stunde grösster Gefahr vom Chef der Heeresleitung Generaloberst von Seeckt mit den Worten abgespeist: «Reichswehr schieisst nicht auf Reichswehr.» Ohne jede Rückendeckung flieht daraufhin die Regierung Hals über Kopf nach Stuttgart. Indessen hält die Reichswehr sich im Hintergrund, das Schauspiel gelassen verfolgend. Dass die Machtübernahme des eigentlichen Drahtziehers, des alldeutsch-national gesonnenen Verwaltungsjuristen

«Kapp-Putsch»

Wolfgang Kapp: Rittergutsbesitzer, preussischer Landrat, Generaldirektor der ostpreussischen Landwirtschaftskreditbank. Mit Admiral Tirpitz Begründer der «Deutschen Vaterlandspartei» (1917). Verfechter alldeutscher Ideen. Propagiert die Gegenrevolution gegen die «Weimarer Republik» vom Baltikum aus.

Die Reduzierung der Truppenzahl entsprechend den Bedingungen des «Versailler Vertrages» durch die Regierung Bauer wird zum Anlass für den Putschversuch. Unterstützung durch General Lüttwitz und rechtsradikale Politiker. Kontakt zu Freikorps (Marinebrigaden Löwenfeld und Ehrhardt). 13. März 1920 Einmarsch der Brigade Ehrhardt in Berlin, Ultimatum an die Regierung.

Das Kabinett flieht nach Dresden, dann nach Stuttgart, weil die Reichswehr ihm den selbstverständlichen Schutz versagt. Kapp übernimmt die Regierung. Der Chef der Heeresleitung, General Hans von Seeckt, lehnt den Putsch ab.

Nachdem Gewerkschaften, DDP und USPD den Generalstreik ausgerufen haben und die Beamtenschaft nicht bereit ist, mit Kapp zusammenzuarbeiten, distanzieren sich auch die Reichswehr und die Deutschnationale Volkspartei von Kapp. Kapp tritt am 17. März zurück.

«Ruhraufstand». Da die Drahtzieher des Putsches und die Rechtskräfte in Reichswehr und Freikorps nicht zur Rechenschaft gezogen werden, Fortsetzung des Generalstreiks. Rücktritt des Ministerpräsidenten Bauer und Reichswehrministers Noske. Einschreiten der Reichswehr und von Freikorps gegen streikende Arbeiter. Bewaffneter Kampf der Arbeiter und schliesslich Aufstand der kommunistischen «Roten Ruharmee». Wird von der Reichswehr niedergeschlagen.

Wolfgang Kapp nur eine politische Posse weniger Tage blieb, lag an der unzulänglichen Organisation dieses Putsches, vor allem aber an der Reaktion der Arbeiter. Ihr entschlossener Generalstreik sowie die Tatsache, dass auch Angestellte und Beamte in Kapps Abenteuer keinerlei Vertrauen setzten, liessen ihn ins Leere stossen.

Neben die Ernüchterung über die entlarvende Vorstellung der Militärs trat nach dem Ende des «Kapp-Putsches» auf Seiten der Demokraten eine übertriebene Befriedigung bezüglich der Stärke der demokratischen Haltung in der Bevölkerung. Die Vertrauensbasis der Regierung vergrösserte sich nach diesem Sieg aber keineswegs, im Gegenteil. Seit Langem wartete die Arbeiterschaft vergeblich auf in Aussicht gestellte Sozialisierungen, auch ihr Einfluss in den Betrieben wurde erheblich beschnitten, als «Betriebsräte» per Gesetz an die Stelle der «Arbeiterräte» traten. Gleichzeitig übte die Regierung grösste Nachsicht mit den reaktionären Freikorps. Nicht einmal die Beteiligten am «Kapp-Putsch» hatten mit mehr als einer symbolischen Bestrafung zu rechnen. Wer es hören wollte, konnte sogar erfahren, dass Kapp mit seinen Kumpanen – steckbrieflich gesucht, aber unbehelligt – neue Geheimbünde mit dem alten, vorläufig gescheiterten Ziel organisierte.

Die Linken schlagen und die Rechten schonen: Mit zweierlei Mass gegen die Feinde der Republik

Empörung und Enttäuschung führten daher im Ruhrgebiet, in Sachsen und Thüringen Arbeiter zu Selbsthilfegruppen zusammen. KPD und USPD fanden offene Ohren für ihre Feststellung, Regierung wie Parlament hätten versagt, seien im Grunde nur Agenten der «Offizierskaste», deren Interessen in absolutem Gegensatz zur Arbeiterklasse stünden. Aus eigener Initiative wollten die Arbeiter gegen die Reichsfeinde vorgehen und dabei ihre berechtigten Interessen wahrnehmen. Eine regelrechte «Rote Armee» bildete sich auf Betreiben der KPD dazu in den Ruhrmetropolen.

Als wollte sie die Parole bestätigen, schickte die Reichsregierung nach vergeblichen Vermittlungsversuchen reguläre Militäreinheiten gemeinsam mit den berichtigten Freikorps in die Unruhegebiete. Sogar die «Brigade Ehrhardt» durfte gegen die Arbeiter anrücken. Im ausbrechenden Bürgerkrieg schenkten sich die Kampfparteien nichts. Als die Militärs schliesslich ihre «Säuberungsaktion» erfolgreich abgeschlossen hatten, konnten sie feststellen, die Regierung ein weiteres Mal mit unbeschreiblicher Brutalität «gerettet» zu haben. Die Linke war in ihrem Kampfgeist gebrochen, daran änderte auch ein erfolgloser kommunistischer Aufstand

Dolchstosslegende

Die ursprünglich von Hindenburg aufgestellte Behauptung vom «im Felde unbesiegten [deutschen] Heer», die zunächst von General Ludendorff und dem emigrierten Kaiser Wilhelm II., später von rechtskonservativen und nationalistischen Kreisen gegen die junge deutsche Demokratie propagandistisch eingesetzt wurde, unterstellte, dass nur die von den Sozialisten geschürte innere Unlust und die Revolution der «Novembervereblicher» (Seite 28) die Front durch einen «Dolchstoss in den Rücken» habe zusammenbrechen lassen. In Wirklichkeit stand das Reich wegen der schlechten Lage der inneren Versorgung und wegen Rohstoffmangels sowie der ungünstigen strategischen Situation militärisch vor dem Zusammenbruch.

im März 1921 nichts mehr. Den Rechtsradikalen blieb die Machtübernahme zwar versagt, aber kaum jemand störte ernsthaft ihre Umtriebe: ihre Stunde würde kommen. Dass vom Sommer 1920 an die «Weimarer Koalition» nie mehr eine Mehrheit im Reichstag erlangen konnte, sollte zum Symbol einer schlechenden Vertrauenskrise werden.

Immer unverfrorener gebärdeten sich ab 1921 die Extremisten, um ihre Verachtung gegenüber dem «System» der von ihnen «Novembervereblicher» geschimpften Demokraten in gewalttätigen Ausschreitungen zum Ausdruck zu bringen. «Schlagt tot den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau», damit wurde die Stimmung angeheizt, auf deren Höhepunkt der populäre bürgerliche demokratische Politiker und Reichsaussenminister im Juni 1922 auf offener Strasse ermordet wurde. Die Tat war kein Einzelfall. Knapp ein Jahr zuvor wurde Matthias Erzberger, Mitglied der «Zentrumsparlei» und als Delegationsleiter der Waffenstillstandsunterzeichnung Symbolfigur für den «Verrat an Volk und Reich», von zwei ehemaligen Offizieren tödlich getroffen. Sein Tod konnte von «deutsch-nationalen» Kreisen offen bejubelt werden. Wo blieben Recht und Gesetz? Zwischen 1919 und 1922 wurden von Linksradikalen 22, von Rechtsradikalen 354 politische Morde verübt. Während 326 Morde von rechts ungehört blieben, entgingen lediglich vier Straftaten extrem Linker der gerichtlichen Verfolgung. Ganz zu schweigen von den Urteilen und Strafmaßnahmen: von geständigen rechtsextremen Tätern wurden allein 23 freigesprochen, kein einziger Linker jedoch. Hier bewies sich das skandalöse Rechtsverständnis der ehemals kaiserlichen Justiz, die nationalistisch motivierte Gewalttaten geradezu belohnte! Das kaum verhüllte Verständ-

Zur Rolle des Freikorps

Ähnlich wie die «Schwarze Reichswehr» rekrutierten sich die Freikorps aus konservativen ehemaligen Offizieren, Soldaten und Arbeitslosen. Teils überzeugte Idealisten, teils abenteuernde Landsknechtsnaturen, die bereit waren, sich jederzeit gegen alles, was als kommunistisch, sozialistisch oder ‚vaterlandslos‘ bezeichnet wurde – sei es zu Recht oder Unrecht – führen zu lassen, dabei wenig zimperlich in den Methoden und durch ganz Deutschland eine deutliche Blutspur und Hunderte von Todesopfern hinterlassend. Reichswehrminister Noske war in manchem Fall ihr Initiator, in jedem Fall duldete er sie und setzte sie zur Niederschlagung kommunistischer und linksradikaler Aufstände, so bei der Zerschlagung der Münchner Räterepublik, in Thüringen und Sachsen, in Berlin ein. Zeitweilig zählten die Freikorps 400'000 Mann. Diese ‚Geheimarmee‘ kämpfte auch im Baltikum, in Oberschlesien.

Fememorde. Unter dem Vorwand der Vaterlandsverteidigung und des Kampfes gegen den Kommunismus wurden von den Freikorps und ihren Nachfolgeorganisationen wenigstens 300 Morde an missliebigen Politikern, Intellektuellen, ‚Verrätern‘ aus den eigenen Reihen und Kommunisten begangen. Opfer waren u.a. der Zentrumspolitiker Erzberger (26. August 1921), der USPD-Führer und Ministerpräsident Eisner in München (Februar 1919), Dr. Rosa Luxemburg (15. Januar 1919), Dr. Karl Liebknecht (15. Januar 1919), Außenminister Rathenau (24. Juni 1922). Unter den Mördern finden sich Namen, die später im NS-Staat eine so blutige Signatur hinterliessen wie Höss (Lagerkommandant von Auschwitz) und Bormann (Reichsleiter und Sekretär Hitlers).

Berüchtigte Gruppierungen und Nachfolgeorganisationen der Freikorps: Aus der auch in den «Kapp-Putsch» verwickelten «Marinebrigade Ehrhardt» ging nach der Auflösung der Freikorps die nicht weniger gefürchtete «Organisation Consul» in München (1920-1922) hervor (Adjutant: E. v. Salomon), deren Satzung den erbarmungslosen Kampf gegen die «Weimarer Republik» und ihre Vertreter sowie unbedingten Gehorsam und Femegerichtbarkeit forderte. Die militärisch straff geführte Organisation verfügte über eigene Waffelager und war stark genug, auch die Gerichte nicht fürchten zu müssen. Es kam in den Prozessen von 1924 zu keiner Verurteilung der sich nun im «Neudeutschen Bund» zusammenschliessenden Mitglieder.

Eine andere bayerische Nachfolgeorganisation war die «Organisation Escherich», die 1920 in Regensburg entstand. Neben den genannten Zusammenschlüssen gab es eine Vielzahl republikfeindlicher paramilitärischer Gruppierungen, von den Einwohnerwehren über Frontkämpferverbände bis hin zum «Kampfbund Oberland» und dem Bund «Reichskriegsflagge».

nis der Gerichte für ‚nationale Taten‘ nahm angesichts der anschwellenden Woge der Gewalt zynische Züge an.

Im Parlament löste der Tod Walther Rathenaus endlich eine mehrheitliche Empörung aus, die es ermöglichte, das «Gesetz zum Schutz der Republik» zu verabschieden, womit eine Handhabe gegen Tarnorganisationen und politische Banden gegeben war. KPD, DNVP und «Bayerische Volkspartei» stimmten dagegen. Reichskanzler Wirth («Zentrum») sprach offen aus, was im Reichstag die meisten dachten: «Der Feind steht rechts.»

Die Reichsregierung zwischen Reparationsforderungen und Rufmordkampagnen

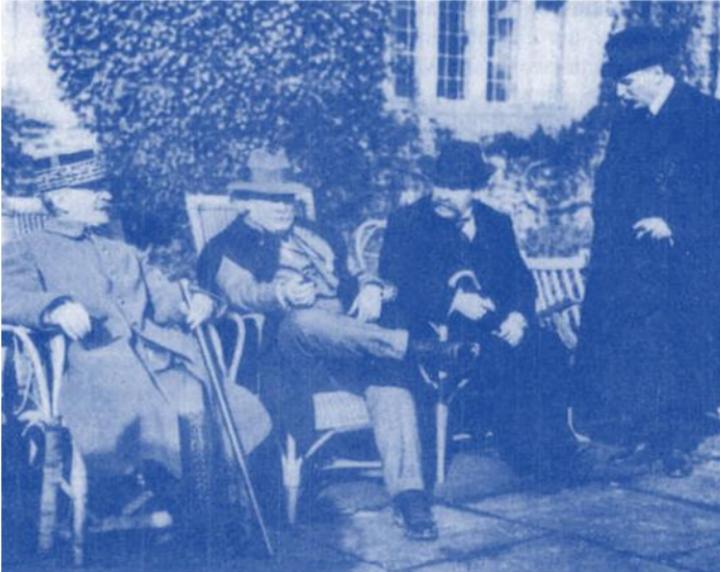
Überschattet, wenn nicht gar in ihr explosives Stadium gebracht worden waren die gewalttätigen Ausschreitungen von einem politischen Generalthema, das bis zum Ende der Republik für Zündstoff sorgen sollte. Es handelte sich um den «Friedensvertrag von Versailles», der im Frühjahr 1920 in Kraft getreten war. Dabei stellte sich die Reparationsfrage bald als der gefährlichste innen- wie aussenpolitische Sprengsatz heraus, da im Vertragstext die Summe der zu leistenden Reparationen offengeblieben war. Von deutscher Seite sah sich die Reichsregierung in der wenig beneidenswerten Lage, von den Gegnern im Reich beschimpft, von den Alliierten durch eine ultimative, mit massiven Drohungen geführte Verhandlungsstrategie in die Enge getrieben zu werden.

Zunächst blieben die Deutschen in der Frage der Reparationszahlungen hart und nahmen als Sanktionen die Besetzungen der Rheinhäfen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort hin. Als am 5. Mai 1921 statt der zunächst ge-

Reparationen

(lat. reparatio = Wiederherstellung, Wiedergutmachung)

Ursprünglich Kriegsentschädigungen, die einer Erstattung der Kriegskosten durch den Besiegten entsprachen. Die Forderungen des «Versailler Vertrages» gingen weit über diese Regelung hinaus und forderten auch Wiedergutmachung für private Schäden, für Darlehen, für Renten und Pensionen etc. Da der Rechtsanspruch und die Höhe dieser Reparationen umstritten blieben, kam es nie zu einer endgültigen Festlegung der Reparationsleistungen. Insgesamt wurden vom Deutschen Reich bis 1931 53 Milliarden Goldmark Entschädigungen gezahlt.



Sie beeinflussten Deutschlands Schicksal (von links): General Ferdinand Foch, franz. Generalstabschef, alliierter Oberkommandierender; Lloyd George, britischer Premier; Aristide Briand, der später mit Stresemann zur Verständigung kam. Londoner Reparationskonferenz 1921.

forderten 226 Milliarden Goldmark die Reparationsschuld von alliierter Seite verbindlich auf nur 132 Milliarden festgelegt wurde, war nach realistischer Einschätzung das äusserste zu diesem Zeitpunkt erreicht. Mit der Drohung, bei Ablehnung binnen sechs Tagen das Ruhrgebiet zu besetzen, liessen die Siegermächte Reichskanzler Wirth (1921/22) keinen Entscheidungsspielraum mehr. Josef Wirth und sein Aussenminister Walther Rathenau wurden so aus Einsicht in die politischen Realitäten zu verleumderten «Erfüllungspolitikern», auf die sich der zügellose Hass der gesamten Rechten konzentrierte. Dies umso schärfer, als trotz einer sechzigprozentigen Abstimmungsmehrheit für Deutschland und trotz erfolgreichen Freikorpsesatzes gegen polnische Übergriffe Deutschland gezwungen wurde, Oberschlesien mit Polen zu teilen. Drei Viertel des Gebietes mit mehrheitlich von Deutschen bewohnten Städten des wegen seiner Bodenschätze wichtigen oberschlesischen Raumes um Kattowitz und Lublinitz musste an Polen abgetreten werden.

Es wiederholte sich nun ein bekanntes Schauspiel: Demokratisch-bürgerliche Politiker übernahmen mit ihrer Unterschrift die Verantwortung für die Folgen monarchisch, nationalistisch motivierten Grössenwahns, während die geistigen Hintermänner von damals mit neuen Handlangern bereits wieder auf dem Sprung nach vorne waren. Dass die Demokraten dies nicht im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankern konnten, sich sogar ihres «undeutschen Treibens» schämen sollten, gehört wesentlich zur Tragik des späteren Scheiterns von Weimar. Den Ton der Reparationsverhandlungen ebenso wie die harte Linie bestimmte vor allem Frankreich. Seine Haltung wurde diktiert von der Furcht vor einem möglichen Wiedererstarken des «Erbfeindes», den man daher für alle Zukunft wirtschaftlich und militärisch als zweitrangige, weil damit berechenbare politische Grösse eingestuft wissen wollte. Natürlich spielten bei der Einstellung Englands und der USA ebenso Ressentiments eine bedeutende Rolle, wenngleich insbesondere die Briten bald erkannten, dass ein wirtschaftlich florierendes Deutschland seine Kriegsschulden leichter begleichen konnte und daneben ein vielversprechender Handelspartner zu werden versprach. Diese differenzierte Einschätzung sollte jedoch erst später zu einem tragenden Konzept weiterentwickelt werden. Vordergründig drückten die Westmächte eigene Kriegsschulden bei den USA; vor allem die Franzosen standen hier tief in der Kreide. Indessen blieb bei allen Reparationsforderungen an Deutschland völlig ausser Acht, ob überhaupt eine realistische Chance bestand, die geforderten Raten im zerrütteten Deutschland zu erwirtschaften, zumal die Alliierten zunächst deutsche Exportanstrengungen nach Kräften erschwerten.

Nach dem Willen Frankreichs durfte die Frage der Zahlungsfähigkeit nicht diskutiert werden. Jedes diesbezügliche Argument von Seiten Deutschlands wurde unmissverständlich als Zeichen von Zahlungsunwilligkeit denunziert. So griffen auch nicht die Versuche des Aussenministers Rathenau, der in düsteren Farben ausmalte, dass unveränderte Reparationszahlungen nur um den Preis einer rasanten Inflation zu leisten waren, denn wie anders sollte man das Geld beschaffen, als es bei Bedarf zu drucken. Stand die Leistungsfähigkeit der Industrie jedoch in immer krasserem Missverhältnis zu der umlaufenden Geldmenge, konnte man einen wirtschaftlichen Kollaps erwarten.

Die Franzosen besetzten das Ruhrgebiet

Dennoch duldete Frankreich keinen Zahlungsaufschub mehr, da die Untätigkeit deutscher Regierungskreise den Verdacht nährte, mit Inflation und

Vom Hass verfolgt Republikaner, Demokraten, Revolutionäre

Ob «Zentrum» oder SPD, Liberale oder Kommunisten, den Rechtskonservativen und Rechtsradikalen waren alle gleich verhasst. Auf der anderen Seite versuchten linksradikale Gruppen und sowjetorientierte Kommunisten in der unruhigen «Weimarer Republik» an die Macht zu kommen. Unterwanderungen, regionale Revolutionen, Aufstände waren die von links gegen die Republik eingesetzten Mittel, gegen die jedoch die rechtskonservative Seite ihre durch militärische und altbürgerliche Kreise gestützte und tolerierte eigene Brutalität nur zu gut einzusetzen wusste. Oft waren linke Aktionen nur Reaktionen auf rechte Übergriffe.

Beispiele: Namen, Republiken, Aufstände

Matthias Erzberger:

Geboren am 20. September 1875 in Buttenhausen/Württemberg. Zentrums-
politiker, Volksschullehrer, Redakteur.

1903/1906 Reichstagsabgeordneter, Finanzexperte.

1914 Für Annexionspolitik nach gewonnenem Krieg. Bald aber Sympa-
thisant eines «Verständigungsfriedens».

1918 Unterzeichnet auf Wunsch Hindenburgs den Waffenstillstand in
Compiègne. Tritt, um die Reichseinheit zu retten, für Erfüllung des
«Versailler Vertrages» ein.

1919 Finanzminister.

1920 Zentralisierung der Finanzhoheit. Verleumdet als eigennütziger
Finanzschieber.

Erzberger wurde von den Rechten als «Erfüllungspolitiker» verächtlich ge-
macht und durch Hetzschriften verleumdet. Am 26. August 1921 fällt er ei-
nem Mordanschlag der «Organisation Consul» zum Opfer.

Kurt Eisner:

Geboren am 14. Mai 1867 in Berlin.

Philosophie- und Germanistikstudium. Redakteur. Kriegsgegner.

1917 Vorsitzender der USPD in München.

1918 Verhaftung wegen Proteststreiks.

7. November 1918 Ausrufung der Republik Bayern und Übernahme des Mi-
nisterpräsidentenamtes einer Regierung mit drei SPD- und drei
USPD-Mitgliedern.

Zahlungsunfähigkeit die Reparationen bewusst zu unterlaufen. Das
Jahr 1922 brachte die befürchtete Zuspitzung des Konfliktes. Mit dem
Kabinett Wirth war in kurzer Zeitspanne eine weitere Regierungskoali-

Januar 1919 Niederlage der USPD und Rücktritt Eisners.

Abgestempelt als «Novemberverbrecher» und Jude, wird Eisner am 21. Februar 1919 von Leutnant Graf Arco-Valley ermordet.

Bayerische Räterepublik München

Im Gefolge der Ermordung Eisners kommt es am 7. April 1919 zur Ausrufung der «Räterepublik der Arbeiter-, Soldaten und Bauernräte», die von Mehrheitssozialisten getragene Regierung Hoffmann zieht sich nach Bamberg zurück. In Auseinandersetzungen erringen die Kommunisten die Oberhand und bilden einen Vollzugsrat mit Aktionsausschuss. Nach Absetzung dieses Vollzugsrates durch die Münchner Betriebsräte kommt es zur Terrorherrschaft der bayerischen «Roten Armee», die im Mai vor allem durch den Gegenterror der Freikorps gebrochen wird.

Ruhraufstand und Ruhrkampf

Der «Kapp-Putsch» (siehe Seite 45) führt über den Generalstreik schliesslich zum Aufstand und zum Kampf der «Roten Armee» des Ruhrgebiets gegen die eingreifende Reichswehr (März-Mai 1920). Mit dem Einmarsch französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet im Januar 1923 kommt es erneut zum Kampf, diesmal gegen die Besatzer. Der bis zum September andauernde Kampf fordert 90 Tote. Rund 180'000 Bürger werden ausgewiesen. Die Besetzung endet 1925.

Hamburger Aufstand

Am 23. Oktober 1923 versuchen 300 kommunistische Arbeiter, beraten von sowjetischen Militärs, einen Aufstand unter streikenden Dockarbeitern zu initiieren, was misslingt.

Kommunistische Koalitionsregierungen in Thüringen und Sachsen

Die teilweise unter dem Eindruck rechtsradikaler Tendenzen entstandenen Koalitionsregierungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten werden im Auftrag der Reichsregierung («Reichsexekution») von der Reichswehr zerschlagen, wobei es zu Kämpfen und Exekutionen kommt (20. Oktober/November 1923).

Separatistische Republiken

Der Versuch, separatistische Staaten («Rhein-Republik» und «Autonomer Pfalzstaat») zu bilden, scheitert (1924).

tion verschlissen und durch ein Misstrauensvotum des Reichstags gestürzt worden. Wirth musste erkennen, dass er weder auf Zahlungsaufschub noch auf amerikanische Vermittlung in der Reparationsfrage rechnen

konnte. Nach dem Zerbröckeln dieser Grundpfeiler seiner Politik schwenkte er ebenso ratlos wie verzweifelt auf die Linie «Erst Brot, dann Reparationen» ein.

Im November 1922 scharte daher der parteilose Wirtschaftsfachmann Wilhelm Cuno ein ebenfalls parteiloses Kabinett mit Rechtsneigung um sich, das mit dem Selbstbewusstsein überparteilicher Fachleute antrat. Reichskanzler Cuno (1922/23) steuerte mit seiner bürgerlichen Minderheitsregierung von Anbeginn auf Konfrontationskurs mit den Westmächten. Die ihn unterstützenden Deutschnationalen ermunterten seine Regierung, vor allem Frankreich gegenüber eine harte Position zu beziehen. Die bisherige sogenannte «Erfüllungspolitik» sollte ein für allemal beendet sein. Im Gegenteil hoffte man sogar darauf, die Zahlungsbedingungen neu auszuhandeln. Allerdings besann man sich auf diese neue Linie der Stärke im denkbar ungünstigsten Augenblick, da mit dem französischen Ministerpräsidenten Raymond Poincaré (1922-1924/1926-1929) ein unversöhnlicher, stramm national ausgerichteter Franzose als Partner akzeptiert werden musste. Vergebens hoffte man in Deutschland auf einen mässigen Einfluss Englands. Als unverkennbar war, dass das Deutsche Reich bewusst die Reparationsleistungen verschleppen würde, suchte Poincaré nach einem Vorwand, um unmissverständlich seine Position zu unterstreichen. Er sondierte in verschiedenen europäischen Hauptstädten mögliche Reaktionen auf einen überraschenden französischen Schritt, ehe er tatsächlich seine Drohung wahr machte, sich «produktive Pfänder» zu verschaffen. Wie ein Paukenschlag wirkte die Nachricht, als am 11. Januar 1923 sechzigtausend Belgier und Franzosen das Ruhrgebiet besetzten. Mit «feierlichem Protest vor der ganzen Welt» dokumentierte das Deutsche Reich seine Empörung. Ohnmächtige Wut und lautstarke Entrüstung in weiten Teilen der Bevölkerung erleichterten der Regierung Cuno, gegenüber den Eindringlingen eine Politik des passiven Widerstandes zu propagieren. Frankreich sollten die erhofften Bodenschätze und Sachleistungen teuer zu stehen kommen. Und Poincaré wusste nur zu bald, dass nicht mehr die Verweigerung der Reparationen, sondern die Erniedrigung Frankreichs Ziel deutscher Politik geworden war.

Der «Ruhrkampf» – Der kleine Mann als Held einer Politik ohne Perspektive

In leidenschaftlichem Einsatz bemühte sich die Ruhrbevölkerung um eine Demütigung der Besatzer. Arbeitsverweigerung, Sabotage und nächtliche

Überfälle schufen bürgerkriegsähnliche Zustände, verschärft durch brutales Zurückschlagen der Franzosen. Hunderte wagten ihr Leben und nicht wenige wurden zu ‚Märtyrern‘ der ‚nationalen Sache‘. Noch Jahre danach hielten die vaterländischen und rechtsorientierten Kreise die Erinnerung an den «Ruhrkampf» wach. Hanns Johst, Schriftsteller und später Präsident der NS-Reichsschrifttumskammer, liess mit Bedacht im Krisenjahr 1932 sein Drama «Schlageter» erscheinen, dessen gleichnamiger Titelheld 1923 von den Franzosen als Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt worden war.

Hatte die Regierung Cuno anfangs noch angenommen, der passive Widerstand müsste die Ruhrbesetzung binnen weniger Monate beenden, war sie bereits im Frühjahr 1923 vollkommen ernüchtert und handlungsunfähig. Während Frankreich nach enormen Anfangsschwierigkeiten allmählich eine eigene Ruhrverwaltung aufgebaut hatte, kostete die Unterstützung der Ruhrbevölkerung die Reichsregierung gewaltige Summen. Gleichzeitig fehlten im Reich die Kohlelieferungen aus dem Ruhrgebiet, und der Ausfall der Wirtschaftskraft einer wichtigen Region verschlimmerte die verheerenden Folgen der Arbeitslosigkeit und der krisengeschüttelten Wirtschaftslage, die noch immer keinen Weg in eine zukunftsorientierte Friedensproduktion zugelassen hatte.

Angesichts dieser Lage auf eine Politik der Stärke zu setzen oder gar noch militärische Lösungen zu suchen, war schlicht selbstmörderisch. Dass dennoch mehr oder weniger heimlich Kampfverbände zusammengestellt und ausgerüstet wurden, liess die Gefahr einer Eskalation immer drohender werden. In unverantwortlicher Weise setzten grosse Teile der Reichswehr mit ihren vaterländischen Parteigängern auf nationale Begeisterung und eine tiefgreifende Enttäuschung von Tausenden ehemaliger Frontkämpfer, die aus der Armee entlassen noch immer nicht im zivilen Leben Fuss gefasst hatten. Mit Säbelrasseln war die Situation jedoch nicht zu meistern. Wieder einmal mussten demokratische Politiker die undankbare Rolle der Verlierer übernehmen, obwohl auch diesmal die Folgen deutschnationaler Selbstüberschätzung von anderen zu verantworten gewesen wären.

Am 26. September 1923 musste die neue Reichsregierung unter Gustav Stresemann (DVP, siehe Porträt Seite 58) in einem Aufruf die bittere Wahrheit eingestehen, dass es um «die nackte Existenz für unser Volk» gehe, da Währung und Wirtschaft «im besetzten und unbesetzten Deutschland» nahezu hoffnungslos zerrüttet seien. Damit bewies Reichskanzler Stresemann (1923) ausserordentlichen Mut und leitete eine bis dahin kaum vorstellbare Wendung in der deutschen Politik ein.



Höhepunkt der Inflation. Die Entwertung der Mark führte zu riesigen Geldmengen, angeliefert in Waschkörben, bevor am 15. November 1923 die neue «Rentenmark» die deutsche Wirtschaft stabilisierte.

Die Mark stürzt ins Bodenlose: Inflation Das ungleiche Schicksal von Sparern und Spekulanten

In rasendem Tempo hatte das Jahr 1923 die Krise des Reichs zu katastrophalen Ausmassen getrieben, so dass Belastungen und Mindereinnahmen durch den «Ruhrkampf» nur durch ständig neugedrucktes Geld zu bezahlen waren, das längst keine Deckung mehr besass. Hektische Aktivitäten der Reichsbank waren bald nichts weiter als eine Hilfe für wenige Tage, wenn nicht Stunden. Gegen Ende 1922 bezahlte man viertausend Reichsmark für einen Dollar, im August 1923 stand der Kurs bei eins zu vier Millionen. Im November des gleichen Jahres schliesslich entsprach ein Dollar 4,2 Billionen Reichsmark. Waschkörbeweise wurde frischgedrucktes Geld bei den Banken angeliefert, was im Laufe eines halben Tages einen Grossteil seines Wertes einbüssen konnte. Die Bürger horteten Waren jeder Art, um keine überflüssige Mark dieses wertlosen Geldes zurückzubehalten. Lohn- und Gehaltsempfänger lebten in ständiger Angst um ihren Lebensun-

«Inflation und Deflation»

flat.: inflare = aufblähen, deflare = schrumpfen lassen)

Inflation als eine negative Konjunkturerscheinung tritt zum Beispiel dann auf, wenn die Geldmenge künstlich vermehrt wird, etwa durch Notenbankkredite an den Staat für fehlende Steuereinnahmen. Preissteigerungen mindern den Geldwert, führen zur «Flucht in Sachwerte». Eine unkontrollierbare, «galoppierende» Inflation kann zur völligen Aushöhlung der Währung führen. Abschreckendstes Beispiel hierfür ist bis heute die Inflation der Mark von 1919-1923:

1 Goldmark von 1914 entsprachen	
im Dezember 1919	10 Reichsmark
31. Oktober 1922	1'000 Reichsmark
20. Juli 1923	100'000 Reichsmark
16. August 1923	1 Mio. Reichsmark
2. Oktober 1923	100 Mio. Reichsmark
11. Oktober 1923	1 Mrd. Reichsmark
19. Oktober 1923	10 Mrd. Reichsmark
15. November 1923	1 Bill. Reichsmark

Deflation bedeutet dagegen eine künstliche Verknappung von Zahlungsmitteln. Sie kann vorsätzlich herbeigeführt werden, um Inflationstendenzen aufzufangen.

Unmittelbare Folgen: Preisrückgang, Einkommenseinbussen, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Depression; von der Regierung Brüning wurden die Auswirkungen der Deflation 1930-32 absichtlich als Druckmittel zur wirtschaftlichen und politischen Verschärfung der auf Deutschland übergegriffenen «Weltwirtschaftskrise» in Kauf genommen.

terhalt. In der schlimmsten Phase der Inflation reichte der Tagesverdienst eines Facharbeiters gerade dafür, ein Pfund Margarine zu kaufen. Für ein Pfund Butter musste derselbe Mann zwei volle Tage arbeiten. Während die sozial schwachen Schichten, kleinen Sparer und Rentner binnen weniger Monate völlig ausgeplündert wurden, ja vielfach regelrecht verelendet, empfanden Finanzspekulanten, Grossindustrielle und Grossgrundbesitzer die Inflation als «goldene Zeit». Im Vergleich zu den Inflationsraten blieben die Zinsen für Kredite lächerlich gering. Nicht selten zahlten Unternehmer Kredite in wertlosem Papiergeld zurück, womit sie praktisch über Nacht ihre Fabrikationsanlagen geschenkt bekamen, in denen sie zu international gesehen sehr geringen Kosten mit grossen Gewinnspannen produzieren konnten. Wer also Nerven und Kaltblütigkeit genug besass,

Porträt



GUSTAV STRESEMANN

«Republikaner aus Vernunft» – diese griffige Formel wird heute gerne als Charakteristik für Gustav Stresemann verwendet, dessen Politik und Persönlichkeit in der Forschung noch immer umstritten sind.

Am 10. Mai 1878 als Sohn eines Berliner Kneipiers geboren, strebte er, talentiert, ehrgeizig und von den Eltern gefördert, gradlinig eine steile Karriere an. Dabei stand sein stämmiges, etwas unbeweglich wirkendes Erscheinungsbild in scharfem Gegensatz zu seiner intellektuellen Gewandtheit und seiner geschliffenen Rede. Nach der Heirat einer jüdischen Fabrikantentochter erkannte er bald als promovierter Wirtschaftswissenschaftler die fruchtbare Verbindung von Wirtschaft und Politik. Seine politischen Freunde fand er bei den Nationalliberalen, die wie er monarchistisch orientiert waren und imperialen Ideen nachgingen. Mit 28 Jahren bereits wird Stresemann in den Reichstag gewählt. Noch kurz zuvor war er für einen «Siegfrieden» eingetreten, da formte er nach Kriegsende die Reste der Nationalliberalen zu einer neuen Partei, der DVP, die er allmählich dazu brachte, sich konstruktiv an der Parlamentsarbeit in der jungen Republik zu beteiligen. Nach dem ersten Schock über das Ende des Kaiserreiches und aller damit verbundenen Träume fand der Realist zur richtigen Einschätzung der politischen Gegebenheiten, die er als Reichskanzler und Außenminister 1923-1929 in praktische Politik umzusetzen versuchte.

Versöhnungspolitik habe er nur als taktisches Manöver betrieben, sagen seine heutigen Kritiker. Sicher könnte man manche seiner Äußerungen dahin interpretieren, betrachtet man hingegen seinen unermüdlichen Einsatz und die von ihm gegen erbitterte Widerstände durchgesetzte Politik einer behutsamen Revision der «Versailler Verträge», überwiegt eine gegenteilige Einschätzung. Als einer der wenigen europäisch denkenden Politiker seiner Zeit, hat er erfolgreich deutsche Interessen vertreten und eine neue Vertrauensbasis geschaffen. Mit seinem Tod am 3. Oktober 1929 verlor Deutschland eine bedeutende Leitfigur. (W. W.)

konnte sich in der Krisenzeit Millionen in Sachwerten zusammenraffen. Ein Meister dieser Art von Spekulation war der oft zitierte Hugo Stinnes, der es so zu einem ganzen Wirtschaftsimperium brachte.

Die «Rentenmark»

Stresemann hatte es unmissverständlich formuliert, etwas anderes als das Ende des passiven Widerstandes, der täglich vierzig Millionen Goldmark kostete, eröffnete keine Aussicht auf Besserung. Erstmals in der «Weimarer Republik» wurde dazu eine Grosse Koalition gebildet (DVP, «Zentrum», DDP, SPD). Es gelang Stresemann (DVP), in den Augen der Konservativen ein Mann «so weit rechts wie möglich», die Sozialdemokraten für eine Regierung der nationalen Sammlung zu gewinnen. Dabei war sich der Reichskanzler bewusst, welche Hypothek der Republik aus dieser Krise blieb, zumal die Reichsregierung an der Ruhr eine bedingungslose Kapitulation zu akzeptieren hatte. Stresemann erkannte klar, «dass jene geistige und gewerbliche Mittelschicht, die traditionsgemäss Trägerin des Staatsgedankens war», sich durch Krieg und nachfolgende Krisenzeit um ihre nationalen Ideale betrogen sah und inzwischen völlig verarmt war. Hier sammelte sich folgerichtig ein Potential von Republikgegnern. Ein einfaches, aber wirksames Feindbild, von rechts kräftig überzeichnet, stempelte die Regierung wieder zum Versager und erhob den «starken Mann» zum ersehnten Retter dieser sozial Deklassierten.

Die Aufgabe, die Währung zu sanieren, stellte die Grosse Koalition gleich zu ihrem Beginn vor eine heikle Bewährungsprobe, denn auch jeder weitere politische Schritt hing davon ab, ob die Finanzen des Reiches wieder geordnet werden konnten. Mit einer zunächst provisorischen neuen Währungseinheit, der sogenannten «Rentenmark», wurde daher ein radikaler Schnitt gewagt: Eine Billion alter Mark gleich einer neuen Mark. Mangels ausreichender Goldreserven belegte der Staat Grundbesitz mit einer Grundschuld, die in Rentenbriefen gezeichnet werden konnte. Gleichzeitig wurde die umlaufende Geldmenge radikal beschnitten und durch rigorose Geldpolitik kontrolliert. «Das Ganze war praktisch nur ein Bluff», denn «wären mehr als ein paar Leute gekommen, um ihre Rentenmark in Rentenbriefe einzutauschen, wäre die Seifenblase des reichseinheitlichen Notgeldes sehr schnell geplatzt». Mit dieser knappen Formel umreisst der Historiker Helmut Heiber, auf welchem schmalen Grat die Reichsregierung sich bewegte. Die konsequente Haltung der Regierung schuf jedoch Vertrauen.

Ausserdem musste die Wirtschaft mit Blick auf die Zukunft das «Stabilisierungsspiel» mitspielen, selbst wenn mancher Unternehmer den «goldenen» Inflationszeiten nachtrauerte. Auch für die Bevölkerung überwogen zunächst die negativen Auswirkungen, da knappes Geld und Produktionsrückgang die Arbeitslosenzahlen vorübergehend hochschnellen liessen. Mit dem Währungsschnitt trat nun endgültig zutage, in welch erschreckendem Umfang die bürgerlichen Mittelschichten proletarisiert waren und buchstäblich vor dem Nichts standen.

Angriffe von links und rechts Retten die Generäle die ungeliebte Republik?

Stresemanns mutige «Kapitulation an der Ruhr» festigte allerdings keineswegs die innenpolitische Lage, da die nationale Rechte die «Ruhrverräter» mit Hohn und Spott überschüttete. Dabei taten sich die völkisch-vaterländischen Gruppierungen in Bayern, der selbst ernannten ‚Ordnungszelle‘ des Reiches, in unrühmlicher Weise hervor. Die bayerische Regierung musste schliesslich sogar befürchten, der nationalen antimarxistischen Umtriebe nicht mehr Herr zu werden. Am 26. September 1923 verkündete sie den Ausnahmezustand und setzte den bayerischen Monarchisten *Gustav Ritter von Kahr* (*K, rechts*), einen mit den rechtsnationalen Kräften sympathisierenden Mann, als Generalstaatskommissar ein, der gegen den Reichskanzler Front machte. Sofort reagierte Berlin mit dem militärischen Ausnahmezustand für das ganze Reich, und jetzt kam alles auf die Haltung der Reichswehr an. Würde sie sich im Konfliktfall vorbehaltlos hinter die wenig geliebte Republik stellen?

Gleichzeitig sah sich die KPD durch die krisenhafte Zuspitzung ermutigt, erneut einen revolutionären Umsturz einzuplanen und in Ausnutzung und als Antwort auf die rechte Bedrohung analog der russischen Revolution einen «Deutschen Oktober» vorzubereiten, um die ‚wankelmütige‘ parlamentarische Demokratie durch eine Rätediktatur abzulösen. In Thüringen und Sachsen, Ländern mit linksorientierten SPD-Regierungen, entstanden sogenannte «proletarische Hundertschaften», die zunächst als Schutztruppen gegen die Bedrohung aus dem mit militanten Parolen auftretenden Bayern dienen und im Falle eines Aufstandes als schlagkräftige revolutionäre Einheiten auftreten sollten. Linke und rechte Republikgegner provozierten sich gegenseitig, denn Bayern nahm seinerseits die Vorgänge in Thüringen und Sachsen zum Vorwand, um eine «nationale Rettungsaktion» vorzubereiten.

Gustav Ritter von Kahr **Nationalist im Zwielficht der Zeit**

Geboren am 29. November 1862 in Weissenburg/Bayern.

1917 Regierungspräsident in Oberbayern.

1920 Bürgerlicher Ministerpräsident von Bayern. Bedient sich der «Einwohnerwehren» und Freikorps gegen die Linken. Löst Arbeiter- und Soldatenräte auf.

1921 Kahr tritt zurück, da er die nach der Ermordung Erzbergers erlassene Notverordnung der Reichsregierung für Bayern ablehnt. Wieder Regierungspräsident.

1923 Generalstaatskommissar der Regierung Knilling.

Unterstützung der Rechtskräfte in Bayern. Weigerung, den Wunsch der Reichsregierung zu erfüllen, den «Völkischen Beobachter», das offizielle Organ der Nationalsozialisten, wegen eines verleumderischen Beitrages über den Reichskanzler und den Chef der Heeresleitung zu verbieten.

Nach Entlassung General Lossows durch den Reichswehrminister Gessler, Unterstellung Lossows und der bayerischen Reichswehr unter Kahrs Kommando gegen den Willen der Reichsregierung. Kahr plant eine Rechtsdiktatur im Reich und hält Kontakt zu Hitler und Ludendorff. Nach Überumpelung durch Hitler am 9. November Niederschlagung seines Putsches an der Feldherrnhalle. Undurchsichtige Rolle im Prozess gegen Hitler.

1934 Ermordung durch Nationalsozialisten im Rahmen des sogenannten «Röhm-Putsches».

Als Mitte Oktober Kommunisten in die Regierungskoalitionen von Thüringen und Sachsen eingetreten waren und Koalitionen mit der SPD gebildet hatten, griff die Reichswehr ein und ‚beseitigte‘ mit massivem Truppeneinsatz und mit Notverordnungsrechten diese Regierungen ebenso wie die kommunistischen Gruppierungen, wobei mancher Offizier seinen Aggressionen gegenüber den Linken freien Lauf liess. Die Rechte frohlockte, denn Bayern blieb ungeschoren. Mit General von Seeckt stand ein Mann an der Spitze der Reichswehr, der mit den Auführern in Bayern sympathisierte, sich selbst aber aus preussischem Pflichtgefühl nicht über seinen Verfassungsauftrag hinwegsetzen konnte.

Die Hauptrollen des bayerischen Putsches spielten der Monarchist von Kahr und der Befehlshaber der bayerischen Reichswehreinheiten, General von Lossow. Einer ihrer Mitkämpfer, Adolf Hitler, Chef der radikalen Partei der «Nationalsozialisten» (siehe auch «Grundlagen des Nationalsozia-



Vom Antikommunismus zum Kampf gegen die Republik. Oben: Angehörige des Freikorps «Werdenfels» nach der Niederwerfung der Münchner Räterepublik (April/Mai 1919). – Unten: Die führenden Männer des sogenannten «Hitler-Putsches» vom November 1923. Von links: Pernet, Dr. Weber, Frick, Kriebel, Ludendorff, Hitler, Brückner, Röhm, Wagner.





*NS-Putschisten auf dem Marsch zur Feldherrnhalle am 9. November 1923 (oben).
Der Putsch brach vor der Feldherrnhalle im Feuer der Polizei zusammen. –
Unten: ‚Ehrenvolle‘ Festungshaft für NS-Putschisten in Landsberg. Von links:
Hitler, Kriebel (sitzend), Hess und Weber. Die Inhaftierten erhielten schon nach
sechs Monaten Haftverschonung.*



«Marsch auf die Feldherrnhalle» Hitlers Münchner Putschversuch

Rechtsradikale Fanatiker fanden in den frühen zwanziger Jahren in München vielfältige Anregungen und chauvinistische Gruppierungen, so u.a. den Kreis um General Ludendorff, den ehemaligen Generalstabschef Hindenburgs, und Adolf Hitler. Am 8. November 1923 verkündeten beide im Bürgerbräukeller die «Nationale Revolution» und riefen zum Marsch auf Berlin auf, um die Regierung Stresemann und den Reichspräsidenten zu stürzen – und das alles – symptomatisch für die konservative Grundhaltung der Zeit – im Beisein eines grossen Teils der bayerischen Landesregierung unter Knilling. Die selbst mit Umsturzplänen liebäugelnden konservativen Politiker Ritter von Kahr, General von Lossow und Polizeichef Seisser wurden von Hitler mit der Pistole bedroht und gezwungen, dem Putsch zuzustimmen. Am nächsten Tag widerrief Kahr, verlegte die Regierung nach Regensburg und verbot den Kampfbund Hitlers und Ludendorffs. Der Demonstrationzug Hitlers und seiner Getreuen brach am nächsten Tag (9. November) vor der Feldherrnhalle im Feuer der Polizei zusammen. 19 Tote blieben auf dem Pflaster. Hitler wurde zu ehrenvoller Haft in der Festung Landsberg verurteilt, nachdem Kahr in seinem Prozess eine undurchsichtige Rolle gespielt hatte.

lismus», Seite 170), befürchtete, leer auszugehen. Am 8. November ergriff er daher selbst die Initiative. In einem teils hysterischen, teils tragikomischen Auftritt stürmte er eine Versammlung im Münchner Bürgerbräukeller und überredete Kahr, Lossow und General Seisser mit Hilfe des eilig herbeigeholten ‚nationalen Denkmals‘ General Ludendorff zur «nationalen Revolution»: Nur eine Nacht lang durfte Adolf Hitler Reichskanzler spielen, denn tags darauf zerstreute die bayerische Polizei mit Waffengewalt einen Zug der Putschisten zur Feldherrnhalle. Ausser Ludendorff und Hitler waren alle führenden Köpfe bereits in der Nacht abgesprungen, und die Bevölkerung hatte sich nicht wie erwartet solidarisiert. Die Entscheidung aber brachte die Haltung des Militärs, denn die Reichswehr rührte keine Hand für Hitler. Er fand allerdings wie vor und nach ihm so viele Rechte milde Richter und wurde nur zur ‚Ehrenhaft‘ auf der Festung Landsberg verurteilt. Nach einem Jahr bereits tauchte er erneut in der politischen Auseinandersetzung auf. Erfüllt von dem alten Hass, wollte er seine Taktik ändern und «seine Nase jetzt in den Reichstag stecken».

Die Republik war wieder einmal gerettet, wirklich gestärkt ging sie nicht aus dieser Krise hervor. Bis zum Schluss nahm die Reichswehr eine dubiose Rolle gegenüber den rechtsradikalen Umtrieben ein. Wenn eine Chance zum Putsch bestanden hätte, jetzt war sie jedenfalls verpasst. Mit der Ausgabe der «Rentenmark» im Herbst 1923 konnte endlich nach unruhigen, von Umsturzdrohungen gezeichneten Anfangsjahren eine zweite Phase der Stabilisierung nach innen und aussen beginnen. Sie währte nur wenige Jahre. Vorübergehend etwas mehr in den Hintergrund gedrängt, lauerte die Rechte weiterhin auf die endgültige Abrechnung mit dem «System».

Ausgleich mit den Nachbarn in Ost und West

Über das ungleiche Vorgehen der Reichswehr empört, brachten die Sozialdemokraten die Reichsregierung zu Fall. Kanzler Stresemann überlebte jedoch den Regierungssturz und konnte seine Politik als Aussenminister des neuen konservativ-liberalen Kabinetts fortsetzen. Diesen Posten bekleidete er in den unterschiedlichsten Koalitionen vom 30. November 1923 bis zu seinem plötzlichen Tod Anfang Oktober 1929. Als Mann des Ausgleichs und international akzeptierter Partner bildete er, gefeiert wie angefeindet, den ruhigen Pol in der ansonsten mehr als unruhigen Zeit. Er prägte die Aussenpolitik seit Mitte der zwanziger Jahre. Mit seinem Namen verbanden Europäer wie Amerikaner den deutschen Willen zur Verständigung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern.

Nach Abbruch des «Ruhrkampfes» entwickelten sich die Rahmenbedingungen für die deutsche Politik recht günstig. England suchte das Gespräch, da ein Neuanfang in der deutschen Wirtschaftspolitik bedeuten konnte, dass die noch immer ungeklärte Reparationsfrage endlich verbindlich geregelt würde. Angesichts der hohen englischen Kriegsschulden in den USA trafen sich die Interessen beider Staaten. Frankreich sah sich isoliert und lenkte ein. Eine dauernde französische Besetzung des Ruhrgebietes verstieß ausserdem gegen die Gleichgewichtsinteressen Englands.

Zwei Jahre bevor Stresemann nun daranging, das Verhältnis zu den westlichen Alliierten und damit die Reparationsfrage zu klären, war es bereits zu einer vertraglichen Verständigung mit der Sowjetunion in Rapallo gekommen. Der dort im April 1922 geschlossene Vertrag sah vor, gegenseitig auf Ersatz von Kriegskosten und Schäden zu verzichten. Ausserdem wollte man den beiderseitigen Handel begünstigen und diplomatische Beziehungen aufnehmen. Nach der Devise Lenins nutzten die Russen in ih-

«Vertrag von Rapallo»

Das am 16. April 1922 abgeschlossene, am 4. Juli von Deutschland ratifizierte und am 5. November auf alle Sowjetrepubliken ausgedehnte Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik brachte beiden Staaten erhebliche Vorteile. Aussenminister Rathenau und Tschitscherin vereinbarten u.a.: Beide Staaten verzichten auf eine Entschädigung für militärische und zivile Kriegsschäden;

Deutschland verzichtet darüber hinaus auf eine Vergütung des in Russland verstaatlichten deutschen Vermögens;

die wirtschaftlichen Beziehungen werden nach dem Prinzip der Meistbegünstigung aufgenommen;

beide Staaten nehmen diplomatische und konsularische Beziehungen auf;

die Rechtsstellung von Privatpersonen wird geregelt.

Der Rapallo-Vertrag durchbrach die Isolierung des sowjetischen Russland, verschaffte ihm Zugang in die westliche Staatenwelt und wertete es international auf. Deutschland seinerseits konnte sich aus der West-Ost-Abhängigkeit vor allem in Fragen der Reparationen lösen und an diplomatischer Bewegungsfreiheit gegenüber England und Frankreich gewinnen.

rer Aussenseiterolle Spannungen in der kapitalistischen Welt aus, um international hoffähig zu werden. Umstritten ist bis heute in der Forschung, ob Deutschland mit Rapallo seine «Selbstisolierung» vorantrieb oder den ersten «Schritt aus der Isolierung» tat. Das Misstrauen in den westlichen Hauptstädten nahm jedenfalls erheblich zu, da auch Reichswehr und Rote Armee eine Zusammenarbeit vereinbart hatten.

Mit der verstärkten Westorientierung ab 1924 konnte Stresemann daher Bedenken zerstreuen, vor allem aber eine bisher fehlende langfristige Orientierung der deutschen Aussenpolitik einleiten. Ein nach dem federführenden amerikanischen Bankier Charles Dawes entwickelter Plan (*siehe K: «Dawes-Plan», rechts*) sollte den Zahlungsmodus deutscher Reparationen neu ordnen. Ohne bereits die endgültige Höhe des zu zahlenden Betrags festzulegen, einigten sich die Verhandlungspartner auf allmählich ansteigende Jahresraten von 1 Milliarde bis 2,5 Milliarden Goldmark in den Jahren 1928/29. Als Gegenleistung sollte das besetzte Rheinland binnen Jahresfrist geräumt werden. Ein grosser Erfolg, den in Deutschland

gleichwohl Rechts- wie Linksradikale in lautstarken Kampagnen als Landesverrat und Knechtung des Reiches anprangerten. Mit der so hoch gepeitschten Woge nationaler Emotionen erzielten die Radikalen zwar Stimmengewinne, die Mehrheit der demokratischen Parteien und gezwungenermassen noch Teile der Deutschnationalen Volkspartei halfen dem Dawes-Plan dennoch über die parlamentarischen Hürden.

Selbst für nationalistische und erzkonservative Wirtschaftskreise leuchtete eine Rechnung auf den ersten Blick ein: Den in den nächsten Jahren zu zahlenden sieben Milliarden Goldmark Reparationen standen sechzehn Milliarden Anleihen gegenüber, die vornehmlich aus den USA nach Deutschland fliessen sollten. Zahlen konnte nur, wer etwas erwirtschaftete, und ein Exportmarkt entstand nur dort, wo die Volkswirtschaft florierte. Also pumpten die Amerikaner Gelder nach Europa. Tatsächlich verschwanden die Arbeitslosen von der Strasse, die Volkswirtschaft blühte

Dawes-Plan

Die wirtschaftliche Zerrüttung Deutschlands, vor allem die Höhepunkte der Inflation (1923) mit ihrem Kaufkraftverfall und der Kapitalflucht machten auch den Siegermächten deutlich, dass Deutschland nicht die erwarteten Reparationen leisten konnte. Zwei Sachverständigenausschüsse unter dem amerikanischen Bankier Charles Dawes und dem englischen Experten Reginald McKenna konstatierten, dass erst eine wirtschaftliche Gesundung des Reichs und der Verzicht auf Gewaltmassnahmen wie die Ruhrgebietsbesetzung überhaupt weitere Reparationen ermöglichen könnten. Am 15./16. August 1924 kam es zur Verabschiedung des Dawes-Planes mit neuen Zahlungs- und Hilfsbedingungen: Zukünftig sollte Deutschland pro Jahr 2,5 Milliarden Mark Reparationen leisten, voll zahlbar vom 5. Jahr an. Als Sicherung wurden Reichsbahn und Reichsbank unter internationale Kontrolle gestellt und belastet. Ebenso wurden Zoll- und Verbrauchssteuereinnahmen verpfändet. Den Zinsendienst für Obligationen in Höhe von 5 Milliarden Mark hatte die Industrie aufzubringen. Gleichzeitig erhielt das Reich zur Sanierung seiner Wirtschaft eine Auslandsanleihe in Höhe von 800 Millionen Mark.

Diese Regelung verhalf Deutschland zu neuem Kapital und machte es finanziell vertrauenswürdig. Da als weitere Folge auch die Ruhrgebietsbesetzung durch Frankreich beendet werden konnte und eine Annäherung an Frankreich eingeleitet wurde, erwies sich der Dawes-Plan politisch und wirtschaftlich als fruchtbar – wenigstens in Teilen. Als Nachteil sollte sich später die durch ihn ausgelöste starke Auslandsverschuldung erweisen.

auf, wobei die Reichen zwar wieder einmal den grossen Schnitt machten, aber auch die Masse des Volkes sichtbar profitierte. Die folgenden Jahre sollten als die «golden twenties» in die Geschichte eingehen, – Jahre, die leider nur sehr dünn vergoldet waren, «denn die ganze Herrlichkeit beruhte auf Pump».

Der «Geist von Locarno»: Das Ende der Erbfeindschaft

«London kann der Anfang sein», so lautete Stresemanns aussenpolitische Hoffnung. Der Aussenminister glaubte, auf dem mit dem Dawes-Plan eingeschlagenen Weg weitere Erfolge für Deutschland verzeichnen zu können. Wesentlich auf seine Initiative ging auch zurück, dass am 1. Dezember 1925 die Verträge von Locarno unterzeichnet werden konnten. Mit Aristide Briand, dem französischen Aussenminister (1925-1932), konnte Stresemann auf einen Partner der Verständigung setzen, der französische Sicherheitsbedenken mit viel Geduld abbaute. Die freundschaftliche Beziehung der beiden Politiker eröffnete für die ehemals verfeindeten Nationen neue Wege der Verständigung.

Im «Locarno-Vertrag» erkannte Deutschland erstmals freiwillig die Ergebnisse des Krieges an, das heisst konkret die in Versailles festgelegten Grenzen mit Frankreich und Belgien. Also sollte Elsass-Lothringen französisch bleiben. Die Garantie für das Abkommen übernahmen England und Italien. Ausserdem wurden mit Polen und der Tschechoslowakei Schiedsverträge abgeschlossen, die keine ausdrückliche Garantie der Ostgrenze Deutschlands vorsahen.

Obleich Deutschland erstmals seit dem Krieg als gleichberechtigter Partner behandelt worden war, überwogen im Reich Zurückhaltung und Ablehnung, vielfach begründet durch fehlende Einsicht in das von Stresemann ins Auge gefasste Ziel der Verständigung. Um keine Spannungen mit der noch immer international isolierten Sowjetunion aufkommen zu lassen, ergänzte der deutsche Aussenminister den Vertrag von Locarno im April 1926 durch den «Berliner Vertrag». Dieser deutsch-russische Freundschaftsvertrag sicherte die gegenseitige Neutralität im Falle eines Krieges zu. Damit hatte Deutschland die Basis geschaffen für ein einvernehmliches Verhältnis mit seinen beiden wichtigsten europäischen Nachbarn.

Gleichzeitig mit der Zustimmung zu den «Locarno-Verträgen» hatte der Reichstag sich grundsätzlich für den Eintritt Deutschlands in den «Völkerbund» ausgesprochen. Bis zum September 1926 währten allerdings die Verhandlungen um eine den Grossmächten gleichberechtigte Stellung des

«Verträge von Locarno»

Wie der Vertrag von Rapallo sollten auch die Abkommen von Locarno Deutschland mehr Bewegungsfreiheit geben: Dieses am 16. Oktober 1925 in Locarno vereinbarte, am 1. Dezember 1925 in London unterzeichnete Vertragswerk zwischen Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Belgien, Polen und der Tschechoslowakei kam einem grossen Sicherheitssystem in Mitteleuropa gleich – eingebunden in den Völkerbund.

Als Unterzeichner des Vertragswerkes erreichte Deutschland zugleich den Eintritt in den «Völkerbund» als gleichberechtigtes Mitglied am 8. September 1926.

Deutschland verzichtete auf eine Revision der Westgrenze und bestätigte die im «Versailler Vertrag» verlangte Entmilitarisierung des Rheinlandes.

Im Osten hingegen verweigerte Deutschland den Revisionsverzicht der Grenze, garantierte Polen und der Tschechoslowakei aber eine eventuelle Revision höchstens mit friedlichen Mitteln. Gleichzeitig akzeptierte das Deutsche Reich die Defensiv-Verträge zwischen Polen, Frankreich und der Tschechoslowakei.

Im Falle militärischer Sanktionen des Völkerbundes gegen Mitgliedstaaten brauchte Deutschland nur in beschränktem Masse unter Berücksichtigung seiner Lage Hilfsdienste zu leisten.

Die mehr für eine aktive Ostpolitik eintretenden Kräfte Deutschlands, die nach dem Rapallo-Vertrag vor allem Wirtschaftsexpansion im Osten und Revision der polnischen Grenze erhofft hatten, waren enttäuscht. Das Deutsche Reich aber hatte eine neue Basis für seine Politik gefunden, die erst durch Hitlers Gewaltpolitik (Austritt aus dem Völkerbund, Besetzung des Rheinlandes) ein Ende fand.

«Völkerbund»

Nach dem Ersten Weltkrieg 1919 auf Anregung des amerikanischen Präsidenten Wilson gegründete Staaten-Organisation mit Sitz in Genf zur Garantierung eines friedlichen Zusammenlebens der Völker. Dem Völkerbund gehörten zunächst nur die Siegerstaaten und neutralen Länder an. Deutschland konnte 1926 eintreten, die Sowjetunion 1934. Deutschland und Japan traten 1933 aus, Italien 1937, die Sowjetunion wurde nach ihrem Überfall auf Finnland ausgeschlossen. 1946 erlosch der Völkerbund. Seine Nachfolgeorganisation ist die UNO.

Reiches in diesem Gremium: «Ein wahrer Beifallssturm im ganzen Saal, unterbrochen von Bravorufen», so schildert ein Augenzeuge das erste Auftreten Gustav Stresemanns in der Völkerbundsversammlung am 10. September 1926. Seine Rede feierte die internationale Presse als überzeugenden Ausdruck deutschen Friedens- und Verständigungswillens. Dagegen fehlte im Reich weitgehend das Verständnis, ja sogar die Bereitschaft, sich unvoreingenommen mit der Politik Stresemanns auseinanderzusetzen. Gleichwohl waren die Hoffnungen des Aussenministers zu weit gesteckt, wenn er glaubte, mit seiner Politik in naher Zukunft die Reparationsfrage «zu lösen», den Frieden zu sichern und damit gleichzeitig eine «Korrektur der Ostgrenzen» sowie den «Anschluss von Deutsch-Österreich» zu verbinden. Musste sich der Aussenminister mit dieser allzu optimistischen Einschätzung nicht selbst als «Illusionspolitiker» ins Abseits stellen? Tatsächlich schien die weitere aussenpolitische Entwicklung seine Kritiker zu bestätigen. Hauptsächlich die Verständigung mit Frankreich erlitt einen Rückschlag durch die Wahl Raymond, Poiricarés zum Ministerpräsidenten (1926-1929), der eine rasche Räumung des französisch besetzten Rheinlandes hinauszögerte. Trotz unermüdlicher Anläufe bewegte sich bis 1928 nichts Wesentliches. Mit hämischen Kommentaren agierten daher die Rechtsradikalen gegen die ausbleibende Revision des «Versailler Vertrages», was in der empfindlichen französischen Öffentlichkeit sofort gereizte Gegenreaktionen hervorrief. Dennoch führten die beständigen Bemühungen im Rahmen des «Völkerbundes» zu einem greifbaren Ergebnis, das auf weitere Fortschritte hoffen liess: Am 27. August 1928 trat der sogenannte «Kellogg-Pakt» in Kraft. Sechzig Nationen ächteten darin mit ihrem Beitritt feierlich jede Form kriegerischer Auseinandersetzungen als Mittel, internationale Konflikte zu lösen. Allerdings waren für Vertragsbruch keine Sanktionen vereinbart.

Das letzte von Stresemann vorangetriebene Vertragswerk, der nach einem amerikanischen Bankier benannte «Young-Plan» (K, Seite 74), konnte erst im Mai 1930 unterzeichnet werden. Für die vorgezogene Räumung der noch besetzten Gebiete im Rheinland verpflichtete sich Deutschland darin, 59 Jahre lang je zwei Milliarden Mark an die Siegermächte zu zahlen. Eine gewaltige Reparationssumme, dafür aber sollte jede alliierte Kontrolle und Einflussnahme entfallen. Gegenüber dem «Dawes-Plan» stellte dieser Vertrag insgesamt eine weitgehende Entlastung Deutschlands dar. Für Stresemann waren diese Vereinbarungen ein weiterer Schritt zur friedlichen Revision von Versailles; für die nationale Rechte aber waren sie gemeiner Landesverrat, der angeblich die Versklavung der Deutschen auf zwei Generationen besiegelte.



Anerkennung und Ansehen für Deutschland: Aussenminister Gustav Stresemann, dessen Politik massgeblich zur Aussöhnung der europäischen Gegner bei trug, während seiner letzten Rede vordem Völkerbund in Genf (9. September 1929).

Unter der Federführung des rechtsradikalen Hugenberg-Presskonzerns bemühten sich die Rechtsradikalen, eine Hass- und Hetzkampagne zu inszenieren, die in einer Volksentscheidung gegen den «Young-Plan» gipfelte. Als diese Aktion kläglich gescheitert war, nahm der Reichstag mehrheitlich den Plan an. Stresemann selbst erlebte die unwürdigen Querelen nicht mehr. Er starb am 3. Oktober 1929. Wie eine Wachablösung mag es erscheinen, dass in den Auseinandersetzungen um den «Young-Plan» Adolf Hitler, inzwischen bekannt als fanatischer Feind der Republik, erstmals im grossen Umfang Gelegenheit bekam, mit dem «System von Weimar» abzurechnen.

Die Republik im Schatten der »Weltwirtschaftskrise«

Nach den Reichstagswahlen 1928 hatten die Demokraten in der Republik aufgeatmet, denn man sah in den Gewinnen der SPD und den Verlusten der radikalen Parteien ein ermutigendes Zeichen der Stabilisierung. Den-

Text der Zeit

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund 1926 Bericht von Paul Schmidt

So ging ich denn kurz nach 10 Uhr mit Stresemann und den beiden anderen Hauptdelegierten Deutschlands [...] zu Fuss in den nur einige hundert Meter neben dem Metropol gelegenen provisorischen Sitzungssaal des Völkerbundes, den sogenannten Reformationssaal. Als wir aus dem kühlen Hotel auf die sommerliche Strasse kamen, erwartete uns schon eine Menschenmenge, die das Hotel seit den frühen Morgenstunden belagert hatte, um den deutschen Aussenminister zu sehen. Stresemann strahlte, als er sich, umringt von vielen Journalisten und Konferenzbummlern aus aller Herren Länder, im angeregten Gespräch mit den beiden anderen Delegierten unter dem strahlenden Genfer Himmel auf das Ziel zubewegte, das er nach der langen Wanderung von London über Locarno und die Hindernisse, die sich noch im Frühjahr so unerwartet vor ihm aufgetürmt hatten, nunmehr in wenigen Minuten erreicht haben würde. An der Tür des Reformationssaales empfing uns [...] der Generalsekretär und geleitete uns durch ein paar enge, dunkle, überfüllte Räume, die wohl dem entsprechen sollten, was man in den Parlamenten die Wandelgänge nennt. Die Vollversammlung tagte bereits seit einer halben Stunde. Als erster Punkt stand die Aufnahme Deutschlands auf der Tagesordnung. Soeben, genau um 10.36 Uhr, war von dem Präsidenten, dem jugoslawischen Aussenminister Nintschitsch, der formelle Beschluss des Weltparlaments verkündet worden, dass Deutschland aufgenommen sei. «Ich bitte die deutschen Delegierten, nunmehr ihre Plätze einzunehmen», ertönte seine Stimme [...]

Eine kleine Tür öffnete sich, die den Blick in einen grossen, dunkelgetönten Saal mit mehreren übereinanderliegenden Rängen freigab. Durch das Glasdach drang das helle Sonnenlicht hinein. Die Eingangstür lag etwas erhöht hinter dem Präsidentensitz und der Rednertribüne, so dass man die Delegationen im Saal, dicht gedrängt und erwartungsvoll auf die kleine Tür blickend, erkennen konnte. [...] Ich sah noch, wie Stresemann sich plötzlich aufrichtete und dann als erster Deutscher im wahrsten Sinne des Wortes über die Schwelle der kleinen Tür hinweg in den Völkerbund eintrat. Bei seinem Erscheinen setzte im ganzen Saal ein wahrer Beifallssturm nach der vorher herrschenden erwartungsvollen Stille ein. [...] Der Beifall hatte eine wahre Orkanstärke erreicht. Von allen Seiten wurde geklatscht und Bravo gerufen. Nur mit Mühe konnten sich die drei deutschen Delegierten durch die herandrängende Masse der ausländischen Völkerbundsvertreter den Weg zu ihren Plätzen bahnen. Alle wollten ihnen die Hände schütteln und ihnen persönlich zu diesem grossen Ereignis Glück wünschen. [...] Dieser Empfang Deutschlands durch die Völker der Welt war wirklich etwas Einmaliges, um ein später so oft missbrauchtes Wort hier zu verwenden.

Recht schwer hatte es der Präsident inmitten dieser Begeisterungstürme, sich für seine Begrüssungsworte Gehör zu verschaffen. Aber es wurde ganz still, als er Stresemann das Wort erteilte und dieser sich unter atemloser Spannung langsam auf die Rednertribüne begab. [...] Stresemann [...] passte seine Stimme den technischen

Vorrichtungen, je länger er sprach, immer besser an. Nur einige Male zuckte er noch etwas nervös wegen der Blitzlichter der Photographen oder blickte unwillig auf, wenn ein Filmopereatur mit seiner surrenden Kamera ihm allzu nahe kam. Nach einigen Minuten aber fühlte er sich völlig zu Hause und verlas seine Rede, ohne sich auch nur ein einziges Mal zu versprechen.

«Es kann nicht der Sinn einer göttlichen Weltordnung sein, dass die Menschen ihre nationalen Höchstleistungen gegeneinander kehren und damit die allgemeine Kulturentwicklung immer wieder zurückwerfen», mit diesen wenigen Worten umriss Stresemann sein gesamtes politisches Wollen und wies an anderer Stelle auf die Gründe hin, die ihn zu dieser Politik geführt hatten. «Wir sehen [...] nach den grundstürzenden Ereignissen eines furchtbaren Krieges [...] in vielen Staaten den Niederbruch wertvollster, für den Staat unentbehrlicher geistiger und wirtschaftlicher Schichten.» Deshalb müsse man auch im internationalen Zusammenleben sein ganz besonderes Augenmerk auf die «Wirtschaft» lenken, «die die alten Grenzen der Länder sprengt und neue Formen internationaler Zusammenarbeit anstrebt». So behandelte er nacheinander die verschiedenen Gebiete, auf denen sich der Völkerbund betätigen sollte. Nach der Wirtschaft kam er auf die Abrüstung, die Friedensverträge, den Weltgerichtshof und den Locarno-Pakt mit den Schiedsverträgen zu sprechen. «Kein anderes Gesetz darf für sie [die Staaten] gelten als das Gesetz der Gerechtigkeit.» Er schloss mit der «Freiheit, um die jedes Volk ringt wie jedes Menschen wesen». «Möge die Arbeit des Völkerbundes sich auf der Grundlage der grossen Begriffe Freiheit, Friede und Einigkeit vollziehen.» Beifall tönte beim Schluss seiner Worte auf [...].

Dann betrat Briand die Tribüne, leicht gebeugt, mit etwas struppigem Haar und herabhängendem Schnurrbart. Ein kleiner, unscheinbarer Mann. Aber schon nach den ersten Worten wurde er ein anderer. Als Redner war Briand ein vollendeter Meister. Er sprach völlig ungekünstelt, er kannte keine Rednerpose, jeder im Saal hatte zunächst das Gefühl, als wenn sich Briand mit ihm persönlich unterhielte. «Nun meine Herren Spötter», so apostrophierte der Spötter Briand sarkastisch die Kritiker des Völkerbundes und der Völkerverständigung in allen Ländern, «was sagen Sie jetzt, wo Sie an dieser Sitzung teilnehmen? Müssen Sie nicht selbst zugeben, dass das, was wir heute hier erlebt haben, wenige Jahre nach dem furchtbarsten Krieg, der jemals die Welt durcheinandergebracht hat, während das Blut auf den Schlachtfeldern noch nicht trocken geworden ist, ein wahrhaft erschütterndes Erlebnis darstellt? Hier sehen Sie die gleichen Völker, die sich vordem so hart aneinander gestossen haben, friedlich zusammensitzen zur gemeinsamen Arbeit am Weltfrieden.»

Aus: «Statist auf diplomatischer Bühne» von Paul Schmidt. Bonn 1950.
(Schmidt war von 1923-1945 Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes.)

noch dominierten weiterhin die konservativen Kräfte, die unangefochten in den meisten Schlüsselpositionen von Staat, Wirtschaft und Militär schalten und walten konnten.

Symbolisiert nach aussen wurde dies nicht zuletzt durch den greisen Generalfeldmarschall von Hindenburg, der 1925 als Nachfolger Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten gewählt worden war. Nach dem tragischen Tod des volksverbundenen Ebert (SPD) wurde der Monarchist Hindenburg ein verfassungstreuer, gleichwohl erzkonservativer «Ersatzkaiser», von dem die Demokraten kein engagiertes Eintreten für die Republik zu erwarten hatten.

Das Jahr 1928 war bereits gezeichnet von einer hinwelkenden Konjunktur (siehe «Gesellschaft und Wirtschaft zwischen den Weltkriegen», Seite 155). Mit den ersten Anzeichen der heranrückenden «Weltwirtschaftskrise» trat damit, zunächst kaum spürbar, die Republik in ihre dritte Phase ein: die schleichende innere Krise, die zum Untergang des demokratischen Systems von Weimar führte. Geprägt waren die letzten Jahre durch einen «inneren Verfassungswandel», tiefgreifende wirtschaftliche Erschütterungen sowie eine deprimierende materielle Notlage weiter Bevölkerungskreise. Gewerkschaften und Unternehmer traten sich angesichts der katastrophalen Krisenauswirkungen immer unversöhnlicher gegenüber.

Young-Plan

Eine Konferenz in Paris am 9. Februar 1929 unter Leitung des Direktors der New York Federal Reserve Bank, Owen D. Young, führte zu einer Revision des Dawes-Planes und brachte neben einer besseren Fixierung der Reparationsbedingungen vor allem mehr Eigenverantwortung für Deutschland, aber auch hohe wirtschaftliche Belastungen. Der am 17. Mai 1930 rückwirkend zum 1. September 1929 in Kraft gesetzte Vertrag sah u.a. vor: jährliche Zahlung von 2,05 Milliarden Mark in 37 Raten; danach für 22 Jahre (bis 1988) Zahlungen in Höhe von jeweils 1,65 Milliarden Mark, danach jeweils 920 Millionen Mark. Die Kontrolle über Reichsbahn und Reichsbank wurde aufgehoben, und Deutschland übernahm selbst die Verantwortung für alle Geldgeschäfte, blieb aber mit erneuten Sanktionen nach dem «Versailler Vertrag» bedroht, sollte es zuwiderhandeln. Die Rheinlandbesetzung wurde 5 Jahre eher (1930) beendet.

Wie sich herausstellte, bedeutete der Plan, der nur bei ständigem Exportwachstum und bei Zunahme des Welthandelsumfangs gelingen konnte, eine zu grosse Belastung für die deutsche Wirtschaft. Immerhin brachte er eine relative, zeitweise Fixierung der Reparationskosten.



Polarisierung des politischen Lebens. Aufwendige Propaganda, Aufmärsche und schliesslich Strassenkämpfe – Kennzeichen der Spannungen zwischen links und rechts: «Deutsch-Nationale» beschimpfen «Reichsbanner»-Angehörige.

Gleichzeitig schwand die gewerkschaftliche Machtposition mit der steigenden Zahl der Arbeitslosen. Als am 24./25. Oktober 1929 der New Yorker Börsenkrach («Schwarzer Freitag») die Finanzwelt erschütterte, zerplatzten schliesslich alle Hoffnungen. International auf verhängnisvolle Weise von amerikanischen Geldern abhängig, stürzten die wichtigen Industrienationen ausnahmslos in eine tiefe Depression. (Siehe K: «Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit», Seite 76.)

Deutschlands kurzfristige USA-Kredite wurden Ende 1930 abgezogen, was nach einem halben Jahr zum Zusammenbruch des deutschen Bankwesens führte. Die Krisenstimmung, verschärft durch die gleichzeitigen spektakulären Wahlerfolge der als unseriös eingeschätzten NSDAP, veranlasste die amerikanischen Geldgeber zu nervösen Überreaktionen. Damit drohte ein völliger Wirtschaftskollaps, der sich in alarmierenden Konkurszahlen, im Produktionsrückgang und der dramatisch anschwellenden Arbeitslosigkeit anzudeuten begann. Das Schlagwort Massenarbeitslosigkeit vermag nicht das Elend zu veranschaulichen, das sich vor den Stem-

«Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit»

Seit Mitte der zwanziger Jahre waren in der «Weimarer Republik» etwa 32 Millionen Erwerbstätige registriert. Ein Blick auf die anschwellende Arbeitslosigkeit zeigt einen eindeutigen Zusammenhang mit der auf Deutschland ausgreifenden «Weltwirtschaftskrise» (New Yorker Börsenkrach 24./25. Oktober 1929). Gleichzeitig wird damit belegt, dass mit der endgültigen Machtübernahme Hitlers durch das «Ermächtigungsgesetz» Ende März 1933 die Krise bereits im Abklingen und die Wirtschaft in eine Phase der Erholung eingetreten war. Ein Umstand, der die Wirtschaftsmassnahmen der NSDAP erheblich begünstigen sollte.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland (in Millionen)

1928 Januar	1,86	1932 Januar	6,04
Juli	1,01	Juli	5,39
1929 Januar	2,85	1933 Januar	6,01
Juli	1,25	Juli	4,46
1930 Januar	3,22	1934 Januar	3,77
Juli	2,76	Juli	2,42
1931 Januar	4,89		
Juli	3,99		

pelstellen und in Millionen von Haushalten ausbreitete. Spätestens 1932 lag das Arbeitslosengeld weit unter dem Existenzminimum. Weimar war kein «moderner Sozialstaat» trotz aller sozialen Fortschritte.

Das klägliche Ende der Grossen Koalition Die Radikalen wittern ihre Stunde

Zunächst hätte man relativ zuversichtlich in die Krisen gehen können, denn seit 1928 regierte nach verschiedenen Minderheitskabinetten eine breite parlamentarische Mehrheit. Nach langen Jahren der Abstinenz war die Sozialdemokratie in eine Grosse Koalition mit den bürgerlichen Parteien eingetreten. In Anbetracht der zu bewältigenden Probleme hätte jedoch kaum einer grosse Summen auf die Haltbarkeit der Regierung unter Reichskanzler Müller (SPD) gewettet. Schliesslich stolperte die Koalition über eine scheinbar lächerliche Frage. Um das wachsende Defizit der Arbeitslosenversicherung aufzufangen, schlug die SPD eine Beitragserhöhung von 1 Prozent vor, die zu gleichen Teilen von Arbeitnehmern und

Arbeitgebern aufgebracht werden sollte. Dagegen machte sich die Arbeitgeberseite für eine Leistungskürzung in der Arbeitslosenversicherung stark. Trotz einjähriger Verhandlungen und trotz signalisierter Kompromissbereitschaft – die Regierung war nicht zu retten. In einer von quälender Handlungshemmung gelähmten Koalition fürchtete die SPD um ihre Verbindung zur Gewerkschaftsbasis, und die DNVP zeigte wenig Neigung, den Todeskampf einer nur widerwillig eingegangenen Koalition zu verlängern.

Angesichts der nationalen Notlage bewiesen die Parteien damit eine erschreckende Unfähigkeit zu verantwortungsbewusster Zusammenarbeit. Es mehrten sich die Stimmen, die darin ein grundsätzliches Versagen der Demokratie zu erkennen glaubten. Am 27. März 1930 trat die Regierung Müller zurück. Dies bedeutete den Anfang vom kläglichen Ende der ersten deutschen Demokratie, die von nun an in rasender Talfahrt den Nationalsozialisten in die Hände getrieben wurde.

Noch immer war der Glanz des alten Obrigkeitsstaates nicht verblasst. Als mit der Hoffnung auf den «starken Staat» auch die Faszination des «starken Mannes» wieder voll durchschlug, zerriss die nationalvölkische Propaganda den dünnen Schleier demokratischer Gesinnung bei grossen Teilen der sozial und wirtschaftlich jahrelang verunsicherten und gedemütigten Bevölkerung. Arbeiter, Bauern und bürgerliche Mittelschichten radikalisierten sich in beängstigendem Ausmass. Skrupellos hetzte die rechte Agitation die orientierungslosen Massen auf. «Das System muss weg», lautete die Formel für den Frontalangriff auf die Republik.

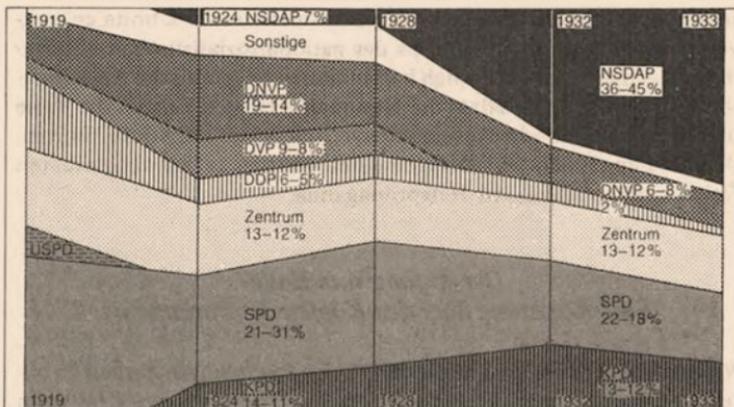
Aus Wortgefechten und parlamentarischen Debatten entwickelten sich zunehmend handgreifliche Auseinandersetzungen. Mit dem konservativen «Stahlhelm», dem kommunistischen «Rotfrontkämpferbund», dem republikanischen «Reichsbanner» und den brutalen, zeitweise verbotenen Schlägertrupps der nationalsozialistischen «Sturmabteilungen» (SA) standen sich halb-militärische, politische Kampfverbände gegenüber. Vor allem die Nationalsozialisten heizten die Krise an, indem sie politische Auseinandersetzungen auf der Strasse führten. Demokraten, Juden und Bolschewisten wurden zu auswechselbaren Zielen einer gnadenlosen Hetzpropaganda.

Der Anfang vom Ende Eine Regierung über den Köpfen des Parlaments

Während im Reichstag ohne die SPD keine Regierungsmehrheit zu bilden war, bereiteten im Hintergrund national-konservative Kräfte um den

Regierungsbeginn	Koalition	Kanzler	Anzahl der von den Parteien gestellten Minister												
			USPD KPD	SPD	DDP	Zentrum	DVP	BVP	DNVP	NSDAP	Sonstige	Parteilos			
10. 11. 1918	SPD-USPD	Rat der Volksbeauftragten	3												
29. 12. 1918	SPD	Rat der Volksbeauftragten		5											
13. 02. 1919	SPD-Z-(DDP)	Scheidemann, SPD		6	4	4									
21. 06. 1919	SPD-Z-(DDP)	Bauer, SPD		7(6)	2(3)	6									
27. 03. 1920	SPD-Z-DDP	Müller, SPD		5(6)	3	4(3)									
21. 06. 1920	Z-DDP-DVP	Fehrenbach, Z					4	3							2
10. 05. 1921	SPD-Z-DDP	Wirth, Z		3	3	4									2
26. 10. 1921	SPD-Z-DDP	Wirth, Z		4	2	4									1
22. 11. 1922	Z-DDP-DVP	Cuno, parteilos			2	2	2	2	1						5
13. 08. 1923	SPD-Z-DDP-DVP	Sresemann, DVP		4		3									1
06. 10. 1923	SPD-Z-DDP-DVP	Sresemann, DVP		3	2	3	1								3
30. 11. 1923	Z-DDP-DVP-BVP	Marx, Z					3								3(4)
03. 06. 1924	Z-DDP-DVP	Marx, Z			3(4)	3	1	(1)							4
15. 01. 1925	Z-DDP-DVP-DNVP	Luther, parteilos			1(2)	3(2)	2(3)			(3)					1(3)
20. 01. 1926	Z-DDP-DVP-BVP	Luther, parteilos					4	3	1						
17. 05. 1926	Z-DDP-DVP	Marx, Z			3	4	3								
29. 01. 1927	Z-DVP-BVP-DNVP	Marx, Z			(1)	3	2			4					(1)
28. 06. 1928	SPD-Z-DDP-DVP-BVP	H. Müller, SPD	3	2(1)	2(3)	2(3)	2(1)								
30. 03. 1930	Präsidentkabinett	Brüning, Z		1(2)	3(4)	2(1)		1	1				3(2)	1(3)	
09. 10. 1931	Präsidentkabinett	Brüning, Z		1	2		1								4
01. 06. 1932	Präsidentkabinett	von Papen, parteilos								4					9
03. 12. 1932	Präsidentkabinett	von Schleicher, parteilos								2			2		9
30. 01. 1933	DNVP-NSDAP	Hitler, NSDAP								4	3	1	5		

Reichsregierungen der Weimarer Republik 1919–1933



% in Durchschnittswerten **Parteientwicklung (Stimmenanteil entsprechend den Reichstagswahlen)**

Reichswehrgeneral von Schleicher eine alternative Lösung vor. Heinrich Brüning («Zentrum») wurde Kanzler einer Minderheitsregierung (1930-1932), die als «halbparlamentarisches Präsidialkabinett» vom Vertrauen des Präsidenten lebte. Die SPD tolerierte hilflos diesen Kurs, der das Parlament so gut wie ausschaltete, da Brüning im Wesentlichen über den Artikel 48 der Verfassung in Form von «Notverordnungen» regierte (siehe «Die Weimarer Verfassung», Seite 87). Aussenpolitisch rückte er zwei langersehnte Ziele in greifbare Nähe: das Ende der Reparationszahlungen und die militärische Gleichberechtigung Deutschlands. Im Juli 1932 konnte sein Nachfolger auf der Konferenz von Lausanne einen von Brüning vorbereiteten Erfolg verbuchen, der mit einer einmaligen Schlusszahlung von drei Milliarden Goldmark den Streit um die Reparationen endgültig beilegen sollte. Zunächst akzeptierte die Regierung Brüning einen Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Herbert Clark Hoover (1929-1932), alle Zahlungen für ein Jahr auszusetzen. Brünings Ziel war es allerdings, der Welt klarzumachen, dass Deutschland auch in Zukunft zahlungsunfähig sei. Aus diesem Grund und der noch tiefsitzenden Inflationsfurcht betrieb er eine Deflationspolitik, eine Politik des knappen Geldes, mit der er Deutschland gesundschrumpfen lassen wollte. Entgegen den Darstellungen, die Brüning als letzten Kämpfer für die Republik feiern, weiss man heute, dass er vielmehr ihren völligen Zusammenbruch in Kauf nehmen wollte. Die Krise musste so gesteigert werden, bis ein «autoritärer Ständestaat» die Republik ablösen konnte und die Parteien als Machtfaktor verschwanden.

Die Septemberwahlen von 1930 hätten eine ernste Warnung für dieses naive Konzept sein können. Sie wurden zur grossen Stunde der Nazi-Agitatoren.

Vor allem Josef Goebbels und Adolf Hitler trugen gesteigert ihre «Weltanschauung» unter die Wähler. Strassenschlachten prägten mit Angst und Schrecken die Wahlkampfatmosphäre, und die Auszählung der Stimmen ergab beängstigende Gewinne von NSDAP und KPD, die in einer Art Zangenbewegung von rechts und links die demokratischen Parteien allmählich zu erdrücken drohten.

Nach seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten im Jahre 1932 liess Hindenburg den Reichskanzler Heinrich Brüning aus persönlichen Gründen fallen. Da wiederholte sich das alte Spiel. General von Schleicher präsentierte dem Präsidenten und der überraschten Öffentlichkeit Franz von Papen als Kanzler (1932-1933), der zwar ebenfalls ohne Mehrheit war, aber als geschmeidiger und lenkbarer eingeschätzt wurde. Die Aufhebung des SA-Verbotes war eine Verbeugung Papens vor der NSDAP, die sie ihm allerdings nicht dankte.

Papen und Schleicher Zwei Intriganten besiegeln das Schicksal der Republik

Ungezügelt wie nie zuvor machten die Schlägertrupps der SA wieder durch Strassenterror von sich reden. Bis zu den Juli-Wahlen 1932 verbluteten fast hundert Menschen auf den Strassen, weit über tausend wurden verletzt. Franz von Papen (*1879, † 1969) nahm die Unruhen zum willkommenen Anlass, am 20. Juli 1932 die sozialdemokratisch geführte preussische Regierung mit Hilfe der Reichswehr zu stürzen. Er selbst wurde unter Berufung auf den so leicht zu missbrauchenden Artikel 48 der Weimarer Verfassung zum Reichskommissar für Preussen ernannt. Dennoch agierte er glücklos und hing naiven Ideen von einem autoritären «neuen Staat» nach, während die Nationalsozialisten als gefeierte Sieger aus den Juli-Wahlen hervorgingen. Was viele Demokraten befürchtet hatten, war inzwischen eingetreten: die NSDAP stellte die stärkste Fraktion im Reichstag. Zusammen mit KPD und DNVP bildete sie überdies eine antidemokratische Mehrheit, die eine parlamentarische Arbeit praktisch unmöglich machte. Da eine Regierungsbildung ihm nicht mehr möglich war, setzte Papen im November 1932 erneut Wahlen an. Wahlmüdigkeit und leere Kassen kennzeichnen diesmal den lustlosen Wahlkampf, an dessen Ende erneut keine regierungsfähigen Mehrheiten in den Reichstag einzogen, wengleich die NSDAP 34 Sitze einbüsste: Der Reichskanzler war am Ende.

Als sozusagen letztes Aufgebot folgte nun der bislang im Hintergrund agierende Kurt von Schleicher (*1882, † 1934), der «in Gottes Namen sein Glück versuchen» sollte, wie Präsident Hindenburg mit deutlichen Anzeichen von Resignation bemerkte. Es blieb General von Schleicher als neuem Reichskanzler nicht viel mehr als eine Galgenfrist, kaum Zeit genug, die Grundzüge seiner Politik zu entwerfen. Noch spekulierte der General über das mögliche Verhalten der NSDAP, da knüpfte der ehrgeizige, von sich selbst überzeugte Franz von Papen insgeheim mit Adolf Hitler die ersten Fäden: Im Hause des Kölner Bankiers von Schröder wird Hitler im Kreise von Wirtschaftsführern als politischer Partner vorgestellt. Papen intrigiert bei Hindenburg gegen Schleicher und dient dem völlig überforderten Feldmarschall den ungeliebten «böhmischen Gefreiten» als neuen Reichskanzler an. Lange unüberwindlich scheint die Abneigung Hindenburgs gegen diesen Kandidaten, aber Papen lässt nicht locker. Umgeben von «zuverlässigen» Leuten, die ihn als Minister «einrahmen», ernennt der Reichspräsident am 30. Januar 1933 Adolf Hitler schliesslich zum Reichskanzler eines Kabinetts der «nationalen Erhebung». Der Vorsitzende der NSDAP hatte die «Macht» nicht in einem révolutionären Akt «er-

Stich worte zur «Weimarer Republik»

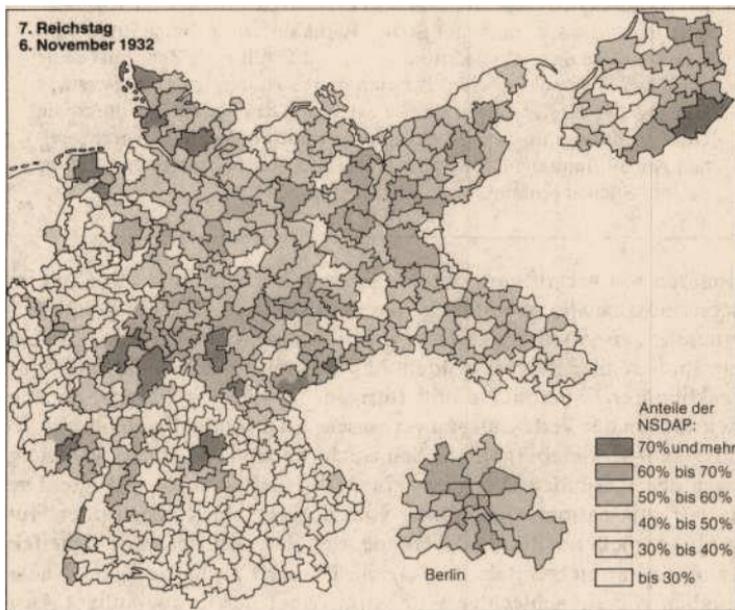
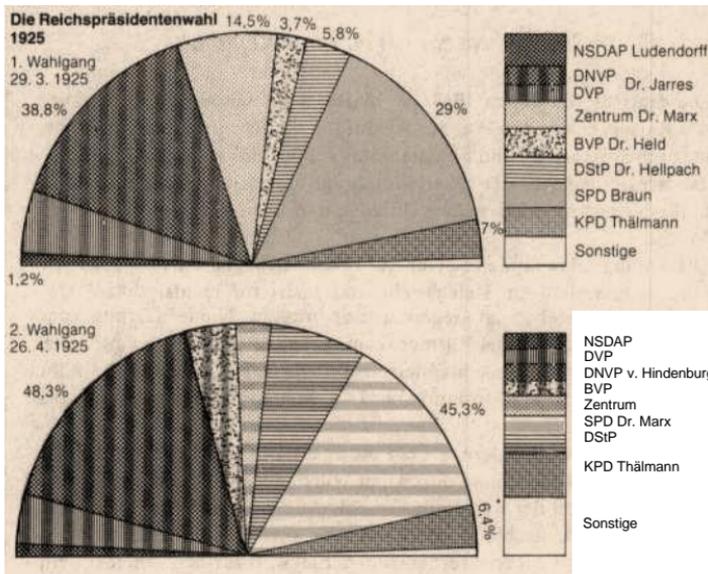
Die deutsche Revolution 1918/19: Matrosenaufstände und Abdankung des Kaisers ebnen den Weg zur Ausrufung der Republik. Radikaldemokratische «Arbeiter- und Soldatenräte» bilden eine revolutionäre Übergangsregierung. Mit der Entscheidung für die parlamentarische Demokratie bleiben aber kaiserliche Offiziere und Beamte an den Hebeln der Macht.

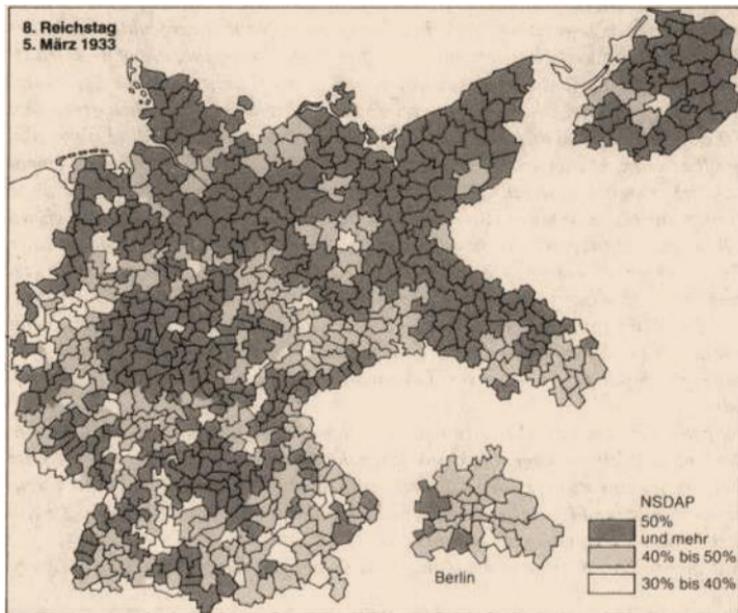
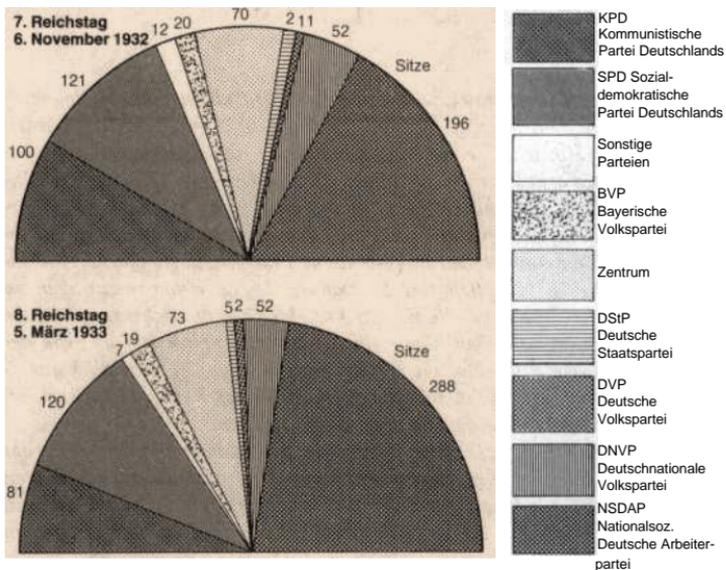
Die Anfangsjahre im Zeichen innerer Erschütterungen 1920 bis 1924: Offene Sympathien von Reichswehr und Justiz für rechtsradikale Umsturzversuche stehen im Gegensatz zur brutalen Niederwerfung kommunistischer Aufstände. Rufmordkampagnen und politisch motivierter Terror prägen die Auseinandersetzung um die «Erfüllungspolitik». Nach Ruhrkampf und Inflation wird die Rentenmark zum Zeichen des Neuanfangs.

Die Phase der Stabilisierung 1924 bis 1928: Die Aussenpolitik der Ära Stresemann wird bestimmt durch den Willen zur Versöhnung bei gleichzeitiger Revision der «Versailler Verträge». Eine geduldige Vertragspolitik gewinnt Deutschland internationales Vertrauen zurück. Die «goldenen zwanziger Jahre» werden zum Schlagwort für den vehement einsetzenden Wirtschaftsaufschwung.

Die Auflösung der Republik 1929 bis 1933: «Weltwirtschaftskrise», Massenarbeitslosigkeit und politische Radikalisierung erschüttern das Reich. Antidemokratische Strömungen und Erfolge der Republikfeinde drängen die demokratischen Parteien in den Hintergrund. Interessierte konservative Kreise nutzen die Ausschaltung des Parlaments durch die Notverordnungspraxis seit 1930, um das Ende der Republik vorzubereiten. Am 30. Januar 1933 wird A. Hitler zum Reichskanzler und Führer des NS-Staates ernannt.

griffen», sondern sie war ihm zugefallen. Erlahmt im schier aussichtslosen Kampf gegen die Feinde der Republik und miteinander zerstritten, resignierten die demokratischen Parteien, und ein am Ende seniler Reichspräsident liess sich missbrauchen als Spielfigur reaktionärer Experimente und Intrigen. Es wäre zu einfach, auf die Schwächen der Verfassung zu verweisen, wo allzu deutlich eine autoritätsgläubige, kleinbürgerliche Sehnsucht weiter Teile der Bevölkerung nach der «gesunden Ordnung» eines Obrigkeitsstaates verlangte. Die konservativ-nationalen Politiker vom Schlage eines Papen oder Hugenberg spielten Hitler in die Hände, weil ihre politischen Fähigkeiten kaum weiterreichten, als ihre eigene Eitelkeit zu befriedigen. Nachträglich wie ein schlechter Witz wirkt daher der





Text der Zeit

Die Entlassung Heinrich Brüning am 29. Mai 1932 – Erinnerungen

Am Sonntag um elf Uhr begab ich mich zum Reichspräsidenten. Er empfing mich sehr kühl. Ich erklärte ihm, dass die Notverordnung sofort unterzeichnet werden müsste, weil das Hinziehen seiner Zustimmung eine starke Unsicherheit im In- und Auslande hervorriefe. Ich müsse es als verantwortungsvoller Leiter der Politik als meine Pflicht betrachten, ihn darauf aufmerksam zu machen, wie gefährlich diese Situation sei. Wenn er wochenlang abwesend sei, ohne dass es mir erlaubt würde, mit ihm unmittelbar in Verbindung zu treten, aber politisch Andersgesinnte die Möglichkeit hätten, ihre Beurteilung der Lage ihm vorzutragen, so entstände dadurch eine Lage, die für das Vaterland die abträglichste wäre, die man sich überhaupt vorstellen könne. In diesem Augenblick sah ich, wie der Reichspräsident sein Brillenetui zur Hand nahm, und nun fiel mein Blick auf einen grossen Aktenbogen, auf dem in der Handschrift des Reichspräsidenten, offenbar in Eile hingekritzelt, nur ein paar Worte standen.

Jetzt fiel mir wieder ein, dass ich im Vorzimmer den Mantel und die Mütze des Generals von Schleicher (wie ich annahm, obwohl sie auch Blomberg gehören konnten) hatte hängen sehen. Die Dinge hatten sich wohl so schnell abgespielt, dass er nicht mehr die Zeit gehabt hatte, alle Dokumente seiner Anwesenheit zu beseitigen, ehe er in das Zimmer Oskar von Hindenburgs verschwand.

Die Miene des Reichspräsidenten beobachtend, wusste ich nun, dass es endgültig aus war. Der Reichspräsident liess mich reden. Ich setzte ihm auseinander, dass es mein Bestreben gewesen sei, die schrankenlose und planlos ausgeübte Macht des Parlamentes so weit einzuschränken, dass es einer Regierung, die ohne Herausforderung des Parlamentes entschlossen und planvoll auftrete, keine Schwierigkeiten mehr mache. Die Regierung sei dadurch absolut überparteilich geworden. Sie habe die aussenpolitischen Arbeiten so vollziehen können, dass die Erfolge nun greifbar seien. Das sei aber nur durch grosse Geduld und vorübergehende Unpopularität möglich gewesen. Wenn erst die Erfolge sichtbar wären, würde diese Unpopularität schwinden. Aber jetzt, vor den sicheren Erfolgen, namentlich wo ich in aussichtsreichen Verhandlungen in Preussen stände zur Bildung einer Rechtsregierung, könne ich es nicht mit meiner Verantwortung für den Staat vereinbaren, dass dauernd hinter meinem Rücken und unter Berufung auf die Autorität des Reichspräsidenten meine Politik erschüttert und gegen sie gearbeitet würde. Er müsse im Interesse des Staates dafür sorgen, dass diese Nebenregierung, gleichgültig welche Art von Reichsregierung die Verantwortung trage, aufhöre.

Es gehe jetzt um das Letzte in den Geschicken des Vaterlandes. Ich bäte ihn, doch nicht in einem Augenblick, wo die grosse Chance bestände, im Rahmen der Verfassung eine zuerst in den Ländern vollziehende Wendung nach rechts vorzunehmen, während im Reich noch eine überparteiliche Regierung bestehe, die Autorität dieser Regierung zu zerstören.

Mit den in barschem, grobem Ton gesprochenen Worten: «Über Ihre Neigung nach

rechts zu gehen, hört man aber auch ganz andere Ansichten», setzte der Reichspräsident seine Brille auf, ergriff den Aktenbogen auf dem Schreibtisch und las, ohne weiter ein Wort zu äussern, vor:

«1. Die Regierung erhält, weil sie zu unpopulär ist, von mir nicht mehr die Erlaubnis, neue Notverordnungen zu erlassen.

2. Die Regierung erhält von mir nicht mehr das Recht, Personalveränderungen vorzunehmen.» Der Reichspräsident legte das Blatt wieder hin. Ich antwortete: «Wenn ich die mir soeben vorgelesenen Äusserungen richtig verstehe, so wünschen Sie, Herr Reichspräsident, die Gesamtdemission des Kabinetts.»

Antwort des Reichspräsidenten: «Jawohl. Diese Regierung muss weg, weil sie unpopulär ist.»

Ich erklärte: «Ich werde morgen das Kabinett zusammenrufen und die Gesamtdemission des Kabinetts beschliessen lassen.»

Der Reichspräsident: «Ich ersuche darum, dass es möglichst schnell geschieht. «Mich fassend, antwortete ich ruhig, ich selbst sehe es als Staatsnotwendigkeit an, dass möglichst schnell ein neues Kabinett gebildet würde. «Ich kann morgen früh alsbald die Demission überbringen.»

Der Reichspräsident: «Tun Sie das.»

Schweigen. Ich begann dann, ihm in hösslicher Form zu sagen, dass ich dem Kabinett genau berichten würde, wie er meine Demission gefordert hätte, ohne ein Wort hinzuzufügen. Nach 26monatiger Zusammenarbeit wolle ich meinerseits von ihm in einer Form scheiden, die in der Öffentlichkeit nichts an dem Eindruck meiner Verehrung für seine Person ändere. Ich bedaure, dass er meine Arbeit abbreche, aber da ich nur auf sein dringendes Bitten und auf sein wiederholtes Versprechen, stets hinter mir zu stehen, das Amt übernommen hätte, so sähe ich nach diesen Vorgängen keine Möglichkeit einer erspriesslichen Arbeit.

Der Reichspräsident sagte, er müsse sich dagegen wenden, dass ich behauptet hätte, sein Sohn griffe in die Politik ein. Ich antwortete ruhig, aus vollem Bewusstsein, gerade um seine Wiederwahl zu ermöglichen, sei nie, selbst nicht gegenüber meinen engsten Mitarbeitern, ein Wort über die Einnischung seines Sohnes über meine Lippen gekommen. Ich könne daraus nur schliessen, dass er von anderer Seite falsch informiert worden sei. Diesen Schluss hätte ich auch aus anderen Gründen schon seit vielen Monaten gezogen.

Aus: «Memoiren 1918-1934» von Heinrich Brüning, Stuttgart 1970. (Brüning war führender Zentrums-Politiker und Reichskanzler von 1930-1932.)

Auszug mit freundlicher Genehmigung der Deutschen Verlagsanstalt GmbH, Stuttgart.

„grossmäulige“ Ausspruch Franz von Papens: «Wir haben uns Herrn Hitler engagiert [...] In zwei Monaten haben wir [ihn] in die Ecke gedrückt, dass er quietscht.»

In Wahrheit dauerte es keine zwei Monate mehr, bis Adolf Hitler am 23. März 1933 den Reichstag mit der Verabschiedung des «Ermächtigungsgesetzes» seine eigene Entmachtung beschliessen liess. Ohne die inzwischen ausgeschlossenen KPD-Abgeordneten stimmte allein die SPD-Fraktion dagegen, die ebenfalls bereits durch Verfolgung und Schikanen dezimiert war. Auf der überfüllten Tribüne feierte SA in Braunhemden lautstark den späten Sieg, denn bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 hatte die NSDAP *keine* absolute Mehrheit errungen. Mit dem «Ermächtigungsgesetz» aber war ihr die unkontrollierte Macht beinahe kampfflos zugefallen. Im Siegestaumel der Nazis und ihrer Sympathisanten nahmen die wenigen verbliebenen Demokraten mit Trauer, Verzweiflung und hilfloser Wut Abschied von der ersten deutschen Republik, die sie nicht hatten verteidigen können.

Literatur

- Bracher, Karl-Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1960
 Dederke, Karl-Heinz: Reich und Republik, Deutschland 1917-1933, Stuttgart 1973
 Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962
 Eschenburg, Theodor: Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik, München 1963
 Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar. In: dtv – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 3 Bde., München 1976
 Matthias, Erich/Morsey, Rudolf: Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960
 Sonthheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962
 Treue, Wilhelm (Hrsg.): Deutschland in der Weltwirtschaftskrise in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1967
 Turner, H.A.: Stresemann – Republikaner aus Vernunft, Berlin 1968
 Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Berlin 1966
 Winkler, Heinrich-August: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972

MANFRED FIRNKES

Die Weimarer Verfassung

Tradition und Vorgeschichte – Von der Revolution zur parlamentarischen Demokratie – Zentralismus und Föderalismus – Zweiteilung – Organisation und Staatsorgane – Zentralgewalt und Länder – Reichstag, Reichsrat, Reichspräsident – Notverordnungen – Grundrechte – Sozialpolitik – Erlöschen der Verfassung.

In den Revolutionsjahren 1848/49 hatte die liberal-demokratische Bewegung ihre erste entscheidende Machtprobe mit den halbabsolutistisch regierenden Fürsten verloren. Die in der Verfassungstheorie der Paulskirche geforderte Souveränität des Volkes musste sich schnell der machtpolitischen Wirklichkeit der konstitutionellen Verfassungen und damit dem «monarchischen Prinzip» (siehe Band 9) beugen. Siebzig Jahre später erleichterte die militärische Niederlage des Deutschen Reiches 1918 den endgültigen Sieg des «demokratischen Prinzips» in der Verfassungsfrage. Aber die unglückliche Verkettung dieser beiden entscheidenden Vorgänge im Zäsurjahr 1918 machte die junge Staatsform der «Deutschen Republik» zum Nachlassverwalter eines bedrückenden Erbes und entzog ihr von vornherein die nötigen Kräfte für einen widerstandsfähigen Aufbau. Ungünstiger konnten die «Startbedingungen» gar nicht sein, als Kaiser Wilhelm II. am 9. November 1918 auf seinen Thron verzichtete und sozusagen die letzte Seite eines dicken Buches mit der langen Namensreihung aller deutschen Könige und Kaiser seit 919 zuschlug. Selbst der schon am 28. Oktober 1918 eingeschlagene Weg zum parlamentarischen Regierungssystem hatte die Monarchie als Staatsform nicht mehr retten können. Am 9. November 1918 erklärte der letzte Reichskanzler der deutschen Monarchie, Prinz Max von Baden, ebenfalls seinen Rücktritt und legte in eigener Verantwortung die Regierungsgeschäfte in die Hände Friedrich Eberts. Dieser bildete unter der Bezeichnung «Rat der Volksbeauftragten» eine neue Regierung.

Meuternde Soldaten, revolutionierende Arbeiter und antimonarchisch gesinnte Bürger brachten in den einzelnen Staaten Deutschlands die letzten Reste monarchischer Herrschaft zum Einsturz und zwangen die Fürsten und ihre Regierungen zum Abtritt von der politischen Bühne. Gemässigte

«Beauftragte des Volkes» und «Arbeiter- und Soldatenräte» nahmen ihre Stelle kampfflos ein oder übernahmen gewaltsam die Amtsgewalt vor allem auf der unteren Ebene der Dörfer und Kleinstädte. Noch lag die Verfassungszukunft Deutschlands in der Schwebe. Der grösste Teil der deutschen Arbeiterschaft schreckte vor einer Revolution zurück und verfolgte einen gemässigten Kurs. Der «Rat der Volksbeauftragten» verabschiedete am 30. November 1918 ein Wahlgesetz für die Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung, das mit grosser Mehrheit am 19. Dezember 1918 vom «Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte» in Berlin gutgeheissen wurde. Deutschland entschied sich damit gegen ein Räte-system, der Weg war frei für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die auf Demokratie und Parlamentarismus gegründet sein sollte.

Auf dem Weg zur neuen Verfassung: Zwischen Föderalismus und Zentralismus

Professor Hugo Preuss, der die Vorarbeiten für einen Verfassungsentwurf leistete, hatte eine Reihe von Grundtatsachen in die neue Verfassungswirklichkeit zu übernehmen. Das Ende der Monarchie und das Scheitern des Räte-systems liessen nur den Weg einer parlamentarischen Demokratie zu. Die Staatsgewalt hatte vom Volk auszugehen, Deutschland konnte nur eine demokratische Republik mit gewählten Vertretern werden. Sowohl die durch die Revolution erzwungene Veränderung der ehemaligen Bundesstaaten in «Länder» als auch die 1871 geschaffene Bundesstaatlichkeit führten darüber hinaus von selbst zum Föderalismus und zur Ablehnung eines zentralistischen Einheitsstaates. Wie weit allerdings der Föderalismus gehen sollte, war eine der heftig umstrittenen Fragen in der am 19. Januar 1919 gewählten Nationalversammlung. Tradition und Bewährung der Reichsorgane in der Verfassung von 1871 legten den Gedanken einer Übernahme auch in die neue Verfassung unter Anpassung an die demokratischen Ansprüche nahe. Die Anknüpfung an die liberalen Verfassungsvorstellungen des 19. Jahrhunderts sollte in der Einbeziehung der Gewaltenteilung als Kontrollmechanismus und in der Garantie der Grundrechte sichtbar werden. Schliesslich musste eine Lösung im Streit Bayerns und Württembergs um die von Bismarck zugestandenen Reservatrechte gefunden werden, wenn die Konzeption eines Bundesstaates mit vermindelter Länderzuständigkeit Wirklichkeit werden sollte. Am 6. Februar 1919 trat die Nationalversammlung – aus Sicherheitsgründen nicht in Berlin, sondern in Weimar – zusammen und nahm in einem gewählten Ver-

fassungsausschuss unverzüglich die Beratungen über den Preussischen Entwurf auf, der wegen seiner starken zentralistischen Tendenz allerdings schon bei der ersten Vorlage am 20. Januar 1919 von den Regierungsvertretern entschärft worden war. Fünfzehn Tage später lag eine zweite Fassung vor. Aber der zugrunde liegende Kompromiss zwischen der Reichsregierung und den versammelten Länderregierungen (Staatenausschuss), die auf stärkere Berücksichtigung des föderalistischen Prinzips in der Verfassung drängten, liess zu viele Fragen offen. Erneut musste die Nationalversammlung beratend eingreifen, so dass erst der letzte Entwurf des Verfassungsausschusses zur Verabschiedung am 31. Juli 1919 geeignet war, als die strittigen Fragen der Ländergrenzen und des Schulwesens, zu oberflächlicher Einigung gediehen, keinen Hemmschuh mehr darstellten. Friedrich Ebert verkündete die neue Verfassung am 11. August 1919, am 14. trat sie in Kraft.

Staat, Staatsorgane, Länder

Die Weimarer Verfassung mit ihren 181 Artikeln ist nach dem Vorbild der europäischen Verfassungen des 19. Jahrhunderts in zwei grosse Abschnitte gegliedert: Der erste betrifft die Staatsorganisation, also Staatsform, Staatsträger, das Verhältnis Gesamtstaat-Länder und die Staatsorgane, der zweite regelt die Beziehung des einzelnen zur Staatsgemeinschaft, geht aber durch die Aufnahme von Grundrechten im Sozial- und Wirtschaftsbereich über den Grundrechtskatalog des grossen Verfassungsvorbildes von 1849 noch hinaus.

Begriffe

Föderalismus (lat. foedus = Bündnis). Bund selbständiger Staaten mit grösstmöglicher Verwaltungs- und Handlungselbständigkeit; Streben nach solch selbständiger Vielfalt.

Oligarchie (griech.). Herrschaft weniger Männer; ein von einer Gesellschaftsgruppe beherrschter Staat.

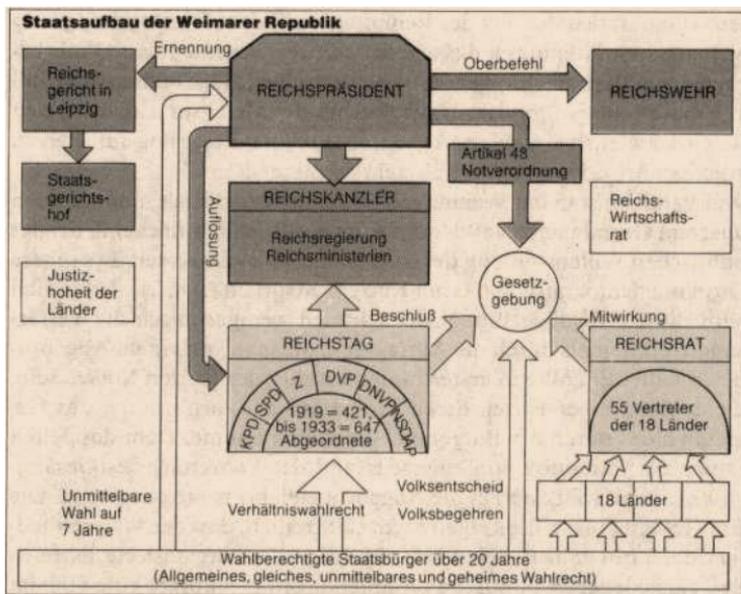
Partikularismus (lat. particula = Teilchen, Partei), und franz. partikular = abge sondert, einzeln. Bestreben, das Einzelinteresse von Staatsteilen, Ländern etc. über das Gesamtinteresse zu stellen.

Zentralismus (lat. centrum = Mittelpunkt). Leitung des Staates von einem Mittelpunkt, einer Stelle, einer Person aus. Unterordnung der Teilverwaltungen unter die zentrale Stelle und Führung.

Den ersten Artikeln (Art.) der Weimarer Verfassung ist eine Einleitung vorangestellt, die den historisch gewachsenen Partikularismus Deutschlands nicht leugnet, aber ihn aufhebt in der endlich Wirklichkeit gewordenen nationalen Einheit auf der Basis der Volkssouveränität: «Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen [...] hat sich diese Verfassung gegeben». Folglich geht in dieser Republik, dem «Deutschen Reich» – diese Bezeichnung schliesst absichtlich an 1871 an – die Staatsgewalt vom Volke aus (Art. 1). Die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold, Symbol der liberalen Bewegung im Vormärz, lösten das Rot-Weiss der Hanse und das Schwarz-Weiss Preussens ab.

Die Rechte der alten Bundesstaaten, die jetzt republikanische Länder geworden waren, wurden durch die neue Verfassung stark eingeschränkt. Den Föderalismus aber hat erst Hitler am 30. Januar 1934 mit einem Gesetz beseitigt, das den Übergang der Hoheitsrechte der Länder ans Reich festsetzte, die Länderparlamente aufhob. In der Weimarer Verfassung konnten die Länder Gesetze für Handel und Gewerbe, für das Rechts- und Steuerwesen erlassen, aber nur, «solange und soweit das Reich von seinem Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht». Trat dieser Fall ein, «brach Reichsrecht das Landesrecht». In der Kompetenzverteilung der Gesetzgebung zwischen Reich und Ländern nannte man diese Form «konkurrierende Gesetzgebung» (Art. 7). Daneben bestand eine «ausschliessliche Gesetzgebung» des Reiches für alle Bereiche, die der Wahrung der Einheit und der vitalen Lebensinteressen dienten (Art. 6). «Bedarfsgesetzgebung» (Art. 9) und «Grundsatzgesetzgebung» (Art. 10), kraft der das Reich die Grundsätze festlegte, den Ländern aber die Einzelregelung überliess, erweiterten die Zuständigkeiten der Reichsgesetzgebung entscheidend gegenüber der Verfassung von 1871. Die Länder hatten alle Reichsgesetze auszuführen (Art. 14); ihnen blieb aber die Verwaltung durch eigene Behörden, und in Abteilungen wie Unterricht und Kultus liessen sie das Reich ihre Eigenheiten so stark spüren, dass nie ein Reichsschulgesetz zustande kam. Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern über die Auslegung der Verfassung oder über Unstimmigkeiten bei der Ausführung von Reichsgesetzen schlichtete der Staatsgerichtshof (Art. 15, 19).

Am deutlichsten fassbar wurde die Überordnung des Gesamtstaates über die Teilstaaten im Art. 15, der die Überwachung der Landesbehörden beim Vollzug der Reichsgesetze erlaubte. Weigerte sich ein Land, die Anordnungen des Reiches zu vollziehen – wie etwa Thüringen 1920 oder Sachsen 1923 –, konnte der Reichspräsident das Land nach Art. 48,1 mit bewaffneter Macht zum Vollzug zwingen und eine «Reichsexekution» durchführen.



Der Reichstag – Gebildet von gewählten Abgeordneten

Das zentrale Staatsorgan war der Reichstag. Er repräsentierte durch seine Abgeordneten das ganze deutsche Volk. Diese waren in ihren Entscheidungen nur an ihr Gewissen, nicht an Aufträge oder Weisungen gebunden. Ihre vierjährige Bestellung erfolgte aufgrund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechtes wie schon im Deutschen Reich von 1871, jedoch erweitert um das Frauenwahlrecht und durch Herabsetzung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre. Wichtig aber war vor allem in diesem Zusammenhang der Wechsel von der Mehrheitswahl zur Verhältniswahl (Art. 22).

Der Reichstag beschloss die Gesetze, die dem Einspruchsrecht eines Reichsrates unterlagen (Art. 74,1). Da im Gegensatz zur Verfassung von 1871 die Reichsregierung (Reichskanzler und Reichsminister) vom Vertrauen des Reichstages getragen sein musste (wie in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland auch), konnte er neben der gesetzgebenden Gewalt auch grossen Einfluss auf die Exekutive gewinnen, nach Art. 59 im Falle einer Verfassungs- oder Gesetzesverletzung sogar Anklage gegen den Reichspräsidenten, den Reichskanzler oder die Minister erheben und schliesslich den Reichskanzler auf einen Antrag mit zwei Drittel Mehrheit durch Volksabstimmung absetzen lassen. Diese starke Stellung des

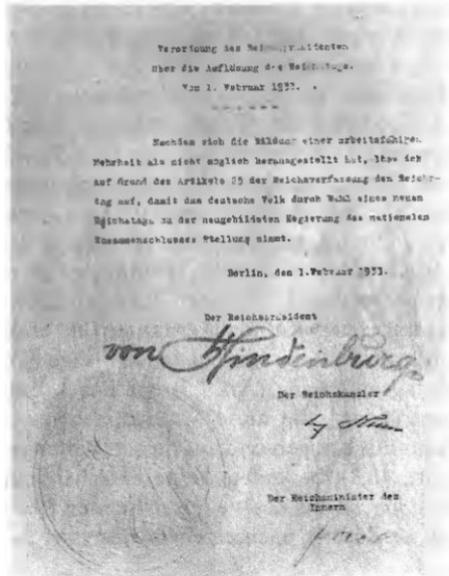
Reichstages auf dem Gesetzgebungsweg war eingeschränkt durch das aus der Schweiz übernommene Volksbegehren und den nachfolgenden Volksentscheid. Den starken Einfluss auf die Exekutive milderten die Rechte des Reichspräsidenten, den Reichskanzler zu ernennen (Art. 52, 53) und den Reichstag auflösen zu können (Art. 25).

Von Parteien ist in der Weimarer Verfassung keine Rede, anders als in unserem Grundgesetz, das den Parteien ausdrücklich einräumt, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, soweit ihre innere Ordnung demokratischen Grundsätzen entspricht (Art. 21). Erklärlich wird diese ‚Nichtbeachtung‘ der Parteien weniger durch die Verfassungstradition als durch die Auffassung, die man von einem Abgeordneten hatte. Er sollte in erster Linie Vertreter des ganzen Volkes sein, nicht Mann einer Partei, deren Programm der Ausformung des Gemeinwillens durch die Bürger zuwiderlaufen konnte. Dem doppelten Druck der Parteidisziplin einerseits und der Vertretung des Gesamtvolkes andererseits sind ja die Abgeordneten bis heute ausgesetzt. Die Entwicklung bis in die Gegenwart zeigt freilich, dass der Weg schliesslich doch hin zum Parteienstaat führte, in dem organisierte Parteien den verschiedenen politischen Vorstellungen der Bürger eine Heimat geben und dem Wähler eine solidarische Interessenvertretung versprechen, unterstützt von einem Apparat, der sachliche Analyse mit offener Information zum Wohle des Staates, aber auch durch Kompromisse nötige Sachentscheidungen verwässern, sogar unmöglich machen kann.

Dem Reichstag stand der Reichsrat, vergleichbar unserem Bundesrat, als das Länderorgan mit eindeutig untergeordneter Kompetenz zur Seite. Als Hüter des föderalistischen Prinzips hatte er Anteil an der Verwaltung und Gesetzgebung des Reiches. Sein Einspruchsrecht gegen Gesetzesbeschlüsse konnte der Reichstag jedoch mit zwei Drittel Mehrheit übergehen, so dass der Reichsrat mehr mitberiet als beschloss.

Machtfülle des Reichspräsidenten

Im Gegensatz dazu war die Machtfülle des Reichspräsidenten sehr gross, als ausgleichendes Gegengewicht gegen das starke Parlament gedacht. Genau wie der Abgeordnetenstatus beruhte auch das siebenjährige Amt des höchsten Staatsrepräsentanten auf dem Willen des souveränen Volkes. «Entscheidungen über sonst nicht auszugleichende politische Konflikte» zwischen Parlament und Reichspräsidenten mussten logischerweise «dem Volke zufallen. Demgemäss ist der Präsident befugt, durch Auflösung des



Das Ende der Republik. Auflösung des Reichstages durch Reichspräsident von Hindenburg am 1. Februar 1933. Die folgenden Notverordnungen vom 4., 6. und 28. Februar sicherten den Nationalsozialisten endgültig die Macht.

Parlamentes (Art. 25) Berufung von der Volksvertretung an das Volk selbst einzulegen» oder die Entscheidungen des Volkes über eine «bestimmte Gesetzesfrage auch ohne Auflösung des Parlamentes dadurch herbeizuführen, dass er die Gesetzesfrage allein der Volksabstimmung im Wege des Referendums unterbreitet» (Hugo Preuss in der Denkschrift vom 3. Januar 1919) und den Volksentscheid wählt.

Nach der Verfassung war der Reichspräsident also neben dem Volk (das durch Volksentscheid an den Gesetzen mitwirken konnte) der zweite Gesetzgeber in direkter Konkurrenz zum Parlament, er war zusätzlich mit grösserer Machtbefugnis aufgrund des Art. 48,2 ausgestattet: «Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Massnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Art. 114, 115, 117,

118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil ausser Kraft setzen.» Der selbsterstörerische Parteienkampf, der Regierungsmehrheiten unmöglich machte, sowie die weite Ausdehnung der Begriffe «Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung» auf Notfälle aller Art, führten in der Endphase der Weimarer Republik ab Frühjahr 1930 dazu, dass sogenannte «Notverordnungen» des Reichspräsidenten nach Art. 48,2 das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren ganz ersetzten und den «Präsidialkabinetten» (Brüning, von Papen, von Schleicher, Hitler) übertrugen. Die volle Entfaltung der in Art. 48,2 grundgelegten Machtfülle war dem Reichspräsidenten möglich durch die Verbindung mit den Art. 52, 53, nach denen er allein die Reichsregierung (Reichskanzler und Kabinett) ernannte und entliess und somit auch ohne Reichstag eine Regierung zustande bringen und durch Drohung der Reichstagsauflösung (Art. 25) am Leben erhalten konnte. Dass der Reichspräsident alle diese Massnahmen unverzüglich dem Reichstag zur Kenntnis bringen und auf dessen Verlangen ausser Kraft setzen musste (Art. 48,3), bedeutete keine entscheidende Einschränkung seiner Macht angesichts des weiterreichenden Rechtes der oft erfolgten Reichstagsauflösung nach eigenem Ermessen.

Grundrechte und Grundpflichten

Der zweite Hauptteil der Weimarer Verfassung zeigt schon in seinen Unterabschnitten «Einzelperson», «Gemeinschaftsleben», «Religion und Religionsgesellschaften», «Bildung und Schule» sowie «Wirtschaftsleben», dass die Individualrechte, die Rechte des Einzelnen, also die «Grundrechte», in dieser Verfassung einen breiten Raum einnehmen, aber in den grösseren Zusammenhang der staatlichen Gemeinschaft eingespannt sind. Der demokratischen und sozialen Entwicklung entsprechend kamen weitere Rechte und Pflichten im sozialwirtschaftlichen Sektor hinzu: Nach Art. 109 sind alle Deutschen vor dem Gesetz gleich: Männer und Frauen haben grundsätzlich zum ersten Mal in Deutschland dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Die Vorrechte und Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufgehoben, Adelsbezeichnungen gelten nur noch als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. Die demokratische Republik bricht endgültig mit den Adelsprivilegien von tausend Jahren. Jugendschutz und Jugendfürsorge, Fragen des Familienlebens als aktuelle Probleme des 20. Jahrhunderts, Ehe, Eigentum und Gemeindev Selbstverwaltung werden in den Art. 119-133 unter «Gemeinschaftsleben» behandelt. In den nächsten beiden Abschnitten «Religion» und «Bildung» wird

der Kompromisscharakter der Einzelartikel besonders deutlich. Statt Kirchen kennt die Verfassung nur Religionsgesellschaften als Körperschaften öffentlichen Rechts, denen Eigenverwaltung und Steuererhebung innerhalb «der Schranken der für alle geltenden Gesetze» zustehen. Die weltanschaulichen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten, Demokraten und «Zentrum» konnten im Schulwesen nie überbrückt werden. Zwar waren sich alle Parteien einig, dass «Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre [...] frei sind», doch in der Praxis wollte jeder diesen Freiraum anders ausgefüllt wissen. Die Sozialdemokraten setzten sich mit ihren Forderungen nach «einer für alle gemeinsamen Grundschule» durch (Art. 146), das «Zentrum» rettete die Bekenntnisschule (Art. 146). Alle strittigen Punkte sollte «die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes» bestimmen, aber dieses Reichsgesetz kam wegen der Meinungsverschiedenheiten nie zustande.

Neu und von entscheidender Bedeutung für die Weiterentwicklung staatlicher Sozialpolitik waren im letzten Abschnitt das «Koalitionsrecht», die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen (Art. 159) sowie seine organisatorische Umsetzung in Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen (Art. 165), ausserdem die staatliche Zusage, für den notwendigen Unterhalt jedes Deutschen zu sorgen, «soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann» (Art. 163, Arbeitslosenunterstützung).

Schwäche und Ende der Weimarer Verfassung

Die erste demokratische Verfassung Deutschlands war keine voraussetzungslose Neuschöpfung, sondern knüpfte in ihren Kerngedanken und in der Verteilung der Zuständigkeiten an die Tradition früherer deutscher Verfassungen an. Ihr geistiger Urheber, Hugo Preuss, und ihr endgültiger Schöpfer, die deutsche Nationalversammlung, fühlten sich als Vollender der in der deutschen Nationalversammlung von 1848/49 konzipierten Ideen der Freiheit und Gleichheit, aber auch sie konnten sich nicht der Prägung durch den deutschen Obrigkeitsstaat entziehen. So spiegeln sich monarchische Elemente deutscher Verfassungsüberlieferung in der starken Stellung des Reichspräsidenten als Inhaber einer ausserordentlichen, fast diktatorisch zu nennenden Machtfülle, demokratische in der parlamentarischen Regierungsform. Die Doppelrepräsentation des souveränen Volkes in dem von ihm gewählten Reichspräsidenten einerseits und den Reichs-

tagsabgeordneten andererseits hat vor allem der Stellung der Abgeordneten als wirklichen Vertretern des Volkes geschadet. Da z.B. der Reichskanzler nicht vom Reichstag gewählt, sondern vom Reichspräsidenten ernannt wurde, konnte sich der Reichstag in dieser Frage vom Zwang parlamentarischer Zusammenarbeit und Verantwortung entlastet fühlen. Abgesehen von aller weltanschaulichen Verschiedenheit mag in der Einschränkung letzter Eigenverantwortlichkeit ein Grund dafür liegen, dass die Parteien der Mitte bald auseinanderdrifteten. Behaftet mit dem Makel des angeblichen ‚Verrates‘ und ‚Dolchstosses‘, beschwert mit der Bürde, einen verlorenen Krieg «ausbaden» zu müssen, geschüttelt von Wirtschaftskrisen und selbst von demokratisch gesonnenen Kräften nur halbherzig unterstützt, hat die «Weimarer Republik» am Ende auch ihren Halt an der Verfassung verloren. Aber nicht die Verfassungskonstruktion war daran schuld, sondern vor allem diejenigen, die nicht zu ihrer neuen Republik standen und sie bekämpften, aber ebenso all diejenigen, die diese Verfassung als ungeliebtes oder unbespielbares Instrument politischer Ordnung verstanden, eher den Eigennutz als den Gemeinwillen verwirklichten und die in der Verfassung vorausgesetzte Kompromissbereitschaft und Achtung Andersdenkender in ein kleinkariertes Freund-Feind-Verhältnis auflösten. In einem zu optimistischen Ansatz hatten die Verfassungsgeber geglaubt, mit dem Wechsel von der Monarchie zur Demokratie seien auch der Bürger und ihre gewählte Vertretung, befreit von obrigkeitstaatlicher Bevormundung, mündig und reif für die verantwortungsvolle Ausübung eigener Souveränität geworden. Spätestens am 24. März 1933 stellte sich diese Hoffnung als unerfüllt heraus. An diesem Tag hat das vom neugewählten Reichstag beschlossene «Ermächtigungsgesetz» die Weimarer Verfassung ausser Kraft gesetzt und die «Weimarer Republik» zerstört.

Literatur

- Apelt, Willibalt: Geschichte der Weimarer Verfassung, München/Berlin 1964
Düring, Rudolf/Rudolf, Walter: Texte zur deutschen Verfassungsgeschichte, München/Berlin 1967
Franz, Günther (Hrsg.): Staatsverfassungen. Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung, München 1964
Fromme, Friedrich Karl: Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz, Tübingen 1962

WERNER DETTELBACHER

Die Jugendbewegung

Der Wandervogel – Ein neues Lebensgefühl – ‚Jungenstaat‘
und Mädchenheime – Volkstanz und Gymnastik – Pfadfinder –
Turn- und Sportjugend – Soziale Aspekte – Kampf und soziale
Rechte: Arbeiterjugend – Christliche Vereinigungen.

Die erste eigenständige Jugendbewegung begann 1896, als der Jurastudent Hermann Hoffmann aus dem Schülerstenographenverein am Gymnasium Steglitz (heute Berlin-Steglitz) eine Wandergruppe bildete, die an Sonntagen und in den Ferien unter seiner oder der Leitung des Sekundaners Karl Fischer Ausflüge unternahm.

Der Wandervogel und das neue Lebensgefühl

Auf Erkundungen zum Rhein, in den Harz und Böhmerwald entwickelte sich die «Fahrt» mit langen Fussmärschen, Selbstverpflegung, Strohlager und dem Erlebnis der Natur wie der Kameradschaft, die keine Klassenunterschiede kannte. Dass die Gymnasiasten stets die Mehrheit bildeten, lag daran, dass sie im Unterschied zu Lehrlingen und Gehilfen freie Nachmittage und Ferien gemeinsam hatten. Nach und nach verschwanden Hut, Regenschirm und lange Hosen als Requisiten der Erwachsenen, man schwärmte vom «Abenteuer der Landstrasse» und ahmte die «wandelnden Kunden» (Handwerksburschen, auch Landfahrer) in Benehmen, Kleidung und Sprache nach. Karl Fischer, seit 1900 «Oberbachant», rückte als Leitbild den «fahrenden Schüler» des späteren Mittelalters an die Stelle des «Kunden» mit der Speckschwarte am Hut. Man grüsste mit «Heil», trug Mützen und Schnüre in grün-rot-goldenen Farben, Laute und Gitarre verdrängten Mundharmonika und Okarina. Hatte man zunächst die üblichen Studentenlieder gesungen, so griff man jetzt auf Landsknechts- und Volkslieder zurück, empfand solche auch nach. Das Liederbuch der Bewegung, den «Zupfgeigenhansl», gab 1908 Hans Breuer, der Führer der Gruppe «Heidelberger Pachantey», heraus.

Um seine Gruppe vor Einmischung von Behörden und Schulen zu schützen, gründete Fischer 1901 den Verein «Wandervogel-Ausschuss für Schülerfahrten», deren nominelle Mitglieder Bürger waren. Die wirklichen Mitglieder waren die «Wandervögel», die sich, angewidert vom Kastendenken und Materialismus ihrer Väter, ein Jugendreich schufen. Nicht die Herkunft, sondern die Persönlichkeit des Wandervogels, sein Charakter und seine Hilfsbereitschaft waren massgebend. Speis und Trank wurden brüderlich geteilt; wer Aufwand in Kleidung und Ausrüstung trieb, gar in Hotels übernachtete, wurde verhöhnt und, wenn er nicht nachgab, aus dem Bund entlassen. Die Abstinenz von Alkohol und Nikotin war «äusserer Beleg der inneren Freiheit des Wandervogels», unterschied ihn drastisch von den Studentenverbindungen. Die Wiederbelebung des Volksliedes und der Tracht, das Naturerlebnis wie auch eine altersgemässe Kleidung waren gegen Vorurteile der Gesellschaft durchzusetzen. Überdross an der Zivilisation und der Öde der Grossstädte liess den «Wandervogel» zunächst dort Fuss fassen.

Die ersten zehn Jahre war der «Wandervogel»-Bund ein reiner «Jungenstaat» mit oligarchischer Verfassung. Die von den «Ortsgruppen» gewählten, von den «Kreis- und Bundesleitungen» bestätigten Führer regelten das Gruppenleben selbständig nach der damals ungeheuerlichen Vorstellung, dass Jugend durch Jugend geführt werden könne. Erwachsene blieben ausgesperrt, sofern sie nicht selbst «Wandervögel» gewesen waren. Erst 1907 wurden in Jena und Heidelberg eigene Ortsgruppen für Mädchen zugelassen, die freilich nicht gemeinsam mit den Jungen auf grosse Fahrt gehen durften. Breuer wies ihnen 1911 Wanderung und Aufenthalt in den Landheimen zu, wo sie singen, tanzen und musizieren konnten, angeleitet von eigenen Führerinnen. Die Jungengruppen trafen sie auf den «Gau- und Bundestagen» und auch am Sonnwendfeuer.

Die Kleiderreform hatte die jungen Frauen bereits von Korsett, Schleier und Straussenfederhut befreit, doch wollte der Mädchenwandervogel nicht die einfarbigen männlich wirkenden Uniformen der Pfadfinderinnen anlegen, sondern schuf sich eine die weibliche Linie betonende Tracht mit weiten und fussfreien Kleidern, neuartigem kunstgewerblichen Schmuck und dem Stirnreif im aufgeknöteten Haar.

Landheime, Jugendherbergen, Volkstanz

Um sich das ganze Jahr über treffen zu können, ohne auf Studentenbuden und Hinterzimmer von Kneipen angewiesen zu sein, schufen die Gruppen



«Wandervogel». Im Laufe der Jahre entwickelte sich der «Wandervogel», ursprünglich ein reiner Jungen-Bund, zu einer liberaleren Vereinigung, die auch Mädchengruppen aufnahm.

Oben: Mädchentanzgruppe 1913.

Unten: Volkstanzfest auf dem Hubertus-Sportplatz Berlin, um 1925.



sich «Nester», auch in Schrebergartenlauben und alten Stadttürmen, oft mit Strohsäcken für durchwandernde Gruppen ausgestattet. Damit Grossstädter auf Sonntagsausflügen dem Häusermeer entrinnen konnten, wurden Landheime geschaffen, so 1907 für die Hamburger in Wesel am Nordrand der Heide und für die Berliner die Kähnsdorfer Hütte am grossen Seddiner See als Vorläufer vieler Heime, die oft nur gepachtet oder gratis überlassen waren.

Die erste Schülerherberge (Jugendherberge) war 1909 mit der Burg Altona in Westfalen zwar nicht vom Wandervogel, sondern von Lehrer Richard Schirrmann und Fabrikant Wilhelm Munker geschaffen, doch mittelbar angeregt worden. Viele Wandervögel wählten den Beruf des Pädagogen, sahen als ideale Schule das Landerziehungsheim Wickersdorf bei Saalfeld/Thüringen an, das Gustav Wyneken 1906 mit Paul Geheeb, August Halm und Martin Luserke als freie Schulgemeinde gegründet hatte, in der Jungen und Mädchen gemeinsam erzogen wurden und sich aktiv am Aufbau und der Unterrichtsgestaltung der Schule beteiligten.

August Halm und Hans Joachim Moser waren Bahnbrecher der Jugendmusikbewegung, die, vor allem in den Collegia musica der Universitäten, das Volkslied erforschte und pflegte, wobei Fritz Jödes «Musikantengilde» führend war. Gegen den sentimentalischen Männerchorstil ging man heftig an, führte Gitarre und Blockflöte ein, rekonstruierte die Fidel, unterstützte die neue Orgelbewegung und stellte schon das Orffsche Instrumentarium bereit.

Vom Volkslied kamen die «Wandervogelschwestern» zum Volkstanz, der im Unterschied zum Gesellschaftstanz unter freiem Himmel auf der Wiese zum Gemeinschaftserlebnis werden konnte. Da in Deutschland nur Reste von Volkstänzen aufgespürt werden konnten, hielt man sich an die nordischen Länder, während Tänze aus dem slawischen wie ungarischen Bereich nur selten übernommen wurden. Viele Jungengruppen lehnten den Volkstanz als «Bumsvallera und Tandaradei» ab, hielten sich eher an die Laien- und Puppenspiele, die Schwänke von Hans Sachs und die Stücke von Luserke wie «Blut und Liebe», heute noch bei Schüleraufführungen beliebt.

«Kulturell bedeutender als die Volkstänze war die Gymnastik des Wandervogels. Hier wurde in schönen rhythmischen Übungen und Spielen Neuland betreten und in verschiedenen Schulen – Medau, Loheland, Mensendieck, Feist und Vogeler – ein neues Körpergefühl erweckt, das sowohl dem künstlerischen Tanz auf der Bühne als auch der Hygiene und Medizin zugute gekommen ist; Wirkungen, die auch heute noch anhalten. Das Wandern hatte den Sinn für das Natürliche geweckt. Was Wunder, wenn die Gymnasten die natürliche Bewegung als Bewegungsprinzip for-

erten. Im Wandervogel wurde viel Sport getrieben und nicht nur in Österreich und der Schweiz frühzeitig Skilauf, dann allenthalben Schwimmen, Waldlauf, Speer- und Diskuswurf. Die sportlichen Wettkämpfe der Wandervögel auf den ‚Gau- und Bundestagen‘ waren aber stets frei von Rekordsucht und falschem Ehrgeiz. Der Sport des Wandervogels war noch reine Freude und niemals Sport um des Sportes willen.» (Hans Wolf) Als Aufbruch der Jugend hatte der «Wandervogel» nur in deutschsprachigen Ländern ein Echo gefunden. Verschiedene Gruppen schlossen sich 1911 zum «Österreichischen Wandervogel» zusammen, von dem nach der Abtrennung Böhmens und Mährens 1919 der «Sudetendeutsche Wandervogel» abzweigte, beiden war die kämpferische Vertretung deutscher Volkstumspflege gemeinsam. Der «Schweizerische Wandervogel», 1908 in Zürich gegründet, löste sich allmählich aus der Abstinenzbewegung und anderen Bestrebungen der Lebensreform, um ungehindert das freie Jugendleben zu führen, wobei Anregungen aus Wickersdorf und vom Jugendlager Klappholttal auf Sylt aufgenommen wurden.

Der «Erste Freideutsche Jugendtag» auf dem Hohen Meissner im Oktober 1913 brachte den Brückenschlag zu Männern der älteren Generation wie Avenarius, Diederichs und Wyneken und zu den älteren Wandervögeln, die im Studium und Beruf standen. Was man sich erhoffte, hat Breuer in der «Herbstschau 1913» ausgesprochen: «Eine neue Morgenröte wird glücken, derweil wir noch durcheinander wallen wie trüber Nebel im Chaos. Gereinigt und wiedergeboren im Bade des Volkstums wird die Nation aufsteigen als eine Überwinderin ihrer Zeit und mit ihr das neue Weltbürgertum kommen, das des Miteinander und nicht des Gegen- und Durcheinander.»

Vaterland, Ideologien, Zukunftssuche

Verheerend wirkte sich der Erste Weltkrieg aus, denn viele Wandervögel hatten sich freiwillig gemeldet und waren, zumeist gar nicht oder schlecht ausgebildet, bald gefallen. Viele Ortsgruppen sandten Kriegsrundbriefe ins Feld, die Mädchen schickten Liebesgabenpakete, ein «Feld-Wandervogel» unter Walter Fischer sorgte für Adressenvermittlung von etwa 3'500 Wandervogel-Soldaten, die im dritten Knopfloch der Uniform ihr Bändchen trugen. In der Christnacht 1914 beschlossen Wandervögel in St. Quentin, die Burg Ludwigstein an der Werra zu erwerben, um sie zum Ehrenmal für Gefallene und zur Jugendburg mit Archiv auszubauen, was 1922 auch geschah.

Nach dem Krieg zerfiel der Wandervogel. «Einige siedelten oder gingen auf die Inseln, andere glaubten, in den von der neuen Regierung gebildeten Freikorps dem Vaterland als Soldat weiter zu nützen, oder marschierten auch, wie die Jenaer Gruppe der Wandervogelstudenten, nach München, um mit der Räterepublik Deutschlands Freiheit aufzubauen. Muck Lamberty liess sich die Leuchtenburg zuweisen und wollte mit seiner ‚Neuen Schar‘ für unser Volk den Frühling ertanzen» (Gerhard Ziemer). Älterengemeinden, so der «Kronacher Bund», Sonderformen, so der «Nerother Wandervogel» mit der Jugendburg Waldeck im Hunsrück, setzten sich ab. Ein Auffangbecken nach der Inflation war die «Bündische Jugend», in deren Sog auch grosse Teile der Pfadfinder, auch der konfessionellen und politischen Jugend gerieten, sofern sie sich zum Prinzip der Führung der Jugend durch die Jugend bekannten. Das Erbe des Wandervogel wurde aber nicht nur dort bewahrt, es hatte Eingang ins Bauhaus Weimar, in die Bach-Gemeinschaften und Collegia musica, die Gymnastikschulen und freien Schulgemeinden, in Jugend- und Soziallehren gefunden.

Pfadfinderbewegung, Turn- und Sportjugend

Der britische General Sir Baden-Powell, der im Burenkrieg bei der Belagerung von Mafeking durch die Buren Jugendliche als Meldereiter und Kundschafter (Boy Scouts) eingesetzt hatte, entwickelte das Erziehungssystem des Scoutismus, dessen Grundsätze nicht aus der Jugend kamen, sondern von der Gesellschaft und dem Staat festgelegt wurden, die den nützlichen britischen Staatsbürger wünschten. Fahrten, Lager und Heimabende erziehen die Cubs (Wölflinge, 8-12 Jahre), die Scouts (Pfadfinder, 12-18 Jahre) und Rovers (über 18 Jahre) zu Gemeinschaftsgeist und naturgemässer Lebensweise. Im Versprechen gelobt der Pfadfinder, die ethischen Regeln einzuhalten, vor allem die Verpflichtung zur täglichen «guten Tat».

Obwohl Baden-Powells 1907 gegründete Bewegung sehr auf das britische Empire zugeschnitten war, bildeten sich schon 1909 erste Gruppen auch in Deutschland, die sich an «Jungdeutschlands Pfadfinderbuch» orientierten, der Übersetzung des «Scouting for Boys» durch Stabsarzt Dr. Alexander Lion. Schon 1911 wurde der «Deutsche Pfadfinderbund» (DPB) gegründet, dessen erster Bundesführer der Major Maximilian Bayer war. Die Pfadfinder Bayerns schlossen sich 1910 zumeist dem «Bayerischen Wehrkraftverein» an, der vormilitärische Ausbildung betrieb. Nach seiner Auflösung sammelten sich die Konservativen bei «Jung-Bayern», die Unpoli-

tischen bei den erneuerten Pfadfinderschaften. «Die neue Pfadfinderschaft betonte in erster Linie die Gesinnungsgemeinschaft, die verbindende idealistische Lebensauffassung, auf deren Grundlage die Jugend für eine Lebenserneuerung im Geiste des Pfadfindertums, erfüllt von Pflichttreue, Arbeitsfreude, Hilfsbereitschaft und Gemeinsinn gewonnen werden muss.» (F.L. Habbel) 1926 schlossen sich «Neupfadfinder» und «Ringpfadfinder» zum «Grossdeutschen Pfadfinderbund» zusammen. Die Jungmannschaft errichtete im Boberhaus ein Grenzlandheim mit Volkshochschule für Schlesien, im Gau Harz-Elbe wurde in einem Studentenheim die Idee des «Kameradschaftshauses» erprobt und der Altwandervogel richtet 1926 das erste deutsche Arbeitslager in Colborn ein. Alle Pfadfinderbünde wurden, ob konfessional oder national gerichtet, 1933 verboten, wie das mit dieser Bewegung in allen Diktaturen geschah.

Die Turn- und Sportjugend der so verunsichernden Nachkriegsjahre hatte es besonders schwer, sich von der Ideologie eingesessener Turnvereine freizumachen, die nicht nur die neuen, meist aus England importierten Sportarten heftig ablehnten, sondern das Jahnsche Turnen zu einem dumpfen Betrieb an starren Geräten entarten liessen. Die zumeist erst nach 1918 eingerichteten Jugendabteilungen waren zur Einkreisung des Nachwuchses bestimmt, nicht zur Erneuerung des Turnens. Edmund Neuendorff, Turnlehrer und Wandervogel, 1921 zum Jugendwart bestellt, belebte durch seinen «Jugendturnspiegel», durch «Tieabende» (Heimabende), «Morgen- und Abendfeier», durch Turnfeste die versteifte Turnjugend. Gegen das Stadion wurde der Turnplatz, gegen Rekord die volkstümliche Leibesübung, gegen das Geräteturnen das Hindernisturnen gestellt. Hatte die Turnführung für die Erweckung des alten Volksspiels und des Bodenturnens noch Verständnis aufgebracht, das «Spandauer Bekenntnis» (1926) lehnte sie entschieden ab: denn die Lösung der Wohnungs- und Bodenfrage, der Einsatz für die Freizeit- und Wochenendbewegung, für das Jugendherbergswerk, die Sonntagsheiligung, der Kampf gegen Rauschgift, Schmutz und Schund in Wort und Bild ging weit über ihr Streben hinaus. Zusätzliche Spannung kam in die Turn- wie Sportjugend, als nach 1930 immer wieder der Einsatz für die «Befreiung Deutschlands vom Versailler Diktat» gefordert, gegen den Film «Im Westen nichts Neues» demonstriert, Geländedienst eingeführt und eine Jugendführerprüfung verlangt wurde. 1933, eben hatte man das Geländeturnen eingeführt, wurde die Deutsche Turnerschaft wie alle Sportvereine dem Reichssportführer unterstellt, wurden alle Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren zum Eintritt in die HJ ermuntert.

Die Arbeiterjugend

Diese Bewegung, deren erste Gruppe 1903 in Offenbach gegründet wurde, entstand aus den Jugendgruppen der «Arbeiterbildungsvereine», deren Schwerpunkt damals nicht auf allgemeiner oder fachlicher Bildung lag, sondern auf gewerkschaftlicher und politischer Aufklärung. Durch die lange Arbeitszeit und schlechte Entlohnung waren Lehrlinge von den Unternehmungen des Wandervogel nahezu ausgesperrt, deren romantisches und mittelalterliches Gedankengut ihnen verschlossen blieb. Ihre Anstrengungen waren auf Verkürzung der Arbeitszeit, auf Jugendschutz, Abschaffung der Prügel und anderer Schikanen gerichtet. Unter Führung von L. Frank schlossen sich die Gruppen 1906 zum «Verband junger Arbeiter Deutschlands» zusammen, der die Zeitung «Junge Garde» herausgab. Unabhängig davon war die 1906 gebildete «Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands». Beide Verbände gingen 1908 in der «Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands» auf, deren Organ «Arbeiterjugend» 1911 schon 50'000 Abonnenten hatte. 1919 spalteten sich die «Freie proletarische Jugend» und die «Kommunistische Jugend» ab, die zur KPD zählte. Die zur SPD tendierende «Sozialistische Arbeiterjugend» besass 1930 unter Erich Ollenhauer über 60'000 Mitglieder. 1933 wurden alle Arbeiterjugendbünde verboten, die Funktionäre verhaftet und zum grossen Teil in KZ eingeliefert.

Der Christliche Verein Junger Männer (CVJM)

Gegründet wurde der erste CVJM 1844 in London von dem Kaufmannsgehilfen George Williams, der die Erneuerung des Menschen durch ausgiebige Bibellektüre, Gottesdienstbesuch, Morgen- und Abendandachten, aber auch durch Mitgestaltung und Mitbestimmung der Umwelt herbeiführen wollte. Den deutschen CVJM startete 1883 Pastor F. von Schlümbach, der von seinen «tätigen» Mitgliedern das «in Wort und Wandel» offenkundige Bekenntnis zu Jesus Christus sowie den Dienst am jungen Mann «nach Leib, Seele und Geist» forderte. Damit waren nicht nur Fortbildung in zahlreichen Kursen durch «eingeschriebene» Mitglieder gemeint, sondern auch Leibesübungen und Sport. Aber es wurden «Schülerbibelkränzchen», die «Studentenvereinigung» und Soldatenheime gegründet, wovon das erste 1896 in Metz eröffnet wurde. Nach 1919 nahm der CVJM zahlreiche, meist äusserliche Kennzeichen der Jugendbewegung auf (vor allem die von Paul Le Seur geleitete «Freie



Nationalsozialistische ‚Er-
tuchtung‘, «Bund deutscher
Mädel» (BDM) und «Hit-
lerjugend» (HJ), zwei der na-
tionalsozialistischen Jugend-
organisationen, nutzten das
vorhandene Formen- und
Ideengut der freien Jugend-
verbände, betonten aber von
Anfang an das Prinzip der
‚Körper- und Wehrtuchtig-
ung‘. Links: Zeltlager des
BDM. –
Unten: Vormilitarisches
Training der Hitlerjugend.



Aus der Weimarer Verfassung

ARTIKEL 145: Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihrer Erfüllung dient grundsätzlich die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und die anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre.

ARTIKEL 146: Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern massgebend.

Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb [...] nicht beeinträchtigt wird.

Hitlers Vorstellung von Erziehung

«Meine Pädagogik ist hart. Das Schwache muss weggehämmert werden. In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird. Eine gewalttätige, herrische, unerschrockene Jugend will ich. Jugend muss das alles sein. Schmerzen muss sie ertragen. Es darf nichts Schwaches und nichts Zärtliches an ihr sein. Das freie, herrliche Raubtier muss erst wieder aus ihren Augen blitzen. Stark und schön will ich meine Jugend. Ich werde sie in allen Leibesübungen ausbilden lassen. Ich will eine athletische Jugend. Das ist das erste und wichtigste. So merze ich die Tausende von Jahren der menschlichen Domestikation aus. So habe ich das reine, edle Material der Natur vor mir. So kann ich das Neue schaffen. Ich will keine intellektuelle Erziehung. Mit Wissen verderbe ich mir die Jugend.»

Aus einem Gespräch nach der
Machtergreifung 1933

Jugend» in Berlin-Neukölln), angefangen beim Duzen bis zur «Wanderkluft» (Kleidung). Die NS-Machthaber konnten verständlicherweise auch diese Jugendvereinigung nicht tolerieren. Aber erst im Sommer 1935 wurde die professionelle Jugendarbeit ausserhalb der Kirchen verboten, erst 1938, als die HJ auf die Stimmung im Ausland keine Rücksicht mehr

nehmen musste, wurden die Häuser des CVJM beschlagnahmt und enteignet.

Der Quickborn

Er soll hier stellvertretend für die zahlreichen Bünde der katholischen Jugendbewegung (so Schülerbund «Neudeutschland», «Jungborn», «Kreuzfahrer» u.a.) genannt sein. In Schlesien 1909 gegründet, stand er zunächst unter der geistigen Führung von B. Strehler, dann seit 1920 unter Romano Guardinis, der auf Burg Rothenfels am Main eine Stätte der Begegnung schuf. Von hier aus ging die Liturgische Erneuerung in die katholische Jugend über.

Quickborn, gegliedert in «Jüngerengemeinschaft», «Frauenjugend», «Mannesjugend» und «Schar», wurde 1934 verboten und enteignet. Die entschiedenen Gegner der NSDAP wurden bereits 1933 verhaftet, die generischen Organisationen verboten und enteignet, während die nationalistischen Bünde wie «Artamanen», «Schill-Jugend» u.a. sich bald selbst auflösten, weil ihre Mitgliederzurgleichgesinnten HJ übergelaufen waren. Den zahlreichen Bänden aus dem Umkreis des Wandervogels liess man in der Regel Zeit bis zum 1. Dezember 1936, als die Mitgliedschaft in der HJ zur Pflicht wurde. Zahlreiche Bündische stellten inzwischen die 2. Generation der HJ-Führer, denn all das, woran ihr Herz hing, ob Lagerfeuer und Klotzmarsch, grosse Fahrt und eigenes Liedgut, Sport und Spiel konnten sie einbringen. So wurden sie zu Opfern einer doch ganz andersartigen ‚Weltanschauung‘.

Literatur

- Dehn, Günther: Proletarische Jugend, Berlin 1929
Giesecke, Hermann: Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik, München 1982
Kupisch, Karl: Der deutsche CVJM, Kassel 1958
Raabe, Felix: Die bündische Jugend, Stuttgart 1961
Seidelmann, Karl: Bund und Gruppe als Lebensformen deutscher Jugend, München 1955
Siefert, Helmut: Untersuchungen zur Entstehung und Frühgeschichte der Bündischen Jugend, Erlangen 1961
Ziemer, Gerhard/Wolf, Hans: Wandervogel und Freideutsche Jugend, Bad Godesberg 1961

GÜNTER MERWALD

Deutsche Literatur von «Dada» bis «Blut und Boden»

Die Literatur zwischen den Weltkriegen: ein Kaleidoskop verschiedener Stilrichtungen – Realistische Tendenzen erfassen zuerst den Roman – Zeitkritik auch in Gedicht und Feuilleton – Das Volksstück wird zum Lehrstück: von Zuckmayer zu Brecht – Die konservativen Dichter: ihre Vielfalt, ihre Grenzen – Die nationalsozialistische «Gleichschaltung» und Emigration.

In den ersten Jahren nach dem Weltkrieg lässt der expressionistische Schwung in der Literatur spürbar nach: viele Autoren dieser Generation waren im Krieg geblieben, andere setzten sich innerlich vom expressionistischen Pathos ab, indem sie dadaistische ‚Nonsensepoesie‘ produzierten. Zwar entstehen jetzt noch einige bemerkenswerte expressionistische Dramen wie z.B. das Revolutionsstück «Masse Mensch» von Ernst Toller und Ernst Barlachs groteskes Drama «Die echten Sedemunds» (beide 1920 uraufgeführt); doch schon in Tollers «Hinkemann» (1924) tritt eine skeptischere Einstellung zu den Möglichkeiten des Menschen zutage: der Einzelne ist und bleibt einsam, auf sich selbst verwiesen; es ist müßig, auf eine bessere Menschheit, eine «neue Zeit» zu hoffen. Diese Ernüchterung, die insbesondere in der epischen Darstellung der Wirklichkeit im Roman Platz greift, erklärt sich wohl aus dem Schock der Kriegserfahrung und den verwirrenden und irritierenden Ereignissen der unmittelbaren Nachkriegszeit: Ende der Monarchie, Revolution und Installierung einer ungesicherten Demokratie.

Gerade die Erfahrung des modernen Kriegs, die nahezu jeder Zeitgenosse zu verarbeiten hatte, schlägt sich literarisch auf verschiedenste Weise nieder; Ernst Jünger (*1895) schilderte schon 1920 in seinem «Kriegstagebuch» mit dem Titel «In Stahlgewittern» den Krieg als grausame Barbarei, aber auch als Möglichkeit tiefsten inneren Erlebens. Noch grössere Breitenwirkung war dem realistischen Frontbericht «Im Westen nichts Neues» von Erich Maria Remarque (* 1898, † 1970) beschieden: er gibt ein illusionsloses Bild des Krieges, der die Menschen zu Tieren werden lässt. «Im Westen nichts Neues» ist zugleich ein pazifistisches Dokument, ein erschütternder Protest gegen die Sinnlosigkeit des Krieges, in dem nur die

Begriffe

Dada, Dadaismus (abgeleitet von franz. dada = kindliche Bezeichnung für ein Holzpferdchen). Pazifistische, auf spontane Entfaltung – gegen den erstarrten Kunstbetrieb – gerichtete Stilrichtung der Kunst Ende des Ersten Weltkrieges.

Essay (franz. essai = Versuch). Kurze, künstlerisch gestaltete Abhandlung über ein Sachthema.

Expression, Expressionismus (lat. expressio = Ausdruck). Vor allem deutsche Stilrichtung in Literatur und bildender Kunst, die statt Wirklichkeitsdarstellung inneres Erleben auszudrücken und zu steigern versucht.

Innerer Monolog (griech. = allein und Wort, Gespräch, Selbstgespräch). Wiedergabe der Gedanken und Empfindungen einer literarischen Person in direkter Rede, besonders in modernen Romanen häufig.

Kontemplativ (lat. contemplatio = Beschaulichkeit). In sich gekehrt, versenkt, besinnlich.

Reflexion (lat. reflektare = zurückbiegen, zurückwerfen). Spiegelung oder auf sich selbst bezogenes Denken, Abwägen, Nachdenken.

Trilogie (yon griech. treis und logos = drei Tragödien). Aus drei Teilen bestehendes literarisches Werk.

Kameradschaft des geschundenen Soldaten, auch über die Frontlinien hinweg, menschlich ist. Die Millionenaufgabe des Buches in aller Welt belegt das tiefe Sehnen nach Frieden ebenso wie die Auseinandersetzung mit den Problemen der Nachkriegszeit.

Man hat die Literatur der «Weimarer Republik» mit Kennzeichnungen wie «Neue Sachlichkeit» oder «Magischer Realismus» zusammengefasst – bei aller Vorsicht vor solch pauschaler Etikettierung nicht ohne Berechtigung; denn so verschieden die Stile und Strömungen der Epoche im Einzelnen auch sein mögen, nach dem idealistischen Aufbruch des Expressionismus und seinem utopischen «O-Mensch»-Pathos lässt sich jetzt eine nüchternere Beschäftigung mit den Problemen der Zeit konstatieren; sie werden ohne Verklärungstendenzen illusionslos und mit wissenschaftlicher Akribie angegangen. Bescheidener als die expressionistische Generation geworden, wendet man sich der gegebenen Wirklichkeit aufs Neue zu. Dabei erfährt der Wirklichkeitsbegriff unter dem Eindruck moderner Wissenschaften wie der Psychoanalyse und der Relativitätstheorie Einsteins eine Veränderung. Wirklichkeit wird jetzt differenzierter und ungleich komplexer gesehen als früher. Aus dieser neuen Wirklichkeitsnähe

Porträt



THOMAS MANN

Der am 6. Juni 1875 geborene Sohn einer grossbürgerlichen Lübecker Senatorenfamilie verlebt eine unbeschwerte Jugendzeit. Nach dem Tod des Vaters zieht er 1893 nach München, wo er journalistisch tätig ist. Nach einem Romaufenthalt 1896-1898 erscheinen seine ersten Erzählungen. «Der kleine Herr Friedemann» (1898) zeigt den Gegensatz zwischen dem ‚normalen‘ Menschen und dem Künstler, zentrales Motiv in Thomas Manns Schaffen. In seinem ersten grossen Roman «Buddenbrooks» (1901) gibt er in der Geschichte vom Niedergang einer norddeutschen Patrizierfamilie ein Spiegelbild des gesamtgesellschaftlichen Hintergrunds der Zeit. Für dieses Werk erhält Mann 1929 den Nobelpreis für Literatur. Die Künstlerproblematik greifen Erzählungen wie «Tonio Kröger» erneut auf 1905 heiratet Mann Katja geb. Pringsheim. Sie haben sechs Kinder.

Die allgemeine Untergangsstimmung im Bannkreis des Ersten Weltkriegs spiegelt sich in den folgenden Werken: 1913 in der innig-zarten ‚Dekadenznovelle‘ «Der Tod in Venedig», 1924 im Roman «Der Zauberberg». Manns Grundthema, der Gegensatz von Leben und Kunst, schimmert auch hier wieder durch.

1933 emigriert Mann, zunächst in die Schweiz, dann nach Amerika: jetzt arbeitet er an der grossen Tetralogie «Joseph und seine Brüder» (1933-1943); in «Lotte in Weimar» (1939) erscheint Goethe als der Mensch, dem es gelungen ist, zur Harmonie zwischen Bürger und Künstler zu finden. Im Bild des «faustischen» Menschen will schliesslich der Roman «Doktor Faustus» die Geschichte des irregeleiteten deutschen Volkes beispielhaft vor Augen führen.

1949 nimmt Mann seinen Wohnsitz in der Schweiz. Als sein letztes grosses Werk gilt der 1954 erschienene fragmentarische Roman «Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull»: hier schildert er noch einmal in der Aussenseiterexistenz des «Schelmen» parodistisch die untergehende bürgerliche Welt der Jahrhundertwende, seine Welt. Am 12. August 1955 stirbt Thomas Mann in Zürich. (G. M.)

resultiert oft eine ausgeprägte zeitkritische Tendenz der Literatur; auf der anderen Seite verweisen viele konservative Autoren auf überlieferte Normen und Formen, andere lassen sich von der Faszination ideologischer Systeme wie Marxismus und Faschismus blenden.

Der Zug zur Wirklichkeitsdarstellung und zur Aufdeckung ihrer Strukturen ist besonders stark in Roman und Erzählung; Drama und Lyrik, die bevorzugten Gattungen des Expressionismus, treten etwas zurück. Die neuen Inhalte dringen bald durch neue Techniken der Gestaltung hervor; die Suche nach neuen Darstellungsmöglichkeiten führt zu formalen Experimenten. Freilich ist die literarische Avantgarde, die dem Krisenbewusstsein der Zeit angemessen und mit neuen Mitteln zum Wort verhelfen konnte, zunächst nur abseits des literarischen Betriebs und der hohen Auflagen zu finden. Allein schon ihre formalen Neuerungen verschlossen ihr das breite Publikum. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass in diesem Zeitraum bis 1933 die grossen modernen deutschen Romane geschrieben wurden – und dass nur eine kleine Minderheit von ihnen Notiz nahm.

Der Roman der zwanziger Jahre

Am meisten Publizität erlangte in diesen Jahren Thomas Manns grosser Zeitroman «Der Zauberberg» (1924): der Autor der «Buddenbrooks» war bereits populär, und er überschritt den durch die Tradition vorgegebenen formalen Rahmen des Erzählens nicht; der zweibändige «Zauberberg» wurde ein Publikumserfolg. Sein Thema traf allerdings auch genau die Zeitlage. Es ist die Geschichte Hans Castorps, der während eines Kurzbesuchs in einem Lungensanatorium in Davos von der Atmosphäre einer dem Sterben ergebenen Welt so gefangen wird, dass er sieben Jahre bleibt und während dieser Zeit durch Bekanntschaft mit den Vertretern verschiedenster Lebensauffassungen einen neuen Grad des Bewusstseins erreicht. Erst der Ausbruch des Ersten Weltkriegs beendet seinen Aufenthalt: der Gang in Krieg und Tod ist das logische Ende einer dem Leben entwöhnten spätbürgerlich-morbiden Gesellschaft, die im Bild des Sanatoriums gefasst ist. Anders als das Werk Thomas Manns waren die Arbeiten des Pragers Franz Kafka (*1883, † 1924) zu seinen Lebzeiten nur einem kleinen Kreis von Freunden bekannt; in Deutschland setzte sein literarischer Nachruhm erst nach 1945 ein, und doch ist gerade er es gewesen, der mit ausserordentlicher Sensibilität die Einsamkeit und Brüchigkeit der modernen menschlichen Existenz in Parabeln und Romanen gestaltet hat. Selbst vielfältigen Konflikten und Leiden ausgesetzt, wie seine Briefe und Tagebü-

cher beweisen, hat er in den passiven Helden seiner Romane die eigene Situation objektiviert und ins Allgemeingültige gehoben. In «Der Prozess» (1925) wird Josef K. plötzlich ohne erkennbaren Grund verhaftet und vor ein imaginäres Gericht gestellt. Alle Versuche, sich der ungerechten Verfolgung zu entziehen und seine Unschuld nachzuweisen, bringen ihn mehr und mehr in Verwicklungen und Widersprüche; am Ende wird er von zwei Männern des Gerichts erstochen: der anonymen Mächten und Instanzen preisgegebene Mensch bleibt verloren. Diese Realität gewordene Absurdität, die Millionen Menschen unseres Jahrhunderts erfahren mussten, gehört im Roman Kafkas zum Leben. Nur wenn es dem Menschen gelänge, dieses Leben bewusst entscheidend zu gestalten, gäbe es für ihn die Hoffnung auf Erlösung. Oder, wie es der Türhüter im «Prozess» gegenüber dem lebenslang draussen wartenden Mann vom Lande formuliert: «... dieser Eingang war nur für dich bestimmt. Ich gehe jetzt und schliesse ihn.» – Um diese Grundthematik kreisen auch Kafkas anderer grosser Roman «Das Schloss» (1926) und seine Parabeln und Erzählungen.

Faszinierend auch Kafkas Stil: die absurden, letztlich rational nicht klärbaren Zusammenhänge werden logisch klar und sachlich geschildert. Aus dieser Spannung zwischen Thematik und Darstellung erwächst der eigentümliche «surrealistische» Charakter seines Werks. Auch Robert Musil (1880, † 1942) aus Klagenfurt, Maschinenbauer von Beruf, vielseitig begabt und seinerzeit ebenso unbekannt wie Kafka, stellt einen passiven Helden in den Mittelpunkt seines Lebenswerks, des grossen unvollendeten Romans «Der Mann ohne Eigenschaften» (3 Teile, 1930-1943): Der Skeptiker Ulrich lebt, ganz Reflexion, in der Hauptstadt Kakaniens (d.h. im Wien der k. u. k. Doppelmonarchie), unfähig wie seine Zeit, die in ihm angelegten vielfachen Möglichkeiten und Talente in einer dem Untergang anheimgegebenen Welt zu verwirklichen. Im grossangelegten Versuch, sich mit seiner Zeit auseinanderzusetzen, breitet Musil die ganze Gesellschaft Österreichs vor dem Ersten Weltkrieg aus: ein Romankosmos, der kaum zu umfassen ist, in dem es Musil aber neben den konkreten Details vor allem auf die Erfassung der tragenden Strukturen der Wirklichkeit ankommt. Das Werk ist – ähnlich dem «Zauberberg» – bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs geführt, der wie eine Erlösung, aber keineswegs als Lösung für die Menschen hereinbricht. Der Roman bleibt innerlich und äusserlich notwendigerweise Fragment, weder der Autor noch sein Held können zu einem gültigen Ergebnis kommen. Er stellt aber formal dennoch einen Höhepunkt der Romanliteratur dar: souveräne Handhabung der

sprachlichen Mittel, Öffnung der Romanform zum Essayistischen, komplexe Komposition, stilistische Kunst und erzählerischer Einsatz der Ironie reihen ihn unter die bedeutendsten Romane des Jahrhunderts.

Wie Musil kam auch sein Landsmann Hermann Broch (*1886, † 1951) auf Umwegen zum Schreiben – er war ursprünglich Textilindustrieller und hatte dann Mathematik und Philosophie studiert –, und auch sein Thema ist die untergehende Kaiserzeit. Weitsichtig erfasst er die Entwicklung der drei Jahrzehnte von 1888 bis 1918 im Bild der «Schlafwandler» – so der Titel seiner grossen Romantrilogie (1931-1932): Die Menschen haben die Orientierung in der Welt verloren; Ursache ist der «Zerfall der Werte», der sie für Barbarei und primitive Instinkte anfällig macht. In drei Stationen «1888. Pasenow oder die Romantik», «1903. Esch oder die Anarchie» und «1918. Huguenau oder die Sachlichkeit» entfaltet sich der Weg ins Chaos. Der erste Teil des Werkes gibt in traditioneller Erzählweise à la Fontane die Beschreibung einer preussischen Junkerfamilie, der zweite zeichnet, jetzt in naturalistischem Stil, das Lebensbild eines haltlosen Aufstiegers, der zum Anarchisten pervertiert; im dritten Teil dominiert mit Huguenau der kaltblütig-nüchterne Geschäftsmann, dessen Biographie in einzelnen Episoden aufgelöst erscheint, unterbrochen von essayistischen Exkursen Brochs über den «Zerfall der Werte». Wie Musil setzt auch Broch moderne Erzähltechniken ein, um eine Welt im Wandel akzentuiert schildern zu können.

Am weitesten geht auf diesem Weg Alfred Döblin (*1878, † 1957), Nervenarzt in Berlin bis zu seiner Emigration 1933. Vom Expressionismus herkommend, greift er moderne Erzählmittel, wie sie besonders von dem Franzosen Marcel Proust (*1871, † 1922) und dem Iren James Joyce (*1882, † 1941) entwickelt wurden, auf und schafft in seinem «Berlin Alexanderplatz» (1929) den ersten modernen Grossstadroman in Deutschland: Die Geschichte des Gelegenheitsarbeiters Franz Biberkopf, durch Fassbinders Verfilmung allgemein bekannt geworden, wird in eine faszinierende Montage aus Strassenlärm, Börsen- und Wetterberichten, Bibelzitat, Statistiken, wissenschaftlichen Analysen, Sprachfetzen aus Gassenjargon und Werbeslogans eingebunden. Der eigentliche ‚Held‘ des Romans ist das Kollektiv, die «Hure Babylon», die Grossstadt. Das Individuum ist nur Objekt; der gutmütige Franze wird zum Dulder Hiob, der mit all dem, was da über ihn hereinbricht, nicht fertig wird. Durch Montage von verschiedenen Sprach- und Bildebenen, von Prosa und Vers, von Sprach- und Satzfetzen und durch Einblendung innerer Monologe, die den «Bewusstseinsstrom» des Menschen wiedergeben, soll die Totalität des Lebens und die Simultaneität (Gleichzeitigkeit) alles Geschehens ausgedrückt werden.

Abseits all dieser raffinierten modernen Erzähltechniken gelingt Döblin ein ergreifendes Lebensbild des kleinen Mannes im Berlin der «goldenen zwanziger Jahre».

Zivilisations- und Zeitkritik in Gedicht und Feuilleton: Tucholsky, Kästner, Brecht

Die Haltung kritischen Engagements gegenüber den Zeitereignissen spiegelt sich noch direkter als im Roman in feuilletonistischen Prosaformen wie der Glosse und im politischen Gedicht. Die Satire in Vers und Prosa sagt dem Bürger lächelnd oder auch beissend die Wahrheit, die er allzu gerne «unter den Teppich gekehrt» wüsste. Der Berliner Kurt Tucholsky (*1890, † 1935) nimmt von «linker» Position aus das private und öffentliche Leben der Weimarer Zeit ins Visier; mit sicherem Gespür findet er das Kritisierenswerte in Gesellschaft und Politik heraus, und: seine sarkastischen Formulierungen treffen stets, sei es das Spiessertum, die Snobs, die Militaristen, die Nationalsozialisten und andere Rechtsradikale. Witz und Ironie, aber auch Sarkasmus, Erbitterung und tiefe Depression über das in die Katastrophe treibende Deutschland kennzeichnen das Leben Tucholskys, der, zeitweilig Herausgeber der kritischen Zeitschrift «Die Weltbühne», schon bald die NS-Herren fürchten muss. Andererseits erinnert Tucholsky in seiner ironischen, gelegentlich auch gemüthhaften Art oft an Heinrich Heine; so etwa auch in dem Gedicht «Holder Friede» aus dem Jahr 1929, dessen Anfang lautet: «Nun senkt sich auf die Fluren nieder / der süsse Tran der Vorkriegszeit; / es kehren Ruh und Stille wieder, / getretener Quark wird weich und breit. / Und alle atmen auf hienieden: / Jetzt haben wir Frieden.»

Weniger gallig, daher eher nach dem Geschmack des bürgerlichen Publikums sind die sachlich unterkühlten, dennoch kritisch engagierten Texte Erich Kästners aus Dresden (*1899, † 1974): auch der Moralist Kästner, der auch als Kinderbuchautor («Emil und die Detektive» 1928) Ruhm erlangte, nahm in vielen seiner «Gebrauchsgedichte» die Spiesserieideologie und die verlogene Innerlichkeit des deutschen «Gemüts» aufs Korn. Am bekanntesten ist wohl seine Parodie von Goethes «Mignons Lied» geworden: «Kennst du das Land, wo die Kanonen blühen? / Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen» (1928).

Deutlicher als alle anderen grenzt sich der aus Augsburg gebürtige Bertolt Brecht (*1898, † 1956) in seinen Gedichten «Hauspostille» (1927) vom bürgerlichen Literaturverständnis ab. Er benutzt zwar volkstümliche Muster wie die Ballade und sakrale Formen (Psalmen, Gebete), artikuliert aber

durchaus «unpoetische» profane und antibürgerliche Inhalte (Titel wie «Von der Kindesmörderin Marie Farrar» oder «Historie vom verliebten Schwein Malchus» können das andeuten). Die «Hauspostille» ist mit Anleitungen und Gesangsnoten versehen, denn sie «ist für den Gebrauch der Leser bestimmt. Sie soll nicht sinnlos hineingefressen werden.» Das Schlusskapitel «Gegen Verführung» gibt die politische Intention des Ganzen an: «Lasst euch nicht verführen! / Es gibt keine Wiederkehr. / Der Tag steht in den Türen; / Ihr könnt schon Nachtwind spüren: / Es kommt kein Morgen mehr» – eine Mahnung, die nur wenige hören wollten.

Das ‚neue‘ Volksstück Von Zuckmayer zu Brechts Lehrstücken

Elemente volkstümlicher Überlieferung als Vehikel politischen Engagements begegnen uns auch im Dramenschaffen dieser nachexpressionistischen Jahre. Schon 1925 hatte der Rheinhesse Carl Zuckmayer (*1896, † 1977) mit seinem Volksstück «Der fröhliche Weinberg» einen Bühnenerfolg verbuchen können. Das Lustspiel «Der Hauptmann von Köpenick» (1930), die historische Begebenheit vom arbeitslosen Schuster Wilhelm Voigt, der den Bürgermeister von Köpenick verhaften liess, indem er sich in einer Hauptmannsuniform an die Spitze eines Trupps Soldaten stellte, ist wohl bis heute sein volkstümlichstes Stück geblieben.

Von dieser glättenden Tendenz heben sich die «Volksstücke» des erst nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich entdeckten Ungarndeutschen Ödön von Horváth (*1901, † 1938) deutlich ab. Was sich bei ihm zunächst wie ein volkstümliches Lustspiel anlässt, wird bald zur schonungslosen Demaskierung des brutalen, verlogenen Spiessbürgers.

Diesen Ansatz führt Bertolt Brecht noch weiter; er verändert allerdings den Charakter des Theaters selbst in ganz eigentümlicher Weise: von seinem nunmehr festen marxistischen Standort aus setzt er die Elemente des traditionellen Volksstücks für seine sozialkritischen Ziele ein: unterhaltender Charakter, einfache, oft sentenzenhafte Sprache, Einbeziehung der Musik. Das herkömmliche Dramenkonzept veränderte er vom Illusionsspiel zum Theater der Desillusion, umso die gesellschaftlichen Widersprüche aufzuhellen. Durch unpathetische Sprache, distanzierte Darstellungsart der Schauspieler und eine durch Projektionen, Transparente und Songs veränderte Dramaturgie baute er Verfremdungseffekte («V-Effekte») ein, durch die das Gewohnte dem Zuschauer auf einmal fremd erscheint, was

ihn veranlasst, statt sich emotional mit dem Bühnengeschehen zu identifizieren, rational darüber zu reflektieren: diese Theorie des sogenannten «epischen» Theaters setzte Brecht vor allem in seinen «Lehrstücken» in den dreissiger Jahren in die Praxis um. Sein erster grosser Bühnenerfolg mit Breitenwirkung war die «Dreigroschenoper», die 1928 im Berliner «Theater am Schiffbauerdamm» uraufgeführt wurde.

Sein sozialistisches Streben, «die Verhältnisse zu ändern», kennzeichnen schon in den zwanziger Jahren eine Vielzahl von Werken. Abgesehen von den frühen Stücken seien hier noch genannt: die Oper «Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny» (1929) und «Die heilige Johanna der Schlachthöfe» (1932).

„Konservative“ Autoren der Zeit: Bewährung durch Bewahrung – Und: Hesses «Weg nach innen»

Der Überblick über die Literatur dieser Zeit wäre unvollständig und einseitig, wollte man neben den «Neuerern» und kritischen Geistern nicht auch jene Autoren erwähnen, die in bewusster Orientierung an der Tradition Halt und Sicherheit angesichts der schnellen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Veränderungen dieser Jahre suchten. Dass so mancher von ihnen den geistigen Boden für die verhängnisvolle Entwicklung der NS-Zeit mit bereiten half, ist eine der traurigen Tatsachen, an denen wir nicht vorbeikommen. Ganz gewiss frei von jedem Verdacht, den Nationalsozialisten nach dem Mund geredet zu haben, sind Männer wie Werner Bergengruen (*1892, † 1964), der in neorealistischen Novellen und Erzählungen («Der Tod von Reval», 1939) und Romanen («Der Grosstyrann und das Gericht», 1935) einen akzentuiert christlichen Standpunkt vertrat. Ähnliches gilt für Reinhold Schneider (*1903, † 1958), dessen bekanntester Roman «Las Casas vor Karl V.» (1938) durchaus als Dokument des geistigen Widerstandes gegen die Hitlerdiktatur gelesen werden kann. Auch die Repräsentanten eines «neoklassischen» Welt- und Menschenbilds wie Rudolf Alexander Schröder (*1878, † 1962) schufen mit ihrer Dichtung, die sich am klassischen Bildungsideal orientierte, ein Gegengewicht gegen die aufkommende Barbarei; ebenso die tief im Katholizismus wurzelnde Konvertitin Gertrud von Le Fort (*1876, † 1971). Dezidiert Nazigegner war auch der «Neuromantiker» Hermann Hesse (*1877, † 1962), der schon vor 1933 in Montagnola im Tessin seine Fluchtbewegung aus der deutschen Heimat in eine Welt der Innerlichkeit abgeschlossen hatte. Hesse, wohl der noch heute populärste Autor dieser Zeit, verdankt seine Breitenwirkung nicht so sehr dem Nobelpreis (1946),

Porträt



BERTOLT BRECHT

Brecht, geboren am 10. Februar 1898, stammte aus einer gutbürgerlichen Augsburger Familie. Nach der Gymnasialzeit studierte er in München und kam in Kontakt mit Literatenkreisen. Auch Karl Valentin lernte er in München kennen. 1918-1922 entstand der schockierende «Baal»: eine Szenenfolge um einen triebhaften Säufer. Antibürgerliche Themen dominieren auch im zweiten Drama «Trommeln in der Nacht» (1922) und in den Gedichten der «Hauspostille».

1928 heiratet Brecht, nun Dramaturg bei Max Reinhardt in Berlin, die Schauspielerin Helene Weigel. Nach expressionistischen Versuchen («Im Dickicht der Städte» 1924) gelingt ihm mit der «Dreigroschenoper» 1928 der Durchbruch: realistische Darstellung der Wirklichkeit («Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral»), verpackt in zündende Songs («Und der Haifisch [...]», Musik von K. Weill). 1929 folgt «Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny».

In dieser Zeit wendet sich Brecht dem Marxismus zu: in «Die heilige Johanna der Schlachthöfe» (1932) wird Religion als Instrument des Kapitalismus dargestellt. In den folgenden Jahren entsteht eine Reihe von «Lehrstücken», die vor allem für gesellschaftliche Veränderungen eintreten.

1933 begann Brechts Exil quer durch Europa. Vorläufige Bleibe wurde zunächst Dänemark («Svendborger Gedichte» 1939). 1941 findet er endlich in Kalifornien eine dauerhafte Zuflucht. Im Exil schreibt er seine grossen Stücke: «Mutter Courage und ihre Kinder», «Leben des Galilei», «Der gute Mensch von Sezuan», «Der kaukasische Kreidekreis».

1948 findet Brecht eine neue Heimat in Ost-Berlin, wo er mit H. Weigel und dem «Berliner Ensemble» im «Theater am Schiffbauerdamm» modellhafte Aufführungen seiner Stücke erarbeitet. Seine Lyrik gipfelt jetzt in den Miniaturen der «Buckower Elegien» 1954 (z.B. «Der Radwechsel»). Zur SED verhält er sich eher distanziert. Brecht stirbt am 14. August 1956 in Berlin, bedeutend als Autor, Regisseur, Theoretiker und engagierter Sozialkritiker. (G. M.)

Porträt



HERMANN HESSE

Der Schwabe Hermann Hesse, geboren am 2. Juli 1877 in Calw, wird als Sohn eines Missionars pietistisch erzogen und nach dem Besuch der Lateinschule 1891 ins Kloster Maulbronn geschickt, aus dem er aber bald flüchtet. Er durchläuft eine Buchhändlerlehre in Tübingen, lebt 1899-1903 als Buchhändler in Basel, unternimmt zwei Italienreisen und veröffentlicht 1904 den Entwicklungsroman «Peter Camenzind», der ihn berühmt macht: die Geschichte eines jungen Mannes, der den Weg zurück zur Natur geht, um so seine eigene Individualität zu finden. Im selben Jahr heiratet Hesse und lebt nun als freier Schriftsteller am Bodensee. Nach einer Indienreise 1911 zieht er mit der Familie nach Bern.

Die Krise seiner Ehe spiegelt sich im Roman «Rosshalde» (1914), seine eigene Position als ruheloser Wanderer markiert der «Knulp» (1915). Gegen den Irrsinn des Kriegs protestiert Hesse 1914 vehement. 1919 veröffentlicht er «Demian», die Geschichte Emil Sinclairs, der die weite Welt seiner Seele entdeckt, indem er seiner Mutterbindung entsagt: wie «Camenzind» wirkt auch der «Demian» stark auf die Jugend der Zeit.

Hesse zieht nun allein nach Montagnola/Tessin: eine Phase der Neubesinnung folgt, neue Kontakte werden geknüpft. 1922 erscheint «Siddharta», abermals ein Versuch, seine eigene Identität zussenden. 1923 wird seine Ehe geschieden, Hesse wird Schweizer Staatsbürger: 1924 heiratet er wieder.

Hesses rückhaltlos offenes Selbstporträt enthält der «Steppenwolf» (1927). Der Dualismus des Menschen, die Pole Geist und Eros, sind erneut Grundlage eines Werkes in «Narziss und Goldmund». 1931 heiratet Hesse zum dritten Mal.

In der «Morgenlandfahrt» stellt Hesse das Reich des Geistes symbolisch im Orient dar: es wird dann im «Glasperlenspiel» erneut beschworen.

Hesse, ein scharfer Gegner des Nationalsozialismus, erhielt 1946 den Nobelpreis, 1955 den Eriedenspreis des deutschen Buchhandels. Am 9. August 1962 starb er in Montagnola. (G. M.)

sondern der zeitlosen Thematik und dem autobiographischen Bekenntnischarakter seiner Dichtung. Bei ihm ist der moderne Typ des ‚Aussteigers‘, der im kontemplativen «Weg nach Innen» jenseits des Leistungsfetischismus menschliche Selbstverwirklichung sucht, vielfach vorgebildet. Aus den zwanziger Jahren seien wenigstens erwähnt: «Klingsors letzter Sommer» (1920), «Der Steppenwolf» (1927), «Narziss und Goldmund» (1930). Hesses letztes und wohl wichtigstes Werk, der utopische Roman «Das Glasperlenspiel» (1943) zeichnet das Bild einer elitär-asketischen Gesellschaft des 22. Jahrhunderts in «Kastalien», die «mit sämtlichen Inhalten und Werten unserer Kultur» spielt. Doch der Held, der ins höchste Amt gewählte «Magister Ludi» Josef Knecht, ertrinkt am Ende – ein deutlicher Schatten, der aus der Realität auf diese «heile Welt» aus Geist und Spiel fällt. Hesse hatte seinen individualistischen Weg nach innen, in das Reich des Geistes, der ungeistigen Hitlerdiktatur entgegengestellt, die ihn mit Abscheu erfüllte. Andere konservative Dichter, wie z.B. der Österreicher Josef Weinheber (*1892, † 1945), erlagen freilich wenigstens zeitweise der Blendung, die vom national-völkischen Gedanken ausging. Dies gilt auch für Hermann Stehr und Agnes Miegel.

Innere Emigration und deutsche Exilliteratur

Seit der Bücherverbrennung des Jahres 1933 – die Liste der Geächteten liest sich wie ein Katalog der grossen Autoren der Zeit – und der «Reinigung» der Dichtung von «jüdischen Elementen» ist in Deutschland kaum mehr ein nennenswertes literarisches Leben zu registrieren. Gesinnungsliteratur ersetzt die Kunst, und den Andersdenkenden bleibt neben der Flucht ins Exil nur der Weg in die «innere Emigration» oder die völlige geistige oder physische Selbstaufgabe: neben Kurt Tucholsky enden z.B. Weinheber, Jochen Klepper, Stefan Zweig und Walter Benjamin durch Selbstmord.

Den problematischen Weg in die «innere Emigration», d.h., den Versuch zu bleiben und Zensur und Verfolgung durch Rückzug in die erbauliche Idylle zu entgehen, unternahmen einige der konservativen Autoren. So entwirft z.B. Ernst Wiechert (*1887, † 1950) in seinem Roman «Das einfache Leben» (1939) das Bild einer Welt, die dem Menschen in der Einheit mit der Natur ein Leben in Ruhe und Glück beschert. Es muss dem Urteil des Lesers überlassen werden, wieweit er in diesem idyllischen Rückzug in eine utopische Gegenwelt Distanzierung von der gesellschaftlichen Realität der Zeit zu erkennen vermag oder nur den Verzicht des Autors auf Stellungnahme.

Für die führenden Dichter der Zeit, die gezwungen waren, Deutschland den Rücken zu kehren, bedeutete die Emigration den Verlust an Kommunikation und Kontakt mit dem lesenden Publikum, von wirtschaftlicher Not und Existenzangst einmal abgesehen. Umso bewundernswerter ist es, dass in diesen Jahren des Exils nicht wenige Werke von Rang im Ausland entstehen konnten.

So liegt etwa eine der fruchtbaren Schaffensperioden Brechts in der Zeit seines Exils. Nun schreibt er seine grossen Stücke «Leben des Galilei» (entstanden 1938/39), «Mutter Courage und ihre Kinder» (entstanden 1941), «Der gute Mensch von Sezuan» (entstanden 1938-1942), «Der kaukasische Kreidekreis» (1945). Im Epilog zum «Guten Menschen von Sezuan» heisst es: «Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen / Den Vorhang zu und alle Fragen offen. / [...] Der einzige Ausweg wär aus diesem Ungemach: / Sie selber dächten auf der Stelle nach.»

Verbrannt – verfolgt – verboten

Auf Betreiben der deutschen Akademiker- und Studentenschaft, teilweise unterstützt vom Buchhandel, kam es seit den zwanziger Jahren zur Diffamierung sogenannter «undeutscher» Autoren. Am 10. Mai 1933 gingen in Berlin rund 20'000 Bücher in Flammen auf. Andere Städte folgten diesem makabren Beispiel. Die weitere Folge waren die Aufstellung von Verbotslisten, Schreib- und Redeverbot und Einweisungen in KZ's. Viele Schriftsteller nahmen sich das Leben, andere kamen in der Haft um, über 2'000 versuchten im Exil zu überleben.

Eine willkürliche Auswahl der verbotenen oder verfolgten schöngeistigen Autoren offenbart das Ausmass der Verfolgungen: E. Barlach / V. Baum / M. Behaim-Schwarzbach / B. Brecht / H. Broch / M. Brod / E. Canetti / A. Döblin / K. Edschmid / A. Eggebrecht / L. Feuchtwanger / B. und L. Frank / C. Goetz / O.M. Graf / A. Haushofer / St. Hermlin / St. Heym / E. Kästner / G. Kaiser / A. Kantorowicz / A. Kerr / H. Kesten / E.E. Kisch / P. Klee / A. Koestler / O. Kokoschka / A. Kolb / K. Kraus / E. Langgässer / E. Lasker-Schüler / O. Loerke / E., K., Kl., und Th. Mann / W. Mehring / E. Mühsam / R. Musil / Th. Plivier / E.M. Remarque / J. Ringelnatz / L. Rinser / J. Roth / N. Sachs / A. Seghers / F. Thiess / E. Toller / F. Torberg / B. Traven / K. Tucholsky / F. v. Unruh / J. Wassermann / E. Weiss / F. Werfel / K. Wolfskehl / C. Zuckmayer / A. und St. Zweig.

Empfohlen sei die Lektüre von: *Margot Wiesner: Verbrannte Bücher – Verfemte Dichter. Deutsche Literatur 1933-1945, Frankfurt 1933* sowie: *Ulrich Walberer (Hrsg.): 10. Mai 1933. Bücherverbrennung in Deutschland, Fischer TB, Frankfurt 1983*



«Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende Menschen» (Heinrich Heine). Verbrennung «undeutscher» Bücher am 10. Mai 1933 auf dem Platz an der Staatsoper, Berlin.

Auch Brechts politische Lyrik erreicht in diesen Exiljahren einen Höhepunkt in den «Svendborger Gedichten» (1939), mit denen er seinen Freunden Hilfestellung im Kampf geben möchte, in denen er aber zugleich «An die Nachgeborenen» die Bitte um Nachsicht formuliert: «Ihr, die Ihr auftauchen werdet aus der Flut / In der wir untergegangen sind / Gedenkt / Wenn ihr von unseren Schwächen spricht / Auch der finsternen Zeit / Der ihr entronnen seid».

Dieses Bewusstsein, «in finsternen Zeiten» zu leben, in denen auch die Guten «nicht freundlich» sein können, und angesichts des apokalyptischen Geschehens nur beschränkte Möglichkeiten des «Gegensteuerns» zu haben: es mag vielleicht auch für Thomas Mann der Ansatzpunkt gewesen sein, die Anfälligkeit des deutschen Volkes für die NS-Ideologie künstlerisch zu gestalten und ihre Gründe zu erhellen. In seinem Roman «Doktor Faustus» (1943-1947) mit dem Untertitel «Das Leben des deutschen Tonsetzers Adrian Leverkühn, erzählt von einem Freunde» knüpft Mann an das Faustbuch und an die Biographie Nietzsches an und schildert den Le-

bensweg des Intellektuellen Leverkühn, der mit dem Teufel paktiert, um zu neuen Möglichkeiten des Künstlertums vorzustossen; auf dem Höhepunkt seines schöpferischen Rausches bricht er zusammen und stirbt 1940: Der Komponist Leverkühn steht für die deutsche bürgerliche Gesellschaft, ja für das deutsche Volk überhaupt. Sein Schicksal zeigt, wie elitärer Anspruch und Abwendung von der Humanität Unfreiheit und Bindung an das Böse nach sich ziehen. «Doktor Faustus» gilt zu Recht als ein Höhepunkt der deutschen Romanliteratur der ersten Jahrhunderthälfte. Thomas Mann zeichnet in dicht verzahnter Komposition und bei vielfach wechselnden Sprachstilen in formaler Geschlossenheit das Bild einer dem Dämonischen ausgelieferten Welt und unternimmt zugleich den Versuch, die Ursachen der sich anbahnenden Katastrophe herauszufiltern. Der Roman erschien erst 1947. Inzwischen war über Deutschland die «Stunde Null» hereingebrochen, und neues literarisches Leben begann sich zu regen.

Literatur

- Durzak, Manfred (Hrsg.): Deutsche Exilliteratur 1933-1945, Stuttgart 1973
- Grimm, Reinhold/Hermand, Jost (Hrsg.): Die sogenannten goldenen 20er Jahre, Bad Homburg 1970
- Just, Klaus Günther: Von der Gründerzeit zur Gegenwart. Geschichte der deutschen Literatur seit 1891, Bern/München 1973
- Kunisch, Hermann (Hrsg.): Handbuch der deutschen Gegenwartsliteratur, München 1967
- Schütz, Erhard/Vogt, Jochen u.a.: Einführung in die deutsche Literatur des 20. Jahrhunderts, Bd. 2: Weimarer Republik, Faschismus und Exil, Opladen 1977
- Sevke, Jürgen: Die verbrannten Dichter, Frankfurt/M. 1980
- Stephan, Alexander: Die deutsche Exilliteratur 1933-1945. Eine Einführung, München 1979
- Weber, Albrecht: Deutsche Literatur in ihrer Zeit. Literaturgeschichte im Überblick, Bd. 2: 1880 bis zur Gegenwart, Freiburg i.B. 1979

JOHANNES GLANZ

Theater und Film in den zwanziger und dreissiger Jahren

Im Schatten des Umbruchs – Generationenkonflikt – Politisches
Theater – Theatermetropolen und fruchtbare Provinz – Oper,
Operette, Revue – Kritik als Literatur – Gleichschaltung – Märchen
und Sozialkritik: Neues Medium Film – Welt der Arbeiter und
Kleinbürger – Der Tonfilm – Film im NS-Staat.

Diese zwei Jahrzehnte tragen an der Last eines verlorenen Krieges und taumeln, da die neue Ordnung nicht Bestand hat, in einen neuen Krieg hinein.

Die Umwandlung der Monarchie in eine demokratische Republik spiegelte sich auch in der Theaterlandschaft wider. Die Hoftheater wurden Staats- bzw. Landestheater, die neue Demokratie setzte neue Intendanten ein, und mit der Aufhebung der Zensur veränderte sich auch der Spielplan. Gross war der Nachholbedarf an aktuellen, zeitgenössischen Stücken, die – wenn überhaupt – bisher nur in geschlossenen Vorstellungen einem ausgewählten Publikum von Kennern Vorbehalten geblieben waren. Seit 1917 boten zwei Theatervereine – «Das junge Deutschland» in Berlin und «Das jüngste Deutschland» in München – in Matinee-Vorstellungen modernes Theater an. Aber erst jetzt, nach 1918 erreichte die nun gar nicht mehr so neue Welle des «Expressionismus» das grosse Publikum, das je nach Alter und politischer Einstellung auf die Präsentationen des «neuen» Menschen und auf die Aburteilung des «alten» unterschiedlich reagierte. Der Aufruhr auf der Bühne, die vielfach zum Tribunal wurde, übertrug sich oft auf die Zuschauer; die Kritik der Theaterstücke, der Protest, sie galten der patriarchalischen Ordnung insgesamt, ob in Familie oder Gesellschaft. Hass, Abscheu, Ekel vor dem alten, verrotteten System forderten seine endgültige Beseitigung; in immer neuen Spiegelungen wiederholten sich die Geburtswehen der jungen Republik auf den Bühnen. So befreite sich «der Sohn» im gleichnamigen Stück von Walter Hasenclever (*1890, † 1940) von der übermächtigen Last des Vaters, indem er diesen niederschiesst.

Die Bühnenautoren betrachteten sich als Fackelträger beim Aufbruch in eine neue Welt, ihr Schrei sollte in den Ohren des Publikums widerhallen.

Und tatsächlich füllten sich die Theater nach den Krisenjahren wieder; alle Entwurzelten: Kriegsheimkehrer, Arbeitslose, Extremisten aus Verzweiflung oder Idealismus identifizierten sich mit der Radikalität der Bühnenakteure. Sie applaudierten der «Entbürgerlichung» des Theaters. Das Unbehagen an allem pathetischen Hoftheaterstil hatte weithin zu einer so grossen Verdrossenheit geführt, dass man, ohne sich besonders zu engagieren, dem Neuen gerne eine Chance gab.

Organisiertes politisches Theater

Manche junge Republikaner störte es, dass der Theaterbesuch im letzten unverbindlich blieb. Ekstatischer Beifall sagte ja noch nicht, dass sich das politische Bewusstsein des Einzelnen gefestigt oder verändert hatte. Ihrer Ansicht nach sollte ein straff organisiertes Theater Politik diskutieren, politische Erziehung leisten und zum politischen Handeln führen. Dazu brauchte man allerdings ein anders strukturiertes Theater. Versuche im Herbst 1918, eine kollektive Führung der Theater durchzusetzen, scheiterten; dagegen hielten sich hier und dort eine Zeitlang Bühnen, die mit ausgesprochen politischer Zielsetzung eingerichtet worden waren, so z.B. in Berlin die «Tribüne» oder mehrere «Proletarische Theater». Erwin Piscator († 1966), wahrhaft besessen von der Idee eines erzieherischen, politischen Theaters, begann in Königsberg mit der ersten seiner vielen Gründungen, dem «Tribunal». Schon seit 1919 unterstützte Bertolt Brecht diese Initiativen mit seinen Kritiken im Augsburger «Volkswillen»; er schrieb unter dem Eindruck des kommunistischen «Spartakusaufstandes» in Berlin, Januar 1919, «Trommeln in der Nacht», das erste neue Stück, das sich unmittelbar mit dem Zeitgeschehen befasste, was dem Autor den «Kleistpreis» einbrachte. 1923 übernahmen Erwin Piscator und der Schriftsteller Hans José Rehfisch (*1891, † 1960) das Berliner «Centraltheater» mit dem Ziel, eine «proletarische Volksbühne» aufzubauen. Ausgesprochene Wahlkampfhilfe sollte eine von der «Kommunistischen Partei Deutschlands» bei Piscator in Auftrag gegebene Revue «Roter Rummel» leisten. Der Autor nahm sich vor, «wie mit Eisenhämmern [...] das Leitmotiv ‚societatem civilem esse delendam‘ (die bürgerliche Demokratie muss zerstört werden) einzuschlagen». Piscator nutzte seine Erfahrungen bei der Gestaltung von Bunten Abenden in den Arbeiterhilfsvereinen und schuf ein Muster politischen Agitationstheaters, indem er bürgerliches und proletarisches Milieu provokativ gegenüberstellte. Damals

schon – 1924/25 – formierten sich jene Agit(ations)prop(aganda)-Truppen «Blaue Blusen», «Rote Raketen», zu denen später «Truppe 1931» und «Kolonne Links» stiessen, die bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 im Einsatz blieben. Zur Eröffnung des 10. Parteitagess der KPD, 1925, lieferte Piscator eine neue Revue. In dem mehrere Tausend Zuschauer fassenden «Grossen Schauspielhaus» in Berlin – das im Auftrag des Regisseurs und Theaterunternehmers Max Reinhardt (*1873, † 1943) von dem angesehenen Architekten Hans Poelzig aus dem Zirkus Schumann zum Arena-Theater umgebaut und am 28. November 1919 mit der «Orestie» von Aischylos eröffnet worden war, während sich Berlin im Belagerungszustand befand – wurde nun die Geschichte der sozialistischen Bewegung von 1914 bis zur Ermordung Liebknechts 1919 als echtes Massentheater dargestellt. Politik und Theater waren nicht voneinander zu trennen: «ein einziger grosser Versammlungssaal, ein einziges grosses Schlachtfeld, eine einzige grosse Demonstration».

Berlin – Hauptstadt des deutschen Theaters

Merkwürdig: wesentliche Impulse kamen von aussen aus der Provinz – der Expressionist Kasimir Edschmid schrieb: «die ersten Schritte der neuen Kunst geschehen abseits von Berlin» – und doch liess sich die gesamte Entwicklung des Theaters der Republik in der Reichshauptstadt ablesen. Bisher hatte der grosse Poet und Zauberer Max Reinhardt das Theaterleben Berlins geprägt, er beherrschte die ganze Ausdrucksskala der Inszenierungskunst, er schuf auf der Bühne eine neue Wirklichkeit, bot dem Publikum Kunst als zweites, schöneres Leben. Die neue, andere Auffassung vom Theater, nicht einen Traum, sondern die (verhüllte oder nackte) Wirklichkeit darzustellen, erschütterte seinen Thron. Das Staatstheater trat nun in den Vordergrund; sein fast ständig von den politischen Gruppierungen umstrittener fortschrittlicher Intendant wurde Leopold Jessner (*1878, † 1945), der am «Thalia-Theater» in Hamburg als Regisseur begonnen und mit Inszenierungen von Frank Wedekind einen neuen Bühnenstil entworfen hatte. Er stellte nicht «Milieu», nachgebildete Wirklichkeit dar, sondern arbeitete mit Symbolen und Farben und liess seine Figuren wie Puppen im Schattenspiel dahinjagen. Jedes Stück wurde aus seinem Grundmotiv heraus gestaltet. Mit seinem «Teil» revolutionierte und schockte er die Berliner; der «Freiheitsschrei» beherrschte das ganze Stück, das zu einem «Auferstehungsfest aus republikanischem, antinationalistischem Geiste» wurde und zu wütenden Tumulten führte. Von 1919



Vollendete Schauspielkunst. Die Zwanziger Jahre sahen Spitzenleistungen klassischen und progressiven Theaters, ehe der NS-Staat alles gleichschaltete. – Käthe Dorsch und Heinrich George in «Karl und Anna» von Leonhard Frank.

bis 1930 wackelte sein Stuhl immer wieder, und nach einigen Übergangslösungen übernahm ihn 1934 der eigens aus Paris vom damaligen preussischen Ministerpräsidenten Hermann Göring eingeladene Gustaf Gründgens (*1899, † 1963), der seine eingeräumten Privilegien geschickt auszunützen wusste und die Tradition über Hindernisse hinweg durch Anpassung und Taktieren einigermaßen zu wahren verstand. Selbst ein exzellenter Schauspieler, umgab er sich mit einem Stab von Theaterexperten, den Regisseuren Jürgen Fehling, Lothar Müthel, Karlheinz Stroux und Wolfgang Liebeneiner, den Bühnenbildnern Traugott Müller und Rochus Gliese und führte seine drei Häuser, das «Schauspielhaus am Gendarmenmarkt», die «Kleine Komödie am Schiffbauerdamm» und das «Kleine Haus» in der Nürnberger Strasse in der Zeit der Barbarei, die, selbst kompromisslos, von allen anderen nur zu oft Kompromisse verlangte. Er regte durch seine Arbeit zu einem Wettstreit mit den anderen Berliner Bühnen an, vor allem mit dem «Deutschen Theater», der einstigen Reinhardt-Bühne, die nun Heinz Hilpert (*1890, † 1967) verwaltete und mit Insze-



Faszinierende Welt der leichten Muse. Operette, Kabarett und Revue behaupteten erfolgreich ihren Platz neben Schauspiel und Oper. – Eine Gruppe der Berliner Tiller Girls, der bekanntesten Revue-Tanzgruppe.

nierungen von Erich Engel und Caspar Neher über die Zeit rettete. Nicht unerwähnt unter den vielen Bühnen Berlins darf das «Theater am Schiffbauerdamm» bleiben, wo die Uraufführungen von Carl Zuckmayers «Der fröhliche Weinberg» ein Sensationserfolg wurde, den auch das skandalöse Verhalten der Nazis, die in dem Stück eine ganz unglaubliche Schweinerei sahen, nicht verhindern konnte. «Theater am Schiffbauerdamm», das war auch der Ort, wo Brecht-Weills «Dreigroschenoper», von der ‚Trias‘ Brecht, Engel, Neher in Szene gesetzt, Premiere feierte und zum grössten Theatererfolg der Epoche wurde – die Bühne, wo am 5. März 1929 der Polizeipräsident Peter Martin Lampels «Giftgas über Berlin» verbot, wo Marieluise Fleisser nach der Uraufführung ihrer «Pioniere in Ingolstadt» viel «Unanständiges» aus dem Text streichen musste, um Zensur und Verbot zu entgehen. Am 2.4.1929 schrieb die «Deutsche Zeitung», Berlin, dazu: «[...] das Militär wird euch eure literarischen Nacktspässe schon vertreiben [und] Politik machen, gleich welche [unterm Sowjetstern oder Hakenkreuz]. Anstelle der schmierigen Sexualmanöver werden andere Ma-

növer treten, [...] nur weiter so [...], das Konzert hat angefangen. Auf der Strasse wird es weitergehen. Bald kann die Treibjagd beginnen und die besten Schauspieler werden nichts nützen, um den Kulturbankerrott des Theaters und seine politische Ausrottung zu verhindern.»

Das reiche, skandalumwitterte Theaterleben erhielt weitere Farbe durch Oper, Operette, Kabarett und Revue. Die «Oper Unter den Linden» wetteiferte mit der «Städtischen Oper» in Charlottenburg, der «Komischen Oper» und der «Kroll-Oper». Hier wirkten Erich Kleiber, Bruno Walter, Otto Klemperer und Herbert von Karajan, hier inszenierte Gustaf Gründgens Mozart. Auch die leichte Muse feierte Triumphe. Franz Lehár, schon vor dem Ersten Weltkrieg unbestrittener König der Operette, erlangte ein unglaubliches Comeback. Die Brüder Rotter, Konzernherrn einer Reihe Berliner Theater, erfüllten die Sehnsüchte eines weltflüchtigen Publikums, indem sie Richard Tauber im Metropoltheater präsentierten. Zu einer «Tauber-Premiere» versammelte sich alles, was in Berlin Rang und Namen hatte. Demgegenüber entwickelten die Boulevardtheater am Kurfürstendamm eine neue Art Revue mit literarisch-künstlerischem Anspruch.

Die «Provinz»

In den zwanziger Jahren galt Deutschland als das reichste und beneidenswerteste Theater-Land der Welt. Mag das übertrieben sein, im Kern steckt etwas Wahres. Ohne die künstlerischen Leistungen der Provinz wäre der Glanz der Metropole Berlin undenkbar, aus der Provinz wechselten die bedeutendsten Kräfte nach Berlin und wurden, dort weltberühmte Stars. Jede der grossen Bühnen im Reich hatte ihre eigene Bedeutung. Die Premieren der meisten Opern von Richard Strauss fanden in Dresden statt. Das «Albert-Theater» in Dresden wurde neben dem deutschsprachigen Landestheater in Prag zum Ausgangspunkt des neuen expressionistischen Theaters, dem sich auch bald Frankfurt am Main, Darmstadt und Mannheim anschrieben.

Erich Ziegel eröffnete die «Hamburger Kammerspiele» mit Frank Wedekinds «Hidalla» und breitete in seinem Spielplan ein weites Spektrum zeitgenössischer Dramatik von Barlach, Bruckner, Jahn, Kaiser, Kornfeld und Toller aus. Aus Hamburg kamen nach Berlin die Regisseure Karl Heinz Martin und Erich Engel, die Schauspieler Fritz Kortner und Gustaf Gründgens.

Aus München kam der grosse Charakterspieler Albert Steinrück nach Berlin. Otto Falckenberg verschaffte den «Münchner Kammerspielen» ein vielbeachtetes hohes Niveau mit Aufführungen von Strindberg und Shake-

speare, setzte Georg Kaiser durch und brachte mit «Trommeln in der Nacht» 1922 Brecht auf die Bühne; bei ihm spielten Therese Giehse, Käthe Gold, Heidemarie Hatheyer, Ewald Balsler, Horst Caspar, Leonhard Steckel, O.E. Hasse.

Stuttgart wartete von 1920-1933 mit fünfzig Uraufführungen auf. Leipzig zeigte sich nicht nur mit Uraufführungen von Kfenek und Weill in der Oper avantgardistisch, der Regisseur Alwin Kronacher konfrontierte das Publikum 1923 im «Alten Theater» mit dem «fressenden, saufenden, hurenden, mordenden, schliesslich im Gebüsch verreckenden» «Baal» Bertolt Brechts, einer Inkarnation des Zynismus. Das Stück war als Parodie des «Einsamen, ein Menschenuntergang» von Hanns Johst gedacht, das Gustav Lindemann 1917 im «Düsseldorfer Schauspielhaus» inszeniert hatte. Er selbst hatte dieses Theater 1905 mit seiner Frau, der grossen Ibsen-Darstellerin Louise Dumont, gegründet und ihm eine «Hochschule für Bühnenkunst» angeschlossen, aus der u.a. auch Gründgens hervorging. Lindemann holte man als Regisseur zur letzten grossen und grossartigen Aufführung in der ersten deutschen Republik am 22. Januar 1933 an das «Staatliche Schauspielhaus Berlin»; er inszenierte an diesem Abend Goethes Faust II und zeigte, wie die Kritik vermerkt, wenige Tage vor der Machtergreifung Berlin noch einmal den reinen Stern der Kunst – und die «innerlich müdeste, zerrissenste, vom Tag gequälteste Zuschauerschaft [...] wird verjüngt vom Glanz dieses Werks». Es war ein bitterer Trost, dass sich damals Kritiker aus allen Lagern in der Zustimmung zu Lindemanns Leistung trafen.

Macht und Ohnmacht der Kritik

Kein anderer Zeitabschnitt der deutschen Geschichte kann mit einer so stattlichen Liste bedeutender Kritiker verschiedener Couleurs aufwarten. Die Rezensionen in den Feuilletons der Zeitungen aller Richtungen begleiteten das Theaterleben und versuchten ihrerseits Einfluss zu nehmen. Literarische Kämpfe wurden ausgetragen, wie z.B. um Werk und Bedeutung Bertolt Brechts zwischen Alfred Kerr («Der begabte Brecht ist ein schäumender Epigone [...] es geht nicht um Brechts Person, sondern um den komischen Missbrauch eines zusammenhanglosen Kleintalents [...] der nächste Herr, bitte.») und Herbert Ihering («Brechts genialische, szenische Ballade vom Baal [...] lieber kriecht man in Berlin in die modrigsten Manuskriptkisten, lieber läuft man den seichtesten Boulevardschlagern nach, als dass man an den Erfolg eines deutschen Dramatikers glaubt»).

Seit Theodor Fontane hatte die Kritik nach neuen Formen gesucht; in der «Weimarer Republik» wurde sie wie zu Lessings Zeiten selbst ein Stück Literatur, das unmittelbar den Geist der Zeit widerspiegelte. Ihre besten Vertreter blieben unbestechlich, erhielten von den Nazis Schreibverbot, viele wurden verjagt wie andere «Kulturschaffende» und starben im Exil. 1933 wurde Kritik abgeschafft und durch Kunstbetrachtung ersetzt, die Freiheit der Meinungsäusserung war dahin.

«Gleichschaltung»

Planmässig wurde nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten das gesamte Theaterwesen umfunktioniert; man wusste nur zu gut, welche Macht in der Meinungsbildung Theater darstellte. Entlassungen bzw. Zwangsbeurlaubungen von Nonkonformisten, Verfolgung vor allem von Juden und Sozialisten, und Neubesetzungen durch Parteimitglieder und andere, die die Gunst der Stunde erkannten und nutzten, machten die noch Aufrechten unsicher, verbreiteten Angst und förderten das Denunziantentum. Mit der Verabschiedung des vom Propagandaminister Dr. Goebbels vorgelegten «Reichskulturkammergesetz» wurden endgültig die Weichen gestellt und eine neue Künstler-Hierarchie zementiert. Zu den sieben untergeordneten Einzelkammern gehörte auch die «Reichstheaterkammer»; ihr wurden unterstellt: «Der Deutsche Bühnen-Verein», «Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger», «Vereinigung der künstlerischen Bühnenvorstände», «Vereinigung der Bühnenverleger», «Verband deutscher Bühnenschriftsteller» u.a. Jetzt waren alle Kräfte, die mit dem Zustandekommen eines Stückes zu tun hatten, an einer Leine, und es bedurfte List und Mut, aus der Reihe zu tanzen. Wie die «Erneuerung des deutschen Theaters» aussehen sollte, umriss Hanns Johst, der vom einst wehleidigen Bühnenautor nun zum Präsidenten der «Reichsschrifttumskammer» und SS-Gruppenführer aufgestiegen war: «Wir sind ausschlaggebend bei der ausländischen Beurteilung dessen, was Adolf Hitler geistig, seelisch, dichterisch, dramatisch will und ist.» Mit «gesammelten Kräften aller Bühnenbeteiligten soll ein neues Gelände erstürmt und erobert werden», das Theater soll «die nationalsozialistische Gedankenwelt [...] das nationalsozialistische Sittengesetz» zur Darstellung bringen. Im Bühnenbetrieb aber sollte der Führergedanke gelten, keine Abstimmung stattfinden, nur der Intendant entscheiden. Weder Zwang noch Propaganda konnten aber Reste freiheitlicher Regung im Theater ersticken: Minister Goebbels musste in seiner Loge erleben, wie das Publikum die Forderung Marquis

Posas an König Philipp in Schillers «Don Carlos»: «Geben Sie Gedankenfreiheit!» demonstrativ mit einem Beifallssturm begleitete. Das Stück durfte dennoch weitergegeben werden, während «Wilhelm Teil» als Schullektüre verboten wurde. Hanns Johst brillierte als Primus der NS-Bühnenautoren. Sein «Thomas Paine» (1927) war das in der NS-Zeit am meisten gespielte Stück, «Schlageter» wurde an Hitlers erstem Jahrestag als Reichskanzler im Staatlichen Schauspielhaus Berlin gegeben; Emmy Sonnemann, spätere Frau Göring, gab bei dieser Gelegenheit ihr Debüt auf der Bühne. Deutsches Theater in republikanischer Freiheit aber fand sein Asyl bis zum Ende der Naziherrschaft am «Zürcher Schauspielhaus».

„Märchenland“ Film in den zwanziger Jahren

Die Zeiten waren längst vorbei, da Theaterdirektoren ihren Schauspielern verboten, Filmrollen zu übernehmen. Aus dem Ulk vom Rummelplatz hatte sich ein neuer Kunstzweig entwickelt, dessen Anfänge in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückreichen, als Henny Porten und Asta Nielsen die neuen Ausdrucksmöglichkeiten im Spiel vor der Kamera erkannten und – ihrer Zeit weit voraus – verwirklichten. Aufsehen erregten 1913 die schauspielerischen Leistungen Albert Bassermanns in «Der Andere» und Paul Wegeners in «Der Student von Prag», aber auch die Thematik selbst liess aufhorchen. In beiden Filmen geht es um die Auseinandersetzung mit dem eigenen Ich, um Angst, um Flucht in eine Traumwelt. Das Publikum war von der Aussagekraft des neuen Mediums überrascht.

Paul Wegener (*1874, † 1948) engagierte sich in Wort und Schrift für die neue Kunst. Ihn liess die Gestalt des «Golems» von Prag nicht los, eines magisch-märchenhaften Wesens aus Lehm, das er in zwei Filmen 1914 und 1920 verkörperte. Er liess das Unheimliche auch in seiner Regie spüren, indem er den Zauber der Silhouetten Prags beschwor.

Weltberühmt machte den deutschen Stummfilm «Das Kabinett des Dr. Caligari» (1919/1920), dessen Idee nach der Aussage der Drehbuchautoren ins Gegenteil verkehrt worden sei. Man habe in Dr. Caligari die Omnipotenz der «Staatsgewalt anprangern wollen, die durch Militärdienstplicht und Kriegserklärungen über Leben und Tod der Untertanen verfügt», doch die Regie habe durch eine Rahmenhandlung diesen Kern als Ausgeburt eines Wahnsinnigen verharmlost. Gleichviel: Der Film kam – in Darstellung und Ausstattung ein expressionistisches Meisterwerk – wie kein anderer zuvor beim Publikum an. Er bestimmte auch die weitere Entwick-

lung des deutschen Stummfilms, der sich immer mehr in phantastische Traumwelten seelischer Problematik vertiefte. Auch in Kameraführung und Montagetechnik galt «Dr. Caligari» als bleibendes Muster. Nach Motiven des Romans «Dracula» von Bram Stoker drehte Friedrich Wilhelm Murnau (*1889, † 1931), einer der eigenwilligsten und erfolgreichsten Regisseure dieser Jahre, 1921 «Nosferatu – eine Symphonie des Grauens», das Vorbild aller künftigen Horrorfilme. Murnau kam vom Theater Max Reinhardts, was seine Kunst, Atmosphäre zu schaffen, erklärt. Ihn hielt es nicht im Filmatelier, seine Kamera fing Schönheit und Unheimlichkeit der Natur unmittelbar ein, die nicht als Kulisse diente, sondern Ahnungen und Bedrohungen optisch verdichtete. Der Mensch als Opfer, gesichtslos in der Masse, ausgeliefert dem Schicksal, ist das Hauptthema der Filme Fritz Langs (« 1890, † 1976), der mit «Der müde Tod» 1921 in einer technisch und künstlerisch grossartigen Filmsprache in eine bunte Märchenwelt führt, die sich durch ornamentalen Stil und architektonische Strukturen auszeichnet und durch neuartige Lichteffekte beeindruckt. Lang emigrierte 1933 in die USA, obwohl ihm Goebbels die Leitung der künftigen «Reichsfilmkammer» angeboten hatte. Im «Dritten Reich» wurde von Langs «Die Nibelungen» aus den Jahren 1923/1924 Teil I (Siegfrieds Tod) in einer Tonfassung von 1933 vorgeführt, Teil II (Kriemhilds Rache) blieb unter Verschluss, da er offensichtlich zu chaotisch, d.h. «entartet» war, während die schönen, monumentalen Bilder von Teil I in den gewünschten Propagandarahmen deutscher Art und Kunst passten. Zweitilig legte Lang auch seinen melodramatischen «Dokumentarfilm» «Dr. Mabuse, der Spieler» an: «I – Der grosse Spieler, ein Bild unserer Zeit»; «II – Inferno, ein Spiel vom Menschen unserer Zeit»; Dokument insofern, als die Situation der aus den Fugen geratenen Nachkriegsjahre, «die scheinbare Allmacht des Bösen [...] eine zusammengetrampelte Menschheit» wohl nicht als Tagesschau, aber eindrucksvoll in strenger künstlerischer Form dargestellt wird. Zehn Jahre später – 1932 – drehte Lang einen dritten Teil als Tonfilm «Das Testament des Dr. Mabuse», in dem er nach eigenen Worten vor dem Terror der drohenden Nazidiktatur warnen wollte; die Uraufführung im März 1933 wurde von Goebbels abgesagt.

Die Welt der Kleinbürger in den Kammerspielfilmen

Der Drehbuchautor des «Dr. Caligari», Carl Mayer, entdeckte für den deutschen Stummfilm die einfachen Leute. Die neuen Filmtitel geben die



Gegen Militarismus und Kriegsverherrlichung. Wie der desillusionierende Roman «Im Westen nichts Neues» (1929) von E.M. Remarque, erschütterte auch der gleichnamige Film mit seinen anklagenden Passagen die ganze Welt.

Richtung des Themas an: «Hintertreppe», «Scherben», «Sylvester», «Der letzte Mann».

Dargestellt wird in diesen sozialkritischen Filmen die Last des armseligen Lebens im Spiegel der Seele der Verängstigten. Expressionistische Studien enthalten sozialkritische Akzente; bedrückend die engen Stuben, die öden Hinterhöfe; beklemmend die Gegensätze, Verwicklungen, Auseinandersetzungen. Im Silvestertrubel geht der Tod des Einzelnen unter – man tanzt, anstatt zu hören und zu sehen. Das Dienstmädchen, von ihrem Geliebten betrogen, begeht Selbstmord, der Bahnwärter erwürgt den Verführer seiner Tochter und stellt sich dem Gericht, allein der «letzte Mann» hat Glück, nachdem auch er völlig verzweifelt gewesen war. «Scherben» kommt fast ohne Zwischentitel aus; der Regisseur Lupu Pick lässt allein das Bild wirken, wobei er das Verständnis durch Symbole (Titel!) erleichtert und die Handlung zum Typischen hin vereinfacht.

Beachtlich für die damalige Zeit war vor allem auch die Kameraführung bei den Aussenaufnahmen im Riesengebirge.

Bestandsaufnahme und zielgerichtete, soziale Zeitkritik

Der aus Raudnitz in Böhmen stammende Georg Wilhelm Pabst (*1885, † 1967) arbeitete bis 1921 am Theater. 1925 errang er mit dem Stummfilm «Die freudlose Gasse» sofort internationales Ansehen. In der Meinung, das Leben sei romantisch und grausig genug, steuerte er auf einen psychologisch gefärbten Realismus zu. Symbole und Lichtreflexe werden nur eingesetzt, wenn es die Spielsituation erfordert, sind aber nicht mehr bestimmende Elemente. In der «Freudlosen Gasse» gelingt ihm eine Bestandsaufnahme Wiens der Nachkriegsjahre, für die er mit Asta Nielsen, Greta Garbo und Werner Krauss eine Starbesetzung gewann.

Misslungen dagegen ist der Versuch Fritz Langs, Probleme und Gefahren einer künftigen Arbeitswelt – Entfremdung durch Automation – überzeugend darzustellen. Sein «Metropolis» (1926) bleibt in der Machart dem romantischen Gruselfilm verhaftet, das Happy-End schlägt der Wirklichkeit ins Gesicht. Mit politischem Engagement wird dagegen die Arbeitswelt in der deutsch-russischen Coproduktion «Überflüssige Menschen» oder «Unser täglich Brot / Hunger in Waldenburg» dargestellt. In diesem Film hindert die Solidarität der Arbeitskameraden den Arbeitslosen daran, in die Verbrecherwelt abzuleiten.

Versuche der Parteien am Ende der zwanziger Jahre, durch «proletarische Filme», die aktuelle Probleme ansprachen, die Bürger wachzurütteln, hatten keinen Erfolg. Ein weites Echo fanden aber zwei Filme, die tendenziös schlicht, ohne klassenkämpferische Parolen die soziale Problematik widerspiegelten: «Mutter Krausens Fahrt ins Glück» (Regie: Piel Jutzi) und «So ist das Leben» (Takovy je iivot), eine deutsch-tschechische Produktion (Regie: Carl Junghans).

Von konsequentem Realismus war die in eine Spielhandlung verpackte Dokumentation «Menschen am Sonntag»; Regisseur Robert Siodmak zeigte Berliner Grossstadtmenschen auf der Flucht vor dem Alltag, aber ohne Hoffnung, dabei innere Freiheit gewinnen zu können – es war einer der letzten grossen Stummfilme, in dem Gesten und Reaktionen Worte überflüssig machten.

Tonfilm – ein «denaturiertes Monstrum»?

Die Gefahren der neuen Erfindung waren beträchtlich. Die unhandliche Tonkamera zwang, die Aufnahmen zumeist wieder in die Studios zu verlegen, optische – also filmische Lösungen – wurden zugunsten oft unnüt-



Ein Star wird geboren. «Der blaue Engel» (1930), bis heute unvergessener Film, unter der Regie von Josef von Sternberg nach dem Roman von Heinrich Mann gedreht, machte Marlene Dietrich international bekannt.

zen Geredes vernachlässigt, wirtschaftliche Schwierigkeiten traten hinzu. Wachsende Erfahrung liess aber auch die Vorteile erkennen: Alltagssprache verstärkte Wirklichkeitsnähe, Dialoge konzentrierten den Handlungsstrang, Musik und Geräusche wurden motivisch eingesetzt.

Wegen der Wirtschaftskrise seit Ende der zwanziger Jahre kam der Tonfilm in Deutschland nicht so recht voran. Was lag näher, als das Publikum mit Unterhaltung anzulocken? Am Ende des Jahrzehnts aber geriet der Film wie das Theater in eine Krise; eine Flut seichter Unterhaltung überschwemmte die Häuser. Ein vom Parteienstreit ausgelaugtes Publikum hatte es satt, auch noch im Kino mit Problemen belastet zu werden, und emigrierte wenigstens für eine Stunde in die Dunkelheit des Traumreichs, wollte seine «Klamotte» und liess sich von «Schnulzen» rühren. Der Schlagersingsang der neuen Tonfilme tat sein Übriges dazu. Einen legendären Publikumserfolg, der wirtschaftliche Not und Probleme der Arbeitslosigkeit verwischt, feierte die Tonfilm-Operette «Die Drei von der Tank-

stelle» 1930; Deutschlands grosses Film-Liebespaar Lilian Harvey/Willy Fritsch blieb seither wie auch Heinz Rühmann unvergessen, und die Schlager Werner Richard Heymanns «Liebling, mein Herz lässt dich grüssen» oder «Ein Freund, ein guter Freund» wurden nahezu Volksliedgut. Ein Welterfolg wurde 1931 auch «Der Kongress tanzt» mit gleichem Liebespaar und Komponisten («Das gibt's nur einmal»); man drehte sofort eine englische und französische Fassung. Eric Charell, bekannt durch seine Revuen, bewies sein choreographisches Talent im Arrangement von Massenszenen auch im Film.

Der Tonfilm bemächtigte sich auch gleich der «Dreigroschenoper» Bertold Brechts, die seit 1928 ihren Siegeszug über die Bühnen angetreten hatte. Brecht und sein Komponist Kurt Weill gingen vor Gericht wegen «Verfälschung» ihres Werkes, hatten aber keinen Erfolg. Die Regie G.W. Pabsts setzte die possenhaften Momente der Satire geschickt ins Filmische um, minderte allerdings die Aggressivität der Vorlage.

Dem deutschen Tonfilm war nur eine kurze Frist freier künstlerischer Entwicklung gegönnt. Die Schauspielerelite, an der Spitze Emil Jannings, Werner Krauss, Heinrich George, Elisabeth Bergner, Paula Wessely, verhalten ihm zu hohem Niveau. Besondere Erwähnung verdienen das Kabinettstück des Regisseurs Josef von Sternberg «Der blaue Engel» (1930) mit Emil Jannings und Marlene Dietrich in den Hauptrollen, «Kameradschaft» (1931), eine fast dokumentarische Darstellung einer Bergwerkskatastrophe unter Regie von G.W. Pabst, «einer der ganz wenigen deutschen Filme, in denen die Arbeiter und ihre Welt treffend geschildert werden» und «Mädchen in Uniform» (1931), ein Film, der Einblick in die spannungsgeladene Atmosphäre eines Mädchenpensionats gewährt.

Die Situation nach der Machtübernahme Hitlers

Lang ist die Liste der Emigranten und Verbannten. Mit den Zurückbleibenden wusste Goebbels geschickt umzugehen, um das Ansehen des deutschen Films im Ausland nicht in Misskredit zu bringen. Man gab Regisseuren, Schauspielern und Kameraleuten hinreichend Gelegenheit, ihre Kunst zu zeigen, doch im Hintergrund regierte eisern die Filmprüfstelle. Nach dem Lichtspielgesetz vom 16. Februar 1934 waren Filme verboten, die «der nationalsozialistischen Gefühlswelt des deutschen Volkes widersprechen»: Gleichschaltung! «Der gesinnungsmässig vollzogene Umbruch des deutschen Volkes und seine daraus sich ergebende charakterliche, seelische und weltanschauliche Haltung gegen Angriffe [war] zu



Kultur in Braunhemd und Schafstiefeln. «Gleichschaltung» und Uniformierung entsprechen der geistigen Nivellierung der NS-Zeit. – Staatskommissar Hinkel während der «Fahnenweihe des deutschen Bühnenclubs».

schützen». Alle vor 1933 gedrehten Filme wurden einer Nachzensur unterworfen; die Aufführung von Filmen, an denen Juden mitgewirkt hatten, wurde verboten.

Als man merkte, dass die Geschichte des Kampfs um die Macht («Hitlerjunge Quex», «SA-Mann Brand») die Kinokassen nicht füllte, wurde NS-Propaganda raffiniert in Problem- und Unterhaltungsfilm eingeschleust, wobei man vor Verfälschung literarischer Textvorlagen nicht zurückscheute. Einige wenige Filme blieben ungeschoren, sie galten als Aushängeschild für die «Liberalität» des Regimes, zum andern setzte man reines Amüsement zur Ablenkung vom politischen Alltag gezielt ein. Regisseure, die sich dem System willig zur Verfügung stellten und die NS-Ideologie verherrlichten, zeigten gelegentlich der Welt, dass der deutsche Film seinen künstlerischen Rang bewahrt hatte, so z.B. Carl Froelich im «Traumulus» (1935) oder Gustav Ucicky in «Der zerbrochene Krug» (1937). Penetrant wurde dagegen das Führerideal in Ucickys «Flüchtlinge» (1933), Curt Oertels «Schimmelreiter» (1937), Veit Harlans «Der

Herrscher» (1937) propagiert, in Verfilmungen von Texten Selma Lagerlöfs, Henrik Ibsens, Knut Hamsuns quoll Blut-Boden-Mystik auf. Luis Trenker, der Bezwingender Berge («Berge in Flammen», «Der Rebell» 1931/32), symbolisierte im «Kaiser von Kalifornien» (1936) Deutschlands Isolation in der «hasserfüllten» Welt und feierte faschistisches Gedankengut in «Condottieri» (1937). Ein beliebtes Thema war Friedrich der Grosse als Spiegelbild des Führers; Otto Gebühr hatte sich schon seit den zwanziger Jahren in diese Rolle eingelebt.

Für Deutschland leben und sterben

Schon im Ersten Weltkrieg erkannte man die propagandistischen Möglichkeiten des Films. Auf Betreiben General Ludendorffs schlossen sich die deutschen Filmproduzenten 1917 zur «Universum-Film-Aktiengesellschaft» (UFA) zusammen; in den zwanziger Jahren finanzierte das Reichswehrministerium heimlich eine neue Gesellschaft «Phoebus», bis der Skandal offenbar wurde. Die UFA aber ging in die Hände des Deutschennationalen Hugenberg über, der über die Presse im Reich herrschte. Dennoch hielt sich bis 1933 die Verherrlichung des Kriegs in Grenzen. Noch 1930 stellte G.W. Pabst in «Westfront 1918 – Vier von der Infanterie» den Wahnsinn der Materialschlachten bloss. Eindringlicher als die Spielfilme wirkten die Wochenschauen, die bis zum bitteren Ende des Zweiten Weltkriegs auf Sieg zugeschnitten waren. Schon in den dreissiger Jahren liess sich das Regime feiern in Leni Riefenstahls filmischen Meisterwerken von der Olympiade 1936 «Fest der Völker» und «Fest der Schönheit» und in den Verfilmungen der Reichsparteitage in Nürnberg, vor allem «Triumph des Willens», für den die Regisseurin den Nationalen Filmpreis 1934/35 erhielt.

Auch in diesen unseligen dreissiger Jahren blieb das Kino, was es für die Masse des Publikums schon früher gewesen war: Kintopp.

Literatur

- Kracauer, Siegfried: Von Caligari bis Hitler. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Films, Hamburg 1958
 Krusche, Dieter/Labenski, Jürgen: Reclams Filmführer, Stuttgart 1973
 Rühle, Günther: Theater für die Republik. 1917-1933. Im Spiegel der Kritik, Frankfurt a.M. 1967
 Wulf, Joseph: Theater und Film im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Gütersloh 1964

HANSWERNFRIED MUTH

Der Weg in die Moderne – Kunst zwischen zwei Kriegen

Grundzüge der Kunst im 20. Jahrhundert – Abstraktion und Realität –
Grundlagen einer neuen Architekturauffassung – Der deutsche
Expressionismus – Die «Brücke» – Der «Blaue Reiter» –
«Sachlichkeit» und «Neorealismus» – Max Beckmann, Carl
Hofer, Oskar Kokoschka – Neues Bauen: Architektur im
20. Jahrhundert – Kunst während der Diktatur.

Der stilistische Ablauf der Kunst im 20. Jahrhundert entspricht der Geschichte jener Formensprache, deren Wandlungen wir in ihrer Vielheit unmittelbar miterleben. Aus dieser zeitlichen Nähe betrachtend vermögen wir nur schwer eine künstlerische Einheit, den «Stil» dieser unserer Zeit, zu erkennen. Wir können dieses Wort kaum mehr im gleichen Sinn verstehen wie bei der Betrachtung historischer Epochen. Doch bedenken wir: Eine lebende Sprache ist offen, sie wandelt sich; so war es zu allen Zeiten. Nur – aus dem grösseren zeitlichen Abstand erkennen wir das Verbindende deutlicher; so erscheinen uns vergangene Kunstepochen einheitlicher. Zudem ist die Kunstsprache des 20. Jahrhunderts in ganz besonderem Masse ein nach vielen Seiten offenes System. Wir können deshalb nur einzelne Tendenzen dieser Entwicklung erkennen, während sich die vielfältigen Einflüsse in der Realität des Kunstgeschehens ständig überkreuzen und durchdringen.

Die Umwälzungen, die der Erste Weltkrieg für das politische und gesellschaftliche Leben in Deutschland bedeutete, berührten die innere Entwicklung der Kunst nur am Rande. Diese hatte ihre Umwertungen lange zuvor getroffen. Wir sahen bei der Betrachtung der Kunst des späten 19. Jahrhunderts (siehe Band 10), dass bereits damals grundlegende Wandlungen, eine Abkehr von alten Formidealen vollzogen wurde. Die bildende Kunst insbesondere hatte sich damals von Gedanken und Vorstellungen gelöst, die seit dem «Beginn der Neuzeit», seit der Renaissance, bestimmend für die abendländische Kunst waren. Der «Impressionismus» hatte zur flächenhaften Bildkonstruktion geführt, der «Expressionismus» neue Möglichkeiten des gesteigerten Ausdrucks erschlossen, der «Jugendstil» eine Kunst der Fläche und reinen Linie vorbereitet. Auf diesen Grundlagen entwickelte sich die Kunst im 20. Jahrhundert weiter.

Selbstverständlich finden sich die einzelnen künstlerischen Aussagen – wie bereits im späten 19. Jahrhundert – in allen europäischen Ländern. Die Verflechtung ist ganz eng; dichter als in allen früheren Epochen. Aber bei aller Ähnlichkeit treten doch die nationalen Komponenten kräftig hervor.

Tendenzen der bildenden Kunst Abstraktion und Realität

In einem ersten stürmischen Anlauf hatte die Kunst im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die extremen Positionen der Entwicklung markiert. Obwohl bedeutende Bildhauer auch in Deutschland tätig waren – man denke an Wilhelm Lehmbruck, an Ernst Barlach, wenig später an Käthe Kollwitz oder Emy Roeder –, deutlicher spricht sich die Entwicklung in Deutschland in der Malerei aus: 1905 Beginn der expressionistischen Malerei in Deutschland – 1911 Gründung der Gruppe «Der Blaue Reiter» in München; 1910 schuf deren Mitglied Wassily Kandinsky (*1866, †1944) die ersten gegenstandslosen Gemälde. Seitdem waren sich zwei Tendenzen gegenübergestellt: «Die grosse Abstraktion» und die «grosse Realität» (Kandinsky). In dieser Polarität entwickelt sich die Kunst des 20. Jahrhunderts. Hatte sich im zweiten Jahrzehnt die Malerei weitgehend dem Bereich des Abstrakten zugewendet, so steht der Beginn des dritten Jahrzehnts ganz betont unter dem Zeichen einer neuen Hinwendung zur Natur. Auch als Ganzes steht in den beiden Jahrzehnten zwischen den Kriegen die Beschäftigung mit einer neuen Wirklichkeitsinterpretation im Vordergrund. Die Entwicklung der abstrakten Malerei läuft in einer verschwiegeneren Schicht ab.

Grundlagen einer neuen Architekturauffassung

Der Baukunst stellten sich schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vermehrt Probleme, die durch neue Aufgaben – Fabriken, Bahnhöfe, Siedlungen, Wohnblocks – und durch neue Baumaterialien – Stahl, Beton, Glas – veranlasst sind. Die Architektur kann fortan ohne den Techniker, den Statiker, den Ingenieur nicht mehr auskommen. Aus dieser Zusammenarbeit ergeben sich auch die Grundlinien, die für die Architektur fortan verbindlich sind: Funktionsgerechtigkeit und Materialgerechtigkeit verlangen nach klaren, grosszügigen Formen. In der Folge verzichtet man – vielerorts freilich nur gegen grosse Widerstände – allmählich auf die

Porträt



ERNST BARLACH

Ernst Barlach, geboren am 2. Januar 1870 in Wedel in Holstein, studierte 1888 bis 1895 an der Kunstgewerbeschule in Hamburg und an der Akademie in Dresden. Anschliessend war er in Hamburg, Berlin, Wedel und Güstrow tätig. In der ersten Zeit seines Schaffens sind vor allem keramische Arbeiten entstanden. Seine aufwühlenden Gesichter suchte Barlach in dramatischen Versuchen zu bannen. Eine zwei-monatige Reise durch Russland 1906 wird zum wichtigen Wendepunkt für sein künstlerisches Wollen. Nicht, dass er dort Vorbilder für seine Arbeiten fand, aber «die unerhörte Erkenntnis ging mir auf die lautete: Du darfst alles Deinige, das Äusserste, das Innerste, Gebärde der Frömmigkeit und Ungebärde der Wut ohne Scheu wagen, denn für alles [. . .] gibt es einen Ausdruck». Von nun an versuchte der Bildhauer und Zeichner Barlach die Elementarform einer Figur zu finden, die Abstraktion um des Ausdrucks willen. Das Volumen der Gestalten verdichtet sich und gibt den Figuren eine erdverhaftete Schwere. Dem Kunstwerk wird eine Ausdrucksformel auferlegt, die dessen Formäusserung umdeutet in eine Aussage, die eher dem literarischen Bereich angehört.

Beispielhaft für Barlachs Kunst ist das 1927 für den Güstrower Dom geschaffene Gefallenenehrenmal, das nach der Entfernung durch die Nationalsozialisten jetzt in einem Zweitguss in der Antoniter-Kirche zu Köln wieder einen würdigen Platz gefunden hat. Die blockhaft geschlossene Form des schwebenden Engels ist auf das Allgemeinste der menschlichen Gestalt vereinfacht. Das Plastische als Volumen ist stark, die Bewegung gering, aber von umso grösserer Eindringlichkeit. Der Ausdruck ist auf den Kopf konzentriert. In ähnlicher Weise verdeutlichen alle Werke Barlachs in einer fast maskenhaften Versenkung nicht sinnhaftes Sehen, sondern inneres Schauen. Auch Barlach traf 1937 die Verdammung durch die Nationalsozialisten; seine Werke wurden aus den öffentlichen Sammlungen entfernt, seine Denkmale zerstört. Am 24. Oktober 1938 ist Barlach in Rostock gestorben. (HM.)

Nachahmung und Anlehnung an historische Baustile. Die Integration von Eisen und Stahl zählte zu den ungelösten Aufgaben, die das 19. dem 20. Jahrhundert weitergereicht hatte. Eine Lösung der Probleme wurde allgemein erst mit den grossen städtebaulichen Aufgaben in den Jahren zwischen 1910 und 1930 angegangen. Aus solchen Anfängen entwickelte sich der «Internationale Stil», der durch einfache kubische Hauptformen, weite Fensterfronten, durch Vorliebe für weissen Putz oder metallische Fassaden, durch das Fehlen von Ornamenten und Profilierung und insbesondere durch das Streben nach klaren Proportionen gekennzeichnet ist. Dieser Stil wirkte weit in die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts fort.

Der deutsche Expressionismus in Malerei und Graphik

«Expressionismus» – das bedeutete schon bald nach 1910 Schrei und Gefühlsausbruch, war für viele der spezifisch deutsche Beitrag zur modernen Kunst. Die neue Sehweise, die seit 1905 die europäische Malerei – ebenso Graphik und Plastik – wesentlich mitbestimmt, suchte – anders als der Impressionismus – nicht die Schönheit des Augeneindrucks, sondern die *Stärke des Ausdrucks*. Der expressionistische Künstler sucht nach dem tieferen Sinn, der *hinterer* äusseren Erscheinung liegt. Er will statt des Natureindrucks den Wesensausdruck, statt des Abbilds das Sinnbild wiedergeben. Diesem Ziel opfert er die natürliche Farbigekeit, den Raum und auch die «schöne» äussere Form. Er gewinnt dadurch eine Steigerung der inhaltlichen Mitteilung.

Der Beginn der expressionistischen Malerei in Deutschland liegt um die Mitte des ersten Jahrzehnts. 1905 gründen in Dresden die Architekturstudenten Ernst Ludwig Kirchner (*1880, † 1938), Karl Schmidt-Rottluff (*1884, † 1976) und Erich Heckel (*1883, † 1970) die Künstlergemeinschaft «Brücke»; 1906 kommt Max Pechstein (*1881, † 1955) dazu. 1905 setzt das reife Werk der Malerin Paula Modersohn-Becker (*1876, † 1907) ein. 1905 finden Christian Rohlf (*1849, † 1938) und Emil Nolde (*1867, † 1956) «in den Kern eines neuen Ausdruckslyrismus» (so der Kunsthistoriker Werner Haftmann). Der frühexpressionistischen Formvereinfachung folgt um 1910 bei den gleichen Künstlern eine Phase der Formzusammenfassung, wenige Jahre später eine starke Differenzierung. Der Höhepunkt des «Expressionismus» ist mit dem Beginn der zwanziger Jahre überschritten. Der Kunsthistoriker Carl Georg Heise schreibt 1925: «Der Expressionismus ist eine Mode geworden.» Die Wegbereiter der frü-

Porträt



KÄTHE KOLLWITZ

Käthe Kollwitz, die als Bildhauerin und vor allem durch ihre Graphik wirkte, wurde am 8. Juli 1867 in Königsberg geboren. Ihr Vater hatte nach dem Referendarexamen aus Gewissensgründen nicht Richter werden wollen; er erlernte deshalb das Maurerhandwerk. Daneben war er Redner der Freireligiösen Gemeinde in Königsberg. Auch der Grossvater mütterlicherseits hatte eine gute Pfarrstelle aufgegeben und war ebenfalls Freireligiöser Prediger geworden. So wuchs das Mädchen in einer Umgebung auf, der soziales Empfinden und Religion ein ernstes, tiefes Erleben war.

1884/85 wurde Käthe Kollwitz Schülerin bei dem Graphiker K. Stauffer-Bern in Berlin; in den folgenden Jahren studierte sie in Königsberg und München. 1891 siedelte sie nach Berlin über, wo sie bis zur ihrer Evakuierung 1943 nach Nordhausen in einem Mietshaus eines Armenviertels wohnte. Studienreisen führten sie nach Paris und Florenz. Mit plastischen Arbeiten, die stark vom Expressionismus geprägt sind, begann sie 1910. 1919 wurde sie an die preussische Akademie der Künste berufen. Wenige Jahre vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten besuchte sie 1927 die UdSSR. 1933 trat sie aus der «Akademie der Künste» aus, um dem Ausschluss durch die Nationalsozialisten zuvorzukommen, die ihr 1936 als «entarteter Künstlerin» alle Ausstellungen untersagten. Kurz vor Kriegsende musste Käthe Kollwitz von Nordhausen nach Moritzburg gehen; dort starb sie verarmt und verlassen am 22. April 1945.

Käthe Kollwitz war eine Künstlerin, die sich der expressionistischen Mittel bediente, um die Not einsamer und armer Menschen darzustellen. Dies geschah nicht aus künstlerischen Erwägungen, sondern in der Absicht, mit dieser ihrer Kunst den Schwachen zu helfen und auch Anklägerin zu sein. Obgleich sie nie die ützende Schärfe eines George Grosz einsetzte, war ihren Bildern eine tiefere Betroffenheit im menschlichen Bereich gegeben. (H. M.)

Begriffe

Expressionismus (lat. *expressio* = Ausdruck). Vor allem deutsche Stilrichtung in Literatur und bildender Kunst, die statt Wirklichkeitsdarstellung inneres Erleben auszudrücken und zu steigern versucht.

/mpressionismus (lat. *impressio* = Eindruck, Empfindung). Kunstrichtung, die den Eindruck, den die tatsächliche Umwelt subjektiv bei einem Künstler erzeugt, wiedergeben will. Im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts entstanden.

Realien (lat. *res* = Sache). Sachfächer, Sachkenntnisse, Sachgebiete. *Realismus* (*īat. res* = Sache). Stilrichtung der Kunst, die eine wirklichkeitsgetreue Darstellung anstrebt, aber mit dieser Darstellung zugleich besondere Merkmale hervorheben kann. In der Literatur ursprünglich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts angesiedelt.

Sachlichkeit. Realistische Darstellungsform in Literatur und bildender Kunst («Neue Sachlichkeit»). Um 1920 als Antwort auf die Übersteigerungen des Expressionismus entstanden. Strenge, konturierende, sachliche Darstellungsformen.

Verismus (*ita*), *verismo* = Wahrhaftigkeit). Siehe oben «Neue Sachlichkeit».

hen Zeit kommen nun zu einer ausdrucks-gesättigten Beruhigung der expressionistischen Sprachmittel und nähern sich, wie vor allem Ernst Ludwig Kirchner, der Abstraktion. (Abbildungen siehe auch Band 10.)

Der «Blaue Reiter»

Die Kunst des «Blauen Reiters» ist die Frucht einer deutsch-russischen Künstlerbegegnung auf bayerischem Boden. In München treffen in den Jahren gegen 1900 zusammen: die russischen Kunststudenten Alexej von Jawlensky (*1864, † 1941), Wassily Kandinsky (*1866, † 1944) und Marianne Werefkin (*1860, † 1938), der Schweizer Paul Klee (*1879, † 1940), die deutschen Maler Franz Marc (*1880, † 1916), Gabriele Münter (*1877, † 1962) und August Macke (*1887, † 1914). 1911 gründen sie die Gruppe «Der Blaue Reiter». Ein ausgeprägter transzendentaler Idealismus führt die Künstler dazu, die Gegenständlichkeit unserer Umweltwahrnehmung in ihrer Malerei hinter der Darstellung von Farbe und Form als Träger geistiger und seelischer Empfindungsinhalte zurücktreten zu lassen. Zudem treten die Künstler in Verbindung mit dem französischen «Kubis-

mus». Dessen Vertreter betrachteten das Bild als reine Fläche und versuchten konsequent, den dargestellten Gegenstand in die beiden Dimensionen der Fläche zurückzuführen. Das bedeutet: Die Wirklichkeit wird abstrahiert, das Sichtbare wird nicht mehr beschrieben, sondern in seine Bauelemente zerlegt. Folgerichtig gelangte Kandinsky zu seinen ersten gegenstandslosen, «abstrakten» Bildern, die bald nach 1910 entstanden.

Der Erste Weltkrieg setzte dem Bestehen der Gruppe ein Ende. Macke fiel bereits in den ersten Kriegswochen in Frankreich, Marc 1916 vor Verdun. Kandinsky kehrte nach Russland zurück, Gabriele Münter ging in die Schweiz, Paul Klee wurde zum Kriegsdienst einberufen.

Der «Neorealismus» in Deutschland

Bald nach 1918 begannen die Angriffe auf den deutschen «Expressionismus». Die Generation, die Krieg und Revolution geformt hatten, war bis zum Zynismus realistisch und von einer oft bitteren Härte des Blicks. Das neue, gegen den «Expressionismus» gerichtete Schlagwort hiess «Sachlichkeit». Der Begriff bezeichnet einen vielgestaltigen Aspekt der Malerei der zwanziger Jahre. Da sind einmal jene Bilder, von denen der Kunsthistoriker Gustav Hartlaub 1922 schrieb, sie «seien konservativ bis zum Klassizismus». Die Sehnsucht nach einer heilen Welt dokumentiert sich in den Bildern eines Alexander Kanoldt (*1881, † 1939) und Georg Schrimpf (*1889, † 1938) und in den Rückgriffen verschiedener Maler auf altdeutsche Malerei. Zur «Neuen Sachlichkeit» gehört ebenso das fast fotografische Konstatieren eines Carl Grossberg (*1894, † 1940), die durchaus nicht idyllische Malerei eines Christian Schad (*1894, † 1982). Der Eindruck der «gefrorenen Wirklichkeit» entsteht durch den Verzicht auf das Atmosphärische und durch die Kombination von normaler Augendistanz zum Bildganzen und mikroskopischer Nahnacht beim dargestellten einzelnen Bildgegenstand.

Von diesem mehr romantisch gestimmten, dinglichen Realismus unterscheidet sich scharf der radikale und sozial-kritische Verismus von George Grosz (*1893, † 1959) und von Otto Dix (*1891, † 1969).

Max Beckmann, Carl Hofer, Oskar Kokoschka

In dem allgemeinen neuen Abtasten der Wirklichkeit, das in der Malerei der zwanziger Jahre deutlich wird, finden drei Maler ausgehend von sehr verschiedenen Positionen eine sehr persönliche, individuelle Deutung der



Mitgefühl mit den Leidenden, Anklage gegen Krieg, Gewalt und Hunger. Wie kaum ein anderer Künstler brachte Käthe Kollwitz ihr Mitleiden mit den Armen, Abhängigen, Unterdrückten, mit dem Leben des Proletariats zum Ausdruck. Linie und expressives Schwarzweiss der Graphiken, Strenge und Eindringlichkeit der Plastiken erschüttern den Betrachter.



Wirklichkeit: Max Beckmann (*1884, † 1950), Karl Hofer *1878, † 1955) und Oskar Kokoschka (*1886, † 1980).

Beckmann suchte anfänglich seine Erlebnisse in einer expressionistischen Formensprache auszudrücken. Gegen 1917 neigte er zu einem kargen, harten, kritischen Verismus. Doch Beckmann erfasste «das Reale» auch als einen geeigneten Baustein für die bildnerische Errichtung einer neuen Wirklichkeit. Es ging ihm nicht mehr um die Wiedergabe der Wirklichkeit durch Realitäten, sondern um Herstellung einer neuen Wirklichkeit mit Realien. Die Moral dieser Malerei heisst: «Natur ist ein Chaos, und unsere Aufgabe und Pflicht ist es, dieses Chaos zu ordnen und zu vollenden.»

Kontrastierend zu diesem unbedingten Feststellungswillen Beckmanns wirkt die Kunst eines Carl Hofer. Seine Malerei ist von gänzlich anderer Herkunft, ihr hervorstechendes Merkmal eine karge, nüchterne und dennoch lyrische Klassizität. Unter dem Eindruck der Kriegserlebnisse werden die Bilder Hofers oft zur Niederschrift böser Gesichter und Ahnungen. Kokoschkas Antwort auf das neue Verlangen nach Bewältigung der sichtbaren Wirklichkeit war sein dramatischer «Impressionismus». Er definierte diese Wirklichkeit nicht vom dinglichen Sein her, noch suchte er sie im Zeichen auszudrücken; er erlebte sie als Impression und gab dieser den Klang visueller Dichtung.

Neues Bauen: Architektur im 20. Jahrhundert

Gegen die Ideen des «Historismus» (siehe Band 10) hatte der amerikanische Architekt Sullivan bereits vor der Jahrhundertwende die Forderung gestellt: «Form folgt immer der Funktion – und dies ist ein Gesetz.» Sullivan plante ein Gebäude von dessen innerer Funktion her und gelangte damit zu einer Aussengliederung, die keinem historischen Vorbild verpflichtet war. Solches architektonische Denken konnte sich in Europa nur allmählich durchsetzen. Den direktesten Weg in das 20. Jahrhundert nahm Peter Behrens (*1868, † 1940), der 1906 von der AEG in Berlin als Architekt und Formgestalter berufen wurde. Sein Werk sucht Sachlichkeit und Monumentalität zu vereinen. Beispielhaft: AEG-Turbinenfabrik Berlin, erbaut 1909, Verwaltungsgebäude der Mannesmann-Werke in Düsseldorf (1911/12) und für die Farbwerke Hoechst (1920/24). Seine Schüler waren Mies van der Rohe (*1886, † 1969) und, für Deutschland bedeutungsvoll, Walter Gropius (*1883, † 1969). Dessen Fabrikgebäude der Fagus-Werke in Alfeld an der Leine, 1911-1916 erbaut, ist noch radikaler modern und

Porträt



PAUL KLEE

Paul Klee wurde am 18. Dezember 1879 in Münchenbuchsee bei Bern geboren. 1898 ging er nach München; dort war Klee seit 1899 Schüler von Franz von Stuck. Nach einer Italienreise zunächst nach Bern zurückgekehrt, kam Klee 1906 erneut nach München, wo er sich 1911 der Gruppe «Blauer Reiter» anschloss. Ein Besuch bei Delaunay in Paris, vor allem aber eine Reise nach Tunesien – gemeinsam mit Macke 1914 unternommen – brachten die entscheidende Wende in seinem künstlerischen Schaffen: Er entdeckte den Eigenwert der Farben. Begierig nahm er die sinnlichen Reize von Licht, Farbe, Musik und von abstrakten Zeichen auf. Nach dem Krieg wurde Klee 1920 an das «Bauhaus» in Weimar berufen. Dort war er bis 1931 tätig. Nach einer kurzen Lehrtätigkeit in Düsseldorf kehrte Klee, von den Nationalsozialisten vertrieben, 1933 nach Bern zurück. Er starb am 29. Juni 1940 in Muralto bei Locarno.

Paul Klee beeinflusste die Kunst des 20. Jahrhunderts entscheidend. Seine Werke haben teil an allen Kategorien, in die man die Erscheinungen der modernen Kunst einzuteilen sucht. Sie sind konstruktiv, romantisch, lyrisch, imaginär und dennoch analytisch, scheinbar primitiv und doch von einem klaren Intellekt vorbereitet. Paul Klee hat – besonders in der «Bauhaus»-Zeit – die Grundlagen seiner Kunst in vielen Schriften analysiert. Ein Kernsatz seines künstlerischen Bekenntnisses heisst: «Kunst verhält sich zur Schöpfung gleichnisartig. Sie ist jeweils ein Beispiel, ähnlich wie das Irdische ein kosmisches Beispiel ist. [...] Kunst gibt nicht das Sichtbare wieder, sondern macht sichtbar.»

(H. M.)

in der Verwendung von Stahl und Glas von einer Kompromisslosigkeit, die vierzig Jahre später noch ebenso aktuell gewirkt hätte. Zu den Pionierbauten der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg muss auch die 1910-1912 gebaute Jahrhunderthalle in Breslau von Max Berg (*1870, † 1947) gerechnet werden. Hier wurde zum ersten Mal Beton für grosse Spannweiten ohne Rückgriffe auf einen Zeitstil verwendet.

In der Stimmung des verlorenen Krieges und der Revolution und unter dem Eindruck des «Expressionismus» in Malerei und Graphik kam es um 1919 auch zu einem «Expressionismus» der Architektur. Dessen Hauptwerke sind der Einsteinturm in Potsdam (1920) von Erich Mendelsohn (*1887, † 1953), das grosse Schauspielhaus in Berlin (1919) von Hans Poelzig (*1869, † 1936) und das Chilehaus in Hamburg (1922) von Fritz Höger (*1877, † 1949).

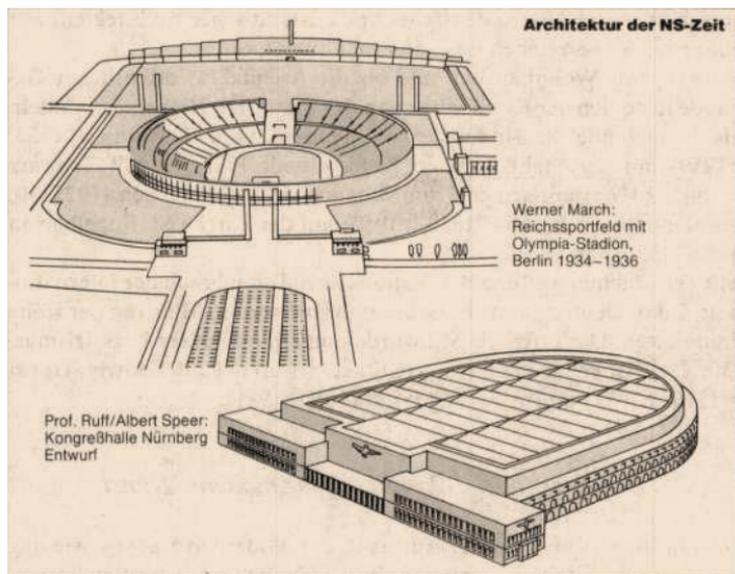
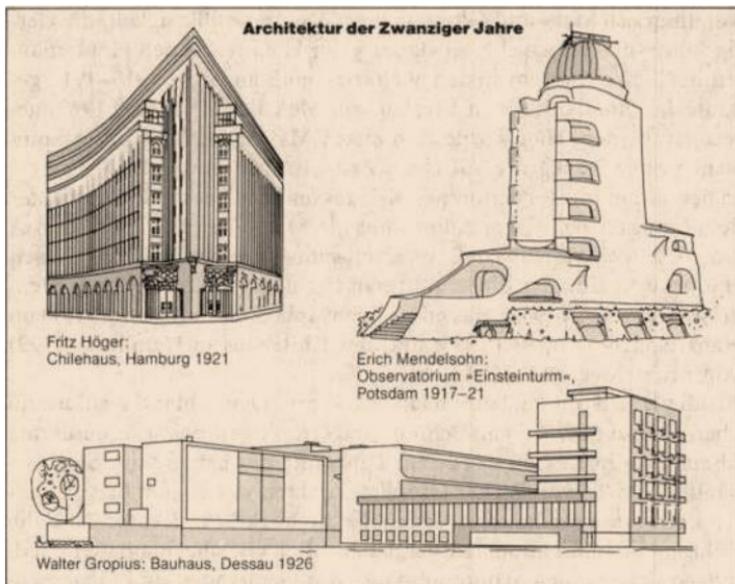
Als die Hektik dieser Jahre nachliess, kehrte Deutschland resolut und überzeugt zu dem Stil von Behrens und Gropius zurück. Das berühmte «Bauhaus» in Dessau wurde zur Lehrstätte des neuen Stils. Sein Gebäude, 1925/26 von Walter Gropius errichtet, wurde zum beispielhaften Bauwerk jener Jahre, in denen der Architektur in Deutschland die Führung im internationalen Vergleich zufiel. Gleichzeitig hatten Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus, von Gemeinden und Genossenschaften errichtet, wichtige Beiträge zur modernen Architektur geleistet. Die «Weissenhof-Siedlung» in Stuttgart, 1927 gebaut, mit ihren verschiedenen Häusern deutscher und ausländischer Architekten, war ein erstes Siegeszeichen des «Internationalen Stils».

Schwerer als Wohnhausbau und als die Architektur öffentlicher Gebäude löste sich der Kirchenbau von der Tradition. Hier sind vor allem als bedeutende Schrittmacher zu nennen: Otto Bartning (*1883, † 1959) mit der Stahlkirche in Köln, erbaut 1928, Rudolf Schwarz (*1897, † 1961) mit seiner Fronleichnamskirche in Aachen (1928/30) und Dominikus Böhm (*1880, † 1955) mit der Kirche St. Engelbert in Köln (1930/32).

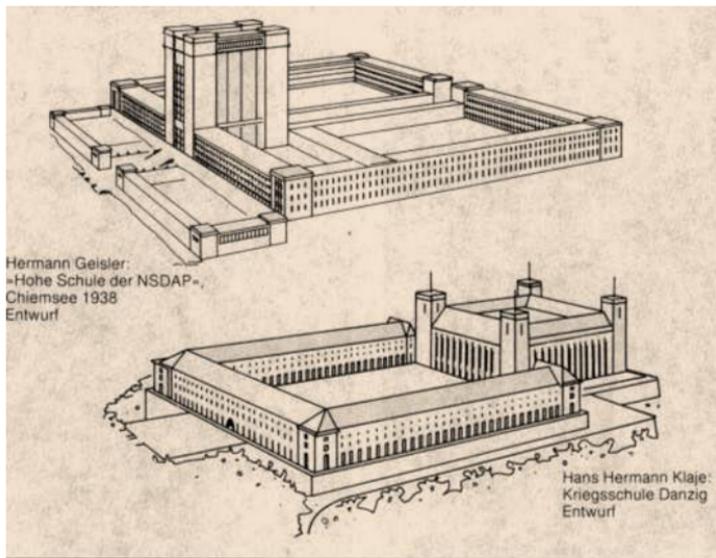
Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten brach der internationale Stil in Deutschland ab: Gropius, Mendelsohn, Mies van der Rohe emigrierten. Der offizielle Stil wurde nun ein pompöser Klassizismus. Die von Hitler bevorzugten Architekten waren Paul Ludwig Troost (*1878, † 1934) und Albert Speer (*1905, † 1981).

Der Angriff der Diktatur auf die moderne Kunst

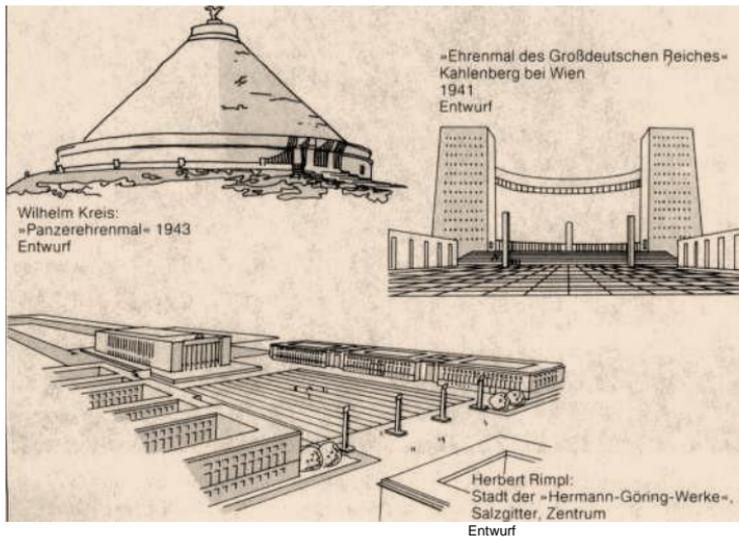
Verständlicherweise rief der Aufbruch der modernen Kunst – wie das Neue zu allen Zeiten – gegnerische Kräfte hervor: Künstlercliquen, die

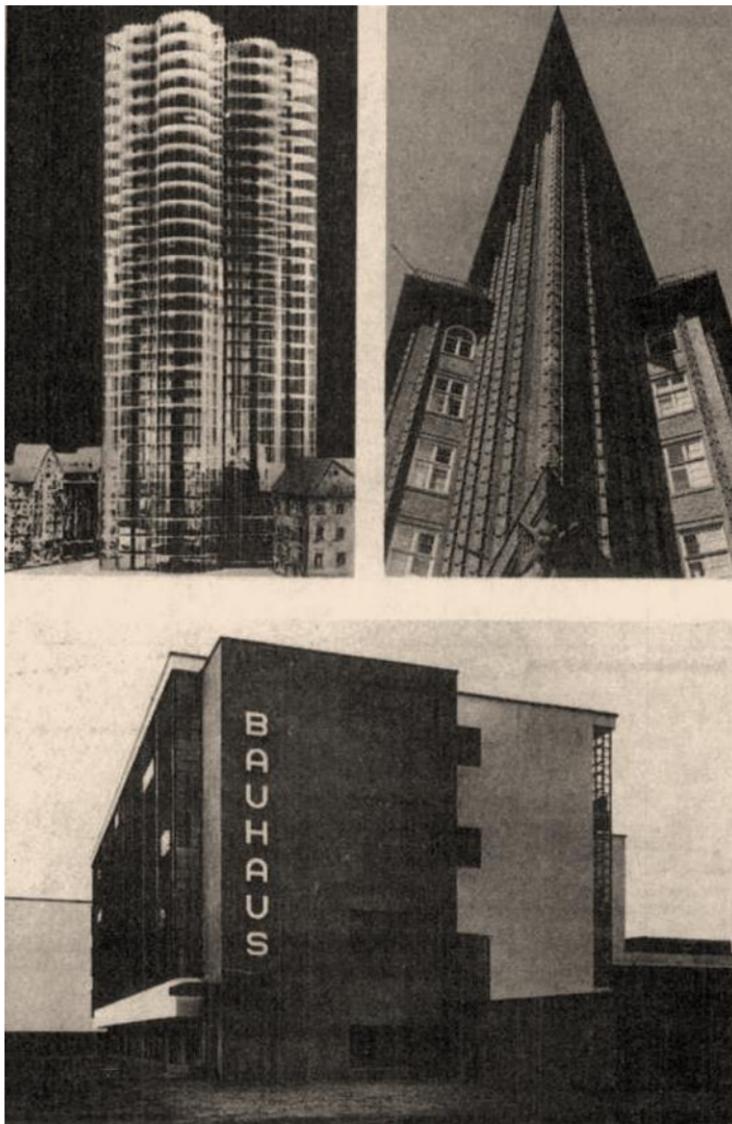


Architektur der NS-Zeit



Architektur der NS-Zeit





Zukunftsweisende Architektur. Links oben: Mies van der Rohe, Entwurf 1921. – Rechts oben: Fritz Höger, Chilehaus Hamburg (1920-23). – Unten: Walter Gropius, Bauhaus, Dessau (1925-26).



Arbeits-, Ausstellungs- und Schreibverbot. Wie Barlach und Käthe Kollwitz und so viele andere wurde auch Emil Nolde, der begnadete Maler, vom NS-Staat verfolgt. Nolde und seine Frau Ada im Garten Seebüll.

ehrlichen Traditionalisten, die unentwegt Völkischen, die an das Übliche Gewohnten. Das alles war ganz normal, oft berechtigt und für die Entwicklung notwendig. Von daher drohte der modernen Kunst keine Gefahr. Der brutale Angriff kam aus ganz anderer Richtung; er kam aus dem Politischen.

Der Anspruch auf künstlerische Freiheit, verstanden als Unabhängigkeit der Kunst von der Politik, hat noch immer ausgereicht, dass diese von autoritären Regimen als subversiv verdächtigt und bekämpft wurde. Der Kampf gegen die Moderne begann in Russland nach dem Tod Lenins unter der Herrschaft Stalins, in Italien nach dem Sieg des Faschismus, in Deutschland mit der Machtergreifung durch Hitler. Der böseste und menschlich niedrigste Angriff des Totalitarismus auf die Freiheit des schöpferischen Menschen erfolgte gerade im nationalsozialistischen Deutschland: 1933 Entlassung modern gesinnter Künstler und Museumsleiter aus dem öffentlichen Dienst. 1934 Nürnberger Rede Hitlers gegen die «entartete» Kunst. Ab 1935 Genehmigungspflicht jeder Ausstellung durch die «Reichskunstkammer». 1936 Schliessung der modernen Galerie

im Kronprinzenpalais in Berlin. 1937 Edikt zur Beschlagnahme der «entarteten» Kunst im öffentlichen Besitz; Eröffnung der Ausstellung «entartete Kunst» in München, die in perfider Aufmachung die moderne Kunst an den Pranger stellte. 1938/39 Vertrieb und Verkauf der beschlagnahmten Werke aus deutschen Museen in Luzern. Um die Künstler noch im eigenen Atelier zu treffen, wird den bedeutendsten unter ihnen das Malen verboten.

Der deutsche Beitrag zur Kunst des 20. Jahrhunderts war in den beiden Jahrzehnten zwischen den Kriegen reich und vielfältig. Er umschloss das ganze sichtbar gewordene Gebiet: Der deutschen Architektur fiel bis 1933 eine führende Rolle zu. Kandinsky und die Maler des «Bauhauses» brachten die Entwicklungslinien der abstrakten Malerei zu einer Synthese, die befruchtend auf die europäische und aussereuropäische Malerei wirken konnte. An der Nahtstelle zwischen dem «Realen» und dem «Abstrakten» zeichnete sich die Möglichkeit ab, beide Pole in einer ganzheitlichen Vorstellung zu vereinen. Von dieser Möglichkeit zeugt der späte «Expressionismus» wie vor allem auch das Werk Paul Klees. Der von Deutschland ausgehende «Neorealismus» sollte noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg eine unerwartete Nachfolge finden. Somit waren wesentliche Entwicklungen in die zweite Hälfte des Jahrhunderts durch die deutsche Kunst zwischen den beiden Kriegen vorgegeben.

Literatur

- Argan, Giulio Carlo: Die Kunst des 20. Jahrhunderts 1880-1940, Propyläen-Kunstgeschichte Band 12, Berlin 1977
- Cassou, Jean/Langui, Emil/Pevsner, Nikolaus: Durchbruch zum 20. Jahrhundert, München 1962
- Grohmann, Will: Bildende Kunst und Architektur (Zwischen den beiden Kriegen), Berlin 1953
- Grohmann, Will: Paul Klee, Stuttgart 1954
- Haftmann, Werner: Maler im 20. Jahrhundert, München 1965
- Jaffé, Hans L.: Paul Klee, Luzern 1971
- Katalog der Ausstellung «Ernst Barlach», Kunsthalle Köln 1974
- Katalog der Ausstellung «Paul Klee», Düsseldorf 1960
- Schmalenbach, Fritz: Käthe Kollwitz, Köln 1954
- Schult, Friedrich: Ernst Barlach, Markverzeichnis, 3 Bde., Hamburg 1960-1971
- Trier, Eduard: Figur und Raum. Die Skulptur des 20. Jahrhunderts, Berlin 1960

WINFRIED STADTMÜLLER

Gesellschaft und Wirtschaft zwischen den Weltkriegen

Die «versäumte» Revolution – Weiterführung des Krieges mit wirtschaftlichen Mitteln – Wirtschaftsblüte auf Pump – Der grosse Krach – «Enteignung» des Mittelstandes – Volksgemeinschaft – «Arbeitsfront» und «Kraft durch Freude» – Vom freien Bauerntum zum «Reichsnährstand» – Der Traum von einer deutschen Autarkie – Wirtschaft im Solde der Rüstung – Staatsbankrott.

Wirtschaft ist unser Schicksal» – zu Beginn der «Weimarer Republik» wollte Walther Rathenau, Reichsaussenminister und Mitinhaber des Elektrokonzerns AEG, die besondere Aufgabe der Wirtschaft für den Wiederaufbau betonen. In einer viel nachhaltigeren Weise, als Rathenau dies damals ahnen konnte, gewannen diese Worte Bedeutung: die Wirtschaft wurde in der Tat zum entscheidenden Bestimmungsfaktor der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands zwischen den Weltkriegen.

Als am 9. November 1918 die Deutsche Revolution die Monarchie hinweggefegt hatte, glaubten sich viele am Ziel jahrzehntelanger politischer Wünsche: Deutschland sollte jetzt ein sozialistisches und demokratisches Land werden mit neuen Strukturen in Gesellschaft und Wirtschaft. Nur wenige Monate später wurde jedoch deutlich, dass die Revolution die Struktur der deutschen Wirtschaft praktisch überhaupt nicht zu wandeln vermocht hatte, die Gesellschaft war allenfalls an ihren Rändern verändert worden. Selbst die alte zentrale Forderung nach Sozialisierung der Grundstoffindustrien hatte lediglich zur staatlichen Bewirtschaftung des Kohle- und Kalibergbaus geführt, von der Idee einer «Wirtschaftsdemokratie» war am Ende nur die Einrichtung der «Betriebsräte» geblieben. Die sozialdemokratische Presse musste sich denn auch bald gegen den Vorwurf der «versäumten» Revolution (Arthur Rosenberg) zur Wehr setzen: «Es wäre für die Erhaltung der Massen des Volkes geradezu verhängnisvoll, wollte man jetzt die Zeit mit sozialistischen Experimenten verlieren, während die Bevölkerung nach Arbeit und Brot ruft.»

Tatsächlich waren in dieser Situation auch für eine sozialdemokratische Regierung andere Aufgaben vordringlicher: die Millionen des geschlagenen Weltkriegsheeres mussten wieder in den Arbeitsprozess eingeordnet,

die «Waffenschmieden des Reiches» auf «zivile» Produktion umgerüstet werden. Diese Umstellung auf Friedenswirtschaft hat die Regierung in bemerkenswerter Weise bewältigt; die Liquidation der Kriegsfolgen musste ihre Kräfte jedoch zwangsläufig übersteigen. Es war das erklärte Ziel der Alliierten, nach der militärischen Niederwerfung auch die wirtschaftliche Macht Deutschlands zu brechen, das seit der Jahrhundertwende zur führenden Industrienation Europas aufgestiegen war. Nach den Vorstellungen vor allem der französischen Militärpolitiker sollte dadurch die Finanzkraft und Energie mindestens einer Generation für den Wiederaufbau gebunden werden. Mit geradezu generalstabsmässiger Präzision wurden mit Lothringen, der Saar und bedeutenden Gebieten Oberschlesiens lebenswichtige Teile aus den zentralen deutschen Industrieräumen herausgebrochen: die organisch gewachsene mitteleuropäische Verbundwirtschaft (so der Historiker Treue) wurde auf diese Weise funktionsunfähig gemacht. Durch den Verlust von rund 70 Prozent der Erzvorkommen, der Hälfte der Kaligruben und einem Viertel der Kohlenlager waren der Grundstoffindustrie, auf der Deutschlands wirtschaftliche Vormacht letztlich beruhte, die Voraussetzungen entzogen; die Abtretung des Elsass machte aus einem Zentrum der deutschen Textilindustrie über Nacht ihren schärfsten Konkurrenten; der Verlust der Handelsflotte, die Internationalisierung der Flüsse, die Einziehung der Patente beraubten die Wirtschaft wesentlicher Elemente ihrer Infrastruktur; eine 26prozentige Exportabgabe vertrieb die deutsche Konkurrenz von den Weltmärkten. Die finanziellen Forderungen der Alliierten schliesslich liessen jedes Mass und jede wirtschaftliche Vernunft vermissen. Der bedeutendste Nationalökonom der Zeit, der Engländer John Maynard Keynes, warnte mit allem Nachdruck, dass solche Reparationen das Leistungsvermögen Deutschlands um ein Dreifaches überstiegen. Tatsächlich wurde die deutsche Wirtschaft und in ihrem Gefolge auch die Gesellschaft – wie sich erweisen sollte – durch die Bestimmungen des «Versailler Vertrages» (siehe auch Seite 14) in ihrer Existenz getroffen.

Inflation

Die Anzeichen der heraufziehenden Krise – einer in der Geschichte bis dahin wohl beispiellosen Inflation – wurden voller Arglosigkeit zunächst als Merkmale eines wirtschaftlichen Aufschwungs begrüsst. Die Arbeiter spürten jedoch bald, dass sie die Vollbeschäftigung mit dem rapiden Verfall der Kaufkraft ihrer Löhne bezahlten. Die Kaufleute mussten feststellen, dass der ausserordentliche Geschäftsgang in Wirklichkeit einem To-

talausverkauf ohne jeden Gewinn gleichkam: die Erträge reichten nicht einmal mehr aus, um die Regale wieder zu füllen! Echte Konjunktur brachte die galoppierende Geldentwertung für eine gewisse Zeit lediglich den Unternehmern: ihre Steuerschulden schrumpften jetzt zu Pfennigsbeträgen; durch die Verzögerungen bei der Kursanpassung der Arbeitslöhne konnten sie die Produktionskosten drücken und ihre Waren zu Schleuderpreisen auf dem Weltmarkt absetzen; mit günstigen Krediten der Reichsbank erweiterten sie ihre Betriebe und erneuerten die Werksanlagen – praktisch kostenlos: zum Rückzahlungstermin waren die Darlehen ihrem realen Wert nach längst verfallen. Mit solchen Praktiken «raffte» etwa der rheinische Industrielle und Reichstagsabgeordnete Hugo Stinnes ein riesiges Wirtschaftsimperium zusammen – voller Zynismus konnte er erklären, dass er «Stabilisierungsversuche der Mark immer bekämpft habe und weiter bekämpfen werde».

«Inflationsgewinnler» waren auch die deutschen Bauern, die jetzt ihre Schulden abschüttelten und ihre Produkte vielfach nur noch im Tauschhandel veräusserten. In einem makabren Sinn zogen auch jene 300 Papierfabriken aus der Inflation Gewinn, die Tag und Nacht arbeiten mussten, um das Papier für die Notendruckereien bereitzustellen. Opfer dieser gigantischen «Umverteilung der Kriegskosten» waren allemale die «kleinen Leute», die Lohn- und Gehaltsempfänger und die fleissigen Sparer: sie wurden jeglicher Kaufkraft beraubt, das Geld verlor seine eigentliche Funktion. So mündete die Hochinflation des Jahres 1923 letztlich in einen «Totalzusammenbruch der deutschen Wirtschaft» (Heinz Peter Seraphim, Wirtschaftsgeschichtler).

Währungsreform, Kredite, Rationalisierung Eine Wirtschaftsblüte

Mit der Währungsreform (siehe Seite 59) gewann die deutsche Wirtschaft allmählich internationales Vertrauen und Interesse zurück, die strengen Kontrollklauseln des «Dawes-Planes» (K, siehe Seite 67) machten Deutschland bald zum sichersten und rentabelsten Anlegerland der Welt. Die Kapitalströme, die seit 1924 in die «zurückgebliebene deutsche Wirtschaft» flossen, wurden zur «Entwicklungshilfe im besten Sinne» (Treue). Erst jetzt nämlich konnte man das volle Ausmass der weltwirtschaftlichen Schädigung absehen: Deutschland hatte seine Schlüsselstellung in der Schwerindustrie eingebüsst und das Monopol in der chemischen und elektrotechnischen Industrie verloren, die «alten Kunden» waren zur in-

zwischen leistungsstark gewordenen Konkurrenz abgewandert – die deutsche Wirtschaft musste ihre Struktur grundlegend ändern, wollte sie auf dem Weltmarkt Fuss fassen! Der Export von Rohstoffen und Halbfabrikaten wurde abgelöst durch die Ausfuhr von Maschinen und hochwertigen Teilprodukten: die deutsche Wirtschaft entwickelte sich jetzt zum führenden Zulieferer für den hochindustriellen Bedarf. Die Motoren und Anlagen des Maschinenbaus, die Geräte der feinmechanischen und optischen Industrie, die Apparate und Regelmechanismen der Elektrotechnik, nicht zuletzt die Erzeugnisse der chemischen Werke errangen rasch Weltruf; Namen wie Siemens und AEG, Klöckner und MAN, Zeiss und Leitz, Bayer und Hoechst wurden Mitte der zwanziger Jahre wieder zu Synonymen für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Wesentlichen Anteil an diesem Aufschwung hatte die Verbesserung der Produktionsverfahren, die der scharfe internationale Wettbewerb erzwungen hatte. Nach amerikanischem Vorbild wurde die deutsche Industrie «rationalisiert»: maschinelle Vorrichtungen ersetzten zunehmend Handarbeit, Fließband und Lochkarte wurden eingeführt, die technischen Elemente nach dem System der «Deutschen Industrienormen» (DIN) vereinheitlicht. Die «Chemisch-Technische Reichsanstalt» lieferte Grundlagenforschung. Mit Hilfe des ausländischen Kapitals konnten die Fertigungsanlagen auf einen technologischen Stand gebracht werden, der den Amerikas schliesslich übertraf.

In einer Art «innerer Rationalisierung» verstärkten die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit auch dadurch, dass sie in enger Zusammenarbeit Absprachen über Preise und Produktionsquoten trafen. Solche «Kartelle» setzten zwar den freien Markt ausser Kraft, wurden aber vom Staat seit Langem geduldet; 1925 zählte man allein 3'000! Über solche Kooperationen hinaus kam es verstärkt auch zu Firmenfusionen – als Monopole beherrschten die «Konzerne» nicht selten ganze Wirtschaftszweige: die «IG Farben» umfassten als grösstes europäisches Unternehmen 90 Prozent der deutschen chemischen Industrie; die «Vereinigten Stahlwerke» kontrollierten zwei Fünftel der Kohle- und Stahlerzeugung, und «Hapag-Lloyd» beherrschte den Überseehandel. Nicht zuletzt dank solcher «Konzentration» konnte die deutsche Industrie innerhalb von vier Jahren ihre Produktion um 50 Prozent steigern und ihre alte europäische Vorrangstellung zu rückerobern.

Not der Kleinbetriebe und Bauern

Dieser Aufschwung betraf allerdings nicht alle Zweige der Wirtschaft. Die Klein- und Mittelbetriebe, die immer noch mehr Menschen beschäftigten

als die Industrie, verloren im freien Wettbewerb zunehmend ihre Marktanteile an die «Grossen». Der Einzelhandel vermochte sich nur notdürftig über Wasser zu halten und schob die Schuld für seinen Abstieg auf die immer stärker aufkommenden Kaufhausketten. Der deutsche Bauernstand fand aus seiner Dauerkrise nicht mehr heraus. Die Zwergbetriebe in Süddeutschland, aber auch die Monokulturen der grossen ostelbischen Güter liessen eine rentable Führung nicht zu und erwirtschafteten kaum die erdrückenden Steuern. Versuche, durch den Ankauf von Traktor und Mähmaschine zu «modernisieren», endeten in heillosen Verschuldung und nicht selten in der Zwangsversteigerung der Höfe. Seit 1928 entlud sich der Zorn der Bauern – vor allem in Norddeutschland – in öffentlichem Aufruhr und in einer Serie von Attentaten.

Ende der Scheinblüte – Depression und Arbeitslosigkeit

Lange bevor die ersten Ausläufer der grossen Depression spürbar wurden, gab es also gute Gründe, der «Wirtschaftsblüte» zu misstrauen. Die Arbeitslosenzahl sank in dieser Zeit nie unter 1 Million. Der Aufschwung der Industrie war nüchtern betrachtet nur relativ: er lag ganze 5 Prozent über der Produktion von 1913; er war zudem mit ausländischem Geld – mit Schulden – finanziert. Noch 1928 warnte Gustav Stresemann: «Wenn einmal eine Krise bei uns kommt und die Amerikaner ihre kurzfristigen Kredite abrufen, dann ist der Bankrott da.» Die Hochkonjunktur war in Wirklichkeit eine «Wirtschaftsblüte auf Pump»!

Mit umso grösserer Wucht wurde gerade die deutsche Volkswirtschaft, vor allem nach einem grossen «Bankenkrach», von der «Weltwirtschaftskrise» 1929-1933 getroffen. In noch stärkerer Masse als die Produktion emporgeschwungen war, ging sie jetzt – um über 53 Prozent – zurück. Der Export, von dem immerhin jeder dritte Arbeitnehmer lebte, kam fast zum Erliegen. Fabriken wurden geschlossen; 1930 gingen 15'500 Firmen in Konkurs, 1931 waren es über 19'000! Viel härter freilich noch als die Situation der Unternehmer war die der arbeitenden Bevölkerung: nach zuverlässigen Schätzungen hatten auf dem Höhepunkt der Krise über 7 Millionen keine Beschäftigung, in den thüringischen und sächsischen Industriestädten stieg die Arbeitslosenquote auf bis zu 80 Prozent – Zehntausende von Familien mussten für Monate unterhalb des Existenzminimums leben.

Die Wirtschaft war aus eigener Kraft nicht mehr fähig, mit einer Krise dieses Ausmasses, die allgemein als eine «Krise des Kapitalismus» ange-

sehen wurde, fertig zu werden. In massiver Weise mussten jetzt staatliche Organe intervenieren; am Ende besass der Staat alle entscheidenden Schlüsselstellungen in der Lenkung und Leitung der Wirtschaft – unabsehlich war so den staatssozialistischen Plänen Hitlers vorgearbeitet worden.

Schliesslich hat die «Weltwirtschaftskrise» auch jenes radikale politische Meinungsklima erzeugt, in dem Hitlers Aufstieg und Machtergreifung endgültig möglich wurden. Bei differenzierterer Betrachtung sind für diese Vorgänge jedoch schon gesellschaftliche Kräfte und Vorgänge verantwortlich, die in Deutschland seit dem Weltkrieg wirksam waren.

Sowenig die Revolution von 1918 im Bereich der Wirtschaft bewirkt hatte, so wenig vermochte sie im Grunde auch die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern. Adel, Grossgrundbesitz und Grossbürgertum, die im Kaiserreich die Oberschicht gebildet hatten, waren zwar aus ihren alten politischen Machtpositionen gedrängt worden, konnten aber ihre wirtschaftliche und soziale Stellung nahezu ungeschmälert behaupten. Auch in der Republik fand der Adel exklusive Reservate: den diplomatischen Dienst und das Offizierskorps – 1932 waren 25 Prozent der Offiziersstellen in adeliger Hand, die hohen Stabsfunktionen fast vollständig. Mit massiven Subventionen des Staates, den sie weitgehend fanatisch ablehnten, konnten auch die Junker auf ihren unrentablen ostelbischen Gütern ihr standesgemässes Leben weiterführen. Die Unternehmer wurden durch die staatlichen Umwälzungen in ihren Befugnissen überhaupt nicht berührt. Zu den neuen politischen Führern hielt die alte Oberschicht bewusst Distanz, sie wurden als «Emporkömmlinge» abgelehnt. Tatsächlich entstammten nicht wenige von ihnen den Unterschichten und waren als Redakteure oder Gewerkschaftssekretäre in die Politik gekommen – die Zusammensetzung der Parlamente spiegelte jetzt die Bevölkerungsstruktur ziemlich getreu wider.

Die Arbeitnehmer in der « Weimarer Republik » Geringe Fortschritte

Die volle politische Gleichberechtigung war denn auch neben einzelnen sozialen Verbesserungen der wesentliche Fortschritt, den die Republik der Arbeiterschaft gebracht hatte. Ihre Interessenvertretungen, die Gewerkschaften, wurden vom Staat offiziell anerkannt; ihr Recht, Tarifverträge abzuschliessen, wurde gesetzlich garantiert. Mit der Durchsetzung des Achtstundentages erfüllte sich eine alte Forderung der politischen Arbei-



Hunger und Wohnungselend – Wegbereiter des Nationalsozialismus und Kommunismus. Elendsviertel in Berlin-Köpenick während eines Mieterstreiks im September 1932.

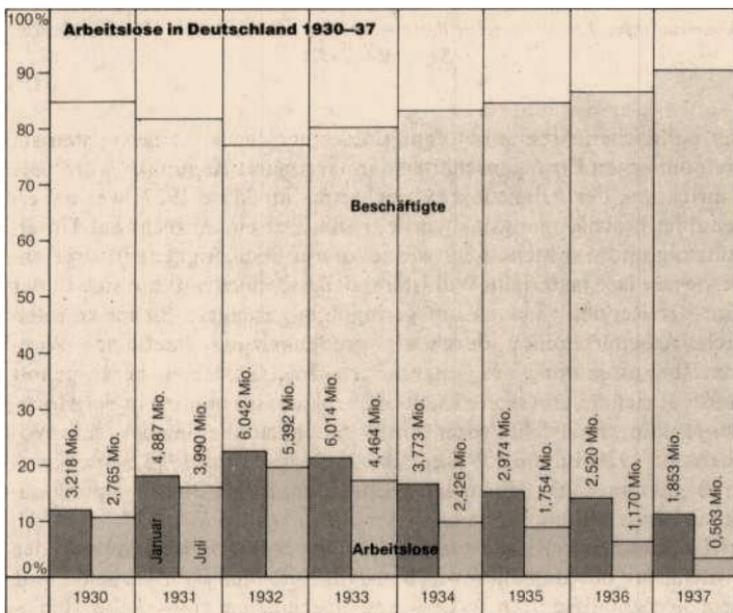
terbewegung. Zu einer der wirkungsvollsten sozialpolitischen Errungenschaften der «Weimarer Republik» wurde die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927: wer unverschuldet beschäftigungslos wurde, hatte jetzt ein Anrecht auf Unterstützung und war nicht mehr wie zuvor auf Bedürftigkeitsfürsorge angewiesen. Der materielle Wohlstand der Arbeiterschaft hat sich in der Zeit der Republik jedoch nur geringfügig gesteigert. Sicher konnten viele Arbeiterfamilien durch ein grossangelegtes staatliches Wohnungsbauprogramm aus ungesunden Mietskasernen herausgeholt werden; sicher verbesserten sich die Arbeitereinkommen in der Hochkonjunktur um fast 40 Prozent: in Wirklichkeit aber lag der reale Wochenlohn 1929 nur um 3 Prozent über dem des Jahres 1913, seine Kaufkraft entsprach nur einem Drittel des durchschnittlichen amerikanischen Arbeiterlohnes!

In der Arbeiterschaft selbst nahm das alte «Solidaritätsbewusstsein der Proletarier» merklich ab. Zwischen dem einfachen Fabrikarbeiter und dem hochqualifizierten technischen Spezialisten entwickelte sich – nach Ein-

kommen und Lebensstil – zunehmend eine soziale Kluft: der «gehobene» Facharbeiter orientierte sich jetzt an bürgerlichen Verhaltensweisen und Wertvorstellungen, er schickte seine Kinder auf weiterführende Schulen, um sie «etwas Besseres» lernen zu lassen.

„Enteignung“ des Mittelstandes

Die bürgerliche Welt geriet in der «Weimarer Republik» in eine existenzielle Krise. Die Angehörigen der Mittelschichten, die Kaufleute und Beamten, Ärzte und Rechtsanwälte, Bauern und Handwerksmeister, die Rentiers und Berufssoldaten, hatten sich im alten Staat geborgen und anerkannt gefühlt. Die Niederlage von 1918 und den Untergang des Kaiserreiches empfanden viele von ihnen als nationale Schmach und persönlich als sozialen Abstieg: die Beamten büssteten ihren «Obrigkeitsnimbus» ein, die «abgehalfterten» Offiziere fanden keine angemessene Stellung mehr. Die Inflation schliesslich hat ihnen all jenen Wohlstand weggenommen, auf den sich ihr Bürgerstolz gründete: ihre meist bescheidenen Vermögen, die sie oft über Jahrzehnte hinweg mit eisernem Fleiss zusammengespart hatten, zerrannen zu nichts; «Wohlhabende» wurden über Nacht zu Sozial-



hilfeempfängern – die Inflation ‚enteignete‘ den Mittelstand. Der Staat, dem sie ihre Ersparnisse «mündelsicher» anvertraut hatten, wälzte seine Schuldenlast gerade auf die Bürger ab – der Wirtschaftswissenschaftler Arthur Rosenberg hat den Vorgang als «eine der grössten Räubereien der Weltgeschichte» bezeichnet. Die klassischen Bürgertugenden «Anständigkeit, Fleiss, Staatstreue» verkehrten sich offensichtlich in ihr Gegenteil: sie brachten nur Elend und Not – Erfolg hatten jetzt die dunklen Mächtschaften der «Raffkes» und Schieber!

Zu diesem «deklassierten Mittelstand» stiess bald auch das stetig wachsende Heer der Angestellten, die verbittert das eklatante Missverhältnis zwischen einer selbst angemessenen Bedeutung und der unbefriedigenden Einkommenslage und sozialen Sicherung registrierten.

Von latenter Unzufriedenheit zur «Gleichschaltung» der» Volksgemeinschaft»

So bildeten grosse Teile der alten und neuen Mittelschichten einen latenten politischen Unruheherd in der «Weimarer Republik»: in kurzsichtiger Verkennung der wahren Zusammenhänge machten ihre Angehörigen den neuen Staat für ihren sozialen Abstieg verantwortlich; vom «Parteiengizänk» der Politik fühlten sie sich abgestossen; sie fürchteten nichts mehr als ihre endgültige «Verproletarisierung». Hier fanden dann die Parolen von den «November-Verbrechern» und vom «Weimarer Unrechtsstaat», von «neuer nationaler Grösse» und vom Ideal der «Volksgemeinschaft» begeistert Resonanz: aus diesem Bürgertum» rekrutierte sich in erster Linie Hitlers Anhängerschaft.

Im Verständnis der «Volksgemeinschaft» mochten sich aber die Auffassungen grundlegend unterscheiden: es ging den Nationalsozialisten keineswegs darum, eine harmonische und solidarische Gesellschaft aufzubauen, das Volk sollte vielmehr zu einer «Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweisst» werden, um in den Dienst für die «höheren Ziele» der Bewegung treten zu können. Der Einzelne hatte sich dabei vollständig der Parteidiktatur zu unterwerfen, für «bürgerliche Freiheiten» blieb kein Raum mehr. Wer sich der «neuen Ordnung» nicht fügen wollte oder dafür als nicht geeignet deklariert wurde – Juden etwa oder Kommunisten, Intellektuelle, auch Verbrecher –, sollte als «Volkschädling ausgemerzt» werden. Wie weit diese «Verstaatlichung des Menschen» (Treue) getrieben wurde, zeigt die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik: wer das «Kindersoll» erfüllte, wurde mit dem «Mutterkreuz» dekoriert; Paare, die

fünf Jahre lang kinderlos geblieben waren, mussten ab 1938 wegen «Ehe-trägheit» erhöhte Steuersätze entrichten!

Der «neue Mensch» des Nationalsozialismus sollte nach dem Willen des «Führers» zukünftig in der Hitler-Jugend erzogen und durch die Partei und ihre Gliederungen geformt und gelenkt werden. Das besondere Augenmerk des Regimes aber galt jenen, die sich nicht auf diese Weise «erfassen» lassen wollten – bis 1935 waren schliesslich nur 5 Prozent der Wahlberechtigten Parteigenossen geworden.

Mit den raffinierten Methoden der Massenverführung versuchte Goebbels, die «Gleichschaltung der nationalen Volksgemeinschaft» ins Werk zu setzen. Der «Hitler-Gruss» wurde in Schulen und Behörden zur Pflicht, die Anrede «Volksgenosse» amtlich verbindlich. Mit einem Kalendarium nationaler Feiertage – vom «Tag der Machtergreifung» im Januar bis zum «Tag der Gefallenen der Bewegung» im November – sollte selbst der Jahreslauf «gleichgeschaltet» werden. Durch die kommandierten Aufmärsche der Betriebsgemeinschaften und die oft stundenlangen Massenrituale bei solchen Feiern wollte man bei den «noch Abständigen» einen Mitmacher-Effekt erzeugen und sie so gleichsam überrumpeln. Mit der Einführung von «Eintopfsonntagen» und nicht abreissenden Sammelaktionen für alle möglichen Zwecke appellierte die NSDAP an den «Gemeinschafts-sinn» der Deutschen – und die Sammler in SA- oder SS-Uniform erhielten ganz nebenbei Gelegenheit, die Gesinnung der Volksgenossen zu erkunden. Im «Reichsarbeitsdienst» (RAD) schuf sich der Nationalsozialismus regelrecht eine staatliche Einrichtung zur systematischen Indoktrination der Jugend: per Gesetz waren seit 1935 alle Achtzehnjährigen verpflichtet, in Lagern einen halbjährigen unbezahlten Arbeitseinsatz für gemeinnützige Projekte, wie Moorlandgewinnung, Hochwasserschutz, Flurbereinigung, abzuleisten. Ausdrücklich wurden dabei die weltanschauliche Erziehung und die vormilitärische Ausbildung als zentrale Ziele herausgestellt. Die plumpe Unterweisung durch die oft dümmlichen RAD-Führer und der primitive «Drill mit dem Spaten» haben jedoch nicht selten genau das Gegenteil solcher Absichten bewirkt, der eigentliche «Zweck der Übung» wurde so weitgehend verfehlt.

«Arbeitsfront» und «Kraft durch Freude»

Grosse Aufmerksamkeit schenkte das Regime der «Betriebsgemeinschaft» als einer besonderen Form der «Volksgemeinschaft». Nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 wurde die «Deutsche Arbeitsfront» (DAF) als «Organisation der schaffenden Deut-

schen der Stirn und Faust» gegründet. Unter Führung des Lebensmittelchemikers Robert Ley – der Volksmund titulierte ihn hinter vorgehaltener Hand beziehungsreich «Reichstrunkenbold» – sollten in der DAF die alten Klassenspannungen zwischen Unternehmer und Arbeiter durch den «neuen Geist» aufgehoben werden. «Aus den deutschen Betrieben», verkündete Ley, «sind stolze Burgen des Gemeinschaftsgedankens geworden.» Tatsächlich entwickelte sich die «Arbeitsfront» zur Mammutorganisation des «Dritten Reiches» schlechthin: sie zählte 1939 über 30 Millionen Mitglieder und erfasste 90 Prozent der arbeitenden Bevölkerung. Mit schwülstigen Redensarten wie «Ehrendienst» oder «Adel der Arbeit» versuchte man, Arbeitnehmer und Unternehmer zu «gewinnen»; in Wirklichkeit ging es nur darum, sie für die Zwecke des Nationalsozialismus «verfügbar» zu machen. Das «Führerprinzip» wurde bald auch auf die Arbeitswelt übertragen: 1934 bestimmte das «Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit» den Unternehmer zum «Führer des Betriebes», Angestellte und Arbeiter waren ihm als «Gefolgschaft» zur «Treue» verpflichtet. Ziel der «Arbeitsfront» war es, «die Voraussetzungen für die deutsche Wehrgemeinschaft» zu schaffen.

Als grosser propagandistischer Erfolg erwies sich die anfangs auch in den eigenen Reihen belächelte Freizeitorganisation «Kraft durch Freude» zur «kulturellen Mobilisierung des schaffenden Volkes». Die «KdF» veranstaltete Konzerte und Theateraufführungen, baute Erholungsheime und unterhielt eine eigene «Vergnügungsflotte»: für nur 37 Mark konnte sich der Ruhrkumpel etwa acht Tage lang an der Nordsee erholen – vielen arbeitenden Menschen wurde so Gelegenheit geboten, zum ersten Mal im Leben in Urlaub zu fahren. 39 Millionen haben davon Gebrauch gemacht! Massenhaft Interesse fand auch das Projekt eines «Volkswagens», den sich bei einem Preis von unter 1'000 Mark auch der einfache Arbeiter ersparen konnte.

Dass bei all diesen Aktivitäten das weltanschauliche «Geschäft» nicht zu kurz kam, versteht sich von selbst. «Kraft durch Freude» wurde schliesslich zur «gewaltigsten kulturellen Leistung des Nationalsozialismus» hochgelobt. Freilich: die Erholungsheime waren von vornherein als Lazzarette geplant, die Vergnügungsschiffe als Truppentransporter angelegt; mit den 285 Millionen Mark der «Volkswagensparer» wurde Porsches Geländewagen für die Wehrmacht gebaut.

Trotz aller Phrasen vom «Adel der Arbeit» ging es dem Nationalsozialismus offenkundig überhaupt nicht um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen. 1939 lagen die effektiven Stundenlöhne um ganze 7 Prozent über dem extrem niedrigen Lohnniveau des Krisenjahres 1932; eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse vor allem in

rüstungswichtigen Industrien musste durch eine drastische Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit erkaufte werden. Eigentlich widerrechtlich gewährte Sonderzuwendungen der Betriebe wurden durch Preiserhöhungen und drastisch gesteigerte Zwangsabgaben wieder aufgezehrt. Zwar waren in den Betrieben zum Teil vorbildliche soziale Einrichtungen, wie Sportanlagen oder Kindergärten, geschaffen worden, zwar wurde jetzt Kündigungsschutz gewährt und bezahlter Urlaub garantiert, tatsächlich aber war im «Dritten Reich» die rechtliche Stellung des Arbeitnehmers schwächer als in den Jahrzehnten zuvor! In den Geheimen Regierungspräsidentenberichten finden sich vielfältige Hinweise über Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihren Lebensverhältnissen; es wird auch Klage darüber geführt, dass von «wahrer Betriebsgemeinschaft» keine Rede sein könne, wenn etwa Vorgesetzte sich weigerten, «arbeitende Volksgenossen ohne Kragen» als «Arbeitskameraden» anzureden.

Sowenig echte Sozialpolitik dem Nationalsozialismus ein Anliegen war, so wenig kümmerten ihn wirtschaftliche Probleme: auch die Wirtschaft war im «Dritten Reich» nur Mittel zum Zweck der Macht.

Hitler, die Industrie und der «Reichsnährstand»

Wie wenig antikapitalistische Tendenzen ernst zu nehmen waren, machen Hitlers frühe Kontakte zu Industriellenkreisen deutlich. Seit 1923 erhielt die Partei massive Zuwendungen von Sympathisanten wie Thyssen, Stinnes oder Borsig. Später stiessen zum Kreis der Parteispender auch Flick, Klöckner, Krupp, Sir Deterding von «Shell», die «Commerzbank», die «Deutsche Bank» und andere. Die meisten deutschen Industriellen waren wohl keine eingeschworenen «Nazis», Robert Bosch und Siemens sogar erklärte Gegner: sie wollten jedoch auf alle Fälle von der «Hitler-Hausse» profitieren.

Mit grosser staatlicher Unterstützung – allein in den ersten beiden Jahren wurden 5 Milliarden Mark aufgewendet – setzte Hitler ein gigantisches Arbeitsbeschaffungsprogramm in Gang, wobei er allerdings auf Pläne seiner Amtsvorgänger zurückgreifen konnte. Arbeitslose wurden zu schlecht-bezahlten Notstandsarbeiten, wie Aufforstung von Ödland, aber auch zum Bau militärischer Anlagen kommandiert. Zum Schwerpunktprojekt wurde jedoch das «Unternehmen Reichsautobahn» erklärt: Hitler wollte sich damit zugleich ein strategisches Strassennetz schaffen. Arbeitslose in beträchtlichem Umfang konnte auch der sich rasch aufblähende Staats- und Parteiapparat aufnehmen. Merklich wurde der Arbeitsmarkt 1935 durch



Werbung um die Arbeiter und staatliche Aufträge zur Arbeitsbeschaffung. Hitler, begrüßt von Spalier bildenden Bauarbeitern, am Tag der Grundsteinlegung zum Reichsbankneubau, München 1934. Rechts Reichsbankpräsident Schacht.

die Einführung von Wehrmacht und Reichsarbeitsdienst entlastet. Im Jahre 1936 war in Deutschland – sicher auch wesentlich begünstigt durch die allgemeine Erholung der Weltwirtschaft – die Vollbeschäftigung praktisch erreicht, wenig später mussten deutsche Betriebe wieder «Fremdarbeiter» anwerben. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit war in den Augen der Massen Hitlers bedeutendste Leistung, sie hat ihm die Unterstützung auch von Bevölkerungskreisen eingetragen, die ihm bis dahin skeptisch gegenübergestanden waren.

Schon aus seiner «Blut-und-Boden»-Ideologie heraus galt die besondere Fürsorge des Nationalsozialismus dem Bauernstand: im «rassisch gesunden und wirtschaftlich starken Bauerntum» wurde das «Rückgrat kommender deutscher Grösse» gesehen. Durch staatliche Subventionen konnte die Landwirtschaft noch 1933 entschuldet werden; massive Erhöhungen der Erzeugerpreise garantierten wieder ein angemessenes Einkommen – die Lasten dieser Sanierung hatte freilich der Verbraucher zu tragen. Mit dem «Reichserbhofgesetz» wollte man der verhängnisvollen Besitzersplitterung entgegenwirken: Höfe zwischen 7,5 und 125 Hektar durften

nur noch ungeteilt vererbt werden – der «bauernfähige» Erbe musste allerdings seine «Blutreinheit» bis zum Jahre 1800 nachweisen! Der zum «Reichsnährstand» hochstilisierten Landwirtschaft wurde der nationale Auftrag zugeteilt, in der «Erzeugungsschlacht» die Versorgung des deutschen Volkes zu sichern, auch die «Fettlücke» des Reiches schliessen zu helfen. Anbau und Betriebsführung unterlagen jetzt strengen staatlichen Vorschriften und Kontrollen – aus dem ehemals freien Bauernstand war ein landwirtschaftliches Zwangskartell geworden: das Ziel einer deutschen Selbstversorgung wurde gleichwohl nicht erreicht.

Schon 1936 – Menschenverachtende Kriegswirtschaft

Zentrales Anliegen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik aber war die Autarkie Deutschlands, die Unabhängigkeit von ausländischen Rohstoffen und Erzeugnissen. 1936 verkündete Hitler zu diesem Zwecke auf dem Nürnberger Reichsparteitag einen «Vierjahresplan»: «In vier Jahren muss Deutschland in allen jenen Stoffen vom Ausland gänzlich unabhängig sein, die irgendwie durch die deutsche Fähigkeit [...] sowie durch unseren Bergbau selbst beschafft werden können!» In einer eigenhändig verfassten «Geheimen Denkschrift» präziserte Hitler seine Vorstellungen: «mit derselben Entschlossenheit wie die Führung eines Krieges» und «ohne Rücksicht auf Kosten» sollte eine eigenständige deutsche Treibstoffversorgung, die Massenfabrikation von synthetischem Gummi und die Steigerung der Eisen- und Leichtmetallproduktion sowie der industriellen Fettversorgung erreicht werden. Über die wahren Absichten solcher Autarkiebestrebungen liess Hitler keine Zweifel: «I. Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein.» Zur Verwirklichung dieser Ziele wurden grosse Bereiche der Forschungskapazität und Produktionskraft in Anspruch genommen. So konnte etwa die Gewinnung von Benzin und Margarine aus Kohle zur Fabrikationsreife entwickelt werden, «Buna» ersetzte jetzt Naturkautschuk, Zellwolle die «ausländische» Baumwolle – «Kunsthonig» wurde für viele zum Inbegriff für «Ersatzstoffe» schlechthin.

Als «Beauftragter für den Vierjahresplan» erhielt Göring, der nach der kundigen Einschätzung Schachts «von all den wirtschaftlichen Dingen [...] nicht den leisesten Schimmer» hatte, praktisch die Vollmachten eines Wirtschaftsdiktators; die «Reichswerke Hermann Göring», eigens zur Realisierung des Wirtschaftsplanes gegründet, wuchsen bald zu einem der grossen Konzerne der Welt.

Unter der Hand hatte auch die SS – vor allem aus jüdischem Besitz – ein mächtiges Wirtschaftsimperium zusammengerafft. Sie beherrschte die Mineralwasserwirtschaft von «Apollinaris» bis «Selters» und kontrollierte erhebliche Teile der Möbelindustrie. Unter dem unverdächtigen Namen «Deutsche Ausrüstungswerke» verbargen sich die Wirtschaftsbetriebe der Konzentrationslager mit Milliardenumsätzen. Das «Verleihen» von Häftlingen an Industrieunternehmen brachte allein dem KZ Buchenwald zeitweise einen monatlichen «Gewinn» von 2 Millionen Mark!

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, die im Grunde ja Rüstungspolitik war, musste zwangsläufig ihre masslos überzogenen Ziele allesamt verfehlen – letztlich aber scheiterte sie an ihrer Nichtfinanzierbarkeit. Das nach einem «genialen» Plan des Reichsbankpräsidenten Schacht inszenierte Wechselgeschäft zur Bestreitung der Rüstungskosten und Subventionen ist schon 1938 geplatzt: der Staat konnte seine Verpflichtungen nicht einlösen; seine Schulden hatten sich in nur 6 Jahren von 13 auf 50 Milliarden Mark erhöht: das Deutsche Reich war bankrott!

Literatur

- Aleff, Eberhard: Das Dritte Reich, Hannover 1970
Broszat, Martin/Fröhlich, Elke/Wiesemann, Falk: Bayern in der NS-Zeit, München 1977
Dederke, Karlheinz: Reich und Republik. Deutschland 1917-1933, Stuttgart 1973
Fischer, Wolfram: Die Wirtschaftspolitik des NS, Hannover 1961
Grebing, Helga: Der Nationalsozialismus, München 1964
Hofer, Walther: Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, Konstanz 1960
Kogon, Eugen: Der SS-Staat, München 1974
Kosthorst, Erich: Das nationalsozialistische Regime, Paderborn 1980
Krink, Alfred: Die NS-Diktatur, Frankfurt 1970
Seraphim, Peter Heinz: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wiesbaden 1962
Stolper, Gustav/Häuser, Karl/Borchardt, Knut: Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen 1964
Tormin, Walter: Die Weimarer Republik, Hannover 1977
Treue, Wilhelm/Frede, Günther: Wirtschaft und Politik 1933-1945, Braunschweig 1952

Grundlagen des Nationalsozialismus

Die Krisenpartei – Anti-Bewegung – Irrationalismus auf völkischer Basis – «Positive» Gegenbilder – Rassen-Antisemitismus und Antimarxismus – Der Stärkere siegt – Er kämpfung von «Lebensraum» – Der Krieg als Ideal – Gegensätzlichkeit der Zielaussagen – Führerprinzip – Volk und Gefolgschaft – Organisationen und Programme – Symbole, Rituale, Uniformen – Militarisierung – Emotionalisierung – Massenpartei – Sozialstruktur.

Der Nationalsozialismus war ein Kind der Krise. Entstehung und Aufstieg der NSDAP waren Folge tiefer gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Krisenerscheinungen der Zwischenkriegszeit, die sich überlagerten und die labile, im politischen Bewusstsein der Deutschen kaum verankerte Republik belasteten. Zu der seit dem späten Kaiserreich zunehmend scharf empfundenen Identitätskrise der Industriegesellschaft kamen die als nationale Demütigung erfahrene Niederlage von 1918 und der «Versailler Vertrag» (siehe Seite 14) sowie die politischen und sozialen Erschütterungen durch «Novemberrevolution» (*K*, Seite 28) und kommunistische Revolutionsdrohung sowie schliesslich die ökonomische Dauerkrise, die durch Inflation, Reparationen und am Ende durch Deflation und Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet war.

Der Nationalsozialismus verstand es, auf diese vielschichtige Krisensituation ebenso einfache wie doppeldeutige Antworten zu geben. Entscheidend für seinen Erfolg waren Radikalität und Gegensätzlichkeit seiner Programmatik und seines politischen Stils sowie die Verkörperung der auf Protest und Erneuerung zielenden Ideologie durch die charismatische Führergestalt Adolf Hitlers. Von ihm allein erhofften sich bald viele Deutsche eine bessere Zukunft.

Der Erfolg Hitlers lag vor allem darin begründet, dass er Exponent und Medium der Krisenatmosphäre der Nachkriegszeit war. Er verstand es, mit der Instinktsicherheit des Demagogen glaubhaft die eigenen Ängste mit den kollektiven Ängsten seiner Zeit zu verbinden, diese zu repräsentieren, zu mobilisieren und politisch umzusetzen. Die politische Wirkung dieser Identifizierung und Übersteigerung wuchs mit der zunehmenden Krise der bürgerlich-liberalen Staats- und Gesellschaftsordnung.

Die Anti-Bewegung und ihre Leitbilder

Der Nationalsozialismus wie der europäische Faschismus der Zwischenkriegszeit überhaupt war eine Anti-Bewegung. Er verstand sich als radikale Ablehnung bestehender politischer Wertmuster und Parteigruppierungen sowie als Versuch einer neuen Synthese, die Elemente gegnerischen Denkens und Handelns in sich aufnimmt. Die Doppeldeutigkeit des Nationalsozialismus, seiner Ideologie wie seiner politischen Aktionsformen, erklärt sich aus seiner Rolle als «Nachzügler» auf der politischen Bühne. Er entstand erst, als die wichtigsten politisch-ideologischen Strömungen und Parteien wie Liberalismus, Konservativismus, christliche Volksparteien, Sozialismus und Kommunismus sich bereits entfaltet und die verschiedenen sozial-kulturellen Bereiche der Gesellschaft mobilisiert und organisiert hatten. Den Kernbestand der nationalsozialistischen Ideologie bilden dementsprechend verschiedene Anti-Thesen, wie Antimarxismus, Antiliberalismus, Antiparlamentarismus, Antisemitismus, Antikapitalismus und Antikonservativismus, sowie als neue, positive Gegenbilder ein radikaler Nationalismus, der Gedanke eines nationalen Sozialismus und einer neuen Elite, die sich durch Glauben, Gehorsam, den Willen zur Tat und zum Kampf sowie durch «rassische Gesundheit und Stärke» auszeichnet.

Diese Vorstellungen waren in Deutschland auch schon vor 1914 in dieser und in anderer Zusammensetzung zu Wort gekommen, aber erst nach dem Erlebnis des Ersten Weltkriegs, der Niederlage und Revolutionszeit hatten sie an Massenwirksamkeit und Radikalität gewonnen. Sie waren Gemeingut einer breiten, jedoch in sich zersplitterten völkischen Protest- und Erneuerungsbewegung, in der auch die frühe «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei» bis etwa 1923 eine Gruppierung unter vielen war. Ihr gemeinsames, utopisches völkisches Ziel war die nationale Wiedergeburt und Größe durch eine Vitalisierung des Deutschtums, des Nationalstaates und Konservativismus.

Hitler im Bann von Rassen-Antisemitismus, Antimarxismus und Sozialdarwinismus

Auch Adolf Hitler war in diesem, in der österreichisch-ungarischen Habsburger-Monarchie infolge ihrer Nationalitätenprobleme schon vor 1914 besonders virulenten völkisch-antisemitischen Milieu aufgewachsen. Hatte die Militärordnung und Krieg dem heimatlosen Aussenseiter Hitler das Gefühl der Anerkennung und Sinnerfüllung gegeben, so fand er in dem

Begriffe

- Agitation* (lat. *agitatio* = Unruhe). Unruhe erzeugende Propagandatätigkeit, Reklame, Hetze.
- Antisemitismus* (lat. = gegen Semiten, gegen Juden). Rassistische Judenfeindlichkeit des 19. und 20. Jahrhunderts auf der unwissenschaftlichen Basis, Rassen als ungleichwertig und speziell die Juden als minderwertig und schädlich zu sehen. Typisches Verhalten von Menschen, die mit ihren eigenen Problemen nicht fertig werden können und andere Menschen oder Völker als ‚Verursacher‘ ihres Versagens, also als ‚Prügelknaben‘, brauchen. Schreckliches Ergebnis des Antisemitismus waren die Judenverfolgungen des Nationalsozialismus.
- Atavistisch* (lat. *atavus* = Urvater). Sich auf Vergangenheitsformen und Verhaltensweisen der Vergangenheit zurückbeziehend.
- Charismatisch* (griech. = Gnadengabe). Charismatische Herrschaft: eine auf persönlicher Ausstrahlung (nicht alltägliche Qualitäten) beruhende Herrschaftsautorität.
- Chiliasmisch* (griech. *chilioi* = tausend). Auf ein tausendjähriges Reich des Heils wartend.
- Demagoge, demagogisch* (griech. = Volksführer). Politiker, der seinen Einfluss nutzt, um das Volk negativ zu beeinflussen, «Volksverführer». *Doktrin, doktrinärste, doctrina* = Lehre). Religiöse, wissenschaftliche oder politische Lehrmeinung.
- Endzeitvorstellung*. Siehe Chiliasmisch.
- Exponent* (lat. *exponens* = herausstellend). Herausragender Vertreter eines Unternehmens, einer Lehrmeinung, einer politischen Richtung. *Hegemonial, Hegemonie* (griech. = Oberherrschaft). Nach Vorherrschaft strebend, Vorherrschaft.
- Identifizierung* (lat. = gleichmachen). Sich in Übereinstimmung mit einem anderen oder mit der Meinung eines anderen befinden.
- Integration* (lat. im übertragenen Sinne von Unversehrtheit, ein Ganzes bildend). Einschliessen in ein Ganzes, aufnehmen.

von Niederlage und Räterepublik gekennzeichneten München eine Stimmungssituation vor, die die Wahrheit völkisch-antisemitischer Weltanschauung und die Notwendigkeit, daraus politische Konsequenzen zu ziehen, eindringlich zu bestätigen schien. Seit seinem Eintritt in die NSDAP im September 1919 wurde Hitler als deren Propagandaredner und schliesslich Führer nicht müde, seinen rassetheoretischen Nationalismus und biologischen Antisemitismus zu verkünden. Schon in seinen frühen Reden und Schriften trat der Rassenantisemitismus als Kern der Hitlerischen Weltanschauung hervor.

Interpretation (lat. = Übersetzung). Ausdeutung, Erklärung.

Kollektiv (lat. collectivus = zusammenfassend). Gemeinschaftlich, Gemeinschaft, Arbeitsgruppe, politische Einheit.

Medium (lat. = Mittleres). ‚Vermittelnde‘ Person (in spiritistischen Sitzungen zwischen Teilnehmern und Jenseits); Träger von Nachrichten; heute für Presse, Rundfunk und Fernsehen verwendet.

Populistisch (lat. populus = Volk). Auf das Volk, die Bevölkerung bezogen.

Rassenlehre, Rassismus. Glaube an die unterschiedliche Wertigkeit der Rassen und den Führungsanspruch ‚höherer‘ Rassen (nordische, arische, europäische etc.) über ‚minderwertigere‘. Siehe auch Begriff Antisemitismus (links).

Raumdoktrin. These, Deutschland benötige eine grössere Bodenfläche, um existieren zu können. Forderung nach «Lebensraum» im Osten, Forderung von Kolonien.

Revisionismus (lat. revisio = Veränderung, Nachprüfung). Versuch, bestehende Zustände zu ändern, meist im Sinne einer Wiederherstellung früherer Zustände.

Sozialdarwinismus. Übertragung des Darwinismus (in der Entwicklungsgeschichte der Tiere und Pflanzen überlebt der Stärkere) auf die menschliche Gesellschaft.

Synthese/Antithese (griech. = Vereinigung, Zusammenstellung). Eine Einheit bilden, einen Zusammenklang finden. Antithese: Eine Gegenüberstellung vornehmen, eine Gegenbehauptung aufstellen.

Traumatisch, Trauma (griech. = verwundet, Wunde). Schockartiges Reagieren auf frühere Verletzungen (körperlicher, psychischer, politischer Art).

Utopisch (griech. = der ‚Nicht-Ort‘, das ‚Nirgendwo‘). Zukunftsgerichtete Wunschland-Vorstellung; von einer neuen besseren Welt träumen.

Virulent (lat. virus = Gift, Saft). Ansteckend, krankmachend, mitreissend, beunruhigend.

Vitalisierung (lat. vita = das Leben). Belebend, kräftigend.

Er bedeutete eine Radikalisierung früherer, traditioneller völkisch-antisemitischer und nationalistischer Gedankengänge, indem das «Judentum» nun als universaler Weltfeind und als Prinzip der Zersetzung schlechthin erschien. Das Judentum stand nach Hitlers Meinung hinter allen Verfalls- und Veränderungserscheinungen.

Als die letzte Etappe im jüdischen Verschwörungsplan betrachtete Hitler den Bolschewismus. Durch die Identifizierung von «jüdischer Weltverschwörung» und bolschewistischer Revolutionsdrohung erhielt sein Antimarxismus die besondere Radikalität.

Wenn Hitler immer wieder «Vernichtung und Ausrottung der marxistischen Weltanschauung» durch eine Bewegung «rücksichtslosester Kraft und Entschlossenheit, bereit jedem Terror des Marxismus einen noch zehnfach grösseren entgegenzusetzen», als Ziel des Nationalsozialismus verkündete, so standen hinter dieser Vernichtungsdrohung zugleich die Vorstellung vom ewigen Kampf der Arten als Gesetz der Geschichte und die endzeitliche Erwartung eines Kampfes um Alles oder Nichts, um «Gesundung» oder völligen Verfall.

Durch die Verbindung mit dem sozialdarwinistischen Gedanken des Kampfes als Lebensgesetz und des daraus abgeleiteten «Recht des Stärkeren» erhält die ursprünglich geschichtspessimistische Rassenlehre einen aktivistischen Charakter und wird zum Programm einer «Rassenpflege» durch Kampf, Eroberung und Vernichtung. Der Krieg war nicht nur Mittel, den Verfall zu stoppen, er war zugleich Quelle der «Gesundung» eines Volkes.

Krieg als Ideal und Voraussetzung für die Erringung von «Lebensraum»

Wollte der Nationalsozialismus den Sinn des Krieges wiederherstellen, dann musste er den Krieg inmitten des Friedens als Bürgerkrieg fortsetzen. Dies war der Kern des nationalsozialistischen Kampfes um die Macht.

Zugleich diente die Rassetheorie der Steigerung des nationalen Selbstbewusstseins. Der Rassestaat der Zukunft sollte den schwachen traditionellen Nationalstaat ersetzen.

Rassenlehre und Raumdoktrin wurden zur Grundlage auch des aussenpolitischen Programms, das Hitler in seiner Rechenschafts- und Programmschrift «Mein Kampf» von 1925 entwickelte. Die Radikalität dieses Raumprogrammes entspricht der Radikalisierung von Hitlers Antisemitismus. Hatten sich seine aussenpolitischen Zielvorstellungen ursprünglich im Rahmen eines nationalen Revisionismus gehalten, d.h. Kampf gegen Versailles und Wiederherstellung der einstigen nationalen Grösse, so entwickelte er in «Mein Kampf» eine hiervon deutlich unterschiedene «Lebensraumdoktrin», in der sich Raumgewinnung im Osten, Vernichtung des Bolschewismus und Vernichtung des Judentums verbanden.

Ziel dieser ebenso primitiven wie in ihrer Wirkung revolutionären Geschichtsideologie war die chiliastische Endzeitvorstellung, welche die Utopie einer rassisch gefestigten, auf die Werte des Blutes und des Bodens gegründeten Agraration mit starker hegemonialer Stellung und einer

Herrenrassen-Existenz versprach. In dieser völkisch-rassischen Neuordnung, die in die utopische Ferne eines agrarischen Grossraums im Osten projiziert wurde, sollten zugleich die wirtschaftlich-materiellen Beschränkungen und Konflikte für immer aufgehoben sein.

*Wirkung durch Doppelgesichtigkeit:
Vergangenheitsbezogen und technokratisch-modern –
reaktionär und sozial – kämpferisch und national*

So charakteristisch diese Raum- und Rassedoktrin für die ideologische Vorstellungswelt des Nationalsozialismus war, so wenig waren diejenigen, die «Mein Kampf» überhaupt gelesen hatten, bereit, Hitler beim Wort zu neh-



KZs und «Vernichtungslager»

Erste «*Wilde Konzentrationslager*» wurden 1933 von der SA und SS in Dachau, Oranienburg, Esterwegen, aber auch in vielen kleinen Orten Deutschlands eingerichtet, um politische Gegner, kritische Intellektuelle, Kommunisten oder einfach nur persönliche Feinde auszuschalten und zu schikanieren. Bezeichnet wurden diese Einweisungen als «*Schutzhaft*» – eine Haft, die schon für Hunderte den Tod bedeutete. Planmässiger Ausbau unter Leitung der SS («*Totenkopfverbände*» als Wachmannschaft) erfolgte seit 1934. Die KZs wurden nun zum Instrument systematischer Ausschaltung aller als Gegner erkannter Menschen, ‚Sammelstelle‘ für billige Arbeitskräfte der Rüstungsindustrie und Erprobungsfeld von Ausrottungsmethoden.

Instrumente der Disziplinierung wurden Kategorisierung der Häftlinge, ein ausgeklügeltes System von Strafen, u.a. Prügelstrafe und Isolierhaft, Zwangsarbeiten und Exekutionen. Neben Kommunisten und Sozialdemokraten, Intellektuellen und Kranken wurden nun auch Juden und Slawen, Zigeuner und andere Landfahrende, aber auch Priester aller Konfessionen, Jesuiten, Sektenmitglieder, Bibelforscher, Logenmitglieder, ‚entartete‘ Künstler, ‚Undeutsche‘, Homosexuelle, Kriminelle, Gebrechliche zu Opfern.

Seit 1935 entstehen grössere KZs in Buchenwald, Gross Rosen, Ravensbrück, Neuengamme, Flossenbürg, Sachsenhausen, Bergen-Belsen, Mauthausen – im Krieg ergänzt um weitere 22 KZs mit 165 Arbeitslagern. Den Arbeitsbedingungen, den Lebensumständen, Schikanen und Seuchen erliegen in diesen KZs Hunderttausende.

Mit dem Krieg und dem Ziel der «*Endlösung der Judenfrage*» (siehe Seite 316) kommt es zum Ausbau grosser «*Vernichtungslager*» in Polen (Auschwitz, Chelmno, Belzec, Treblinka, Sobibór, Majdanek), denen Millionen von Juden, Slawen, Zigeunern, Intellektuellen, aber auch von russischen Kriegsgefangenen zum Opfer fallen. Zu Tode geschunden in den Fabriken der grossen deutschen Unternehmen, vor allem der Rüstungsindustrie, unterernährt, dem Sadismus der Wärter ausgesetzt, stundenlangen Appellen ausgeliefert, medizinischen Experimenten unterworfen und, wenn nicht arbeitsfähig (Frauen, Kinder, Greise), in die Gaskammern getrieben, erschossen, verbrannt, sterben in diesen Lagern etwa 4,5 Millionen Juden, wobei der Tod oft genug Erlösung aus der täglichen Qual, der Angst, dem Hunger, dem Chaos und Leid war.

Die Mehrzahl der Deutschen hat von diesen Greueln nichts gewusst, aber Zehntausende von SS-Leuten, Verwaltungsbeamten, Industriellen, Eisenbahnern standen im Dienst der Vernichtungsmaschinerie. Schuld des ganzen Volkes war es, nicht den Anfängen persönlicher Diffamierung und Verfolgung Widerstand geleistet zu haben.

men, was er jedoch später selbst tun sollte. Charakteristisch war das Programm auch für die grundsätzliche Doppelgesichtigkeit des Nationalsozialismus: radikal reaktionäre, antimoderne Werte der Vergangenheit werden zu Kampfbegriffen einer populistischen Erneuerungsbewegung, atavistische Züge mischen sich mit modernen, technokratischen Elementen. Denn die radikal-reaktionäre Utopie liess sich nur mit den Mitteln der modernsten Massenmobilisierung und der modernsten Rüstungstechnik verwirklichen. Für die Anhänger und Mitglieder dienten die Eindeutigkeit und Radikalität dieses Programmes nur einem Ziel, nämlich die Entschlossenheit zum Kampf um die «völkische Gesundheit» und Erneuerung zu unterstreichen. Für die Massenwirkung Hitlers und der NSDAP hatten die Rassenlehre und Raumdoktrin nur eine untergeordnete Bedeutung. Für die seit 1929 erdrutschartig zunehmende Massengefölgerschaft und Wählerschaft stellten sich Hitler und die NSDAP vor allem als die entschlossenste und kämpferischste Organisation mit dem Willen zur völkischen und sozialen Erneuerung dar. Die Agitations- und Integrationskraft Hitlers und der NSDAP kamen diesem verbreiteten Wunsch nach Erneuerung und Bewahrung am besten nach, und die Gegensätzlichkeit ihres Auftretens und ihrer Ziele entsprach der Zerrissenheit und Umbruchsituation der Gesellschaft. Weder die deutsch-nationale Propaganda noch die sozialistischen Parteien konnten von der Panikstimmung profitieren, die durch die Massenverelendung und die traumatische Erinnerung an Revolution und Inflation erzeugt wurden: Die Hitler-Bewegung trat nie eindeutig sozial-reaktionär auf, auch wenn Hitler im Laufe der Parteientwicklung den eigenen linken Flügel der Strasser-Gruppe mit ihren starken antikapitalistischen, wenn auch völkisch-ständestaatlichen Vorstellungen weitgehend ausschalten konnte. Denn auch in Hitlers Konzept des nationalen Sozialismus, das mehr propagandistische als programmatische Funktion hatte, mischten sich sozial-egalitäre Elemente mit reaktionären, nationalistischen Tendenzen. Propagandistisch wirkungsvolle Formeln des Gegners, besonders des Sozialismus, werden dem Gedanken «volksgemeinschaftlicher» Verpflichtung und nationaler Einheit einverleibt. Die Gleichheit der Uniform und die Allmacht des nationalen Staates verheissen die Ausschaltung aller gesellschaftlichen Konflikte und die erträumte Realisierung der Vereinigung von Arbeiterschaft und Nationalstaat. Zur Klammer zwischen den verschiedenen Antithesen und zum Bezugspunkt der neuen Synthese wird der Nationalismus mit seiner ‚Rückbesinnung‘ auf ‚deutsche Grösse‘ und Volksgemeinschaft.

Führerprinzip als einigende Kraft

Neben der Rassenlehre und der Formel vom *nationalen* Sozialismus stellt das Führerprinzip ein konstitutives und integratives Element für die Ideologie wie für Organisation des Nationalsozialismus dar. Die Führerideologie ist das radikale Gegenbild zu Liberalismus, zu Parlamentarismus und Demokratie. Es enthält ebenso militärisch-autoritäre Elemente wie pseudo-demokratische und pseudo-egalitäre Momente. Der Führer und seine Gefolgschaft bedeuten einerseits die Übernahme militärischer Leit- und Entscheidungsmuster für den politischgesellschaftlichen Willensbildungsprozess, andererseits sind der Führer und seine neue Elite nicht durch die bürgerlichen Karrieremuster von Besitz und Bildung legitimiert, sondern durch ihren Willen zur Tat, ihren Heroismus und durch ihr Durchsetzungsvermögen als Ausweis des Rechtes des Stärkeren.

Zugleich verkörperte der Führer die nationalsozialistische Weltanschauung. Sie errang durch ihn erst ihre Realität und Bestimmtheit. Der Führer hielt die einander widersprechenden Elemente der Weltanschauung zusammen und setzte sie in die politisch-organisatorische Wirklichkeit um. Seine Rolle als Vermittler und Interpret begründete zugleich Hitlers absolute Führungsstellung in der Partei. Innerparteiliche Auseinandersetzungen konnten nicht länger im Namen der Ideologie ausgetragen werden, seitdem Hitler in Weltanschauungs- und Programmfragen seine absolute Führerstellung gegen rivalisierende Gruppen behauptet hatte.

Die frühe Identifizierung von Führer und Idee bestimmte auch die organisatorische Entwicklung der NSDAP. Den Anspruch auf Umsetzung der Führerideologie in die Praxis der Partei hatte der erfolgreiche Parteiredner und Agitator Hitler schon vor 1923, dem Jahr des Hitler-Putsches, angemeldet, doch als bestimmendes Führungsprinzip innerhalb der Parteiorganisation setzte sie sich erst nach Rückkehr Hitlers aus der Festungshaft und dem organisatorischen Neuanfang nach 1925 durch.

Grundlage von Hitlers Führungsanspruch waren seine rednerisch-agitatorischen Fähigkeiten und die sich davon ableitende plebiszitäre Legitimation – die Bestätigung durch das Volk. Sie kam von der Basis und wurde durch die begeisterte Menge stets erneuert. Denn dank des Einsatzes modernster Technik, vom Rundfunk über den Film bis hin zum Flugzeug, mit dem Hitler seine spektakulären Deutschlandflüge durchführte, schien der «Führer» allgegenwärtig wie kein anderer Parteiführer seiner Zeit. Die Entwicklung zur Massenpartei schliesslich brachte den Führermythos zur vollen Wirkung.



*Führerkult und Massenaufmärsche – NS-Erntedankritual auf dem Bückeberg.
Die Reichsparteitage und Erntedankfeste demonstrierten besonders eindringlich
die Technik, mit Massenritualen die Bevölkerung zu faszinieren.*

Das Verhältnis Hitlers zu seiner Gefolgschaft lässt sich als charismatisches Führertum beschreiben, als ein Unterordnungsverhältnis, das weder auf fachlicher Qualifikation noch auf Herkunft und Stand beruht, sondern auf persönlichen, nicht alltäglichen Eigenschaften. Das waren im Falle Hitlers die Irrationalität, die klug geplante und einstudierte Emotionalisierung der Massen und die rauschhafte Identifikation mit dem Führer und der von ihm verkörperten Idee.

Dieses Führertum war einzig auf die Person, nicht auf das Amt des Parteivorsitzenden gegründet. Daraus ergab sich eine Führungsstruktur, die den Grundsätzen rationaler Verwaltung und Organisation vielfach widersprach. So leiteten die regionalen Parteiführer, die Gauleiter, ihre Macht und Kompetenz aus ihrer persönlichen Unterordnung unter den Führer und ihrer eigenen Expansions- und Durchsetzungsfähigkeit als einer Art Bandenführer, nicht aber aus ihrer Amtsführung selbst ab. Diese personale Gefolgschaft erlaubte es den «Alten Kämpfern», alle Versuche der Parteileitung in München, die Parteiorganisation zu straffen, zu unterlaufen.

Denn zwischen seinen Unterführern und Hitler gab es keine mächtige Parteizentrale. Auch die Amts- oder später die Reichsleiter, denen Hitler Teile seiner zentralen Führungsaufgaben delegiert hatte, waren ihm persönlich verpflichtet. Zwischen ihnen gab es an der zentralen Parteispitze weder eine institutionelle noch räumliche Koordination, die Verbindung zwischen ihnen wurde nur durch die jeweilige persönliche Verbindung zu Hitler hergestellt. Auch konnten sich diese Reichsleiter nur durchsetzen, wenn sie wie etwa Goebbels neben dem Parteiamt als Reichspropagandaleiter auch eine Parteigruppierung wie den Gau Berlin als Hausmacht hinter sich hatten. All das verdeutlicht die Herkunft der Partei als Kampfbund und ihren innerhalb der übrigen Parteienlandschaft unverkennbaren hündischen Charakter. Trotz ihrer gewaltigen Expansion im Jahre 1932 war die NSDAP keine einheitliche, regelhafte und hierarchisch geordnete Grossorganisation, sondern ein Geflecht von personenorientierten regionalen und partikularen Machtgruppen und Kleinorganisationen.

Parteiorganisationen und «Sonderprogramme» für die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen

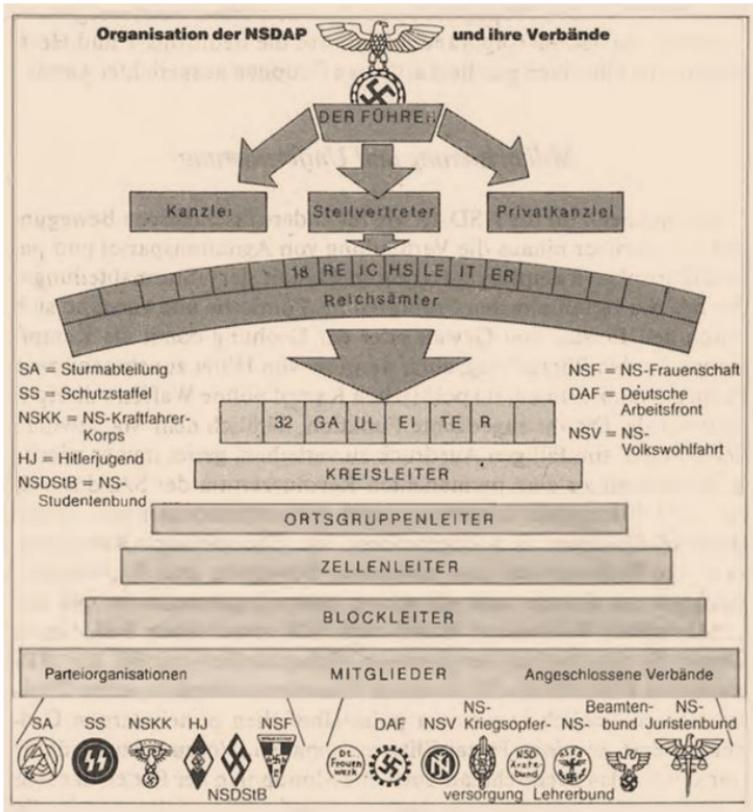
Verstärkt wurden die zentrifugalen, die auseinanderstrebenden Tendenzen innerhalb der Partei durch die mit der Expansion der NSDAP wachsende Zahl von Sonderorganisationen. Sie sollten die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Berufe ansprechen und an die Partei binden. Neben die bereits seit 1926 bestehende «Hitler-Jugend», die als einzige Parteiorganisation den Namen Hitlers trug und die Durchsetzung des Führermythos beweist, traten der «Nationalsozialistische Lehrerbund», der «Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen», der «Kampfbund für deutsche Kultur», der «Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund», der «Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand», um nur einige zu nennen. Schliesslich wurde auch von der widerstrebenden Parteiführung die Gründung einer nationalsozialistischen Arbeitnehmerorganisation zugelassen, der «Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation» (NSBO), die trotz ihrer antimarxistischen Grundausrichtung angesichts der sich verschärfenden «Weltwirtschaftskrise» zunehmend in ein antikapitalistisches und sozialistisches Fahrwasser geriet. Einen anderen Weg schlug man im Falle der Bauern ein, wo man sich grössere Mobilisierungschancen ausrechnen konnte. Hier verzichtete man auf eine eigene Organisation, sondern suchte die bestehenden Verbände zu unterwandern. Gesteuert wurde diese erfolgreiche Aktion von W. Darré und seinem «Agrarpolitischen Apparat».

Unterstützt wurden Propaganda und Agitation dieser Sonderorganisationen durch «Sonderprogramme», die auf die Bedürfnisse und Hoffnungen der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen ausgerichtet waren.

Militarisierung und Uniformierung

Kennzeichnend für die NSDAP wie für andere faschistische Bewegungen war darüber hinaus die Verbindung von Agitationspartei und paramilitärischer Kampforganisation in Gestalt der «Sturmabteilung», der SA. Sie vermittelte den Frontgeist ins Politische und verstand sich durch den Einsatz von Gewalt oder der Drohung damit als Kampftruppe für den Bürgerkrieg, auch wenn sie von Hitler zunehmend zum Propagandainstrument im politischen Kampf «ohne Waffen» diszipliniert wurde. Die ihr zugeordnete Funktion, nämlich dem Machtwillen der NSDAP sinnfälligen Ausdruck zu verleihen, geriet immer wieder in Widerstreit zu dem permanenten Revolutzertum der SA, das sich aus der Freikorpszeit herleitete und im Männerbundcharakter der unteren SA-Einheiten noch ungebrochen war. Die ständigen Rivalitäten zwischen Wehrverband und politischer Bewegung und die Unzuverlässigkeit der SA, die sich nur schwer dem «Legalitätskurs» und der konservativen Stilisierung Hitlers seit 1929 unterordnen liess, waren Grund für den Ausbau der einstigen «Schutzstaffel» zur SS. Ihr 1929 ernannter Reichsführer SS Heinrich Himmler verstand es, seine Organisation schliesslich von einem polizeiähnlichen parteiinternen Ordnungsdienst zu einer Partei-Elite auszubauen. Voraussetzung dafür war sowohl das nachrichtendienstliche Monopol in der Partei, das sich Himmler mit Heydrichs «Sicherheitsdienst» (SD) sicherte, wie die enge Verbindung der SS zur Ideologie und Person Hitlers.

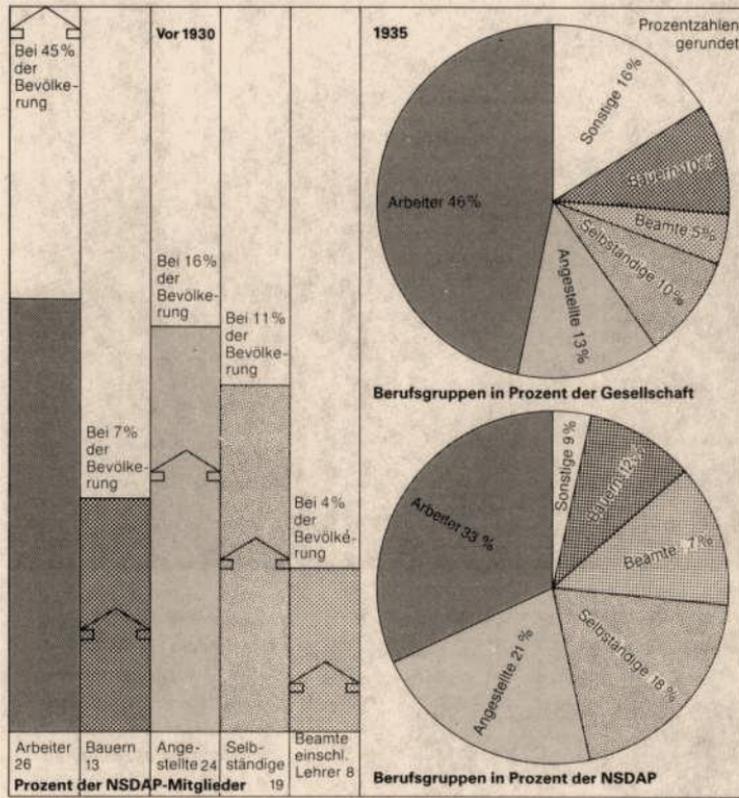
Neben dem Einsatz und der Verherrlichung von Gewalt, die in der Parteiarmee ihren institutionellen Ausdruck fand, bestimmten die Militarisierung und Ästhetisierung des Politischen durch Symbole und Rituale den politischen Stil des Nationalsozialismus ähnlich wie den des italienischen Faschismus. Eine eigene Parteiuniform, das Braunhemd, Fahnen, eine militärische Partei-Rhetorik, Marschkolonnen, Standartenweihen, Blutfahnen, Totenfeiern und ein Märtyrerkult prägten das Erscheinungsbild der NSDAP. Das Parteiemblem war Protest gegen bürgerliche Kleidung und gegen das Grau des Alltags und der Normalität. Es knüpfte zugleich an die militärische Organisations- und Erlebniswelt an, die für die Anhänger durch eigenes Erleben wie durch Erziehung normative Bedeutung hatte. Die Uniform signalisierte die Suche nach Gemeinschaft und Disziplin an



Stelle von Individualismus und Freiheit, und sie versprach eine neue Form der Gleichheit, die sich von der sozialistischen unterschied. Vom bekämpften marxistischen Gegner übernahm man andere Stilelemente: die sozialistische Anrede Partei-»Genosse«, das Rot der Fahnen, das man mit dem traditionellen deutsch-nationalen Schwarz-Weiss-Rot zu verbinden wusste. Man unterlegte sozialistische Lieder mit nationalsozialistischen Texten und ahmte kommunistische Organisationsmuster wie die Strassen- und Betriebszellen nach.

Aufmärsche, Massentreffen, Fahnenappelle und Totenfeiern bestimmten das romantisch-irrationale Grundmuster faschistischer Liturgie. Sie appellierten an die Gefühle, an den Hang zum Abenteuer, zur Gewalt und zur Aktion. Der permanente Einsatz in politischen Aktionen, Appellen und in endlosen Marschkolonnen, die Uniformierung und die Einbeziehung in Scheinverantwortlichkeiten befriedigten den verbreiteten Wunsch

Sozialschichtungen der NSDAP-Mitglieder



nach heroischer Tat des romantischen Individuums wie nach Unterwerfung unter die kollektive Ordnung der Gruppen. Das pseudo-religiöse politische Ritual, von Hitler und Goebbels nüchtern geplant, sollte die Erfüllung vorgenehmen, die Hitler in seinen Reden und Schriften für die nationalsozialistische Zeit der Erneuerung und Erlösung versprach.

Soziales Profil der Mitglieder und Wähler

Aus welchem sozialen Milieu stammten nun die Anhänger Hitlers? Als nationale Sammlungsbewegung und Anti-Bewegung wandte sich die NSDAP an alle Schichten des Volkes. Es gelang ihr tatsächlich eindeutiger als allen anderen zeitgenössischen Parteien zu einer alle Berufsgruppen



«Zucht» und «Ertüchtigung» von Kindern für den Krieg.
Oben: Säuglingszimmer des «Lebensborn», einer nach der «Rassen- und Zuchttheorie» der SS eingerichteten Institution für reinrassigen Nachwuchs der ‚Bräute‘ von SS-Angehörigen. Steinhöring/Obbay. 1938. – Links: Vormilitärische Ausbildung von BDM-Mitgliedern im Rahmen des «Lebensborn»-Programms, 1938.

und Sozialmilieus umfassenden Volkspartei zu werden. Doch veränderte sich der Anteil der einzelnen Berufs- und Sozialgruppen im Laufe der Parteigeschichte, und darüber hinaus waren einige Schichten gemessen an ihrem Gesamtbevölkerungsanteil durchaus ungleichgewichtig vertreten. Besonders in ihrer Entstehungs- und Aufstiegsphase war die NSDAP eine Partei der unteren Mittelschichten, die gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen überrepräsentiert waren. Unterrepräsentiert waren in dieser Zeit jedoch sowohl die Arbeiterschaft als die oberen Mittelschichten, d.h. leitende Angestellte, Beamte, Unternehmer und akademisch gebildete Freiberufler. (Siehe Graphik Seite 183.) Nach 1932 vergrösserte sich der Anteil der oberen Mittelschichten, während der Anteil der Arbeiter den Stand von 1923 hielt. Verstärkt hatte sich in dieser Zeit auch der Anteil bäuerlicher Schichten. Ist es also insgesamt richtig, die NSDAP überwiegend als eine Partei des alten Mittelstandes (Handwerk und Kleinhandel) und des neuen Mittelstandes (Angestellte) anzusprechen, so bleibt der Anteil der Arbeiter bei Mitgliedern wie bei Wählern mit etwa 25 Prozent beachtlich und relativiert die These, die Arbeiterschaft sei besonders resistent gegen den Nationalsozialismus gewesen. Freilich waren die Arbeiter, die zur NSDAP gehörten oder sie wählten, in gewisser Weise «atypisch» gemessen am Bild des klassischen Proletariers. Sie waren meist im öffentlichen Dienst oder in handwerklich organisierten Kleinbetrieben tätig und waren entweder nicht gewerkschaftlich organisiert oder suchten sich gerade von dieser Klassenorganisation abzusetzen.

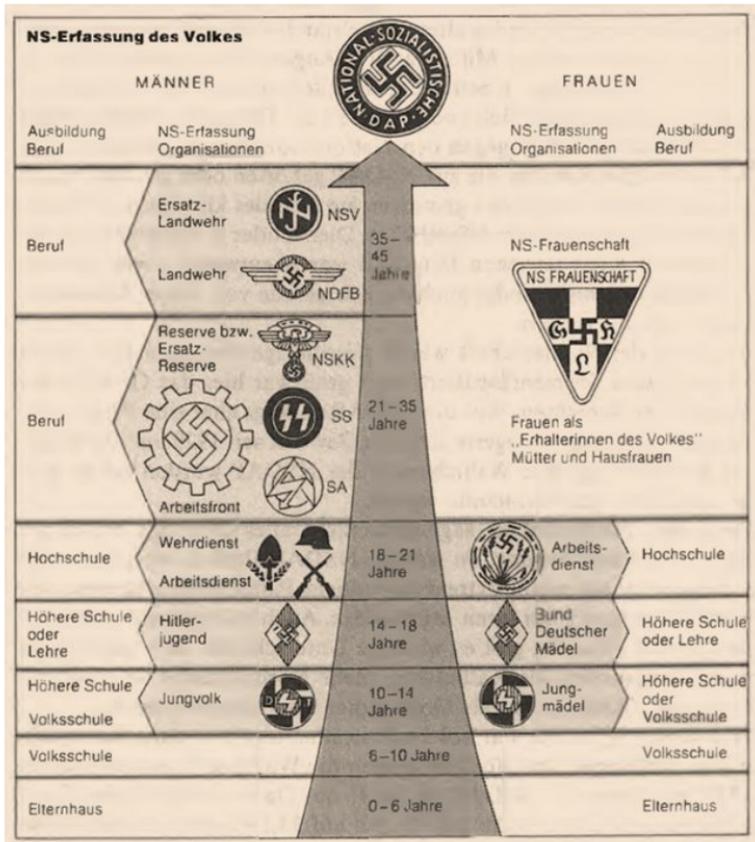
Auch bei der Wählerschaft waren Angehörige des alten und neuen Mittelstandes überrepräsentiert. Sehr gross war hier das Gewicht der bäuerlichen Schichten. War die NSDAP anfangs eher eine Partei städtischer Wähler, so verlagerte sich das Gewicht seit 1929 auf die ländliche Bevölkerung. Die Wahlchancen der NSDAP wurden umso grösser, je kleiner die Gemeinde wurde.

Doch die Berufsstruktur sagt noch nicht alles über das Profil der neuen Massenbewegung. So war die NSDAP ähnlich wie andere Faschismen vor allem eine extrem jugendliche Partei, und zwar sowohl in ihrer Führung wie bei ihren Mitgliedern. Auch in regionaler und konfessioneller Hinsicht gibt es wichtige Unterschiede. So unterstützten mehr Protestanten als Katholiken, mehr Norddeutsche als Süddeutsche, mehr Kleinstädter als Grossstädter die Protestbewegung.

Wie schwierig es aber war, solche Protesthaltungen in dauerhafte politische Bindungen umzuformen, zeigen die Wahlergebnisse des Jahres 1932, bei denen die NSDAP im Laufe des Dauerwahlkampfes dieses Krisenjahres von 37,4 Prozent im Juli auf 33,1 Prozent im November sank. Diese

Ergebnisse bedeuten ausserdem, dass die NSDAP nicht nur im Augenblick eines beträchtlichen Stimmenrückgangs an die Macht kam, sondern dass sie nie über die Mehrheit der Wählerstimmen verfügte; also nicht aus eigener Kraft an die Macht kommen konnte, sondern nur im Bündnis mit der politischen Rechten und gestützt von den traditionellen Machtgruppen aus Grossgrundbesitz, Armee, Bürokratie und Teilen der Schwerindustrie. Denn sie meinten angesichts der schweren Wirtschafts- und Staatskrise und der Scheinalternative Kom

munismus oder Nationalsozialismus den letzteren aufgrund seiner nationalistisch-autoritären Elemente für das eigene Konzept einer staatlichen Restauration im autoritären Sinne einsetzen und den «Trommler» zähmen zu können. Dass Hitler aber kein neuer Bismarck war, sollte sich bald erweisen.



Literatur

Beck, Johannes; Boehncke, Heiner; Heinz, Werner und Vinnai, Gerhard (Hrsg.):

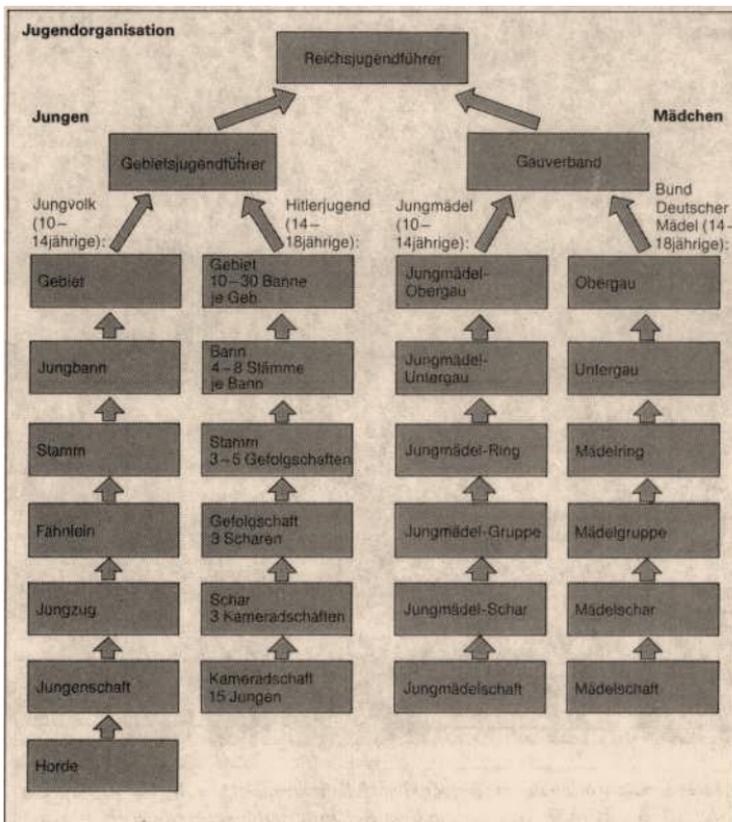
Terror und Hoffnung in Deutschland 1933-1945, rororo-sachbuch 7381

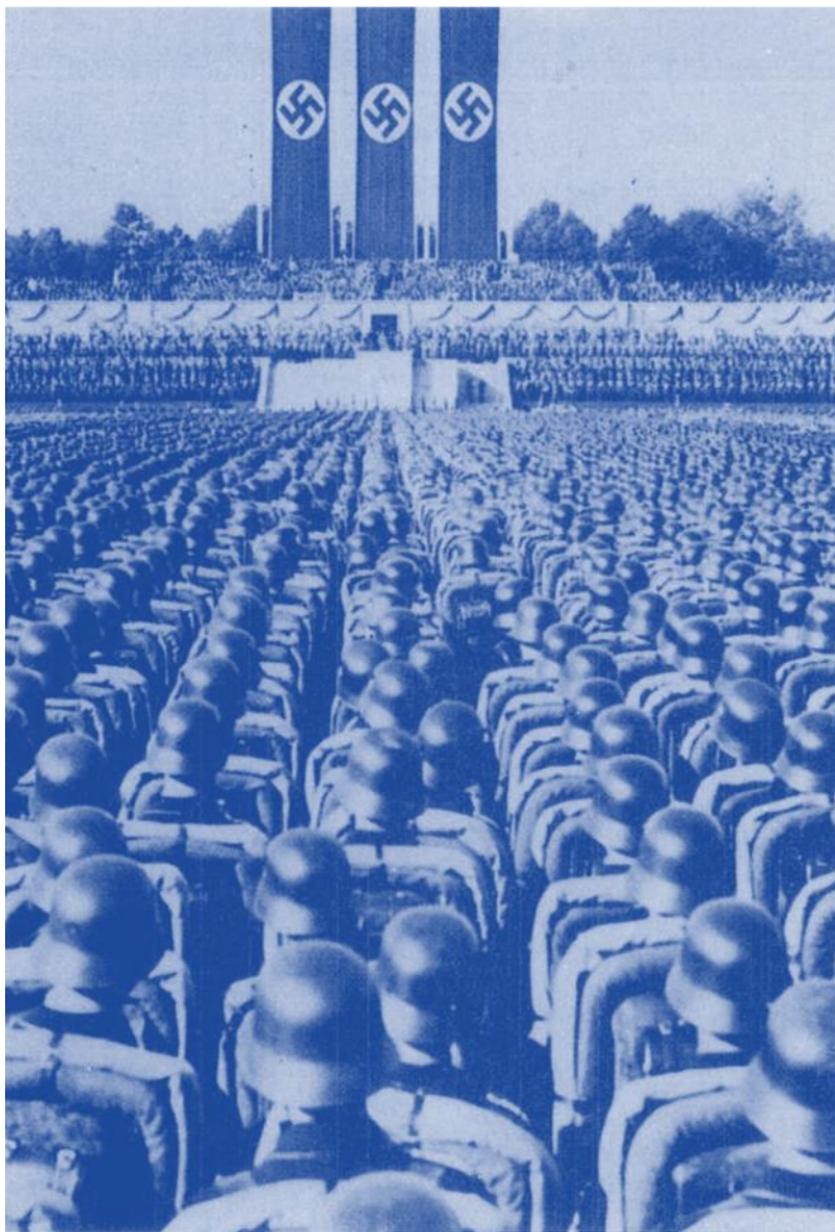
Fest, Joachim C.: Hitler. Eine politische Biographie, Berlin/Frankfurt/M. 1973

Focke, Harald und Reimer, Uwe: Alltag unterm Hakenkreuz (Bd. 1) und:

Alltag der Entrechteten (Bd. 2), rororo-aktuell 4431 u. 4625

Schulz, Gerhard: Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1975





Machtdemonstration dergrossen Zahl nach ikonographischen Regeln. Aufmarsch

HANS-ULRICH THAMER

DAS «DRITTE REICH»

Die Beschlagnahme der Tradition – «Nationale Erhebung» oder Revolution – Konservative Fehlspekulation – Die Machtübernahme – «Gleichschaltungen» – Terror als Programm – «Ermächtigungsgesetz» – Unterwerfung der Beamtenschaft – Ausschaltung der Parteien – Ausschaltung jeglicher Opposition – Techniken der Führung – Stete Veränderung und Kompetenzkämpfe – SS-Staat – Führermythos – Nationalsozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik – Arbeitsbeschaffungsprogramme und « Vierjahresplan» – Rüstungswirtschaft – «Deutsche Arbeitsfront» und «Kraft durch Freude» – Der «Reichsnährstand» – Aussenpolitik – Revision und Aggression – Partnersuche – «Appeasement» und Expansion – Der kalkulierte Krieg – Österreich, Tschechoslowakei und Polen – Der Weg in den Weltkrieg – Terror gegen die Juden – Von der «Reichskristallnacht» zur «Endlösung» – Vernichtungslager – Widerstand gegen Hitler – Der Zweite Weltkrieg – «Blitzsieg», «Sitzkrieg» – «Einsatzgruppen» – Stalingrad – Der Zusammenbruch.

Als Hitler am 30. Januar 1933 vom Reichspräsidenten von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde, trat er an die Spitze einer Koalitionsregierung der sogenannten «Nationalen Konzentration». In ihr besaßen die konservativen Bündnispartner scheinbar das Übergewicht, und die propagandistische Verklärung dieses Tages als «nationale Erhebung» verdeckte den nationalsozialistischen Machtanspruch. Nicht Hitler, sondern Hindenburg wurde als Symbolfigur der nationalen Revolution gefeiert.

Die Machtergreifung *«Nationale Erhebung» oder nationalsozialistische Revolution?*

Neben Hitler übernahmen nur die Nationalsozialisten Wilhelm Frick das Innenministerium und Hermann Göring als Minister ohne Geschäftsbereich sowie als preussischer kommissarischer Innenminister Regierungsämter. Auch als Göring am 11. April noch das Amt des preussischen Ministerpräsidenten erhielt und Joseph Goebbels am 13. März das neu eingerichtete Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda übernahm, schien sich das Gewicht in der Koalitionsregierung nach aussen nicht verschoben zu haben. Diesen wenigen Nationalsozialisten standen gegenüber die scheinbar starken Männer der Regierung, der deutsch-nationale Alfred Hugenberg als Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister, Franz von Papen als Vizekanzler und Reichskommissar für Preussen, und ferner mit Aussenminister Konstantin von Neurath, Finanzminister Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, Justizminister Franz Gürtner und Post- und Verkehrsminister Freiherr von Eltz-Rübenach vier Mitglieder von Papens «Kabinett der Barone». Zusammen mit dem Stahlhelm-Führer Franz Seldte als Arbeitsminister und Reichswehrminister Werner von Blomberg sollten sie die nationalsozialistischen Partner einrahmen. Papens Zähmungskonzept liess sich vielversprechend an.

«Wir haben ihn uns engagiert», verkündete er stolz und umschrieb damit die konservative Konzeption, die sich der plebejischen Massenbewegung zur Stabilisierung im restaurativen und autoritären Sinne bedienen wollte. «In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, dass er quietscht», prophezeite Papen selbstsicher, und mit dieser Einschätzung stand er keineswegs allein. Denn nicht nur die Konservativen unterschätzten mit ihrer Illusion der nationalen Erhebung die Dynamik des Partners, auch auf der politischen Linken sah man den «Trommler» in der Hand reaktionärer Machtzirkel und gab der Regierung Hitler keine lange Frist.

Und selbst als der wilde Terror der SA gegen die Linke immer heftiger wurde, tröstete man sich mit der historischen Analogie, dass die Arbeiterbewegung auch Bismarcks «Sozialistengesetz» überstanden habe. Die verführerische Macht von Geschichtslegenden wurde noch einmal wirksam, als am «Tag von Potsdam», am 21. März 1933, Goebbels alles tat, um der Illusion der «nationalen Erhebung» und der «Versöhnung» des alten Deutschlands mit der «jungen» Bewegung vor der Kulisse der Potsdamer Garnisonskirche und des Grabes Friedrichs des Grossen neue Nahrung zu geben.

Dass der 30. Januar aber vielschichtiger war, als dies die Parole von der «nationalen Konzentration» vermuten liess, und dass der Nationalsozialismus nicht nur konservative, traditionalistische Züge besass, sondern auch eine revolutionäre, dynamische Massenbewegung war, dafür gab es schon am folgenden Tag einige Hinweise, und spätestens im März musste es offenkundig geworden sein.

Bereits am 1. Februar hatte Hitler einen entscheidenden Sieg über seine konservativen Partner errungen, als er entgegen den Koalitionsvereinbarungen Neuwahlen durchsetzte und damit das plebiszitäre Element seiner Bewegung, diesmal noch unter Ausnutzung des staatlichen Apparates, gegen den traditionalistischen deutsch-nationalen Partner Hugenberg ausspielte. Denn dieser stand Wahlen und parlamentarischen Methoden grundsätzlich ablehnend gegenüber, sein Ziel war die Stärkung der präsidentialen, autoritären Macht. Doch Papen sah sein Einrahmungskonzept gefährdet, und auf sein Drängen gab Hugenberg nach: am 1. Februar 1933 wurde der Reichstag aufgelöst. In der Zeit des Wahlkampfes bis zum 5. März entfaltete der Nationalsozialismus wieder seine Doppelstrategie, die sich im Kampf um die Macht schon bewährt und die Mussolini in Italien mit seiner faschistischen Partei bereits zehn Jahre zuvor erfolgreich praktiziert hatte: Legalität und Gewalt, Propaganda und Terror.

Stufen und Formen der «Gleichschaltung»

Entscheidend für die stufenweise Eroberung der Macht waren die hemmungslose Nutzung und Ausweitung der legalen Machtinstrumente und der gleichzeitige Einsatz des nunmehr staatlich geschützten Terrors und revolutionärer Aktionen von der Strasse. Die Nationalsozialisten besaßen nun den Regeln des modernen Staatsstreichs entsprechend im Reich und im grössten Land, Preussen, das Innenministerium und damit die Verfügung über die Polizeigewalt. Mehr noch, Göring als Chef des preussischen

Polizeiapparates liess eine Hilfspolizei von 50'000 Mann aufstellen, darunter 40'000 SA- und SS-Leute. Die nationalsozialistische Parteiarmee erhielt damit staatliche Befugnisse. In seinem berüchtigten Schiessbefehl vom 17. Februar 1933 forderte Göring darüberhinaus seine Beamten zum fleissigen Gebrauch der Schusswaffe auf.

Ziel des offenen Terrors auf pseudolegaler Verordnungspraxis waren alle politischen Gegner, vor allem Kommunisten und Sozialisten. Ihre Verfolgung konnte sich auf die Übereinstimmung der konservativen Regierungspartner und weiter Teile der Bevölkerung stützen. Die Parole «Kampf dem Marxismus», mit der Hitler auch in den Wahlkampf zog, liess viele übersehen, dass mit der staatlich geschützten Unterdrückung der Linksparteien die NSDAP über die entscheidenden machtpolitischen, institutionellen und ausnahmegesetzlichen Hebel verfügte, die in einer zweiten Etappe auch gegen die anderen Parteien und Verbände zu gebrauchen waren.

Einstweilen sah man über vieles hinweg. Auch wenn die Massnahmen der folgenden Wochen teilweise illegal waren, so schien die Legalität scheinbar gewahrt, weil keine der dazu befugten Instanzen im «Kampf gegen den Marxismus» Widerspruch erhob. Grundlage war neben der antimarxistischen Meinungsmache das «präsidiale Notverordnungsrecht» nach Art. 48 der «Weimarer Verfassung» (siehe Seite 87). Es diente schon in den ersten Februartagen dazu, die Tätigkeit der anderen Parteien zu behindern, die Pressefreiheit einzuschränken und sich den Beamtenapparat gefügig zu machen. Mit der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar 1933 zum «Schutz des deutschen Volkes» verfügte man über eine Handhabe gegen die sozialdemokratische und kommunistische Presse, die in 65 Verboten bis zum 27. Februar und in weiteren 108 Verboten bis zum 15. März ihren Niederschlag fand. Zwar gab es noch die Möglichkeit des richterlichen Einspruchs, doch nun war entscheidend, in wessen Händen Polizei und innere Verwaltung lagen. Jetzt zeigte sich auch die folgenreiche Bedeutung des Preussen-Putsches vom Juli 1932 (Staatsstreich von Papens mit Sturz des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun) und der nationalsozialistischen Regierungsübernahme in einigen Ländern schon vor dem 30. Januar. Die Verfügung über Polizei und Justiz ermöglichte die Sanktionierung, die rechtliche Gutheissung revolutionärer, gewaltsamer Aktionen. Mit einer Notverordnung konnte auch der letzte Widerstand in Preussen gebrochen werden: Am 6. Februar wurde der preussische Landtag aufgelöst, alle Befugnisse, die die preussische Staatsregierung noch hatte, wurden auf Göring kommissarisch übertragen. Nach diesem «zweiten Preussen-Schlag» war der Weg für Göring frei: die wichtigsten Ämter der preussischen Verwaltung wurden mit Nationalsozialis-

ten oder mit konservativen Kräften besetzt. Scharfe Verbote und bürokratische Querelen behinderten nun den Wahlkampf der Linken in Preussen.

Der Reichstagsbrand – Grundlage für den NS-Terror

Der Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 beschleunigte die Verfolgungsaktionen, zumindest in Preussen. Denn nicht so sehr die Frage, wer den Reichstag in Brand gesteckt hat und wie dies technisch bewerkstelligt wurde, ist von historischer Bedeutung, sondern die Art und Weise, wie Hitler und Göring dieses Ereignis nutzten, um die Macht zu erobern und zu festigen: Nun bot sich die Gelegenheit, den «Beweis» für den kommunistischen Aufstandsversuch anzutreten und mit der bereits vorbereiteten präsidialen Notverordnung vom 28. Februar «Zum Schutz von Volk und Reich» sich auch die formellen Grundlagen für grossangelegte Verfolgungsmassnahmen und für den Ausnahmezustand zu beschaffen. Noch in der Brandnacht hatte Göring die Verhaftung der Abgeordneten und führenden Funktionäre der KPD, das Verbot ihrer Presse und ausserdem ein vierzehntägiges Verbot der sozialdemokratischen Presse angeordnet. Bis zum 15. März waren aufgrund der «Brandverordnung» 7'784 Personen verhaftet, 95 Prozent davon waren Kommunisten.

Die «Reichstagsbrandverordnung» wurde zum Einlasstor für polizeistaatliche Willkür und nationalsozialistischen Terror. Die improvisierte «Ausnahmezustandsregelung» mit ihren vagen Formulierungen wurde zur eigentlichen «Verfassungsurkunde» des «Dritten Reichs». Alle bürgerlichen Grundrechte wie Pressefreiheit und Freiheit der Person waren generell ausser Kraft gesetzt. Im Unterschied zu früheren Notverordnungen gab es nun keine Appellationsmöglichkeiten der Verhafteten an die Gerichte mehr. Eine weitere Möglichkeit zu willkürlicher Anwendung und Ausweitung war dadurch gegeben, dass der Innenminister keine Ausführungsbestimmung erliess. Zugleich bot sich unter dem Mäntelchen der Legalität die Möglichkeit, auch in die Sicherheitsmassnahmen und damit in die politischen Verhältnisse der übrigen Länder des Reiches einzugreifen.

Wahl im Klima des Terrors

In diesem Klima der legalisierten Rechtsunsicherheit und des offenen Terrors fanden die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 statt, die allenfalls

Die Epoche im Überblick
Das «Dritte Reich»



Stunden, die das Schicksal Deutschlands veränderten. Oben: Der verhängnisvolle Handschlag zwischen Reichspräsident von Hindenburg und »Kanzler« Adolf Hitler am »Tag von Potsdam«, 21. März 1933. – Unten: Der bis heute ungeklärte Reichstagsbrand (27. Februar 1933) war den Nationalsozialisten willkommenes Fanal für die Verfolgung vor allem von Kommunisten und Gewerkschaftlern.



als «halbfreie» bezeichnet werden können. Die beiden Parteien der Linken, SPD und KPD, konnten nicht mehr regulär an den Wahlen teilnehmen, doch trotz der massiven Einschüchterung ihrer Wählerschaft konnten sich die SPD mit 18,3 Prozent (gegenüber 20,4 Prozent im November 1932) gut und die KPD mit 12,3 Prozent (gegenüber 16,9 Prozent im Vorjahr) noch erstaunlich behaupten. Auch das «Zentrum» konnte seine Bastionen bewahren. Trotz äusserster Entfaltung der Propaganda, trotz Terrors und trotz einer Rekordwahlbeteiligung von über 88 Prozent erhielt die Regierungskoalition in diesem Plebiszit insgesamt nur 51,9 Prozent, die NSDAP alleine 43,9 Prozent der Stimmen. Sie ist also niemals von der Mehrheit des Volkes gewählt worden. Mit ihrer Mehrheit hätte die Regierungskoalition von NSDAP und DNVP parlamentarisch regieren können. Statt dessen strebte Hitler mit Hilfe der «Reichstagsbrandverordnung» und dem zusätzlich erlassenen «Heimtückegesetz» vom 21. März danach, die verbliebenen Länder gleichzuschalten und mit dem nun vorgelegten «Ermächtigungsgesetz» das Parlament und die anderen verfassungsmässigen Kontrollorgane vollends auszuschalten.

Bürgerliche Zustimmung – Das «Ermächtigungsgesetz»

Zwei Tage nach der Inanspruchnahme der preussischen Geschichte und der konservativen Stilisierung Hitlers in der ‚Rührkomödie‘ in Potsdam zeigte die NSDAP bei der Vorlage des «Ermächtigungsgesetzes» ihre andere, die revolutionäre Seite. Statt des bürgerlichen Gehrocks von Potsdam dominierten nun die Braunhemden der Partei und die massive Einschüchterung der aufmarschierten SA. Das «Ermächtigungsgesetz», das der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der Parlamentarier bedurfte, gab der Regierung die Möglichkeit, zunächst für vier Jahre ohne Mitwirkung des Reichstages und des Reichsrates regieren zu können. Vor allem aber stärkte das Gesetz entscheidend die Stellung des Reichskanzlers, der nun unabhängig vom «Notverordnungsgesetz» des Reichspräsidenten wie von der Zustimmung des Kabinetts wurde.

Warum konnten die Parteien mit Ausnahme der SPD ihrer Selbstentmachtung zustimmen? Machtpolitisch hatten die Parteien ausserhalb der Regierungskoalition schon ausgespielt. Die Anhänger bürgerlicher Parteien schwenkten aus Verblendung und Furcht sowie aus Opportunismus («Märzgefallene») zur NSDAP. Auch die Gewerkschaften und Teile der SPD zeigten aus Sorge um ihre organisatorische Existenz Züge opportunistischer Anpassung. Die freien Gewerkschaften gaben

Hitler – Göring – Goebbels – Himmler

Adolf Hitler (*1889, † 1945). Sohn eines kleinen österreichischen Zollbeamten. Bestimmend für die Vorstellungswelt des Autodidakten und Dilettanten Hitler, der 1905 den Realschulbesuch in Linz abgebrochen hatte, wurde der Aufenthalt in Wien (1907-1913), der mit dem zweimaligen vergeblichen Versuch der Aufnahme in die Kunstakademie begann und sich seit 1909 zunehmend im Männerheim abspielt. Der Phantast und Einzelgänger, der vom Verkauf gemalter Postkarten lebte, nahm begierig die im gärenden Nationalitätenstaat der Habsburger besonders virulenten nationalistisch-völkischen und antisemitischen Gedanken auf. 1913 siedelte er orientierungslos nach München über. Der Staatenlose und Stellungsflüchtige fand erst als Kriegsfreiwilliger 1914 Selbstbestätigung. Mehrfach verwundet und wegen Tapferkeit ausgezeichnet, kam er nach dem Zusammenbruch 1918 in die Politik, als er, von der Reichswehr in München als politischer «Bildungsoffizier» verwandt, die Zugkraft seiner völkisch-antisemitischen Agitation entdeckte und in die «Deutsche Arbeiterpartei» eintrat (1919).

Hitlers Aufstieg in der bald in «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei» umbenannten Splitterpartei und in der völkisch-nationalistischen Szene Bayerns gründete sich auf sein Talent als Redner und Propagandist. Nach seinem gescheiterten Putsch in München vom 9. November 1923 wurde er zu einer milden Festungshaft von nur knapp einem Jahr verurteilt und verfasste dort seine Rechtfertigungs- und Programmschrift «Mein Kampf».

Nach der Neugründung der von Rivalen gesäuberten NSDAP als charismatischer Führerpartei (1925) setzte Hitler auf eine Doppelstrategie von Gewalt und Legalität, die ihn nach den erdrutschartigen Wahlerfolgen seit 1930 im Bündnis mit konservativen Kräften an die Macht brachte (30. Januar 1933). Nach dem Tode Hindenburgs (2. August 1934) vereinigte Hitler als «Führer und Reichskanzler» die totale Macht auf sich. Seine seit 1938 völlig unbeschränkte Führergewalt nutzte er zur Vorbereitung und Durchführung seines Eroberungs- und Vernichtungskrieges, der unter der Devise ‚Weltmacht oder Untergang‘ mit der Niederlage und dem Selbstmord des Diktators endete (30. April 1945). **Hermann Göring** (*1893, † 1946). Hochdekorierter Kampfflieger des Ersten Weltkriegs, trat er 1922 in die NSDAP ein und nahm als SA-Führer am Hitler-Putsch vom 9. November 1923 teil. Nach seiner Flucht ins Ausland kehrte er 1927 zurück und wurde 1928 als Abgeordneter der NSDAP in den Reichstag gewählt. Nach dem Wahlsieg vom 31. Juli 1932 wurde Göring Reichspräsident, am 30. Januar 1933 Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Hitler. Als preussischer Innenminister war er verantwortlich für die Verfolgungen seit 1933.

Göring vereinte eine gewaltige Ämterfülle auf sich: im Herbst 1933 wurde er preussischer Ministerpräsident und Reichsluftfahrtminister, 1935 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936 «Beauftragter für den Vierjahresplan». Seit 1939, noch zusätzlich Vorsitzender des Ministerrates für Reichsverteidigung und Reichsmarschall, wurde seine Unfähigkeit zu einem konsequenten Rüstungsprogramm unübersehbar. Als er in der ‚Götterdämmerung‘ des Regimes nach Hitlers Posten trachtete, wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess zum Tode verurteilt, beging er vor seiner Hinrichtung Selbstmord.

Joseph Goebbels (*1897, † 1945). Sohn eines frommen katholischen Buchhalters. Schloss sein Studium der Germanistik mit Promotion ab. Seine Begegnung mit Hitler während seiner Münchner Studentenzeit (1922) bedeutete eine Wende in seinem Leben. Goebbels trennte sich 1926 vom linken Flügel der NSDAP um G. Strasser und wurde Gauleiter von Berlin. 1928 wurde er zum Reichspropagandaleiter der NSDAP und am 13. März 1933 zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda ernannt. Glühendster Propagandist des Nationalsozialismus und seines Führers besaß er die Macht über die gesamte Propaganda wie über Presse, Rundfunk und Film; es gelang ihm, die gesamte Kultur «gleichzuschalten» und vor allem ihre jüdischen Repräsentanten auszuschalten. Goebbels war auch der Regisseur der Judenpogrome vom November 1938. Im August 1944 erreichte der Propagandist des «Endsieges» mit der Ernennung zum «Generalbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz» den Höhepunkt seiner Macht. Als einer der letzten in Hitlers Umgebung gab er sich wenige Stunden nach Hitler mit Frau und Kindern den Tod.

Heinrich Himmler (*1900, † 1945). Während seines Studiums war der schwächliche Himmler, dessen freiwillige Meldung zum Fronteinsatz 1917 zurückgewiesen wurde, Mitglied der völkisch-agrarromantischen «Artamanen». Als stellenloser Diplom-Landwirt nahm er am Hitler-Putsch 1923 teil und erhielt 1929 von Hitler das Kommando über die 280 Mann zählende Leibwache, die «Schutzstaffel». Aus ihr schuf er sich mit Geschick die SS als Partielite und Parteipolizei. Sein Machtanstieg nach 1933 führte über die Verfügungsgewalt über die «Politische Polizei» und Konzentrationslager. Nach dem ‚Röhm-Putsch‘ vom 30. Juni 1934 wurde seine SS unabhängig von der SA und Himmler 1936 Chef der gesamten deutschen Polizei, die er weitgehend mit der SS verschmelzen liess. Neben der Verfolgung und Vernichtung der Gegner, vor allem der Juden, machte sich die SS die Züchtung der «Herrenrasse» zur Aufgabe. 1943 wurde Himmler zum Reichsinnenminister ernannt und suchte sich gleichzeitig für die Niederlage rückzuversichern. Von Hitler noch aus der Partei ausgestossen, beging er nach seiner Gefangennahme 1945 Selbstmord. (H.-U. T.)

Text der Zeit

Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch die SPD im Deutschen Reichstag, 23. März 1933 (Rede Otto Wels)

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, dass sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht. Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Masse ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muss sich umso schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.

Die Zustände, die heute in Deutschland herrschen, werden vielfach in krassen Earben geschildert. Wie immer in solchen Bällen fehlt es nicht an Übertreibungen. Was meine Partei betrifft, so erkläre ich hier: wir haben weder in Paris um Intervention gebeten noch Millionen nach Prag verschoben, noch übertreibende Nachrichten ins Ausland gebracht. Solchen Übertreibungen entgegenzutreten wäre leichter, wenn im Inland eine Berichterstattung möglich wäre, die Wahres von Falschem unterscheidet. Noch besser wäre es, wenn wir mit gutem Gewissen bezeugen könnten, dass die volle Rechtssicherheit für alle wiederhergestellt sei [...]. Die Herren von der nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz. Eine erdrückende Mehrheit wäre ihnen in diesem Hause gewiss. [...]

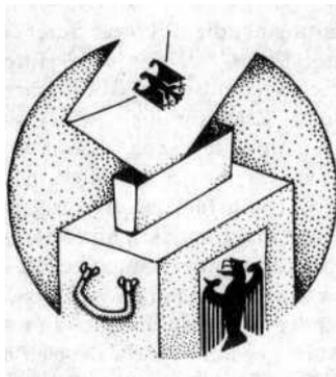
Aber dennoch wollten Sie vorerst den Reichstag ausschalten, um Ihre Revolution fortzusetzen. Zerstörung von Bestehendem ist aber noch keine Revolution. Das Volk erwartet positive Leistungen. Es wartet auf durchgreifende Massnahmen gegen das furchtbare Wirtschaftselend, das nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt herrscht. Wir Sozialdemokraten haben in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sind dafür mit Steinen beworfen worden. Unsere Leistungen für den Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft, für die Befreiung der besetzten Gebiete werden vor der Geschichte bestehen. Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Baronen, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offensteht. Davon können Sie nicht zurück, ohne Ihren eigenen Führer preiszugeben. Vergänglich wird der Versuch bleiben, das Rad der

Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, dass man machtpolitische Tatsachen durch blosse Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann. Wirsehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewusstsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewusstsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüssen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüssen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.

Aus: Verhandlungen des Reichstags, 8. Wahlperiode 1933. (Der Sprecher der Sozialdemokratischen Partei war der Abgeordnete Otto Wels, * 1873 in Berlin, † 1939 in Paris.)





Ausschaltung demokratischer Staatsprinzipien: «Ermächtigungsgesetz», von NSDAP und bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der SPD am 23. März 1933 verabschiedet. Artikel 1 entmachtete das Parlament endgültig.

eine Loyalitätserklärung ab, die SPD war durch Terror und Orientierungslosigkeit demoralisiert. All das kam Hitler beim «Ermächtigungsgesetz» zugute, und ausserdem die verbreitete Überzeugung, durch Mitarbeit und Legalisierung des Ausnahmezustands das Schlimmste verhindern und die eigene Organisation bzw. Existenz retten zu können. Doch war dies letztendlich in den Kategorien des Rechtsstaates gedacht. Die Erfahrung, dass es gegenüber einem totalitären Regime keine Mitarbeit, sondern nur Unterwerfung oder Widerstand geben kann, stand vielen erst noch bevor.

Wie eine Alternative zum «Ermächtigungsgesetz» hätte aussehen können, davon gaben zudem die Braunhemden in und um die Krolloper eine Vorahnung. Auch gegenüber dem deutsch-nationalen Bündnispartner befand sich die NSDAP mittlerweile in einer verbesserten Position. Da die Mandate der KPD nicht ausgeübt werden konnten (ihre Abgeordneten waren mittlerweile verhaftet oder konnten fliehen), besass die NSDAP nun die parlamentarische absolute Mehrheit. Für die 40 Stimmen, die noch zur Zweidrittelmehrheit fehlten, kam es vor allem auf die Haltung des «Zen-



Ausschaltung von Intellektuellen. Bekannte Rundfunkmitarbeiter und Politiker im KZ Oranienburg. Von links: Heilmann, Ebert, Braun, Gieseke, Dr. Magnus und Dr. Flesch. 10. August 1933.

trums» an, nachdem man eine mögliche parlamentarische Obstruktion bereits durch eine eilige Geschäftsordnungsänderung ausgeschlossen hatte, nach der auch unentschuldigtes Fehlen als anwesend galt. Auch das «Zentrum» folgte den Legalitäts- und Opportunitätsüberlegungen und wollte zudem die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Vatikan um das «Konkordatsabkommen» nicht gefährden. So stimmte einzig die SPD unter ihrem Parteivorsitzenden Otto Wels nach dessen mutiger Rede gegen das «Ermächtigungsgesetz» – ein Beweis mehr für das bürgerlich-konservative Deutschland, dass die nationale Revolution gegen die «marxistischen» Feinde nur zu berechtigt war.

Selbstunterwerfung der Beamtenschaft

Auch die Scheinlegalität des «Ermächtigungsgesetzes» gab die Selbstberuhigung, dass die unaufhaltsame Revolution damit in saubere und legale

Bahnen gelenkt war, und gab der formal-juristisch denkenden Beamten-schaft die freudige Gelegenheit, nun ungetrübt am Aufbau des «neuen Staates» teilnehmen zu können. Dass dieser nationalsozialistische Staat zu seiner Stabilisierung der Mitarbeit der konservativen Bürokratie dringend bedurfte, sollten alle folgenden Gesetzes- und Verwaltungstätigkeiten be- weisen. Auch dies ein Beleg für die Verzahnung von Tradition und Revo- lution, die zum Wesen der nationalsozialistischen Machtergreifung und des Faschismus überhaupt gehört.

Abgeschlossen wurde die «Gleichschaltung» bzw. Selbstunterwerfung der Beamtenschaft durch das «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufs- beamtentums» vom 7. April 1933, das dem Staat die vollkommene Macht über missliebige Beamte gab, umgekehrt dem traditionellen Standesbe-

Begriffe

Autoritär (lat. auctor = Urheber). Die eigent Macht durchsetzend. Herrschaft ohne Einschränkung und Kontrolle.

Emotional, Emotionalisierung (lat. emotio – Gemütsregung). Den Gefühlen folgend; die Gefühle statt des Verstandes aktivierend.

Etatistisch (franz. l'etat = Staat). Bestreben, das gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben den Bedürfnissen und Reglementierungen des Staates zu unterwerfen.

Legal, legalisieren (lat. lex = Gesetz). Gesetzmässig, in Übereinstimmung mit dem Gesetz bringen, anerkennen.

Legitimation (lat. legitimus = als gesetzlich ausweisen, für gesetzlich erklären).

Loyalität (franz. = treu). Gegenseitiges Treueverhältnis.

Opportun, opportunistisch (lat. opportunus = der Gelegenheit angepasst).

Anpassung, den günstigsten Weg wählend.

Plebiszit, plebiszitär (lat. plebis scitum = der Entscheidung des Volkes oder der Volksversammlung folgend). Volksentscheid, die Volksmeinung beachtend.

Rational, Rationalität (lat. ratio = Vernunft). Vernünftig, überlegt. Vernunftbe- stimmtsein.

Reaktionär (lat. reagere = gegen wirken, rückwirken). Im Gegensatz zur Ge- genwart und Zukunftsentwicklung lebender, sich nach der Vergangenheit sehrender Mensch. Vor allem in der Politik.

Restauration, restaura tiv (lat. restauratio = Wiederherstellung). Wiederherstel- lung alter Zustände im Sinne einer Reparatur (Kunstwerk) oder alter Verhält- nisse in der Politik.

Zentrifugal (lat. = den Mittelpunkt fliehend). Vom Zentrum wegstrebend.

wusstsein der Beamten schmeichelte. Dass dieses Gesetz zugleich den Rassegedanken in den öffentlichen Dienst trug und «nichtarische» Beamte unter Berufsverbot stellte, mag für viele nur ein Schönheitsfehler gewesen sein. Ebenso hatte man auch die von der SA gesteuerten «Judenboykotte» des 1. April hingenommen, da diese noch durchaus einem «Normal-Antisemitismus» entsprachen, der in vielen Ländern zur vertrauten sozialen Aggressivität gehörte. Bezeichnender für die Herrschaftstechnik des Nationalsozialismus war die Verbindung beider Aktionen. Die Terrorakte der Partei von unten wurden kurz darauf durch den Staat von oben mit dem Gesetz vom 7. April sanktioniert.

Diese Doppelstrategie war für den weiteren Gang der Gleichschaltung wie für die gesamte, sich stufenweise radikalisierende Judenpolitik des «Dritten Reichs» bestimmend. Erkennen konnten und wollten diese Entwicklung nur wenige. Denn unter der Maske der Legalität und der nationalen Revolution ging für die Mehrheit der Bürger das Leben scheinbar ruhig und normal weiter, nicht selten weniger beeinträchtigt als in den Krisenjahren der «Weimarer Republik». Der Preis für diese lange vermisste Ruhe und Ordnung waren im politischen Leben Terror, permanente Propaganda sowie totale Organisation und Kontrolle durch die Partei, die sich im Frühsommer 1933 erfolgreich daranmachte, alle verbliebenen politischen und gesellschaftlichen Rivalen auszuschalten.

«Gleichschaltung» der Parteien

«Gleichschaltung» und Ende der Parteien, die sich im Juni und Juli 1933 vollzogen, konnten auf eine breite Zustimmung zählen, galten doch die Parlamente ohnehin bei der Mehrheit der in autoritären Traditionen aufgewachsenen und erzogenen Deutschen nur als «Schwatzbuden» und die Parteien als überflüssig, egoistisch und für den politischen Entscheidungsprozess nur hinderlich. Nacheinander resignierten und kapitulierten die Parteien vor der Allmacht und dem Terror der NSDAP.

Hatte der Reichstagsbrand schon zum ersten Schlag gegen die SPD gedient, deren Publikationsorgane vorübergehend verboten und deren Mitglieder fast schon vogelfrei waren, so nahmen Verfolgungen und Verhaftungen nach dem «Ermächtigungsgesetz» rapide zu. Die schrittweise Verdrängung aus der Reichs- und Landespolitik liess sich selbst durch die Zustimmung zu Hitlers «Friedensresolution» vom 17. Juni nicht mehr auf-

halten. Für das Verbot der Partei und die schlagartige Verhaftungswelle fanden die Nationalsozialisten eine andere Begründung, nämlich die «staatsfeindlichen Aktivitäten» des Exilvorstandes der SPD.

Mit der gewaltsamen Ausschaltung der politischen Linken, vom nationalen Lager nicht ohne Befriedigung konstatiert, verstärkten sich das Gewicht und der Druck der NSDAP gegenüber den verbliebenen bürgerlichen Mittel- und Rechtsparteien, so dass auch deren Kapitulation vorhersehbar war. Die Auflösung der bürgerlichen Parteien kam zumindest teilweise einer Selbstauflösung gleich. Nur solche Gruppen, die sich widersetzen, wurden durch das Druckmittel einer kurzfristigen Schutzhaft gefügig gemacht. Auch der deutsch-nationale Bündnispartner, der sich den ‚Trommler‘ Hitler noch vor wenigen Monaten hatte kaufen wollen, blieb vom Totalitätsanspruch der NSDAP nicht verschont und musste sich, nachdem der Parteiführer Hugenberg, als ehrgeiziger Wirtschaftsdiktator angetreten, bereits am 26. Juni seinen Rücktritt erklärt hatte, in einem «Freundschaftsabkommen» zusammen mit dem «Stahlhelm» der NSDAP bzw. der SA unterwerfen.

«Gleichschaltung» der Länder

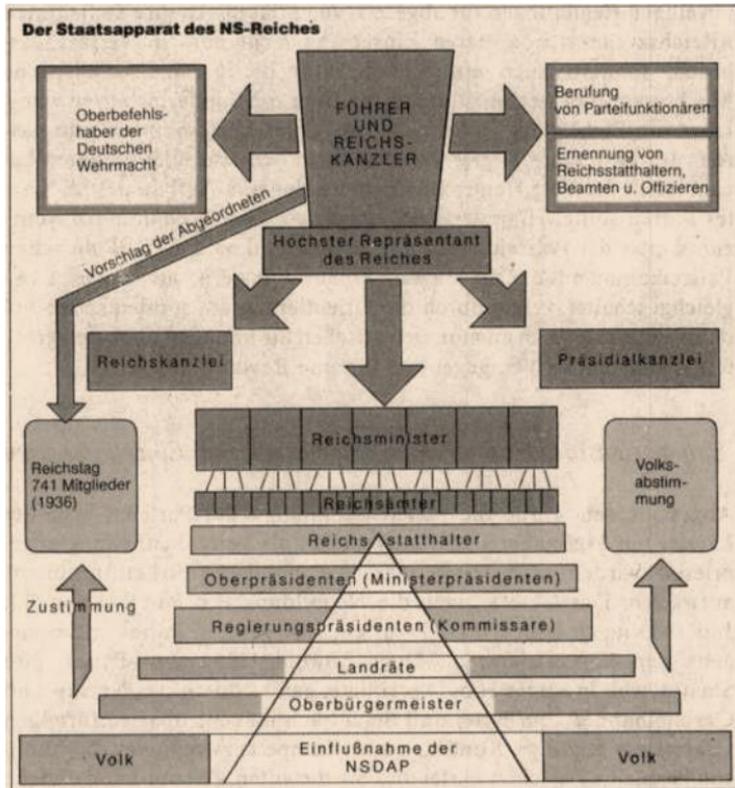
Auch die «Gleichschaltung» der Länder im Frühjahr 1933 folgte dem charakteristischen Weg der pseudolegalen Verwaltungspraxis von oben bei gleichzeitigem revolutionärem Druck und terroristischer Drohung von unten. Ausgangspunkt des Schlages gegen die Länder waren die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 5. März, Ziel der Aktion war, den Reichsrat als letztes Hindernis bei der Errichtung der Diktatur auszuschalten sowie die Verfügungsgewalt über die Polizei zu erringen.

Gerade in den süddeutschen Ländern hatten die Wahlen der NSDAP erhebliche Stimmengewinne gebracht und damit auch die Landesregierungen geschwächt. Ihrer Forderung, das gesellschaftliche und politische Leben an die veränderten Verhältnisse anzupassen, verliehen die Nationalsozialisten durch Massenmobilisierung und Drohung der Parteiarmee den nötigen Druck. Meist verlangten «aufgebrachte» Massenversammlungen das Hissen der Hakenkreuzfahne auf öffentlichen Gebäuden und bewiesen mit diesem theatralischen Schauspiel – bei aller Vordergründigkeit der Aktion – die Bedeutung von Symbolen für den Nationalsozialismus. Die daraufhin entstandenen Tumulte und Weigerungen der betreffenden Landesregierung benutzte die Reichsregierung, um unter Berufung auf die «Reichstagsbrandverordnung» die öffentliche Ordnung und Sicherheit für

gefährdet und die jeweiligen Regierungen für abgesetzt zu erklären. An ihre Stelle traten «Reichskommissare», deren Einsetzung nicht nur ein Verfassungsbruch, sondern auch ein Merkmal für die nationalsozialistische Machtergreifungstechnik durch Schaffung von Sonderinstanzen war. Über die Einsetzung von nationalsozialistischen «Sonderkommissaren» für bestimmte Regierungsressorts in den einzelnen Ländern begann auch der Weg Heinrich Himmlers, der zum Aufbau des SS-Staates führen sollte. Himmler wurde nach der Gleichschaltung Bayerns zum Leiter der Polizeidirektion München und bald zum «Politischen Polizeikommandeur» in Bayern ernannt. Bayern, als letztes Land gleichgeschaltet, zeigte durch die Orientierung am süddeutschen Föderalismus und auch an monarchistischen Strömungen noch den grössten Widerstandswillen gegen die ‚braune Revolution‘.

Einparteienstaat im Spannungsfeld parteiischer Einzelinteressen

Abgeschlossen wurde die «Gleichschaltung» der Parteien bzw. der Länder mit Massnahmen, die nach aussen als Vereinheitlichung angepriesen wurden, nach innen aber neue politische Strukturprobleme aufwarfen. Das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 machte die NSDAP zur einzigen legalen Partei und besiegelte den Einparteienstaat. Doch obwohl Hitler nun Partei- und Staatsgewalt in seiner Hand vereinigte, gab es durch das Neben- und Gegeneinander von Partei und Staat auch im scheinbar einförmigen Führerstaat ständige Konflikte und Kompetenzstreitigkeiten. Ähnliche Probleme zwischen Partei und Staat stellten sich auf Länderebene ein. Denn an die Stelle der Eigenständigkeit der Länder, die mit dem «Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich» vom 31. März 1933 endgültig aufgehoben war, trat die Vielfalt wild wuchernder Ressorts und nicht die versprochene Zentralisierung des Reiches. Die Ministerpräsidenten- und Ministerposten wurden mit «Gauleitern» und SA-Gruppenführern besetzt, und auch in Preussen holte man nun die «Machtergreifung der Partei» nach und setzte in den regionalen Führungspositionen nur noch Nationalsozialisten ein. An die Spitze der preussischen Provinzen traten «Gauleiter» oder SA-Gruppenführer. Trotz der häufigen Personalunion von Partei- und Staatsführung blieben Konflikte zwischen Verwaltung und Partei nicht aus, nicht zuletzt weil nicht alle «Gauleiter» ein Staatsamt erhalten hatten. Auch in den ausserpreussischen Ländern war mit der Personalunion von Partei- und Staatsamt die Reichvereinheitlichung nicht vorangekommen, suchten doch nicht wenige der



machtbewussten «Gauleiter» durch die Selbständigkeit ihrer Verwaltungseinheit zugleich ihre eigene Stellung in der Partei zu stärken. Um diesen Gefahren einer partikularen Machtbildung entgegenzuwirken, wurde bereits am 7. April das «Zweite Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich» erlassen, das mit der Einführung von «Reichsstatthaltern» die Landeshoheit weiter abbaute und diese als «Aufseher» des Reiches gegenüber den nationalsozialistischen Ministerpräsidenten und allen Tendenzen einer weiterreichenden Parteirevolution einsetzte. Im Falle von Preussen bedeutete die Institution des «Reichsstatthalters» eine weitere Schwächung Franz von Papens, dessen bisherige Funktion als «Reichskommissar für Preussen» damit erlosch und der nun von Göring verdrängt wurde, der die Reichstatthalterfunktion in Preussen freilich nur in Vertretung des Reichskanzlers ausübte.



Ausschaltung der Gewerkschaften. Schon wenige Wochen nach der Machtübernahme wurden die Gewerkschaften aufgelöst. – Besetzung des Gewerkschaftshauses am Engelufer, Berlin, 2. Mai 1933.

Die Tatsache, dass als «Reichsstatthalter» auch wiederum nur «Gauleiter» eingesetzt wurden, die sich nun zwischen dem Ministerpräsidentenamt und der neuen, als wichtiger erachteten Aufgabe entscheiden mussten, zeigt die Einflussmöglichkeiten der «Gauleiter» und liess die Herausbildung neuer partikularer Machtschwerpunkte voraussehen. Denn nun kam es zum Gegensatz zwischen nationalsozialistischem Reichsstatthalter und nationalsozialistischem Ministerpräsidenten, der besonders dort gravierend war, wo er alte Partei- und Amtsrivalitäten fortsetzte. Alle Versuche einer tatsächlichen Reichsreform im Sinne einer ‚Verreichlichung‘ wurden von Hitler gestoppt, stand damit doch die Stärkung der autoritären und konservativen Kräfte in der Staatsverwaltung zu befürchten. Hitler stellte sich das Verhältnis von Partei und Staat anders vor. «Nicht der Staat befiehlt uns, sondern wir befehlen dem Staat. Nicht der Staat hat uns geschaffen, sondern wir schaffen uns unseren Staat.» Mit dieser Erklärung vom September 1934 gab Hitler die Richtung an, in der sich das nationalsozialistische Herrschaftssystem bewegen sollte.

«Gleichschaltung» der Gesellschaft: Gewerkschaften, Bauern, Industrie

Sosehr die «Gleichschaltung» der Länder und die Machtmonopolisierung der Partei in manchen Kreisen konservativer Partner Hitlers erste Anzeichen von Ernüchterung bewirkten, so einverstanden waren sie mit der «Gleichschaltung» der Gewerkschaften am 2. Mai 1933, dem entscheidenden Vorgang im Prozess der «Gleichschaltung» der Gesellschaft.

Auch im Falle der Gewerkschaften, deren Macht die Nationalsozialisten besonders fürchteten, griff man auf die bewährte Doppelstrategie von Verführung und Gewalt zurück. Die Betriebsratswahlen im März 1933 hatten dem Regime noch einmal vor Augen geführt, wie stark die Loyalitätsbindungen der Arbeiterschaft an ihre Organisationen waren. Daher vermied man die offene Konfrontation und stoppte die zahllosen wilden lokalen Aktionen der nationalsozialistischen «Betriebszellenorganisation» (NSBO) gegen Gewerkschaftseinrichtungen und -funktionäre des März 1933.

Statt dessen bereiteten die Nationalsozialisten unter Führung von Robert Ley, dem Organisationsleiter der Partei und späteren Führer der «Deutschen Arbeitsfront», eine zentrale Gleichschaltungsaktion vor. Der Name dieser Vorbereitungsgruppe für eine Gewaltaktion beleuchtet den Missbrauch von Worten, in dem die Nationalsozialisten Meister waren: «Aktion Komitee zum Schutz der deutschen Arbeit».

Dem Gewaltakt ging ein ausserordentlich geschickt angelegtes und durchgeführtes Täuschungsmanöver voran. Man erklärte den 1. Mai, den traditionellen Tag der internationalen Arbeiterbewegung, zum «Feiertag der nationalen Arbeit», was er selbst in der «Weimarer Republik» nicht war. Die Gewerkschaften, die aus Furcht vor den Übergriffen der SA ihre Loyalität zum Regime und ihre Beschränkung auf den «sozialen Bereich» erklärt hatten, wiegten sich in der Hoffnung, nun lasse sich der Traum von der Einheitsgewerkschaft verwirklichen. Darum beteiligten sie sich auch an den riesigen Massenveranstaltungen, die die Nazis überall im Reich am 1. Mai durchführten und die Hitler den Rahmen boten, das Hohelied des deutschen Arbeiters zu singen und sich selbst als Sohn des Volkes darzustellen.

Am nächsten Tag jedoch erfolgte nach Leys Plan die Zerschlagung der Gewerkschaften. Im ganzen Reich wurden die Gewerkschaftshäuser durch SA und SS unter Leitung von Partei und NSBO besetzt und die führenden Gewerkschaftler in «Schutzhaft» genommen. Der Apparat der Gewerkschaften mit seinen kleinen Funktionären und Mitarbeitern musste unter Aufsicht der NSBO zunächst Weiterarbeiten. Doch nicht ihr, son-

dern der bald gegründeten «Deutschen Arbeitsfront» (DAF) wurden schliesslich Gewerkschaftsmitglieder und -vermögen einverleibt. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften wurde auch die Tarifhoheit der Sozialpartner beseitigt.

Für viele unfassbar, hatte sich diese Gewaltaktion ohne Widerstand vollzogen. Sie wurde wahrscheinlich nur möglich, weil die Gewerkschaftsbewegung durch Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit gelähmt war und weil der Nationalsozialismus auch durch die Arbeiterbewegung unterschätzt wurde, die ihre Illusionen und Niederlagen mit dem konservativen Lager teilte. Wie die Arbeiter, wurden auch die Bauern in einer Monopolorganisation, dem «Reichsnährstand», zusammengefasst, doch bedurfte es hier keiner Gewalt, nachdem die Bauernorganisationen schon vor der Machtergreifung unterwandert waren und nun mit fliegenden Fahnen zum Nationalsozialismus und seinen Verheissungen übergingen.

Weniger tiefgreifend als im Bereich der Arbeiter und Bauern war die «Gleichschaltung» der Industrieverbände. Sie konnten dank ihrer sozialen und wirtschaftlichen Macht und durch geschicktes Taktieren ihre Selbstverwaltung gegen versuchte Eingriffe sozialradikaler Elemente der NSDAP behaupten, und zwar mit Hilfe des Staates, der gerade die Grossindustrie für seine ehrgeizigen Aufrüstungspläne brauchte. So passte man sich nur äusserlich der nationalsozialistischen Stände-Ideologie gewissermassen durch Auswechseln des Firmenschildes an: aus dem «Reichsverband der deutschen Industrie» wurde unter Führung Krupps der «Reichsstand der deutschen Industrie», und trotz des Ernennungsrechts des Wirtschaftsministers blieben dieselben Personen an der Spitze der Wirtschafts- und Fachgruppen. Trotz aller Kooperation und Bündnisse, die für beide Seiten Vorteile brachten, hatte sich aber das Regime auch im Bereich der Industrie damit Einfalltore geschaffen, die die Bindung der Industrie an staatliche Kontroll- und Lenkungsinstrumente erlaubte.

«Ausschaltung» der inneren Opposition: Der ‚Röhm-Putsch‘ als Vorwand

Hatte die «Gleichschaltung» der Parteien, Länder und gesellschaftlichen Organisationen den Prozess der Machtkonsolidierung und -monopolisierung auf drei Ebenen vollzogen, so musste Hitler nun daran interessiert sein, auf der vierten Ebene auch die innere Opposition in der nationalsozialistischen Bewegung auszuschalten.

Hitler und die nationalsozialistischen Regierungsmitglieder, an ihrer Spit-

ze der etatistisch eingestellte Innenminister Frick, verkündeten bei verschiedenen Gelegenheiten seit Juli 1933 die Revolution für beendet. Doch ging in der Partei das Wort von der «zweiten Revolution» um, die notwendig sei, um die eigentlichen Ziele des Kampfes nun auch gegen die Reaktion durchzusetzen. Die, die solches forderten, hatten oft im Machtergreifungsprozess noch nicht das erhoffte Amt, den Platz an der Futterkrippe, erreicht. Sie fanden sich meistens in der SA, die als Bürgerkriegstruppe den politischen Strassenkampf geführt und den Weg zur Macht mitbereitet hatte, deren Aufgabe aber nun im Zeichen der Machtkonsolidierung und des Machtbündnisses mit den traditionellen Eliten aus Grosswirtschaft, Bürokratie und Reichswehr ungeklärt war und deren revolutionäres Potential Hitlers Taktik der konservativen Mässigung und Stilisierung gefährlich werden konnte. Die SA verlangte ihren Tribut, und ihr Führer Ernst Röhm forderte die Verschmelzung von SA und konservativer Reichswehr zu einer Miliz unter seinem Oberbefehl. Hinter dieser Forderung standen das Misstrauen Röhm's, das im Grunde auch Hitler teilte, gegen das konservativ-monarchisch gesonnene Offizierskorps als auch die sozialradikalen Traditionen des Nationalsozialismus insgesamt, die aus taktischen Gründen seit 1929 zurückgedrängt worden waren. Dass die Reichswehr den Parolen der SA, die den «grauen Fels» der Reichswehr in der «braunen Flut» der Bewegung untergehen lassen wollte, äusserst misstrauisch gegenüberstand, ist nicht verwunderlich, gerade weil die Reichswehr noch ein Bollwerk der konservativen Mächte im Bündnis mit Hitler war. Doch auch Hitler musste aus taktischen Überlegungen seine SA disziplinieren und das Waffenmonopol der Reichswehr einstweilen garantieren, denn die Pläne einer Volksmiliz passten nicht in sein Rüstungsprogramm und in seine Kriegsvorbereitungen. So entschied sich Hitler für die Reichswehr gegen die SA, wobei er – als natürliche Verbündete – auf die Parteiführer Göring, Goebbels und Hess und vor allem auf die SS mit Himmler und Heydrich zählen konnte. Denn gerade deren Machtstellung, die sie sich von der politischen Polizei her gerade aufbauten, wäre durch einen Erfolg der SA zerstört worden.

Die Fronten waren geklärt, die Entscheidung wurde durch den bald zu erwartenden Tod Hindenburgs beschleunigt. Hitler erstrebte für diesen Fall die Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten. Doch eine Vereidigung der Reichswehr auf ein Staatsoberhaupt Hitler war ohne die Zustimmung der Reichswehrführung nicht zu erreichen. In dieser Situation, als die Gerüchte von Putschplänen der SA umgingen und die Reichswehr sich in erhöhter Alarmbereitschaft befand, setzte eine kluge Regie die Aktion gegen die SA ins Werk. Röhm befand sich mit sei-

ner SA-Führung in Bad Wiessee «in den Ferien», wo Hitler ihnen überraschend am 30. Juni 1934 entgegentrat. Dies war der Auftakt zu einer dreitägigen Mordaktion, die sich nicht nur gegen die SA-Führung, sondern auch gegen andere richtete, die sich politisch unliebsam gemacht hatten und mit denen eine Rechnung zu begleichen war. Weder Gregor Strasser, der innerparteiliche Opponent, der sich völlig zurückgezogen hatte, noch General von Schleicher, der ehemalige Staatskommissar von Kahr, der Rivale und Gegner beim Hitler-Putsch 1923, noch die engsten Mitarbeiter Papens, von Böse und E. Jung, hatten das geringste mit den Plänen und dem Gerede der SA zu tun. Dennoch fielen sie alle dem von der Staatsführung geplanten, mit Beihilfe und Begünstigung der Reichswehr durchgeführten Mord zum Opfer.

Hitlers Begründung für die Erschiessung der SA-Führer, er habe empört gegen die in SA-Kreisen um sich greifende Homosexualität vorgehen wollen, war ebenso fadenscheinig wie abgeschmackt. Der Hitler, der sich nun als Wahrer der deutschen Ehre und Sittenreinheit feiern liess, hatte von der gerichtsnotorischen Homosexualität Röhm schon lange gewusst, und dies hatte ihn nicht daran gehindert, ihm die SA-Führung anzuvertrauen. Die machtpolitischen Zusammenhänge und Folgen dieser «deutschen Bartholomäusnacht» blieben den meisten Zeitgenossen verborgen; sie trösteten sich damit, dass hier das Gute über das Böse gesiegt und der «Führer» Ordnung geschaffen habe. Die Bezeichnung «Röhm-Putsch», die sich bald einbürgerte, spiegelt diese Täuschung, die durch die nachträgliche Rechtfertigung der Mordtaten durch das Reichskabinett als Staatsnotwehr bestärkt wurde. Hitler nahm nun vor dem Reichstag die höchste richterliche Gewalt für sich in Anspruch. Damit waren Rechtsstaatlichkeit, richterliche Unabhängigkeit und Gewaltenteilung endgültig aufgehoben. Der angesehene Staatsrechtler Carl Schmitt beeilte sich, die Herrschaft der Gewalt zu legitimieren: «Der Führer schützt das Recht», so schrieb er, «vor dem schlimmsten Missbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft. [...] Der wahre Führer ist auch immer Richter.» Hitlers Machtstellung war damit als grundsätzlich unumschränkt anerkannt.

Als Erfolg meinte auch die Reichswehrführung den «Röhm-Putsch» für sich verbuchen zu können. Doch sie hatte ihr Waffenmonopol um den Preis der Beihilfe zum Mord erkaufte, und es blieb die Frage, wie lange sie diese Position würde behaupten können, nachdem sie nun moralisch korumpiert und politisch in den Führerstaat verstrickt war. Denn ihr potentiell weitaus gefährlicherer Rivale, die SS, war als der eigentliche Sieger

aus der Affäre hervorgegangen: Himmler hatte sich und seinen auf den Führer verpflichteten Orden aus der Abhängigkeit von der SA befreit und sich als zuverlässiges politisches Werkzeug der Führermacht bewiesen. Abgeschlossen wurden das politische Geschäft und auch die nationalsozialistische Machtergreifung, als Hindenburg kurz darauf am 2. August 1934 starb und Hitler die Ämter des Reichskanzlers und Reichspräsidenten in Personalunion übernahm. Noch am selben Tag wurde die Reichswehr auf die Person Hitlers, der sich nun «Führer und Reichskanzler» nannte, vereidigt. Es war die ungewöhnliche Eidesbindung an die Person des Führers, nicht etwa an Verfassung oder Vaterland, die die Verstrickung der Armee in die Politik der Gewalt andeutete und später den Offizieren des Widerstandes schwere Gewissenskonflikte bereiten sollte.

Der Führerstaat

Hitlers Diktatur war im Sommer 1934 endgültig gefestigt, nachdem der Einparteiensstaat bereits seit einem Jahr bestand. Im Vergleich zum faschistischen Italien fallen Tempo und Radikalität der Machtergreifung auf. Hatte Mussolini von 1922 bis 1926 vier Jahre benötigt, um sein Regime zu konsolidieren, so hatte dies bei Hitler nur sechs Monate gedauert. Musste sich Mussolini die Macht mit den konservativen Machtgruppen und dem König teilen, so hatte Hitler nicht nur durch Gewalt, Kalkül, plebiszitäre Zustimmung, Intrigen und Zufall eine unvergleichliche Machtfülle erobert. Sein Regime war darüber hinaus von einer rastlosen Dynamik erfüllt, die alle Grundlagen autoritärer Staatlichkeit, wie sie sich die konservativen Bündnispartner 1933 erhofft hatten, immer weiter aushöhlen und durch den permanenten Ausnahmezustand ersetzen sollte. Man hat den Staat Hitlers schon sehr früh als «Doppelstaat», als Neben- und Gegeneinander des zum «Normenstaat» gewordenen Apparats der staatlichen Behörden und des von der Partei ausgeübten «Massnahmenstaates» bezeichnet, der das alte Staatsgefüge aushöhlt. Betrachtet man die Lenkungs- und Entscheidungsprozesse in der nationalsozialistischen Diktatur, die sich mit dem traditionellen Staatsbegriff nicht erklären lässt, noch genauer, so lässt sich immer die zunächst erstaunliche Feststellung einer Vielzahl von weitgehend unabhängigen, miteinander konkurrierenden Herrschaftsträgern und -methoden machen. Eine Herrschaft der ständigen Kompetenzkonflikte, die eher das Bild eines geordneten Chaos als

einer einheitlichen, geschlossenen Diktatur unter einem allmächtigen und alles regierenden Führer bietet, wie es Goebbels Propaganda so gern den Zeitgenossen einhämmern wollte. Wenn das Herrschaftssystem des «Dritten Reiches» sich tatsächlich als eine solche «Polykratie», als eine Vielzahl von Herrschaftsträgern unter dem Führerwillen beschreiben lässt, dann stellt sich zum einen die Frage, wie ein solches System eine solche Kraft und Macht entfalten konnte, und zum anderen, welche Stellung eigentlich Hitler in diesem System einnahm.

Beginnen wir mit der Beschreibung der Herrschaftsträger, die im Prozess der Machtergreifung eine entscheidende Rolle spielten und das Regime stützten: Hitlers Machteroberung war möglich geworden durch das Einvernehmen zwischen Reichswehr, Bürokratie, Grossagrariern, Teilen der Schwerindustrie, konservativen Parteien und der NSDAP, d.h. durch ein Bündnis zwischen konservativen Machteliten und Nationalsozialismus. Es war ein Bündnis zur Wahrung gegenseitiger Interessen und mit Vorbehalten. Die Reichswehr suchte ihr Gewaltmonopol zu sichern und auszubauen, die Grosswirtschaft wünschte den starken Staat und die Rückkehr zur Sozialpolitik des Kaiserreichs, d.h. eine Schwächung oder Ausschaltung der Arbeiterbewegung. Die Staatsbürokratie suchte ihren traditionellen politischen Einfluss und sozialen Status gegen die Kräfte des Parlamentarismus und der Parteien zu behaupten. Dem Nationalsozialismus ging es um die Verfolgung und Vernichtung der politischen Linken und des liberal-demokratischen Systems, aber auch um die Ausschaltung konservativer Verbände und Machtpositionen. Bereits das erste Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft bewies, dass zum Wesen des nationalsozialistischen, polykratischen Herrschaftssystem die *stete Veränderung* der Herrschaftsbeziehungen gehört. So verlor vor allem die Staatsbürokratie bereits im Zuge des Machtergreifungsprozesses an Einfluss und Unabhängigkeit. Die Grosswirtschaft hingegen konnte sich ihre Kontrolle über ihren Betrieb ausbauen und sichern, die Reichswehr unter hohem Preis ihr Waffenmonopol einstweilen sichern. Die NSDAP eroberte sich durch die Ausschaltung der republikanischen und konservativen Verbände eine Machtposition, die ihr zunehmende Vorteile auch gegen die konservativen Machtgruppen und gesellschaftlichen Eliten verschaffte.

Die NSDAP mit ihren Untergliederungen war das dynamische Element in dieser Herrschaftsbeziehung. Nach dem Abschluss der Machtergreifung verlor sie ihre ursprüngliche Aufgabe als Agitations- und Mobilisierungsorgan. Die internen Spannungen, die sich aus diesem Funktionsverlust ergaben, zeigten sich zuerst am Beispiel der SA und ihrer Unzufriedenheit mit dem Herrschaftskompromiss. Statt auf offene Konfrontation oder ei-

nen Putsch, wie ihn die SA vor ihrer Disziplinierung androhte, richteten sich die Energien und die Dynamik der NSDAP nun darauf, in die Sektoren der Politik und Gesellschaft weiter einzudringen, die durch den Prozess der Machtergreifung frei wurden oder blieben und die dem totalitären Herrschaftsanspruch des Nationalsozialismus nicht entzogen bleiben durften. Dieser Durchdringungs- und Expansionsvorgang führte zu einer immer grösseren Auffächerung der NSDAP und ihrer Organisationen. Am Ende des Differenzierungsvorgangs hatten sich zwei Machtkomplexe innerhalb des Nationalsozialismus herausgebildet, die mit der Verselbständigung der nationalsozialistischen Herrschaft ihrerseits neue Rivalitäten untereinander entwickelten: nämlich der Komplex der politischen Organisation der NSDAP und der Komplex von SS, SD und Gestapo. Die Versuche der SA bzw. der «Deutschen Arbeitsfront» (DAF), sich als eigenständige Herrschaftsträger zu etablieren, waren 1934 am Widerstand der konservativen Machteliten aus Reichswehr bzw. Wirtschaft und der NSDAP-Führung gescheitert. Erfolgreicher verlief hingegen der Aufstieg des SS-Komplexes, da Himmler es verstand, seine Position als Exponent des Führerwillens schrittweise und gewissermassen auf schleichendem Wege auszubauen.

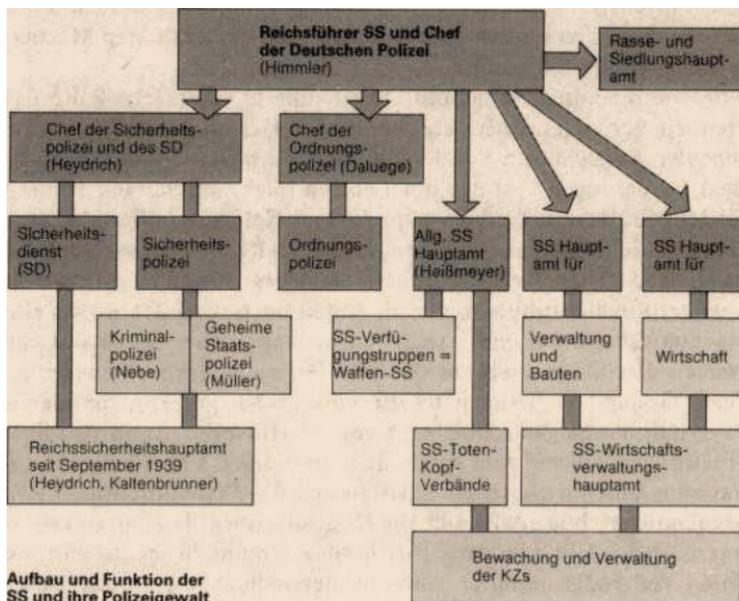
Symptomatisch für den Führerstaat: der Aufstieg der SS

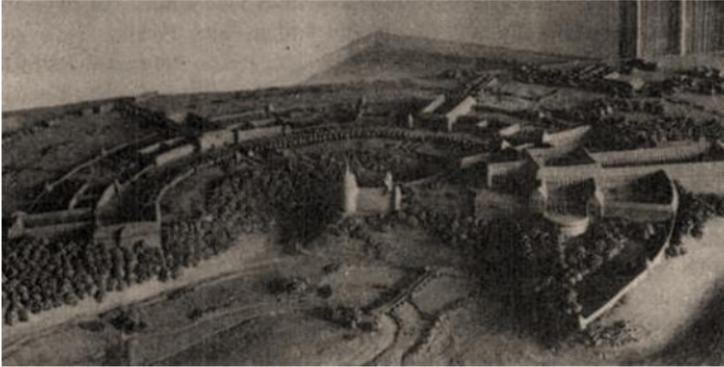
Der Aufstieg der SS von einer Unterabteilung der SA zu einem mächtigen Herrschaftskomplex innerhalb des NS-Regimes, den man sogar als SS-Staat bezeichnet hat, ist kennzeichnend für die Herrschaftstechnik und die Herrschaftsziele des Nationalsozialismus insgesamt. Denn die SS ist sowohl die reinste Verkörperung der nationalsozialistischen Konzeption einer Weltanschauungspartei wie unmittelbares Instrument der Führergeherrschaft neben dem Normenstaat und gegen den Normenstaat. Der SS-Komplex ist im nationalsozialistischen System zudem das deutlichste Beispiel für die Verschmelzung von Partei- und Staatsaufgaben in einer führerunmittelbaren Sonderorganisation und deren schrittweiser Verselbständigung vom traditionellen Staatsapparat.

In der Geschichte der SS zeigt sich beispielhaft der Prozess der Differenzierung neuer Kader und Organisationen und deren Radikalisierung und Durchdringung der Gesellschaft. Voraussetzung dafür waren die persönliche Bindung an Führer und Idee des Nationalsozialismus und das hierarchisch-elitäre Selbstverständnis von Himmler. Aus der persönlichen Leib-

wache Hitlers entwickelte sich schon vor 1933 die «Schutzstaffel» (SS) als allgemeine Polizei der Partei. Nach der Machtergreifung wiederholte sich bzw. setzte sich dieser Prozess fort: aus der SS bildete sich eine Stabs- wache für Adolf Hitler, die zur Grundlage für die spätere «Leibstandarte» Hitlers wurde. Daneben wurden als SS-Kerntruppen die «Bereitschaft», später «SS-Verfügungstruppen» geschaffen, die dann im Krieg den Kern der «Waffen-SS» als Konkurrenz zur Wehrmacht bildeten. Daneben bildeten sich für die Sonderaufgabe der Bewachung von Konzentrationslagern die «SS-Totenkopfverbände».

Voraussetzung für den politischen Machtgewinn im Staate Hitlers war die schrittweise Durchdringung des Polizeisystems durch die SS. Mit seiner Ernennung zum «Politischen Polizeikommandeur» in Bayern im Frühsommer 1933 hatte Himmlers Aufstieg zum Chef der gesamten «Politischen Polizei» in den Ländern und zum Herrn über die Konzentrationslager begonnen. Der Aufbau der «Politischen Polizei», mit der die Phase des wilden Terrors in systematischere Bahnen gelenkt wurde, erfolgte auf zwei verschiedenen Wegen. Zunächst wurden in Bayern wie in Preussen diejenigen Abteilungen, die bisher politische Straftaten bearbeitet hatten, verselbständigt und jeder parlamentarischen Kontrolle und der Überwa-





Irrationalismus und Grössenwahn.

Die dreieckige Burganlage der Wewelsburg bei Büren, von Himmler zum Mittelpunkt des arisch-germanischen Reichs deklariert, sollte Zentrum einer überdimensionalen SS-Führerschule werden. Modell 1939.

chung durch die Justiz entzogen. Damit kündigte sich bereits die Tendenz an, die «Politische Polizei» zu einem offensiven Instrument der Führerge-
walt umzuwandeln, die gegen alles gerichtet war, was die Durchsetzung
des totalitären Machtanspruches gefährden konnte.

Während die mittlerweile politisch gesäuberte «Politische Polizei» in
Preussen zur «Geheimen Staatspolizei» (Gestapo) erhoben wurde, aber
der Aufsicht von Sonderkommissaren bzw. den widersprüchlichen Forde-
rungen Görings unterworfen blieb, durchbrach Himmler zunächst in Bay-
ern die Verwaltungs- und Gesetzeskontinuität, die in Preussen die Gestapo
noch auszeichnete. Hatte diese unter ihrem Leiter Diels, der sich einem
autoritären Staatsbegriff und einem Normenstaat verpflichtet fühlte, we-
der die Mittel noch die Intention zu einer Machtkonzentration und -expa-
sion, so war das bei der «Politischen Polizei» Himmlers durchaus der Fall.
Denn im Vergleich zur berüchtigten Gestapo in Berlin hatte die «Politi-
sche Polizei» Himmlers in Bayern durch die Verschmelzung von SS-
Hilfspolizei und staatlicher «Politischer Polizei» zum einen die notwendi-
gen Mittelinstanzen und war zum anderen gleichzeitig Bestandteil des
Parteiordens.

Als ebenso wichtig erwies sich die Kontrolle über die Konzentrationsla-
ger, die sich Himmler hatte zusichern lassen und die er mit seinen eigenen
Verbänden ausübte. Auch in diesem Fall war die Gestapo in Berlin auf die
Unterstützung durch die SA angewiesen, da sie keine eigenen Exekutiv-

organe besass. In Bayern hatte Himmler hingegen mit dem Dreieck: SS – «Politische Polizei» – Konzentrationslager jene Systematisierung des Terrors erreicht, die bald richtungweisend für das ganze Reich wurde und ihm die Herrschaft auch über die preussische Gestapo binnen eines Jahres verschaffte. Entscheidend für diesen Erfolg war u.a. die schrittweise Unterwanderung des Staatsapparates durch die Elitegruppierung SS, was die SA unter Röhm stets abgelehnt hatte, da sie sich als Garde der Revolution verstand und voll Abneigung gegen die staatliche «BonzenWirtschaft» eine Verschmelzung mit der staatlichen Bürokratie abgelehnt hatte. Das Jahr 1936 bedeutete eine weitere Etappe im Aufstieg der SS, als Himmler nun die zur Reichsinstitution gemachte Gesamtpolizei in seine Hand bekam. In seiner eigentümlichen Amtsbezeichnung «Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren» kommt die Verschmelzung von Partei- und Staatsaufgaben zu einer führerunmittelbaren Organisation bereits klar zum Ausdruck: Himmler war einmal dem Innenminister, als SS-Führer aber unmittelbar Hitler unterstellt. Das gab ihm eine völlige Unabhängigkeit gegenüber dem Reichsinnenminister Frick, der ohne eine eigene Hausmacht in der Partei den Reichsführer und seine SS nie unter seine Kontrolle bekam. Schliesslich verdrängte im Jahre 1943 Himmler Frick auch als Minister und bewies damit die weitere Radikalisierung des Herrschaftssystems. Neben der Monopolisierung der Polizeigewalt, durch die sich die SS als Instrument der Führergewalt ausserhalb des Normenstaates und ausserhalb der Partei stellte, verstand sich die SS auch als zuständig für alle Rassenfragen; d.h. neben dem «Reichssicherheitshauptamt» besass sie seit 1939 ein «Rasse- und Siedlungshauptamt» als Hüter der nationalsozialistischen Idee. Mit dem Fortschreiten der Eroberungspolitik beanspruchte dieses Amt alle Massnahmen zur Siedlung, zur Rücksiedlung deutscher Volksgruppen wie zur aktiven «Rassenpflege». Auch die Kehrseite der Rassenzüchtung, die «Ausmerzungen» der Unerwünschten machte die SS zu ihrer Aufgabe und eines dafür zuständigen Apparates, der sich durch bürokratische Gefühllosigkeit und Brutalität wie durch wirtschaftliche Ausbeutung auszeichnete.

Damit hatte sich die SS zu einem Herrschaftsorgan entwickelt, das Staat und NS-Bewegung durchdrang.

Kehren wir zur Betrachtung des Herrschaftssystems insgesamt zurück, so wird die Expansion der SS seit 1936 im Zusammenhang des Gesamtsystems deutlich. Dieser Vorgang zeigt symptomatisch, wie sich zwischen 1936 und 1938 die Gewichte im Herrschaftsbündnis verschieben, und er ist selbst Bestandteil dieser Gewichtsverlagerung. Am Ende steht die Vonselbständigung des Nationalsozialismus von seinen konservativen Bünd-

nispartnern und die Aufgabe seiner eigenen konservativen Mässigung und Stilisierung nach innen und aussen. Hitler konnte sich mit seiner Autarkiepolitik gegen den Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht und die Grossindustrie durchsetzen, wie er auch gegenüber der Wehrmacht und dem traditionellen Apparat des Auswärtigen Amtes seit 1937 so viel Freiraum besass, dass er nun seine eigenen, über die Interessen und Ansätze seiner einstigen konservativen Bündnispartner hinausgehenden aussen- und rassenpolitischen Ziele verfolgen konnte. Die Entwicklung der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Aussenpolitik, Gegenstand der nächsten Kapitel, spiegelt und verdeutlicht diese entscheidende Zäsur der Jahre 1936/37 in der Entwicklung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems.

Dynamik und Radikalität als Folge der Kompetenzspannungen

Dieses Herrschaftssystem war durch ständige Veränderungen und Radikalisierungen gekennzeichnet und bildete zu keiner Zeit ein stabiles Machtgleichgewicht zwischen den Herrschaftsträgern aus. Die Dynamik des Systems erlaubte die schrittweise Entfaltung der radikalen Programmatik des Nationalsozialismus. Die wachsende Radikalität der politischen Praxis und Herrschaftsziele war, um auf unsere Ausgangsfrage zurückzukommen, nicht trotz der Kompetenzkonflikte und Kompetenzanarchie, sondern gerade wegen dieser eigentümlichen Dynamik und Expansion ausserstaatlicher Herrschaftsorganisationen möglich. Der Selbstbehauptungswille der Sonderorganisationen der Partei und ihrer Führer trieb sie im ständigen Wettstreit mit rivalisierenden Organisationen zu immer grösseren Machtansprüchen und zu immer grösserer Radikalität. Oberster Richter in diesem System der Machtkämpfe war und blieb der charismatische Führer, der zugleich über die Unfehlbarkeit in weltanschaulichen Fragen verfügte. Die Aushöhlung der traditionellen Machtstrukturen durch die Dynamik der nationalsozialistischen Herrschaftsträger erlaubte es ihm, die eigene radikale Programmatik nun entschiedener verfolgen und durch die radikalsten Instrumente der Führergewalt realisieren zu lassen.

Führermythos

Nach aussen abgeschirmt, wurden diese internen Machtkonflikte, die z.B. Albert Speer in seinen «Erinnerungen» eindrucksvoll beschrieben hat,

durch eine wirkungsvolle Propaganda, durch die Verdrängung der Politik mit Hilfe von Symbolen und Ritualen und durch das Charisma des Führers. Dieses Charisma war durch die politische ‚Liturgie‘ von Massenveranstaltungen wie etwa die der Nürnberger Reichsparteitage und einer Kette von rituellen Festen im nationalsozialistischen Festkalender sowie durch innen- und aussenpolitische Erfolge immer wieder erneuert. Es blieb in der öffentlichen Meinung erhalten bis zur Wende des Krieges 1943 und fand bei aller Kritik und «Meckerei» an der «Bonzen- und Funktionärswirtschaft» des Nationalsozialismus seinen verbreitetsten und wirkungsvollsten Ausdruck in der Redewendung «Wenn das der Führer wusste». Der Führermythos vermittelte zwischen dem verbreiteten Bedürfnis nach Sicherheit und Zukunftserwartung einerseits und dem mitunter desillusionierenden Alltag des «Dritten Reichs». Die Popularität Hitlers, die sich in dieser Formel ausdrückte, liess auf einen breiten Konsens in der Bevölkerung mit dem System schliessen, ohne dass Einzelkritik etwas daran änderte. Denn der charismatische Führer blieb zu den alltäglichen Problemen und Missheiligkeiten in entrückter Distanz und musste sein Charisma, das ihm ein ähnliches hartes Durchgreifen gegen die Missstände und Korruption in der eigenen Partei und im eigenen Regime wie gegen die Gegner des Regimes unterstellte, nicht durch die Praxis diskreditieren. Unterstützt wurde dieses Führerbild als einer unbeteiligten, sakrosankten letzten Instanz durch Hitlers tatsächlichen Führungsstil, in dem sich vieles von einem Boheme-Leben fand und der sich durch die geringe Neigung auszeichnete, in die Kämpfe rivalisierender Staats- und Parteiinstanzen einzugreifen. Auch die in der Bevölkerung völlig missverstandene Rolle Hitlers im «Röhm-Putsch» trug paradoxerweise nicht wenig zu diesem Bild des ordnungsstiftenden Führers bei. Ein Bild, das fast pseudo-religiöse Züge annahm.

Die zweite Voraussetzung für die ungebrochene Wirkung des Führermythos waren Hitlers innen- und aussenpolitische Erfolge. Sie werden in den folgenden Kapiteln beleuchtet.

Die nationalsozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Sicherung des Lebensstandards sowie eine positive wirtschafts- und sozialpolitische Gesamtbilanz, die sich im Vergleich zur «Weltwirtschaftskrise» von 1932 als «Wirtschaftswunder» ausnahm, waren wichtigste Grundlagen der Stabilisierung und der Sicherung der Massenloyalität bis weit in den Krieg hinein. Zwar hatte das Regime bei den wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Daten wie Beschäftigungsgrad, Löhnen

und Volkseinkommen erst zwischen 1936/37 die Werte von 1929 wieder erreicht, doch nicht eine solche nackte Wirtschaftsstatistik zählt im Bewusstsein der Bevölkerung, sondern der Vergleich mit den schweren Einbrüchen und Hungerjahren der «Weltwirtschaftskrise» sowie die Tatsache, dass der Aufwärtstrend der Wirtschaft anhielt. Das stärkte den Glauben an die Versprechungen des Regimes auf ein fortgesetztes Wirtschaftswunder und verdrängte die Anzeichen erneuter inflationärer Tendenzen und vor allem die Tatsache, dass der Wirtschaftsboom im wesentlichen Resultat einer Kriegsrüstung war. Hinzu kam, dass sich die Wirtschaftssysteme der übrigen Industriestaaten 1936 noch längst nicht von der Depression erholt hatten, was auch für das Ausland Grund zur Bewunderung der deutschen Wirtschaftspolitik war.

Auch wenn vieles von Propaganda und Scheinaktionen verklärt und übertrieben wurde, das Regime konnte sich im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein Vertrauens- und Zustimmungskapital erwirtschaften, das gross genug war, um späteren Belastungen standzuhalten und das der nationalsozialistischen Führung den Raum für die Durchsetzung der radikalen, weniger populären Herrschaftsziele gab.

Arbeitsbeschaffung

Dass über das Schicksal seiner Machtkonsolidierung vor allem die Sicherung der Grundbedürfnisse «Arbeit und Brot» entschied, darüber war sich Hitler bewusst. Und so konnte er bereits 1933 unter dem Eindruck erster Erfolge der Arbeitsbeschaffung seinem Regime eine «Autorität» prophezeien, «wie sie noch kein Regime vor dem Nationalsozialismus besessen» hat.

Zwei Jahre nach seiner Machtergreifung und dem Versprechen seiner Regierungserklärung im Rundfunk vom 2. Februar 1933, «binnen vier Jahren muss die Arbeitslosigkeit überwunden sein», konnte Hitler für jedermann sichtbare Erfolge vorweisen: Die Arbeitslosenziffer hatte sich bis 1935 um mehr als die Hälfte verringert, und im Jahre 1936 erreichte man in Deutschland erstmals seit den frühen zwanziger Jahren wieder Vollbeschäftigung. Welcher Mittel bediente sich die nationalsozialistische Krisenpolitik, der man diesen Erfolg zum Teil mit gutem Recht zuschrieb?

Sicherlich kam den Nationalsozialisten zugute, dass zum Zeitpunkt ihrer Machtergreifung die «Weltwirtschaftskrise» ihren Höhepunkt tendenziell überschritten hatte und dass sie auf Pläne und Methoden der Arbeitsbeschaffung zurückgreifen konnten, die bereits vor 1933 unter dem Präsi-



Erster Spatenstich Hitlers für die «Strassen des Führers». Wie in so vielen anderen Fällen nutzten die Nationalsozialisten auch die schon aus Weimarer Zeit stammenden Autobahnpläne geschickt zur Arbeitsbeschaffung und Propaganda.

alregime Papens und Schleichers entwickelt worden waren. Doch die eigentliche Aufgabe der Krisenüberwindung stand noch bevor, und auch die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der Vorgänger reichten weder in Umfang noch in der Intensität und gesellschaftlichen Absicherung an die Nationalsozialisten heran. Der NS-Staat setzte die gesamte Energie seiner Bewegung zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ein und erprobte die Instrumente und Methoden einer staatlichen, antizyklischen Konjunkturpolitik, die von zeitgenössischen Wirtschaftstheoretikern wie dem später so berühmten John M. Keynes als Reaktion auf das Versagen der klassischen liberalen Wirtschaftspolitik diskutiert wurden, nämlich durch erhöhte Staatsverschuldung die fehlende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen durch staatliche Massnahmen anzukurbeln.

Die nationalsozialistische Regierung investierte bis Ende 1934 etwa 5 Milliarden RM für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen. Die Ausgaben galten vor allem dem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und dem privaten Wohnungsbau. Dazu kamen Ausgaben für die Reichswehr, die je-

doch in den beiden Anfangsjahren noch nicht allzu hoch waren, da die entsprechenden Rüstungsplanungen nicht so schnell in Gang gesetzt werden konnten.

Der geradezu legendäre Autobahnbau, bereits in der «Weimarer Republik» vorbereitet, war nicht nur der spektakulärste, sondern auch charakteristischste Teil der öffentlichen Infrastrukturmassnahmen. Er ist übrigens nicht unter die militärischen Massnahmen zu rechnen, da der strategische Wert von Autobahnen von der Reichswehr als sehr gering eingestuft wurde und die Trassen dementsprechend auch nicht nach militärisch-strategischen Gesichtspunkten geplant wurden. (Hinzu kam, dass der Autobahnbau seit 1936 zunehmend in Konkurrenz zur Rüstungsindustrie trat, die um die knapper werdenden Arbeitskräfte und Ressourcen besorgt war.) Es waren vielmehr jene technikgläubigen, modernistischen Elemente des Nationalsozialismus, die, in einem Spannungsverhältnis zu seinen antimodernen Zielvorstellungen stehend, für das Autobahnprojekt entscheidend wurden. Als Anstoss wirkte auch der arbeitsmarktpolitische Vorteil, dass alle geförderten öffentlichen Arbeiten wie Strassenbau, Landmeliorationen, Flugplatz- und Kasernenbau viel Menschenkraft erforderte. Der Einsatz von maschinellen Hilfsmitteln wurde bewusst eingeschränkt.

Ausserst wirkungsvoll in konjunkturpolitischer wie in propagandistischer Hinsicht waren auch die sogenannten «Ehstandsdarlehen», die in Form von «Bedarfsdeckungsscheinen» für Möbel und Hausrat an Ehemalige vergeben wurden, sofern die künftige Ehefrau sechs Monate vor der Ehe erwerbstätig war. Damit sollten Frauen vom Arbeitsmarkt weggezogen und die Produktion wie Beschäftigungssituation in der Verbrauchsgüterindustrie verbessert werden. Nicht nur konjunkturpolitisch – bis 1935 wurden 378'000 «Ehstandsdarlehen» in Höhe von insgesamt 206 Millionen RM ausgezahlt –, auch bevölkerungspolitisch schien der Erfolg gross, denn im Jahre 1933 wurden etwa 200'000 Ehen mehr geschlossen als im Vorjahr. Sicherlich handelte es sich meist um Ehen, die während der Krise aufgeschoben worden waren und die nun die Heiratsziffer so sprunghaft ansteigen liessen. Doch signalisieren steigende Heirats- und Geburtenziffern eine grundlegende Veränderung der psychologischen Einstellung, die nicht nur wichtig für den ökonomischen Aufschwung, sondern auch für die Stabilisierung des Regimes wurde.

Nicht minder wichtig für den Rückgang der Arbeitslosigkeit waren Massnahmen, in denen die politisch-ideologische Absicht unverhüllt hervortrat: die im Juni 1935 eingeführte sechsmonatige Arbeitsdienstpflcht für Jungen und Mädchen sowie der Ausbau der Wehrmacht seit Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März 1935.

Nicht nur durch das Volumen unterschied sich die deutsche staatliche Wirtschaftsförderung von vergleichbaren Versuchen anderer Industrieländer, sondern auch zunehmend durch ihre Zwecksetzung. Denn seit 1935 übertrafen die Rüstungsausgaben den Umfang der öffentlichen Investitionen beträchtlich und lösten die zivilen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in ihrer Bedeutung für die Konjunkturankurbelung ab. Das NS-deutsche «Wirtschaftswunder» war nun eindeutig Ergebnis einer einseitigen Rüstungskonjunktur.

Rüstungswirtschaft, Wirtschaftspläne und Autarkie

Es spricht vieles dafür, dass 1935 ein sich selbst tragender wirtschaftlicher Aufschwung in Gang gekommen war, der eine weitere staatlich forcierte Ausgabenpolitik und Verschuldung überflüssig gemacht hätte. Sowohl der Beschäftigungsstand näherte sich in bestimmten Branchen bereits dem Vorkrisenniveau von 1928 wie auch die Industrieproduktion. Die Fortsetzung der «deficit spending»-Politik diente fast ausschliesslich der Aufrüstung und kam allein der Rüstungsindustrie, nicht aber der Verbrauchsgüterindustrie zugute.

Das Volumen des Aufrüstungsprogramms wurde nun auf das Zwei- bis Dreifache des zivilen öffentlichen Investitionsvolumens ausgedehnt. Der Anteil der Ausgaben der Wehrmacht an den Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte stieg von 4 Prozent 1933 auf 18 Prozent 1934, 39 Prozent 1936 bis auf etwa 50 Prozent im Jahre 1938. Durch die gewaltigen Rüstungsausgaben lag der Anteil der Staatsausgaben am Volkseinkommen mit 35 Prozent weit über der damals international üblichen Quote.

Für die Finanzierung der Staatsaufträge entwickelte der in der nationalen wie internationalen Wirtschaft renommierte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht ein besonderes System, das der sogenannten «Mefo-Wechsel». Es waren Finanzwechsel, denen durch die Zwischenschaltung einer «guten Adresse» in Form der «Metallurgischen Forschungsgesellschaft» (Mefo), einer Scheinfirma von bedeutenden Rüstungsindustrien, scheinbar der Charakter «guter Handelswechsel» gegeben wurde. Auf diese Adresse konnten von den Lieferanten Wechsel gezogen werden, die von der Reichsbank eingelöst wurden. Zugleich dienten die Handelswechsel der Verschleierung der Aufrüstung und ihres tatsächlichen Volumens. Schacht hatte die Laufzeit der Wechsel auf fünf Jahre beschränkt, um danach eine Konsolidierung zu erreichen. Doch wurden sie schliesslich von einer noch ‚geräuschloseren‘ Finanzierungs- und Kreditpolitik ersetzt, den

Begriffe

Appeasement (engl.). Eine Politik des Nachgebens und der Anpassung. *Autokratie, autokratisch* (griech. = Selbst-Herrschaft). Selbstherrliche, unkontrollierte Herrschaft.

Deficit-spending-Politik (engl.). Defizit-Finanzierung des Staates. Konjunkturpolitik des Staates zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit über die eingenommenen Gelder hinaus durch Aufnahme von Krediten etc. *Elite, elitär* (franz, elite = auserlesen). Die Besten an Ausbildung; auswählend.

Hierarchie, hierarchisch (griech. = heilige Herrschaft). Ursprünglich Herrschaft des Priestertums. Auf strenger Über- und Unterordnung beruhende Herrschaft. Diese Herrschaft anstrebend und unterstützend. *Konsens* (lat. consensus = Übereinstimmung). Übereinstimmung, Gleichgesinntsein.

Mythos (griech. = Bericht über das Leben der Götter). Überlieferte Erkenntnis, Einsicht oder Ansicht.

Polykratie, polykratisch (griech. = Viel-Herrschaft). Herrschaft vieler nebeneinander bestehender Gewalten.

Protektionismus, protektionistisch (lat. protegere = schützen). Politik des Schutzes des eigenen Staates, der Wirtschaft, der Handelsinteressen, z.B. durch Schutzzölle und staatliche Zuweisungen an Waren, Finanzen etc.

Status quo (lat. = Zustand). Der gegenwärtige Zustand einer wirtschaftlichen, politischen etc. Situation.

sogenannten «Lieferschatzanweisungen», die im Bankensystem untergebracht wurden. Auch Spar- und Versicherungsgelder wurden auf diesem Wege abgeschöpft, so dass die nichtsahnenden Sparer zu mittelbaren Gläubigern des Reiches wurden. Je grösser die Fehlbeträge im Haushalt dank der wachsenden Rüstungsausgaben wurden, desto hemmungsloser wurde man auch in den Mitteln der Finanzierung und dem Grad der Staatsverschuldung.

Die Schuldenwirtschaft des Reiches als Folge seiner Rüstungspolitik war Grund für den Rücktritt Schachts wie auch für den Bruch des konservativen Leipziger Oberbürgermeisters Carl Friedrich Goerdeler mit Hitler. Schacht, der von 1934 bis 1937 auch Wirtschaftsminister war und vor allem auch den Übergang zur Autarkiepolitik kritisierte, wie Goerdeler, der später zu einem Kopf der Widerstandsbewegung werden sollte, sahen beide, dass der Wiederaufrüstung wirtschaftliche Grenzen gesetzt waren, die jedoch für Hitler nicht galten.

Das Jahr 1936 brachte eine Wende in der Wirtschaftspolitik, da nun die Aufrüstungspolitik nicht mehr Schrittmacher der Wirtschaftskonjunktur war, sondern diese erheblich belastete. Zu einer solchen binnen- wie ausenwirtschaftlich und finanzpolitisch risikoreichen Politik waren konservative Wirtschaftskräfte nicht mehr bereit, doch ihre Kritik blieb mittlerweile wirkungslos. Entscheidend war, dass unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung und eines steigenden privaten Konsums nur noch direkte Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozess es ermöglichen konnten, den wachsenden Staatsanteil zu Lasten des privaten Verbrauchs sicherzustellen. Das bedeutete aber eine gravierende Veränderung des wirtschaftlichen Lenkungssystems und eine starke Abkoppelung der deutschen Wirtschaft von der internationalen. Eben dies bezweckten aber die beiden Instrumente der neuen Wirtschaftspolitik, der «Neue Plan» und vor allem dann der «Vierjahresplan» von 1936.

Der «Neue Plan» von 1934, der, in einer Welt von Zoll- und Handelschranken, den wirtschaftlichen Wiederaufstieg und zunehmend auch die Aufrüstung ausenwirtschaftlich absichern sollte, führte zu einem staatlichen Aussenhandelsmonopol, das den Import auf rüstungs- und ernährungswirtschaftlich wichtige Güter lenkte und zugleich eine Exportförderung durch Prämien betrieb. Hinzu kamen bilaterale Handelsverträge, die eine gezielte Verlagerung des deutschen Aussenhandels von Westeuropa und Nordamerika nach Südosteuropa und dem Nahen Osten betrieb. Damit schuf man sich wirtschaftliche Beziehungen und Abhängigkeiten, die im Kriegsfall weniger durch Blockaden gestört werden konnten.

Der «Vierjahresplan» von 1936 bezeugt, dass die ausenwirtschaftliche Absicherung der Wirtschaft allein nicht ausreicht, und er entspricht in noch stärkerem Masse nationalsozialistischer Politik, da er ganz unverbürgt mit der Vorbereitung des Krieges verbunden war. Durch die wachsende Massenkraft war der staatliche Anteil am Sozialprodukt und damit der Anteil der Rüstungsaufwendungen gegenüber dem privaten Konsum zunehmend gefährdet. Versorgungsengpässe bei rüstungswirtschaftlich wichtigen Rohstoffen und bei Nahrungsmitteln kündigten diese Konflikte an und führten zur Verkündung des «Vierjahresplans», d.h. einer staatlichen Wirtschaftslenkung zumindest in Teilbereichen. Der Organisation des «Vierjahresplans» unter Leitung Görings hatten sich neben der staatlichen Wirtschaftsverwaltung auch Teile der privaten Wirtschaft unterzuordnen. Sie betraf die Arbeitskraft-Lenkung, die Lohn- und Preispolitik, die Investitions-Lenkung sowie Devisenkontrollen und Verbrauchslenkung. Das eigentliche Ziel hatte Hitler in einer geheimen Denkschrift

zum «Vierjahresplan» formuliert: Die deutsche Armee müsse in vier Jahren einsatzfähig und die deutsche Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig sein. Dazu bedürfe es einer möglichst hundertprozentigen Autarkie. Er forderte im Einzelnen die verstärkte Eigenproduktion zur Einsparung von Devisen für die unabdingbaren Importe, den Ausbau der deutschen Treibstoffindustrie zur Herstellung synthetischer Treibstoffe, die Massenfabrication von synthetischem Kautschuk und den Ausbau der deutschen Eisenerzbasis und ähnliche Massnahmen zur Selbstversorgung.

Die eindeutige Programmierung der deutschen Wirtschaft auf die ideologisch vorgegebene Kriegsbereitschaft schuf eine staatliche Kommandowirtschaft, die sich von einer Planwirtschaft noch dadurch unterschied, dass sie nur rüstungsrelevante Bereiche umfasste und zu einer eigentümlichen Verflechtung staatlicher und privatwirtschaftlicher Lenkungsorgane führte. Zum ersten Mal musste auch die Privatwirtschaft weitreichende Eingriffe in ihre bislang gesicherte, relative Autonomie hinnehmen, was eine Verschiebung im Herrschaftssystem des Reiches signalisiert. Der privaten Eisenindustrie etwa, die nicht zur Verhüttung der unwirtschaftlichen einheimischen Eisenerze bereit war, drohte man massiv und baute einen Staatsbetrieb auf. Zwar arrangierte man sich schliesslich, doch zeigte der Konflikt, dass sich privatwirtschaftliche Interessen und Interessen des Regimes nicht mehr uneingeschränkt deckten und dass das Regime auch vor Zwang nicht zurückschreckte. Die Privatwirtschaft verlor fast völlig die Verfügungsgewalt über die Investitionen, und auch mit der Rohstoffbewirtschaftung und der Arbeitsmarktsteuerung griff man empfindlich in ihre Betriebspolitik ein.

Auch für den Verbraucher hatte die Autarkiepolitik Folgen. Die NS-Organisation versuchte den Konsum von importierten Nahrungsmitteln auf Erzeugnisse der heimischen Landwirtschaft zu lenken und deren Produktionsleistung entsprechend zu steigern. So kam es, dass die deutschen Ernährungsgewohnheiten trotz des Aufschwungs bescheiden blieben, dass sogar der Fleischverbrauch von 1938 noch unter dem Niveau von 1929 lag. Dass man dies alles hinnahm, hatte seinen Grund auch in der Erinnerung an die entbehrungsreichen Jahre der grossen Krise. So konnte das Regime im Wesentlichen seinen riskanten Balanceakt zwischen Befriedigung des privaten Konsums und Steigerung der Rüstungsausgaben steuern; es konnte Kanonen und Butter herstellen und damit die Stabilität wahren.

Gleichwohl hatte die nationalsozialistische Wirtschaft eindeutige Gewinner und Verlierer. Zu den Verlierern zählten alle sozialen Gruppen, deren wirtschaftliche Position sich vor allem im Konsum niederschlägt. Denn

der Massenkonsum war gegenüber der Rüstungspolitik eindeutig im Hintertreffen. Alle, die an der Rüstungs- und Autarkiepolitik unmittelbar Anteil hatten, zählten zu den Gewinnern. Demgegenüber zählten die Verbrauchsgüterindustrie und alle dort an der Produktion Beteiligten zu den Verlierern. Zu den Verlierern gehörten auch die Lohn- und Gehaltsempfänger, wenn auch mit charakteristischen Unterschieden, die umgekehrt auch bei den Siegern, den Selbständigen in Handel und Gewerbe bestanden: So konnten die Selbständigen insgesamt ihren Anteil am Privateinkommen beträchtlich und stetig steigern, während das Einkommen der Lohnempfänger stagnierte oder nur wenig anstieg.

Doch während die vergleichende Statistik eine Verschärfung der Ungleichheit, gemessen an der Einkommensverteilung, feststellt, nahm sich die soziale Wirklichkeit anders aus. Das Lohneinkommen der Arbeiterschaft war gestiegen, und vor allem die Erinnerung an die Massenarbeitslosigkeit versöhnte mit dem Regime, das Brot und Arbeit gesichert hatte. Hinzu kamen die propagandistischen Einflüsse und sozialpsychologisch ausgleichenden Momente, die u.a. die Spannungslagen der forcierten Aufrüstungspolitik nicht zur Gefahr für das Regime werden liessen. Denn dieses hatte es verstanden, trotz einer einseitigen Kriegswirtschaft lange vor dem Krieg stets auch Elemente einer Friedenswirtschaft bis in den Krieg hinein zu wahren. Das NS-Regime hatte möglichst lange soviel Butter wie nötig und so viele Kanonen wie möglich hergestellt, aus Sorge um die innere Stabilität.

Die deutsche Gesellschaft im «Dritten Reich»

Wie wirkte sich die Wirtschaftspolitik des Regimes auf die materielle Lage der einzelnen sozialen Gruppen aus? Wie wirkte sich die Sozialpolitik auf die sozialen Schichtungen der deutschen Gesellschaft im «Dritten Reich» aus? – Die Gesellschaftspolitik der Nationalsozialisten wurde von zwei Erfahrungen bestimmt: einmal diente als positives Modell die gesinnungsmässige Einheit der Deutschen in der Kriegsbereitschaft des August 1914, die über die Klassengegensätze hinwegreichte. Zum anderen verstärkte die Erinnerung an den November 1918, d.h. an das Zusammenbrechen der «Inneren Front» und an die Revolution, die Bemühungen, trotz grösster wirtschaftlicher und sozialer Belastungen durch die Aufrüstung stets die Loyalität der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft, und die gleichzeitige Kontrolle über sie zu gewinnen. Die Sozial- und Arbeiterpolitik musste die Stabilität des Regimes absichern.

Die Arbeiterschaft im «Dritten Reich»

Die Arbeiterschaft bildete nicht nur die grösste gesellschaftliche Gruppe, sie verfügte auch über traditionelle Loyalitäts- und Organisationsbindungen, die von den Nationalsozialisten im Zuge der Machtergreifung zerstört worden waren. An ihre Stelle mussten neue Lenkungsinstrumente treten, wollte man die totale Erfassung der Gesellschaft sicherstellen. Das nationalsozialistische Konzept der Volksgemeinschaft, das sich gegen die liberal-demokratische Gesellschaftsverfassung wie gegen die sozialen Konfliktregelungsmechanismen der «Weimarer Republik» richtete, machte sowohl eine neue Organisation der Arbeiterschaft wie autoritäre Formen der Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse erforderlich. Diese Aufgaben erfüllten, nachdem die der Gewerkschaften zerschlagen und die Tarifautonomie der Sozialpartner aufgehoben worden waren, die «Deutsche Arbeitsfront» bzw. die «Treuhänder der Arbeit» und das «Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit».

Die «Deutsche Arbeitsfront» (DAF), am 10. Mai 1933 gegründet, sollte das «ständische» Prinzip verwirklichen. Sie war nach Berufsgruppen bzw. Branchen aufgebaut und umfasste zunächst die Mitglieder der gleichgeschalteten Arbeiter- und Angestelltenverbände. Später sollten der selbständige Mittelstand und die Arbeitgeber als dritte und vierte Säule der ständischen Organisation hinzutreten. Die neue Grossorganisation, die bald über 20 Millionen Mitglieder zählte, machte die «Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation» (NSBO) zunehmend funktionslos und zerstörte alle Illusionen auf eine Verwirklichung des Traums von der Einheitsgewerkschaft. Am Ende des Jahres 1933 war entschieden, dass die DAF keinerlei Kompetenz im Bereich der Tarifpolitik und in der materiellen Arbeitspolitik hatte, sie also von der Funktion einer Gewerkschaft weiter entfernt war als sich dies die NSBO je hätte träumen lassen. Unter diesen Bedingungen waren auch die Unternehmer zur Mitarbeit in der DAF bereit.

Die DAF wurde zunächst auf die soziale Erziehung und Propaganda abgedrängt. Bezeichnend für diese Strategie war die gleichzeitige Gründung der Freizeit- und Reiseorganisation «Kraft durch Freude» (KdF), die der arbeitenden Bevölkerung ein preisgünstiges und breitgestreutes Kultur- und Vergnügungsprogramm anbot. Die KdF sollte den Anspruch der Volksgemeinschaftsideologie in die Tat umsetzen und die sozialen Leistungen verbessern, ohne das Lohnniveau zu verändern. Zugleich diente sie der Kontrolle der Freizeit, hatte doch auch hier die Arbeiterbewegung ein breites kulturelles Angebot und Netz zur Integration angeboten, das

man nun für das Regime nutzbar machen wollte. Besondere Popularität genossen die Reiseveranstaltungen der KdF, die zusammen mit der Ausweitung des tariflich geregelten Urlaubs auf zwölf Tage zur Grundlage eines neuen Massentourismus wurden. Zwar konnten nur wenige der angesprochenen sozial schwachen Schichten sich die besonders werbewirksamen Urlaubsfahrten auf einem KdF-Schiff nach Norwegen oder Madeira leisten, doch wurden die besonders preisgünstigen ein- und zweitägigen Ausflugsfahrten innerhalb Deutschlands auch vom Arbeiterpublikum genutzt. Schon allein die propagandistisch geschickt verbreitete Möglichkeit, an der Freizeitkultur des Bürgertums teilhaben zu können, hatte eine ebenso ausgleichende Wirkung wie die Hoffnung auf einen Volkswagen durch eine KdF-Sparaktion, selbst wenn Madeirafahrt und Volkswagen in der Wirklichkeit noch unerreichbar blieben. Auch ein anderes Tätigkeitsfeld von KdF und DAF, die Aktion «Schönheit der Arbeit», verdeutlicht die Bedeutung von symbolischen Handlungen und Ästhetik für die Sicherung politisch-sozialer Stabilität: Die mit indirektem Zwang eingeführten Verbesserungen der Betriebsanlagen und Arbeitsbedingungen zielten auf eine Vermenschlichung der Arbeitsverhältnisse, aber auch auf eine Steigerung der Arbeitsleistungen im Sinne der modernen Arbeitssoziologie. Die Regelung der materiellen Arbeits- und Lohnverhältnisse ging in die Zuständigkeit des Staates über, der über die Treuhänder der Arbeit nicht nur die eingefrorenen Tariflöhne überwachen, sondern auch in die betrieblichen Verhältnisse selbst eingreifen sollte. Zwar hatte das «Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit» vom Januar 1934 den Unternehmer zum Betriebsführer und damit wieder zum Herrn im Hause bestimmt, aber auch der Unternehmer war dadurch an das Regime und seine wirtschafts- und sozialpolitischen Vorgaben gebunden. Trotz dieser Grundlegung einer autoritären Arbeitsverfassung erreichte es die DAF, zunehmend auf die staatliche und betriebliche Sozial- und Arbeitspolitik einzuwirken – ein Symptom der Machtkämpfe zwischen den Herrschaftsträgern des Regimes und innerhalb der rivalisierenden Organisationen der Partei, zugleich auch eine Reaktion auf eine veränderte Arbeitsmarkt- und Lohnsituation, die seit Erreichen der Vollbeschäftigung und des Übergangs zum Mangel an Arbeitskräften ab 1937 das Selbstbewusstsein und die Forderungen der Arbeiterschaft stärkten. Die DAF musste also, um im innerparteilichen Machtkampf ihre Position zu erhalten und auszubauen, in den Bereich der Sozialpolitik expandieren, sie musste sich gleichzeitig auch der Arbeiterforderungen annehmen, wollte sie ihrer Funktion als Instrument der Mobilisierung und Disziplinierung der Arbeiterschaft gerecht bleiben. Sie machte sich daher zur Verfechterin verbesserter Lohn- und Arbeitsbedin-

gungen und verschärfte durch ihre sozialpolitische Expansion wider Willen die wirtschaftspolitischen Zielkonflikte des «Dritten Reichs» zwischen Butter und Kanonen.

Aus Sorge um die Loyalität der Arbeiterschaft schwankte das Regime zwischen Gewalt und Zugeständnissen. So nutzte es weder die vorbereiteten Gesetze zur «Menschenbewirtschaftung», d.h. zur totalen Reglementierung des Arbeitseinsatzes, noch zur Unterbindung der übertariflichen Lohnsteigerungen als Folge der Mangelware Arbeitskraft. Und dies, obwohl die Lohnsteigerungen den Spielraum der Rüstungspolitik einengten, denn mit steigenden Löhnen wuchs auch die Konsumfähigkeit der Bevölkerung.

Aber nicht die Tariflöhne waren im «Dritten Reich» gestiegen, sondern die tatsächlichen Verdienste. Das kam im Wesentlichen durch eine Verlängerung der Arbeitszeit und durch übertarifliche Leistungen der Betriebe zustande, die sich die knapper werdenden Arbeitskräfte abzuwerben versuchten. Innerhalb des steigenden Lebensstandards ist jedoch zu unterscheiden zwischen der Konsumgüterindustrie, in der weniger verdient und auch kürzer gearbeitet wurde, und den rüstungswirtschaftlichen Bereichen, in denen die Löhne stärker anstiegen. Sieht man einmal von den hohen Abzügen und Abgaben etwa für die DAF ab, so war die Arbeiterschaft seit 1937 materiell besser gestellt als vor der «Weltwirtschaftskrise». Doch der grössere Einkommenszuwachs war auf der Seite der Unternehmer zu verzeichnen.

Mittelstand und Bauern

Zu den Verlierern des Systems gehörten die zwei Gruppen, aus denen die NSDAP vor der Machtergreifung die stärkste Unterstützung bekommen hatte, die Bauern und in noch stärkerem Masse der gewerbliche Mittelstand. Weder konnte der Mittelstand seine protektionistischen Wünsche voll realisieren, noch konnten sich alle Betriebe behaupten. Sie wurden die verhasste Konkurrenz der Warenhäuser nicht los und verloren statt dessen in bisher ungekanntem Masse Arbeitskräfte an die expandierende Grossindustrie. Die Betriebe des mittelständischen Einzelhandels, die sich behaupten konnten, profitierten allerdings von der ökonomischen Aufwärtsentwicklung.

Auch die Bauern, Lieblingskinder der nationalsozialistischen Propaganda, erhielten zwar gewisse Sicherheiten und vielfältige Ehrbezeugungen, doch dafür mussten sie in der Regel härter und länger arbeiten, da auch sie von der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und der ökonomischen Rationalisierung und Zweckgerichtetheit betroffen waren.

Auch die nationalsozialistische Blut-und-Boden-Ideologie hat den Strukturwandel der Industriegesellschaft nicht aufgehalten, und mit ihrer ideologisch motivierten, forcierten Aufrüstung haben die Nationalsozialisten diese Entwicklung weg von der agrarisch-mittelständischen und hin zur grosswirtschaftlichen Struktur eher noch beschleunigt, obwohl das Gegenteil ihre antimodernen ideologischen Zielvorstellungen verheissen hatten. Diese Versprechungen sollten erst im agrarischen Grossraum des Ostens verwirklicht werden, dem Ziel nationalsozialistischer Expansionspolitik.

Nationalsozialistische Aussenpolitik zwischen Revision und Expansion

Auch die nationalsozialistische Aussenpolitik ist durch die Verzahnung von Tradition und Revolution gekennzeichnet. Bereits in ihren Anfängen knüpfte die Koalitionsregierung Hitlers einerseits an die Revisionspolitik der «Weimarer Republik» an und überschritt andererseits deren Linie in Zielsetzung wie Methoden. Nach aussen schien die Kontinuität deutscher Aussenpolitik durch die Person des Aussenministers von Neurath, der schon den Präsidialkabinetten angehört hatte, und durch die traditionelle Diplomatie des Auswärtigen Amtes gewahrt. Auch deckten sich viele ihrer Ziele mit denen Hitlers, vor allem im Hinblick auf das Konzept einer revisionistischen Grossmachtpolitik im Sinne des kaiserlichen Deutschlands. Dadurch wurde die Differenz zu Hitlers eigentlichen Zielen, nämlich einer nationalsozialistischen Eroberungs- und Rassepolitik, lange Zeit verdeckt. Allerdings waren auch erste Neuansätze der Hitlerschen Aussenpolitik bereits in der Anfangsphase zu erkennen, vor allem im Bereich der Ostpolitik gegenüber Polen und der Sowjetunion.

Richtschnur für Hitlers Aussenpolitik, auch als diese durch die Betonung der revisionistischen Komponente noch verdeckt blieb, war und blieb das in «Mein Kampf» festgelegte Expansionsprogramm. Dies belegt bereits die erste Ansprache Hitlers vor den ranghöchsten Offizieren der Reichswehr am 3. Februar 1933, in der er als Ziel deutscher Aussenpolitik die Eroberung «neuen Lebensraums im Osten» und dessen «rücksichtslose Germanisierung» bezeichnet. Damit waren die revolutionären Ziele seiner Aussenpolitik deutlich formuliert, und sein gleichzeitiger Hinweis auf die «Erkämpfung neuer Exportmöglichkeiten» war nur eine Scheinalternative, die ebenso wie seine Friedensbeteuerung der Ablenkung und Beruhigung der konservativen Partner diente. Für Hitler selbst blieb sein aussenpoli-

tisches Programm aus «Mein Kampf» stets gültig, ohne dass es zu einem starren Fahrplan wurde oder ihn von einer taktischen Schwenkung abhielt, die im scheinbaren Widerspruch zu seinem Programm stand. Denn Hitler, der die Aussenpolitik als seine ureigenste Domäne betrachtete und hier im Gegensatz zur Innenpolitik ein «persönliches Regiment» führte, liess sich anfangs ebenso vom Kalkül wie vom Dogma leiten. Erst auf dem Höhepunkt seines Krieges 1941 siegte in ihm der Dogmatiker über den Politiker, der ähnlich wie in seinen politischen Anfängen als Agitator und Propagandist nur die Alternative «Weltmacht oder Untergang» kannte. Hitler ist also nicht erst durch die Erfolge seiner Aussenpolitik zu seinem Eroberungskrieg verführt worden, und es lässt sich nicht eine Trennung zwischen dem «vernünftigen» Aussenpolitiker Hitler bis 1938 und dem «wahnsinnigen Eroberer» seit 1938 ziehen. Vielmehr führt eine klare programmatische Linie von seinem Eroberungsprogramm aus dem Jahr 1924 bis zum Zweiten Weltkrieg, und nur die veränderten herrschaftspolitischen Konstellationen im «Dritten Reich», d.h. die Verselbständigung Hitlers von seinen konservativen Bündnispartnern, erlaubten ihm seit 1937/38 die immer entschiedener Durchsetzung seines Eroberungsprogramms und die Abkehr von der traditionellen, vergleichsweise gemässigten revisionistischen Position, die ihm so grosse Erfolge eingebracht hatte.

Durchbrechen der Isolation und Partnersuche

Die erste Phase der nationalsozialistischen Aussenpolitik reichte von der Ansprache Hitlers vor Befehlshabern der Reichswehr am 3. Februar 1933 bis zu seiner Ansprache vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht und dem Aussenminister am 5. November 1937, von der wir durch das sogenannte «Hossbach-Protokoll» wissen. Diese Phase war gekennzeichnet durch das Bemühen, die drohende internationale Isolierung des neuen Regimes zu unterlaufen und umgekehrt Bündnispartner zu finden. Die Isolierung zeichnete sich bereits unmittelbar nach Hitlers Machtergreifung ab und weitete sich aus bis hin zur Kehrtwendung der Sowjetunion und ihrem Beitritt zum Völkerbund am 18. September 1934. Hitler war hingegen ein erklärter Gegner des Völkerbunds und des Systems kollektiver Sicherheit. Stattdessen bevorzugte und suchte er bilaterale Bündnisse. Den idealen Bündnispartner für sein grosses aussenpolitisches Programm sah er aus ideologischen und machtpolitischen Gründen in England. Ihm schwebte eine Teilung der gegenseitigen Einflussphären vor, und er erhoffte sich vom maritimen England freie Hand im Osten. England war jedoch nie zu

einer solchen Politik bereit, die eine Abkehr von der traditionellen englischen Gleichgewichtspolitik bedeutet hätte. Zwar war England bereit, die Berechtigung deutscher Revisionsforderungen anzuerkennen, doch erwartete es von einem solchen Zugeständnis umgekehrt den Beitritt Deutschlands zu einer multilateralen Vereinbarung kollektiver Sicherheit mit dem Ziel der Sicherung des europäischen Mächtesystems. Dass Motive und Ziele dieser britischen «Appeasement-Politik» sich von Hitlers Bündnisplänen und ihren Zwecken grundsätzlich unterschieden, wollte er lange nicht wahrhaben. Als sein Werben um England keine Erfolge zeitigte, versuchte er es mit einer Mischung von Drohungen und Werbungen, bis er schliesslich seit 1937, nicht zuletzt unter Einfluss seines Aussenministers Joachim von Ribbentrop, daran dachte, seine Expansionspolitik auch neben oder gegen England durchzusetzen. An die Stelle des englischen Idealpartners waren mittlerweile als Ersatzlösungen der Pakt mit dem faschistischen Italien und dem ebenfalls expansiven Japan getreten.

Begleitet und abgesichert wurde Hitlers frühe Aussenpolitik von einer Strategie der «grandiosen Selbstverharmlosung». Dem dienten nicht nur die wiederholten Hinweise auf die berechtigten Revisionsforderungen und eine nachfolgende Selbstbeschränkung Deutschlands, sondern vor allem die dramatisch in Szene gesetzten Friedensbeteuerungen, die seine gesamte Aussenpolitik bis 1938 begleiteten, auch wenn diese längst zur gezielten Verletzung von Verträgen und territorialen Ansprüchen übergegangen war.

Diese Selbstverharmlosung der eigenen Politik war auch nach innen gerichtet, denn Hitler war in der von ihm selbst als risikoreich bezeichneten Anfangsphase seiner Aussen- und Rüstungspolitik sowohl auf eine Zurückhaltung der internationalen Mächte wie auf die Unterstützung der traditionellen deutschen Machteliten angewiesen. So sicherte die Unklarheit über seine tatsächliche aussenpolitische Zielsetzung ihm lange Zeit die Unterstützung durch die traditionalistisch orientierten Diplomaten des Auswärtigen Amtes, die durch ihr Ansehen und ihr Können zur Konsolidierung seiner Herrschaft beitrugen. Letztendlich stand Hitler dem Auswärtigen Amt mit einem ähnlichen Misstrauen gegenüber wie dem traditionellen Offizierskorps. Aus ähnlichen herrschaftstechnischen Gründen wie in der Innenpolitik liess er es deshalb zu, dass neben den Berufsdiplomaten und dem Aussenminister auch Parteinstanzen eigene, oft gegensätzliche aussenpolitische Aktivitäten entfalteten. So führten die Tätigkeiten des «Aussenpolitischen Amtes» unter Rosenberg, der Auslandsorganisation der NSDAP und des halb privaten Amtes Ribbentrop dazu, dass die Aussenpolitik des «Dritten Reiches» für den Beobachter verwirrende und

Text der Zeit

Besprechung in der Reichskanzlei, 10. November 1937 («Hossbach-Niederschrift»)

Der Führer führte sodann aus:

Das Ziel der deutschen Politik sei die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung. Somit handele es sich um das Problem des Raumes.

Die deutsche Volksmasse verfüge über 85 Millionen Menschen, die nach der Anzahl der Menschen und der Geschlossenheit des Siedlungsraumes in Europa einen in sich so fest geschlossenen Rassekern darstelle, wie er in keinem anderen Land wieder anzutreffen sei, wie er andererseits das Anrecht auf grösseren Lebensraum mehr als bei anderen Völkern in sich schliesse. Wenn kein dem deutschen Rassekern entsprechendes politisches Ergebnis auf dem Gebiet des Raumes vorläge, so sei das eine Folge mehrhundertjähriger historischer Entwicklung und bei Fortdauer dieses politischen Zustandes die grösste Gefahr für die Erhaltung des deutschen Volkstums auf seiner jetzigen Höhe. Ein Aufhalten des Rückganges des Deutschtums in Österreich und in der Tschechoslowakei sei ebenso wenig möglich als die Erhaltung des augenblicklichen Standes in Deutschland selbst. Statt Wachstum setze Sterilisation ein, in deren Folge Spannungen sozialer Art nach einer Reihe von Jahren einsetzen müssten, weil politische und weltanschauliche Ideen nur so lange von Bestand seien, als sie die Grundlage zur Verwirklichung der realen Lebensansprüche eines Volkes abzugeben vermöchten. Die deutsche Zukunft sei daher ausschliesslich durch die Lösung der Raumnöte bedingt, eine solche Lösung könne naturgemäss nur für eine absehbare, etwa 1-3 Generationen umfassende Zeit gesucht werden.

[...]Die einzige, uns vielleicht traumhaft erscheinende Abhilfe läge in der Gewinnung eines grösseren Lebensraumes, ein Streben, das zu allen Zeiten die Ursache der Staatenbildung und Völkerbewegung gewesen sei. Dass dieses Streben in Genf und bei den gesättigten Staaten keinem Interesse begegne, sei erklärlich. Wenn die Sicherheit unserer Ernährungsgrundlage im Vordergrund stünde, so könne der hierfür nötige Raum nur in Europa gesucht werden, nicht aber ausgehend von liberalistisch-kapitalistischen Auffassungen in der Ausbeutung von Kolonien. Es handelt sich nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum. Auch die Rohstoffgebiete seien zweckmässiger im unmittelbaren Anschluss an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen, wobei die Lösung sich für ein bis zwei Generationen auswirken müsse. Was darüber hinaus in späteren Zeiten notwendig werden solle, müsse nachfolgenden Geschlechtern überlassen werden. Die Entwicklung grosser Weltgebilde gehe nun einmal langsam vor sich, das deutsche Volk mit seinem starken Rassekern sollte hierfür die günstigsten Voraussetzungen inmitten des europäischen Kontinents. Dass Jede Raumerweiterung nur durch Brechen von Widerstand und unter Risiko vor sich gehen könne, habe die Geschichte aller Zeiten – Römisches Weltreich, Englisches Empire – bewiesen. Auch Rückschläge seien unvermeidbar. Weder früher noch heute habe es herrenlosen Raum gegeben, der Angreifer stosse stets auf den Besitzer.

Für Deutschland laute die Frage, wo grösster Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei [...].

Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein. Die Kämpfe Friedrich d. Gr. um Schlesien und die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich seien von unerhörtem Risiko gewesen, und die Schnelligkeit des preussischen Handelns 1870 habe Österreich vom Eintritt in den Krieg ferngehalten. Stelle man an die Spitze der nachfolgenden Ausführungen den Entschluss zur Anwendung von Gewalt unter Risiko, dann bleibe noch die Beantwortung der Fragen «wann» und «wie». Hierbei seien drei Fälle zu entscheiden: Fall 1: Zeitpunkt 1943-1945.

Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten zu erwarten. Die Aufrüstung der Armee, Kriegsmarine, Luftwaffe sowie Bildung des Offizierskorps seien annähernd beendet. Die materielle Ausstattung und Bewaffnung seien modern, bei weiterem Zuwarten läge die Gefahr der Veralterung vor. Besonders der Geheimhaltungsschutz der «Sonderwaffen» liesse sich nicht immer aufrecht erhalten. Die Gewinnung von Reserven beschränke sich auf die laufenden Rekrutenjahrgänge, ein Zusatz aus älteren unausgebildeten Jahrgängen sei nicht mehr verfügbar. Im Verhältnis zu der bis dahin durchgeführten Aufrüstung der Umwelt nähmen wir an relativer Stärke ab. Wenn wir bis 1943/45 nicht handelten, könne infolge des Fehlens von Reserven jedes Jahr die Ernährungskrise bringen, zu deren Behebung ausreichende Devisen nicht verfügbar seien. Hierin sei ein «Schwächungsmoment des Regimes» zu erblicken. Zudem erwarte die Welt unseren Schlag und treffe ihre Gegenmassnahmen von Jahr zu Jahr mehr. Während die Umwelt sich abriegele, seien wir zur Offensive gezwungen.

Aus: Internationaler Militärgerichtshof, Bd. XXV, S. 403ff. (Oberst Friedrich Hossbach war von 1934 bis 1938 Wehrmachtsadjutant bei Hitler und musste in dieser Eigenschaft das Protokoll der Besprechung führen, bei der Hitler den Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile seine imperialistischen Zukunftspläne entwickelte.)



widersprüchliche Züge annahm. Nach innen aber diente auch dieses Ämterchaos im aussenpolitischen Bereich trotz aller Überschneidungen und gelegentlicher Pannen, verursacht durch einige übereifrige Partei-Politiker wie im Falle des gescheiterten Putsches in Österreich am 25. Juli 1934, zur Freisetzung einer ständigen Dynamik, die Hitler teils mitriss, teils die Möglichkeit gab, mehrere Eisen im Feuer zu halten. Letztlich zielte auch diese polykratische Entscheidungssituation zur Festigung der Stellung des Aussenpolitikers Hitler, der alle Aktivitäten für seine Richtung der «grossen Politik» zu nutzen wusste und die Berufsdiplomaten und Verfechter einer gemässigten traditionalistischen Grossmachtspolitik damit ausschalten konnte.

Ursachen der Isolation

Doch wenden wir uns nun dem Ablauf nationalsozialistischer Aussenpolitik zu. Hitler beschwor die internationale Isolierung selbst herauf, als er im Vertrauen auf das Einlenken der Engländer die «Abrüstungskonferenz» in Genf verliess (14. Oktober 1933) und den Austritt aus dem «Völkerbund» ankündigte. Damit war das Reich von vertraglichen Bindungen befreit, die seine Aufrüstung hätten gefährden können. Diese Bindungen löste Hitler endgültig, als er am 16. März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht verkündete und damit den «Versailler Vertrag» in seinem militärpolitischen Teil verletzte.

Zum Bruch mit der Ostpolitik der gesamten «Weimarer Republik» und damit zu Anzeichen neuer aussenpolitischer Orientierungen kam es, als Hitler am 26. Januar 1934 den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt abschloss. Denn es war die bisherige Linie deutscher Aussenpolitik gewesen, zusammen mit der Sowjetunion antipolnische Politik zu betreiben. Hitler stiess auf die Kritik der Berufsdiplomatie und konservativen Politiker, konnte sich aber mit diesem Schachzug umgekehrt aus der Isolierung und Umklammerung des Reiches durch die französische Bündnispolitik mit ostmitteleuropäischen Staaten befreien.

Den ersten grossen aussenpolitischen Erfolg, der ihm im Inneren einen weiteren Popularitätsgewinn brachte, erreichte Hitler mit der Volksabstimmung im Saarland, das nach dem Willen von 91 Prozent der Saarländer «heim ins Reich» kehrte. Als er schliesslich nach längeren Verhandlungen am 18. Juni 1935 das deutsch-englische «Flottenabkommen» abschliessen konnte, wähnte sich Hitler nicht nur von der Isolierung befreit, sondern er hoffte, mit diesem Schritt den Weg bilateraler Abkommen weiterführen zu können. Sein aussenpolitisches Programm schien Chancen



Suche nach Bündnispartnern unter Gleichgesinnten. Treffen Hitlers mit General Franco, dem Hitlers «Legion Condor» zum Sieg im Spanischen Bürgerkrieg verholfen hatte, am 22. Oktober 1940.

auf Erfolg zu haben, da die Engländer trotz der Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland einige Wochen später das Flottenabkommen abgeschlossen hatten und damit die im April 1935 gebildete «Stresafrent», die die deutschen Vertragsverletzungen verurteilte, praktisch wertlos gemacht hatten.

Britische «Appeasement-Politik» und deutsche Expansionspolitik

Hatten die Engländer mit diesem ersten Schritt zur «Appeasement-Politik» gehofft, Hitler durch Zugeständnisse in Schranken halten zu können, so war die Wirkung auf Hitler gerade entgegengesetzt. Er glaubte auch weiterhin mit Englands Einlenken rechnen zu können und setzte 1936, im Jahr der Olympischen Spiele, deren Ausrichtung in Deutschland das NS-Regime zu einem grossen, alle internationalen Spannungen überdecken-

den Spektakel machte, seine Politik der Revision durch Vertragsverletzung und seine Expansionsvorbereitungen fort.

Gegen die Warnung aller militärischen und politischen Ratgeber liess er am 7. März 1936 einige Bataillone in das entmilitarisierte Rheinland einrücken und brach damit den «Locarno-Vertrag» (K, Seite 69). Doch der Westen begnügte sich mit Protesten. Hitler hatte im Schatten des «Abessinienkonfliktes» (Besetzung Abessinians durch Italien) einen innenpolitisch wertvollen Erfolg erzielt, dem sich weitere Schritte zu seinen mittelfristigen Zielen anschlossen. Mussolini, durch seine Expansionspolitik im Mittelmeer zunehmend auf deutsche Unterstützung angewiesen, hatte signalisiert, dass er im Österreich-Problem, wo er sich 1934 als entschiedener Verteidiger österreichischer Souveränität aufgespielt hatte, nun zu Konzessionen bereit sei. Hitler reagierte mit einem deutsch-österreichischen Abkommen, das nach aussen freundschaftliche Beziehungen zu dem autoritär regierten Österreich verkündete, aber in einigen Formulierungen eine wachsende deutsche Einflussnahme auf österreichische Politik legitimierte. Der Weg zum «Anschluss» war vorgezeichnet.

Endgültig auf seine Seite ziehen konnte Hitler Mussolini durch sein Eingreifen im «Spanischen Bürgerkrieg» (1936-1939) am 25. Juli 1936. Das Motiv für diese Intervention war primär politischer Natur. Es war die Furcht, in Spanien könne ebenso eine «Volksfrontregierung» erfolgreich sein wie in Frankreich und damit im Rücken Deutschlands, das sich zum Kampf gegen die Sowjetunion rüstete, eine Staatengruppe entstehen, die wahrscheinlich aus ideologischen Gründen die Partei der Sowjetunion ergreifen würde. So passte die Intervention in Spanien gut in die gleichzeitig verschärfte antikommunistische Propaganda und aussenpolitische Orientierung des «Dritten Reichs». Erst als diese politischen Motive zu einer Interventionsentscheidung geführt hatten, entfalteten sich auch deutsche wirtschaftliche Aktivitäten in Spanien und unterstützten den eingeschlagenen Weg ebenso wie die militärtechnischen Überlegungen, die neuen deutschen Waffensysteme einmal im Ernstfall zu testen.

Vorbereitung für den Ernstfall der Blitzkriege und Eroberungsfeldzüge im Osten hatte Hitler im Sommer 1936 in einer geheimen Denkschrift zum «Vierjahresplan» getroffen, kurz nachdem er bei der Olympiade in Berlin auf der Friedenschalmei gespielt hatte.

Das Jahr 1937 wurde nicht nur innenpolitisch zum Wendepunkt des «Dritten Reiches», sondern auch aussenpolitisch. Hitler hielt an seinem grossen Ziel, dem «Lebensraum-Krieg», fest und fühlte sich angesichts der weltpolitischen Konstellationen zunehmend unter Zeitdruck. Zugleich änderte er seine Bündnisabsichten, nachdem das Werben um England keine Erfol-

ge gebracht hatte. Als Ersatzlösung entwickelte die nationalsozialistische Aussenpolitik nun unter eindeutig antikommunistischem Vorzeichen das Bündnis-Dreieck Berlin-Rom-Tokio. Am 25. Oktoberr 1936 schlossen Hitler und Mussolini die «Achse» Berlin-Rom, am 25. November 1936 wurde der «Antikomintern-Pakt» mit Japan unterzeichnet. Dieser Pakt bedeutete eine eindeutige Positionsnahme Deutschlands im chinesisch-japanischen Konflikt und war vor allem gegen England und die Sowjetunion gerichtet.

Mit der Zunahme der internationalen Konfliktherde erfuhr die Weltpolitik eine spürbare Beschleunigung. Das war für Hitlers Kalkül nur von Vorteil, verstärkte aber zugleich in ihm noch mehr das Gefühl, unter Zeitdruck zu stehen.

Ihren Niederschlag fanden diese Überlegungen in der Ansprache vom 7. November 1937, die in mehrfacher Hinsicht eine neue Phase der nationalsozialistischen Aussenpolitik eröffnete. Das Konzept der «Lebensraumeroberung» wurde nun stärker für die Formulierung der konkreten aussenpolitischen Schritte bestimmend. Zugleich ging Hitler zur offenen Expansionspolitik über. Ziel der Expansion waren zunächst für das bevorstehende Jahr 1938 die ostmitteleuropäischen Staaten Österreich und Tschechoslowakei. Nach aussen wurde diese Politik noch ganz im Sinne des Revisionismus mit dem Selbstbestimmungsrecht begründet, doch dahinter standen die weiteren Ziele der «Lebensraumpolitik». Diese neue Perspektive war es aber, die schliesslich die konservativen Partner aus Diplomatie und Armee zum Widerspruch trieb und die zu ihrer Ablösung führte. Die personellen Veränderungen im Zuge der sogenannten «Blomberg-Fritsch-Krise» im Januar/Februar 1938 waren Ausdruck der Machtverschiebung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem und der Vonselbständigung Hitlers auch in der Bestimmung der Aussenpolitik. Sie waren Auftakt der gewaltsamen Expansion.

Der Weg in den Krieg Nationalsozialistische Aussenpolitik 1937-1939

Ausschlaggebend für die erstaunlichen Erfolge der nach aussen revisionistischen Politik zwischen 1936 und 1938, die schon die Voraussetzung für die «Lebensraumpolitik» bildeten, waren die internationalen politischen Konstellationen. Sie waren von Konflikten in Ostasien wie im Mittelmeerraum gekennzeichnet, welche die grossen Mächte voll in Anspruch nahmen. Dadurch war es Hitler möglich, im Windschatten dieser Span-



«Heim ins Reich». Der Anschluss Österreichs, von kritischen Österreichern gefürchtet und bekämpft, fand bei der Masse der Bevölkerung begeisterte Zustimmung. Hitlers Wagenkolonne vor dem Burgtheater in Wien. 1938.

nungen die Voraussetzungen für seine Expansionspolitik zu schaffen und diese durchzusetzen.

Österreich

Der erste Schlag des ungeduldigen Diktators richtete sich gegen Österreich. Hitler zwang dem österreichischen Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg eine Vereinbarung auf, die eine Beteiligung der österreichischen Nationalsozialisten an der Regierung in Wien vorsah (12. Februar 1938). In treuer Nachahmung seines eigenen Machtergreifungskonzepts verlangte er für die Nationalsozialisten vor allem die Übernahme des Innenministeriums und damit der Verfügungsgewalt über die Polizei. Schuschnigg versuchte sich gegen diese Erpressung nur noch mit einer improvisierten Flucht nach vorn zu wehren und setzte für den 12. März eine Volksabstimmung über Hitlers Forderungen an. Die Manipulationen, mit denen dieser plebiszitäre Rettungsakt beeinflusst werden sollte, waren für

Hitler Vorwand, mit einer militärischen Intervention für den Fall zu drohen, dass Schuschnigg sein Amt nicht dem Nationalsozialisten Seyss-Inquart übertrüge. Selbst das Einlenken des österreichischen Bundespräsidenten in letzter Minute, nämlich in der Nacht vom 11. zum 12. März, nachdem er bisher eine Ernennung Seyss-Inquarts verweigert hatte, konnte Hitler von seinem Schritt nicht mehr abhalten. Den Vorwand für diese Aktion lieferte nun ein von Göring veranlasstes Telegramm mit einem unautorisierten angeblichen Hilfsgesuch an Deutschland. Am Morgen des 12. März marschierten deutsche Truppen unter dem Jubel der Bevölkerung in Österreich ein.

Die «tschechische Frage»

Bedeutete der Anschluss Österreichs für Hitler eine weitere Popularitätssteigerung, so war die Aktion in seinem aussenpolitischen Programm nur Voraussetzung für das nächste strategische Ziel, nämlich die Umklammerung der Tschechoslowakei. Kurze Zeit darauf war von Hitler zu hören, dass er nun die «tschechische Frage» lösen müsse. Als Vehikel seiner Eroberungsabsichten diente diesmal die «Sudetendeutsche Partei», deren Führer Konrad Henlein vom «grossen Bruder» in Berlin den Auftrag erhielt, stets so hohe Forderungen zu stellen, dass die tschechische Regierung diese nicht erfüllen könne. Deutlicher konnte Hitler nicht dokumentieren, wie sehr er das Selbstbestimmungsrecht als blosses Mittel zum Zweck benutzte.

Die tschechischen und englischen Reaktionen auf die von Deutschland gesteuerte «Sudetenkrise» liessen den Eindruck entschlossenen Widerstands entstehen, was Hitler umgekehrt zur Verschärfung der Krise veranlasste. Die Wehrmacht erhielt am 30. Mai die Weisung, sich für eine militärische Aktion am 1. Oktober vorzubereiten. Die Entscheidung lag nun bei England, das alle Warnungen und Bitten des deutschen Widerstandes überhörte und an einem Ausgleich mit Hitler festhielt.

Hintergrund dieser «Appeasement-Politik» war die Sorge Chamberlains – der noch entschiedener als seine Vorgänger für einen Ausgleich mit Deutschland plädierte, dass ein europäischer Konflikt sowohl den europäischen Status quo schwer erschüttern als auch England und sein schwankendes Empire gefährden würde.

Darum reiste Chamberlain Hitler zweimal (nach Berchtesgaden und Bad Godesberg) entgegen und bot ihm die Übergabe der sudetendeutschen Territorien an, um damit den Kern des tschechischen Staates zu retten und den europäischen Krieg zu vermeiden. Doch auf dem zweiten, dem «Godes-

Text der Zeit

Unterredung mit Hitler (Bericht Dr. Kurt von Schuschnigg)

Ich: «Ich möchte zunächst danken, Herr Reichskanzler, dass Sie mir die Gelegenheit zu dieser Aussprache gegeben haben; ich versichere vor allem, dass es uns mit dem Abkommen vom Juli 1936 sehr ernst ist und dass uns alles daran liegt, die noch bestehenden Schwierigkeiten und Missverständnisse aus dem Wege zu räumen. Wir haben jedenfalls alles dazu getan, um zu beweisen, dass wir dem Sinn und Wortlaut des Abkommens gemäss eine deutsche Politik zu führen entschlossen sind.»

Hitler: «So, das nennen Sie eine deutsche Politik, Herr Schuschnigg? Sie haben im Gegenteil alles dazu getan, um eine deutsche Politik zu vermeiden. Sie sind zum Beispiel ruhig im Völkerbund geblieben, obwohl das Reich austrat. Und das nennen Sie deutsche Politik?»

Ich: «Aus dem Völkerbund auszutreten, hat niemand von Österreich verlangt. Wir konnten auch nicht annehmen, dass ein solcher Schritt Österreichs erwünscht sei, denn zum Zeitpunkt des Abkommens vom Juli 1936 war das Reich schon längst ausgetreten, ohne an uns jemals eine bezügliche Aufforderung zu richten. Wir glaubten im Gegenteil durch unser Verbleiben im Völkerbund der gemeinsamen Sache zu nützen [...].»

Hitler: «Das ist ganz selbstverständlich, dass Sie auszutreten hatten. Übrigens hat Österreich überhaupt nie etwas getan, was dem Deutschen Reich genützt hat. Seine ganze Geschichte ist ein ununterbrochener Volksverrat. Das war früher nicht anders wie heute. Aber dieser geschichtliche Widersinn muss endlich sein längst fälliges Ende finden. Und das sage ich Ihnen, Herr Schuschnigg: Ich bin fest dazu entschlossen, mit dem allen ein Ende zu machen. Das Deutsche Reich ist eine Grossmacht, und es kann und wird ihm niemand dreinreden wollen, wenn es an seinen Grenzen Ordnung macht.»

Ich: «Ich kenne Ihre Auffassung über die österreichische Frage und die österreichische Geschichte, Herr Reichskanzler; aber Sie werden verstehen, dass ich hier grundlegend anderer Meinung bin. Für uns Österreicher ist die ganze Geschichte ein sehr wesentliches und wertvolles Stück deutscher Geschichte gewesen. Und die österreichische nationale Leistung ist sehr beträchtlich.»

Hitler: «Gleich Null! Ich kann Ihnen nur nochmals sagen, dass es so nicht weitergeht. Ich habe einen geschichtlichen Auftrag, und den werde ich erfüllen, weil mich die Vorsehung dazu bestimmt hat. Ich bin felsenfest davon durchdrungen und glaube daran. Ich bin gottgläubig und religiös, wenn auch nicht in einem kirchlich gebundenen Sinne. Denken Sie an den Weg, den ich genommen habe. Heute gibt es keine Parteien, Klassen, Zersplitterungen mehr im deutschen Volke. Alle wollen dasselbe. Ich hatte es mir ja noch anders gedacht: ich wollte das deutsche Volk in den beiden grossen Kirchen, der katholischen und einer zentralen evangelischen, einen und mit den Kirchen meine Aufgabe lösen. Das hat sich als undurchführbar erwiesen, weil die Kirchen nicht wollten; daher wird es jetzt ohne und notfalls gegen die Kirchen

gemacht. Wer nicht mittut, kommt unter die Räder. Schauen Sie sich in Deutschland um, Herr Schuschnigg, und Sie werden nur einen Willen finden. Mir war meine Aufgabe vorgezeichnet, ich bin den schwersten Weg gegangen, den Je ein Deutscher gehen musste, und ich habe in der deutschen Geschichte das Grösste geleistet, was Je einem Deutschen zu leisten bestimmt war. Und zwar nicht mit Gewalt, /ch bin getragen von der Liebe meines Volkes. Ich kann mich Jederzeit frei und unbewacht unter meinem Volk bewegen. Weil ich eben von der Liebe und vom Vertrauen des deutschen Volkes getragen bin [...].»

Ich: «Das glaube ich Ihnen Ja gerne, Herr Reichskanzler!»

Hitler: «Ich könnte mit dem gleichen und noch viel mehr Recht mich als Österreicher bezeichnen als Sie, Herr Schuschnigg! Versuchen Sie es doch einmal und machen Sie eine freie Volksabstimmung in Österreich, in der Sie und ich gegeneinander kandidieren: dann werden Sie Ja sehen!»

Ich: «Ja, wenn das möglich wäre! Aber Sie wissen selbst, Herr Reichskanzler, dass es eben nicht möglich ist. Ich sehe die Dinge anders. Wir müssen nun einmal nebeneinander leben: der Kleine neben dem Grossen. Wir haben gar keine andere Wahl. Darum bitte ich Sie, die konkreten Beschwerden mir zu sagen. Wir werden alles dazu tun, um Abhilfe zu schaffen und, soweit es irgend an uns liegt, das freundschaftliche Einvernehmen herzustellen. Wir wollen Ja nichts anderes als leben, und dabei unseren deutschen Beitrag wie eh und Je in Mitteleuropa leisten.» Hitler: «Das sagen Sie, Herr Schuschnigg. Ich sage Ihnen, ich werde die ganze sogenannte österreichische Frage lösen, und zwar so oder so! Glauben Sie. ich weiss nicht, dass Sie die [...] Grenze gegen das Reich befestigen lassen [...]» Ich: «Davon ist keine Rede [...].»

Hitler: «Lächerliche Sprengstollen lassen Sie in Brücken und Strassen treiben [...].»

– Ich: «Davon müsste ich auch etwas wissen [...].»

Hitler: «Glauben Sie doch nicht, dass Sie auch nur einen Stein bewegen können, ohne dass ich es schon am anderen Morgen in allen Einzelheiten erfahre.» – [...] «Ich brauche nur einen Befehl zu geben, und über Nacht ist der lächerliche Spuk an der Grenze zerstorben. Sie werden doch nicht glauben, dass Sie mich auch nur eine halbe Stunde aufhalten können? Wer weiss – vielleicht bin ich über Nacht auf einmal in Wien: wie der Frühlingsturm! Dann sollen Sie etwas erleben! Ich möchte es den Österreichern gerne ersparen: das wird viel Opfer kosten: nach den Truppen kommt dann die SA und die Legion: und niemand wird die Rache hindern können, auch ich nicht! Wollen Sie aus Österreich ein zweites Spanien machen? Das alles möchte ich, wenn es angeht, vermeiden.»

Ich: «Ich werde mich erkundigen und alle eventuellen Grenzarbeiten an der deutschen Grenze einstellen lassen. Ich weiss natürlich, dass Sie in Österreich einmarschieren können; aber, Herr Reichskanzler, ob wir es wollen oder nicht – das wird ein Blutvergiessen geben; wir sind nicht allein auf der Welt. Das bedeutet wahrscheinlich den Krieg.»

Aus: K. v. Schuschnigg: Ein Requiem in Rot-Weiss-Rot, Zürich 1948.

(K. v. Schuschnigg, *1897, † 1977, 1934-1938 österreichischer Bundeskanzler)

berger Treffen» vom 22.-24. September 1938 erhöhte Hitler seine Forderungen und bestand neben der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen nun auf den Einmarsch seiner Truppen.

Nach dem Scheitern der zweiten Vermittlungsreise schien der Krieg unvermeidlich. Doch wieder war England zum Einlenken bereit und bat Mussolini um Vermittlerdienste. Dieser legte am 29. September 1938 den Teilnehmern der nun einberufenen «Münchener Konferenz», Grossbritannien, Frankreich und Deutschland, einen Vorschlag vor, der ihm von Kreisen des deutschen Auswärtigen Amtes und des Vierjahresplan-Stabes Görings, beide Anhänger einer mehr traditionalistischen Grossmachtspolitik, zugespielt worden war. Ihr Interesse, den Krieg zu vermeiden, traf sich mit dem Mussolinis. Die tschechoslowakische Regierung, in München gar nicht beteiligt, wurde nun verpflichtet, bis zum 1. Oktober 1938 das Sudetengebiet dem Deutschen Reich zu übergeben und auch die territorialen Forderungen Polens und Ungarns zu erfüllen. Dafür erhielten sie die Garantie ihres Reststaates. Die Welt atmete auf. Chamberlain sah sich durch die zusätzlich vereinbarte deutsch-britische «Nichtangriffserklärung» in seiner Beschwichtigungspolitik bestätigt. Hitler befand sich auf dem Höhepunkt seiner Popularität und seiner Macht. Er hatte ohne Krieg fast unglaubliche aussenpolitische Erfolge erzielt. Und dennoch gab er nach München der engeren Umgebung seine Verärgerung über die verpatzte militärische Aktion zu verstehen. Von nun an wollte er die nächste Etappe seiner von Anfang an vor allem gegen Russland gerichteten Politik mit militärischen Mitteln erreichen.

Radikalisierung

Nicht nur der Wille zum Krieg verstärkte sich, zugleich erlebte die Judenpolitik eine neue Radikalisierung. Rassenpolitik und Eroberungspolitik verschränkten sich immer mehr und verschärften sich schubweise. Sie folgten einerseits den programmatischen Zielen, erfuhren andererseits neue Aufladungen durch solche Krisen. So forderte Hitler am Tag nach der «Reichskristallnacht» am 9. November 1938 (siehe Seite 252/254) in einer Geheimrede vor Journalisten, dass es mit dem Friedensgerede nun ein Ende haben müsse und dass der Krieg psychologisch-propagandistisch vorzubereiten sei.

Eine weitere Entscheidung der «Münchener Konferenz» hatte weitreichende Folgen. Die Tatsache, dass die Sowjetunion von der Konferenz ausgeschlossen war, liess Stalin an seiner bisherigen Aussenpolitik der



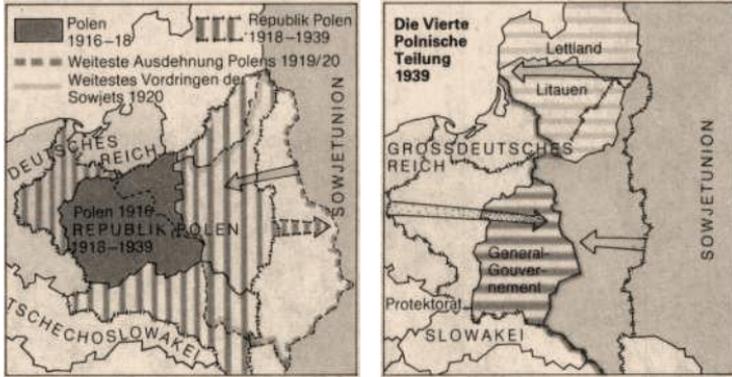
Der Pakt der feindlichen Ideologien. Unterzeichnung des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakts durch den sowjetischen Aussenminister Molotow. Das geheime Zusatzprotokoll lieferte das Baltikum und Ostpolen den Sowjets aus.

kollektiven Sicherheit zweifeln und seine Furcht vor einer gemeinsamen westlich-kapitalistischen Stossrichtung unter antikommunistischen Vorzeichen gegen die Sowjetunion wachsen. Um diese Front aufzubrechen, suchte er eine Annäherung an Deutschland.

Polen

Doch bevor Hitler sich diese günstige Konstellation eröffnete, hatte er durch weitere machtpolitische Demonstrationen und militärische Aktionen seine Position ausgebaut. Zunächst suchte er die polnische Frage in seinem Sinne zu «lösen», indem er den Polen ein Angebot zum gemeinsamen Vorgehen gegen Russland machte. Die Hinhaltenaktik Polens verlor ihre Grundlage, als Hitler zu seinem zweiten Schlag ausholte und die «Rest-Tschechei» am 15. März 1939 eroberte. Der «Griff nach Prag» war ein offener Bruch der Münchner Vereinbarungen und für Chamberlains «Appeasement-Politik» ein schwerer Schlag, ohne jedoch zu einem sofort-

Die Teilungen Polens 1916-1945



tigen Kurswechsel der britischen Regierung zu führen. Für Hitler war die Besetzung der Tschechoslowakei der Schritt zur Einkreisung und Isolierung Polens, das er in einem lokalisierten Feldzug niederwerfen wollte. Dass es dabei nicht um Danzig und die Korridorfrage ging, darüber liess er seine Generäle nicht im Unklaren.

War England trotz der Garantieerklärung für die Unabhängigkeit Polens noch zu einem Ausgleich mit dem eroberungssüchtigen Diktator bereit, so hatte dieser die besseren Karten, seitdem sich nun Stalin um ein Arrangement mit Hitler bemühte. Während für die gleichzeitigen englisch-sowjetischen Verhandlungen das Polenproblem unüberwindliches Hindernis war, bot es den Anlass für die deutsch-sowjetische Annäherung, die nichts weniger als das Paktieren zweier ideologischer Todfeinde bedeutete.

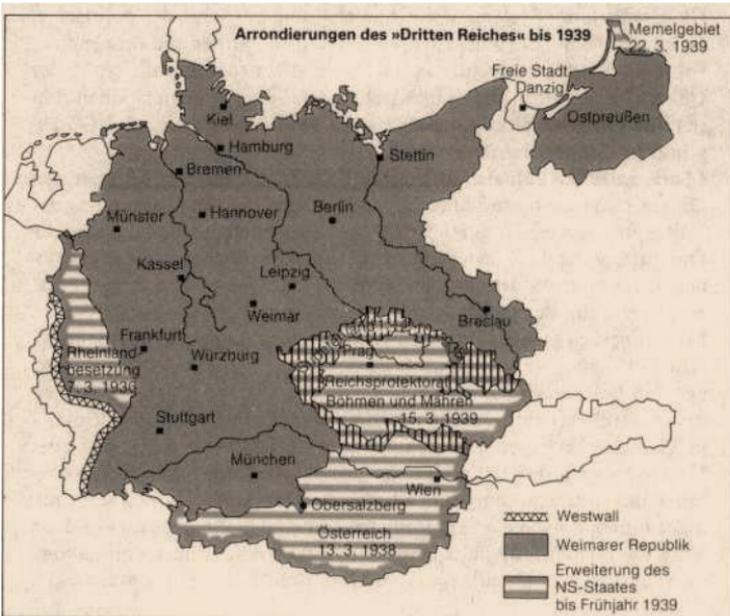
Doch war für beide europäischen Mächte der Pakt nur taktischer Natur. Für Hitler entsprach er einem Umweg bei der Realisierung seines Programms, das die Zerstörung der Sowjetunion vorsah und unveränderlich galt.

Der «Nichtangriffs-Pakt» mit Stalin, den Hitler am 22. August 1939 seiner Wehrmachtsführung verkündete, bedeutete das Todesurteil für Polen. In einem geheimen Zusatzprotokoll wurden die Interessensphären abgesteckt und Polens vierte Teilung projiziert.

Zugleich bewog dieser politische Coup, der Freund und Feind verwirrte, Hitler zu einem letzten «grosszügigen Angebot» an seinen Idealpartner England, dem er für die Zeit *nach* der polnischen Niederwerfung eine erneute Interessenabgrenzung vorschlug. Doch beide Schachzüge Hitlers vom August 1939, der Pakt mit Stalin und das Angebot an England mit der Hoffnung auf eine englische Zurückhaltung in der Polenfrage, erwie-



sen sich als «grandiose Fehlspekulationen». Mit der englisch-französischen Kriegserklärung vom 3. September als Antwort auf den deutschen Überfall auf Polen am 1. September war Hitlers Konzept der getrennten Blitzkriege und etappenweisen Eroberung Europas im Schatten englischer Neutralität gescheitert. Zwar hatte England noch nach einer Lösung der



Stichworte zum «Dritten Reich»

Von der «Dolchstoßlegende» zur Diktatur: Die «Weimarer Republik», eine Republik ohne Republikaner, zerbricht unter der Last der Kriegsfolgen, der «Weltwirtschaftskrise», des Mangels an politischer Kompromissfähigkeit, aber vor allem unter den Angriffen jener bürgerlich-konservativen Kräfte, die – für die Kriegskatastrophe verantwortlich – ihr die Schuld am Zusammenbruch des Reichs (Dolchstoß der Roten in den Rücken der kämpfenden Front, Novemberverbrecher) zuschieben und die Rückkehr zu autoritären Staatsformen suchen. Der Nationalsozialismus bedient sich der aus dem preussisch-deutschen Nationalstaat herrührenden Strömungen. Er ist Tradition und Revolution zugleich. Hitlers Staat steht in der Kontinuität der Geschichte, andererseits bricht er mit ihr und zerstört sie.

Antisemitismus und Antikommunismus, Rassismus und «Lebensraumkampf»: In den Juden und Bolschewisten werden die Schuldigen an allem Übel gefunden. Der Kampf gegen sie lenkt von den eigentlichen Problemen ab und gibt der «Volksgemeinschaft» ein einigendes Ziel, gleichzeitig dient der Kampf um «Lebensraum», den der Stärkere sich verdient, als Rechtfertigung für Expansionsbestrebungen und Kriegsvorbereitung. Terror und Unterdrückung werden legitimiert.

Gleichschaltung: Systematische Ausschaltung zunächst der politischen Linken und dann der bürgerlich-konservativen Partner und Anwendung von revolutionärer Macht von unten mit staatlicher Legalisierung der Übergriffe von oben durch inzwischen errungene Amtspositionen führen zur Gleichschaltung von Parteien, Verbänden, Staat und Gesellschaft im Einparteiensstaat.

Charismatischer Führerstaat: Verherrlichung des Führers als über den Dingen stehende sakrosancte Person, getragen von der Zustimmung des Volkes und ‚gesegnet‘ durch Erfolge seines schnellen Handelns und die Durchdringung des Staates mit dem Führer verpflichteten Organisationen und Kommandostrukturen (SS-Herrschaft) lassen den ganzen Staat zum Werkzeug der rassistisch-expansionistischen Ideologie werden.

Eroberungskriege und Vernichtung der jüdischen Rasse: Die rassenpolitische Verfolgung der Juden im Inneren vereint sich mit dem Kampf gegen den Bolschewismus im Krieg um «Lebensraum» gegen die Sowjetunion. Millionen fallen den Vernichtungskriegen und der «Endlösung» in Vernichtungslagern zum Opfer. Unter dem Motto «Weltmacht oder Untergang» wurde der Eroberungs- und Rassenkrieg im Frieden vorbereitet und zu einem Kampf um alles oder nichts. Opfer wurden Unschuldige: Juden, Arbeiter, ‚nicht-uniforme‘ Intellektuelle, Künstler und ein Volk, das nicht gelehrt hatte, ohne das Leitbild eines Führers auszukommen, und so zum Handlanger und Unterdrückten zugleich wurde.

Danzigfrage, die als ein Auslöser des Feldzuges erhalten musste, in den dramatischen letzten Augusttagen gesucht, doch Hitler ging es um mehr. Durch seinen Pakt mit Stalin hatte er sich in eine verkehrte Frontstellung manövriert, aus der es für ihn nur einen Ausweg gab: über eine forcierte militärische Durchführung des veränderten Programms zu seinem eigentlichen Ziel des «Lebensraumkrieges» im Osten zurückzukehren. Zugleich hatte die englische Kriegserklärung seinen Russlandpakt zugunsten Stalins entwertet, dem nun eine welthistorische Schlüsselrolle zufiel. Sicherlich hat die starre Haltung Polens in den Augusttagen 1939 zur dramatischen Zuspitzung beigetragen; sicherlich hat Stalin durch seinen Pakt mit Hitler den Weg zum Krieg geöffnet. Doch beide befanden sich in einer defensiven Position. Hitler nahm das Risiko eines europäischen Kriegs bewusst in Kauf. Er ist der Hauptverantwortliche für die europäische Katastrophe.

Literatur

- Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln/Berlin 1976
- Bracher, Karl Dietrich/Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftsystems in Deutschland 1933/34, Opladen 1960
- Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1975
- Funke, Manfred (Hrsg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Aussenpolitik des Dritten Reichs, Düsseldorf 1976
- Hildebrand, Klaus: Deutsche Aussenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart 1976
- Hildebrand, Klaus: Das Dritte Reich. In: Grundriss der Geschichte Bd. 17, München/Wien 1979
- Höhne, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Frankfurt/M. 1969
- Klönne, Arno: Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich, Hannover 1955
- Mason, Timothy: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977
- Petzina, Dietmar: Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977
- Schoenbaum, David: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reichs, Köln/Berlin 1968

HANS LAMM

Die Juden im «Dritten Reich»

Verfolgung seit Jahrhunderten – Rassenkampf gegen Kinder,
Frauen, Greise – «Ermächtigungsgesetz» und «Nürnberger
Gesetze» – Diffamierungen – Verfolgungen – «Reichskristallnacht» –
Deportationen und «Endlösung» – Zahlen des Grauens –
Vernichtung der jüdischen Gemeinden Deutschlands – Hitlers
Programm von Anfang an: Verfolgung und Mord.

Der Begriff Antisemitismus (= Abneigung, Hass gegen Juden) geht auf Wilhelm Marr (1879) zurück. Das Phänomen ist jedoch Jahrhunderte alt und führte schon seit der Zeit der Kreuzzüge im Mittelalter aufgrund von Verleumdungen (Brunnenvergiftung und Ritualmord) immer wieder zu Judenverfolgungen. Luthers Reformation brachte keine nennenswerte Tendenzwende. Der Antisemitismus wandelte nur sein Gesicht; nach der christlichen Tarnung entstand eine nationalistische Färbung (vgl. Hep-Hep-Unruhen 1819 in Würzburg). Christlichnationalistisch zeigte er sich beim Hofprediger Adolf Stöcker (1878/79), auch beim Historiker Heinrich von Treitschke (1881), bei Eugen Dühring und H. St. Chamberlain. Den Akzent auf den Kampf gegen die jüdische «Rasse» aber legte erst Adolf Hitler in seinen Reden sowie in seinem Hauptwerk «Mein Kampf» (1925). Das Parteiprogramm der NSDAP vom 24. Februar 1920 hatte weitgehend den Ausschluss der Juden aus dem deutschen Wirtschafts- und Kulturleben (Punkt 4, 5, 8) vorgesehen. Antijüdische Äusserungen beherrschten die Parteipresse; an der Spitze standen der Münchner «Völkische Beobachter», Goebbels' «Angriff», Julius Streichers «Stürmer». Als die NSDAP bei der Reichstagswahl am 6. September 1932 107 von 577 Sitzen im Reichstag eroberte, kam es zu Ausschreitungen auf dem Berliner Kurfürstendamm.

Antijüdische Massnahmen im Deutschen Reich 1933-1945: Hetze, Diffamierung, Gesetze, Inhaftierungen

Vier Phasen kennzeichnen die Verfolgung der Juden im «Dritten Reich». Es waren die Zeiträume:



Hetze und Verhöhnung menschlicher Würde. Sexualbeziehungen zwischen jüdischen und «arischen» Deutschen wurden als «Blut- und Rassenschande» diffamiert und, wie hier durch SA-Leute, öffentlich verhöhnt.

1. Von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933 bis zu den «Nürnberger Gesetzen» 1935;
2. Von 1935 bis zu den Pogromen des November 1938;
3. Von den Pogromen bis zum Kriegsausbruch 1939;
4. Deportationen und Ausrottung im Zweiten Weltkrieg.

Das «Ermächtigungsgesetz» vom 24. März 1933 gab Hitler einen Blankoscheck für gezielte antijüdische Massnahmen. Meldungen der Auslandspresse über Ausschreitungen gegen Juden wurden als Greuelpropaganda abgetan, obwohl sie zumeist völlig der Wahrheit entsprachen. Sie führten zum «Judenboykott» am Samstag, dem 1. April 1933; betroffen waren vor allem jüdische Geschäfte, Arztpraxen, Anwaltsbüros.

Einschneidender waren die Auswirkungen des «Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» vom 7. April 1933, das sich gegen politisch linksstehende und gegen jüdische Beamte richtete, wobei aufgrund des Eingreifens von Reichspräsident von Hindenburg zunächst Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs verschont blieben. Zu gleicher Zeit wurden

jüdische Redakteure, Lehrer und Künstler diskriminiert. Juden war es verwehrt, in Presse, Film, Funk, Theater mitzuarbeiten; sie mussten ihre Tätigkeit auf einen im Juli 1933 gegründeten «Jüdischen Kulturbund» beschränken, der jedoch 1938 seine Tätigkeit einstellen musste.

Die antijüdische Hetze intensivierte sich 1935 z.B. durch das Anbringen von Schildern «Juden unerwünscht» an Ortseingängen und Geschäften und durch eine Steigerung der Hetze im «Stürmer», der in Nürnberg von Gauleiter Julius Streicher persönlich herausgegebenen Wochenzeitschrift. Schon früh war eine «Ritualmord»-Sondernummer erschienen, gegen die von der Reichsvertretung der Juden in Deutschland eindrucksvoll protestiert wurde: «Vor Gott und den Menschen erheben wir gegen diese beispiellose Schändung unseres Glaubens in feierlicher Verwahrung unsere Stimme» (3. Mai 1934). Höhepunkt dieser Phase waren aber die Gesetze, die vom Reichstag beim «Parteitag der Freiheit» am 15. September 1935 beschlossen wurden («Nürnberger Gesetze»): Das «Reichsbürgergesetz» und das «Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre» regelten Beziehungen zwischen «Deutschen» und «Juden»; Eheschliessungen wie ausserehelicher Verkehr wurden verboten, Juden wurde das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben untersagt, das Zeigen jüdischer Farben hingegen war gestattet. Juden waren keine Reichsbürger mehr.

Das Jahr 1938 brachte noch mehr gravierende Massnahmen: Erhebungen über Vermögenswerte in jüdischer Hand, Einführung von «jüdischen Vornamen» (Israel und Sara) und im November Umwälzungen, die jedwede Illusion weiteren Zusammenlebens zerstörten.

Die Tötung eines Angestellten der Pariser Deutschen Botschaft (Ernst vom Rath) durch einen verzweifelten jungen Juden polnischer Herkunft (Herschel Grünsparn) führte in den zynischerweise als «Reichskristallnacht» bezeichneten Pogromen vom 8. auf den 9. November 1938 zu langen Inhaftierungen von Zehntausenden jüdischer Männer in Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald, zur Vernichtung von Hunderten von Synagogen, zur Zerstörung jüdischer Geschäfte und obendrein zur Verhängung einer Busse über die Juden in Höhe von 1 Milliarde Reichsmark, einer damals wie heute gewaltigen Summe. Jetzt wussten die Juden im Deutschen Reich (in das im März auch Österreich einverleibt worden war), dass nur Auswanderung, sei es nach Grossbritannien, Amerika, Palästina oder Shanghai, ihre Existenz retten konnte.

Von diesen November-Pogromen an, bei der eine grosse Zahl von Juden getötet und die übergrosse Mehrzahl jüdischer Gotteshäuser vernichtet

Porträt



ALBERT EINSTEIN

*Dass der Ulmer Albert Einstein (*14. März 1879, † 18. August 1955), der schon als Junge seine liebe Not mit der Schule hatte, das Züricher Polytechnikum ausgerechnet als Fachlehrer für Mathematik und Physik verlassen würde, dass er es überhaupt je zu etwas bringen würde, hätte niemand erwartet. Seinen Münchner Lehrern galt er als schwerfällig und bequem, eigenwillig und wenig lernbereit ausser in der Mathematik, als Spätentwickler, der sich nirgends einfügen konnte.*

1902 war Einstein erst einmal ein Jahr arbeitslos. Er bezeichnete es als «Lebensrettung», als ihm schliesslich ein Freund eine mässig bezahlte Stelle am Berner Patentamt verschaffte, die ihm immerhin soviel Zeit liess, dass er 1905 gleich drei Arbeiten veröffentlichen konnte, die das physikalische Weltbild veränderten. Mit seiner Deutung der «Brownschen Molekularbewegung» mikroskopisch kleiner Körper wies er zweifelsfrei die Existenz von Atomen bzw. Molekülen nach, mit der «Lichtquantenhypothese» beim Fotoeffekt begründete er ein neues Verständnis von Licht und Materie, und mit der «Speziellen Relativitätstheorie» klärte er die physikalische Bedeutung von Raum, Zeit, Energie und Masse. Jetzt erhielt er Lehrstühle in Prag, Zürich und Berlin. 1916 publizierte er mit seiner «Allgemeinen Relativitätstheorie» eine Theorie der Schwerkraft.

In der aufkommenden Nazizeit wurden seine Erkenntnisse als «jüdische Physik» verunglimpft; vor der Hetzessoh er schliesslich nach Princeton (USA). Er begründete die «Quantentheorie», aber er war auch einer der schärfsten Gegner ihrer heutigen Auslegung; unbeweglich und halsstarrig lehnte er sie zeitlebens ab, doch trugen gerade seine Einwände zu ihrer Absicherung bei. Er war liberal eingestellt, mit Sympathien für den Sozialismus. Von seinem jüdischen Glauben hatte er sich losgesagt, aber doch die Neugründung des Staates Israel engagiert unterstützt. Er war überzeugter Pazifist und kämpfte bis zu seinem Lebensende für den Frieden. Aber gerade er war es auch, der Präsident Roosevelt aufforderte, den Deutschen beim Bau der Atombombe zuvorzukommen. (H. Hü.)

Text der Zeit

«Reichskristallnacht»

Anweisung

Berlin Nr. 234 404 9. 11. 2355

An alle Stapo-Stellen und Stapo-Leitstellen An Leiter oder Stellvertreter

Dieses FS ist sofort auf dem schnellsten Wege vorzulegen.

1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen, stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, dass Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können.
2. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial besndet, ist dieses durch eine sofortige Massnahme sicherzustellen.
3. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20'000-30'000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht.
4. Sollten bei den kommenden Aktionen Juden im Besitz von Waffen angetroffen werden, so sind die schärfsten Massnahmen durchzuführen. Zu den Gesamaktionen können herangezogen werden Verfügungstruppen der SS sowie Allgemeine SS. Durch entsprechende Massnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Stapo auf jeden Fall sicherzustellen.

Gestapo II Müller
Dieses FS ist geheim

Vollzugsmeldung

SS-Sturm 10/25

Betrifft: Aktion gegen die Juden

Geldern, den 14. November 1938

Die Aktion innerhalb des Kreises Geldern sowie in Xanten wurde ausschliesslich von Angehörigen des SS-Sturmes 10/25 durchgeführt. Die Anordnungen ergingen am 10. 11. 1938 gegen 9.30 Uhr fernmündlich vom Sturmbann II 1/25.

Die erste Massnahme war die Inbrandsetzung der Synagoge in Geldern gegen 4 Uhr morgens. Bis 9 Uhr vormittags war diese bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Sichergestellt wurden einige Bibeln in hebräischer Schrift. Zur selben Zeit wurde die Inneneinrichtung der Synagoge in Xanten [...] zerstört. An jüdischen Geschäften waren innerhalb des Sturmgebietes zwei vorhanden, deren Einrichtung und kleiner Warenbestand ebenfalls vollkommen zerstört wurden. Bei den restlichen Juden, ehemalige Viehjuden und jetzt Privatleute, wurde die Wohnungseinrichtung total demoliert und unbrauchbar gemacht, nachdem die Schaufenster und Fensterscheiben vorher eingeschlagen waren [...] Bis gegen 11 Uhr wurden sämtliche männlichen Juden von 15 bis 70 Jahren durch die Polizei inhaftiert und in die örtlichen Arrestlokale vorläufig untergebracht [...] Die Bevölkerung verhielt sich den Demonstrationen gegenüber passiv f. . .] Da grössere Geschäfte nicht vorhanden waren, ist es zu Plünderungen nicht gekommen [...]

Der Führer des SS-Sturmes 10/25

wurde, steigerte sich die Zahl antijüdischer Massnahmen. In vielen Städten mussten die Juden in eigenen Wohnbezirken leben, und ab September 1941 wurden sie gezwungen, den «Judenstern» zu tragen. 1943 wurde listenmässig erfasst, was Juden verboten, verweigert, vorgeschrieben war (*K, Seite 258/259*). Vieles war reine Schikane, alles aber diente der Erniedrigung, der Demütigung und der Festigung des Gefühls, dass Deutsche einer höheren Rasse angehörten, Nichtarier aber «Untermenschen» seien. Verboten war z.B. der Ankauf von Büchern, Besuch von Ausstellungen, Theatern und Kinos, Benutzung von Kraftwagen, öffentlichen Fernsprechern, Betreten von Gaststätten, Benutzung von Sitzplätzen in öffentlichen Verkehrsmitteln (soweit von Nichtjuden benötigt), von Parkbänken, die nicht gelb gestrichen waren, Betreten von Bahnhöfen, Wartesälen und Bahnanlagen sowie von Wäldern, Halten von Haustieren, Inanspruchnahme von Ärzten (ausser jüdischen Krankenbehandlern), Mitgliedschaft in Privatversicherungen, Schulbesuch, Verlassen der Wohngemeinden (ausser mit besonderer Genehmigung), Verlassen der Wohnungen nachts, Zeitungsverkauf und -bezug u.a.; verweigert wurden Eier-, Fisch-, Fleisch-, Milchkarten, alle erdenklichen Vergünstigungen, die sonst jedem Bürger zustanden; vorgeschrieben waren Ablieferung elektrischer und optischer Geräte von Gebrauchs- und Wertgegenständen, aber auch besondere Einkaufszeiten, getrennte Luftschutzräume ...

Der Elendsweg der jüdischen Einwohner des Deutschen Reiches

1950 angestellte Ermittlungen ergeben folgendes Bild des Schicksals der Juden in Deutschland:

Juni 1933	(ohne Österreich):	502 799 jüdische Einwohner
1939	(mit Österreich):	213 930 jüdische Einwohner
	Auswanderung	Deportationen
1933-1937	129 000	–
1938-1939	118 000 (mit Österreich)	-
1940	15 000	10 000
1941	8 000	25 000
1942	-	73 000
1943	500	25 000
1944	-	1 000
	270 500	134 000

Diese Zahlen, zu denen noch ein natürlicher Sterbeüberschuss von 72'000 kommt, wobei sich viele befanden, die den Freitod der Deportation vorzogen, bedürfen der Erläuterung: Allein 1933 emigrierten 38'000 Juden! Die Judenverfolgung beschränkte sich nicht auf Menschenjüdischen Glaubens; die Zahl 502'799 des Jahres 1933 wurde bei der Volkszählung im Juni ermittelt; sicher waren seit Januar Tausende dieser «Glaubensjuden» ausgewandert, so dass man für den 1. Januar 1933 wohl eine Zahl von 530'000 «Glaubensjuden» ansetzen kann. Faktisch wurden aber auch zusätzlich «Nicht-Glaubensjuden», d.h. rassische «Voll-» oder Dreiviertel-Juden verfolgt und deportiert. Über ihre Zahl liegen keine verlässlichen Schätzungen vor, doch dürfte sie Hunderttausende betragen haben.

Göring schuf 1939 eine «Auswanderungszentrale», an deren Spitze der Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, stand. Am 24. September 1939 wurde daraus das Judenreferat IV B 4 im «Reichssicherheitshauptamt», das später mit der Durchführung der «Endlösung» betraut war (Brief Görings vom 31. Juli 1941).

Am 14. Oktober 1941 begannen die Deportationen aus dem Reich in die Vernichtungslager Osteuropas, und im gleichen Monat wurde Juden die Auswanderung verboten. Die «Wannseekonferenz» (K, Seite 260) am 20. Januar 1942 plante die Einzelheiten der «Endlösung». Ihrem Protokoll ist zu entnehmen: «An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten. Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeit anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind. Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilen. [...] Unter entsprechender Anleitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitsinsatz kommen. In grossen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden strassenbauend in diese Gebiete eingeführt, wobei zweifellos ein Grossteil durch natürliche [!] Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt [!] werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. [...] Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt. [...]»

Vergleichen wir diese Vernichtungsplanung mit den Zahlen der nach der «Endlösung» übriggebliebenen Juden.

Staat	angenommene Zahlen jüdischer Bewohner Wannseeprotokoll 1942	Überlebende 1945
Altreich	131 800	80 000*
Österreich	43 700	7 000
Polen	3 104 000	50 000
Lettland	3 500	–
Litauen	34 000	–
Tschechoslowakei	162 200	44 000
Belgien	43 000	40 000
Dänemark	5 600	5 500
Frankreich	865 000	200 000
Griechenland	69 000	12 000
Niederlande	160 000	20 000
Norwegen	1 300	1 000
Bulgarien	48 000	47 000
Rumänien	342 000**	430 000
Ungarn	742 000**	200 000
Jugoslawien	50 200	12 000
Italien	58 000	33 000
UdSSR	5 000 000***	2 600 000

* Die Zahl enthält DPs (Displaced Persons), aus Lagern entlassene Juden, die vorübergehend in Deutschland weilten.

** Sowohl bei Rumänien wie bei Ungarn sind die Schätzungen im Protokoll schwer erklärlich. Das «Philo-Lexikon» (1935) gibt für Rumänien 900'000, für Ungarn 445'000 Juden an. Grenzverschiebungen im Krieg mögen zu anderen Schätzungen geführt haben.

*** Die Schätzung für die UdSSR ist rätselhaft; das «Philo-Lexikon» gab 2'450 000, also weniger als die Hälfte, an.

Deportation und Massenmord

Wie total die Vernichtung jüdischen Gemeinschaftslebens war, kann am Beispiel des bayerischen Regierungsbezirks Unterfranken belegt werden. Dort existierten vor 1933 insgesamt 128 jüdische Gemeinden. Die grösste dieser «israelitischen Kultusgemeinden» war Würzburg mit 2'800 Mitgliedern. Heute besteht in keinem der 128 Orte noch eine Kultusgemeinde

Unterdrückung jüdischer Mitbürger

Verboten war den Juden u.a.:

Ankauf von Büchern Ausstellungsbesuch
 Benutzung von Kraftdroschken (nur mit schriftlicher Genehmigung)
 Benutzung von Kraftwagen Benutzung von Leihbüchereien Benutzung öffentlicher Badeanstalten
 Benutzung öffentlicher Fernsprecher
 Benutzung von Fahrkartenautomaten
 Benutzung von Parkbänken, die nicht gelb gestrichen waren
 Benutzung von Strassenbahnen, Omnibussen nur mit besonderer Fahrerlaubnis
 Benutzung von Sitzplätzen in öffentlichen Verkehrsmitteln (falls von Nichtjuden benötigt)
 Berufsausübung in freien und den meisten anderen Berufen
 Beschäftigung nicht-jüdischer Hausangestellter
 Besitz von Waffen
 Bestellung von Sachverständigen
 Besuch von Gaststätten und Cafés
 Betreten bestimmter Strassen in Berlin und München
 Betreten von Bahnhöfen, Wartesälen und Bahnanlagen
 Betreten von Wäldern
 Bezug von Fleisch, Fisch und vielen anderen Lebensmitteln
 Eheschließung und ausserehelicher Geschlechtsverkehr mit Deutschblütigen
 Einfuhr rituell geschlachteten Fleisches

Einquartierungen
 Einreichung von Anträgen und Eingaben an Behörden (ausser wenn Zulässigkeit durch Kultusvereinigung bzw. Reichsvereinigung geprüft)
 Einzelbeschäftigung von Arbeitern
 Empfang von Gratifikationen und Ruhegehältern
 Empfang von Kontrollkarten für Auslandsbriefverkehr
 Führung von Künstlernamen
 Gebrauch des Deutschen Grusses
 Halten von Brieftauben
 Halten von Haustieren
 Inanspruchnahme von Ärzten usw. (ausser jüd. Krankenbehandlungler)
 Inanspruchnahme von Friseuren
 Mitgliedschaft in Privatversicherungen
 Schulbesuch

Verweigert wurden den Juden u.a.:

Eierkarten
 Fahrpreismässigung für Kurzstrecken, Monats- und andere verbilligte Fahrkarten
 Fernsprecher
 Fischkarten
 Fischkonserven
 Fleischkarten
 Führerscheine
 Jagdscheine
 Kinderermässigung bei Lohnsteuer und Einkommensteuer
 Kleiderkarten
 Kriegsschädenersatz und Erstattung von Luftschutzkosten

Diffamierende Vorschriften

Kurzarbeiterunterstützung
Lohn bei unverschuldeter Arbeits-
verhinderung
Lohnzuschlag bei Überstunden,
Sonn- und Feiertagen Mangelwaren
Mieterschutz
Milchkarten
Obstkonserven
Personenschadenersatz Rasierseife
Raucherkarten
Süssigkeiten
Zehrgeld für doppelten Haushalt
Speise-, Schlaf- und Aussichtswa-
gen sowie 1. und 2. Klasse der
Reichsbahn
Steuer- und Gebührenfreiheit für die
jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen
Theater- und Kinobesuch
Tragen von Abzeichen aller Art
Tragen von Orden und Ehrenzei-
chen
Unterbringung von Geisteskranken
in nichtjüdischen Anstalten Verlas-
sen der Wohngemeinden (ausser mit
besonderer Genehmigung)
Verlassen der Wohnungen nachts
Verfügung über bewegliches Eigen-
tum und sonstiges Vermögen Ver-
kehr mit Ausländern Zeitungsver-
kauf und -bezug

Vorgeschrieben war den Juden u.a.:
Ablieferung elektrischer Geräte Ab-
lieferung optischer Geräte Abliefe-
rung von Edelmetallen und Wertge-
genständen Ablieferung von Fahrrä-
dern Ablieferung von Pelzen Ablie-
ferung von Rundfunkgeräten
Ablieferung von Schreibmaschinen
Ablieferung von Teppichen Abliefe-
rung von Wollsachön und Spinnstof-
fen
«Absonderung» von nichtjüdischen
Arbeitnehmern
Ausmietung und Unterbringung in
«Judenhäusern» und «Judensiedlun-
gen» (dabei Trennung vom nichtjü-
dischen Ehepartner) Benutzung sog.
jüdischer Vornamen
Benutzung von Judenkenntarten Be-
schränkte Arbeitslosenhilfe Beson-
dere Einkaufszeiten Eintägige Kün-
digung Getrennte Luftschutzräume
Kennzeichnung der Kleidung und
Wohnung mit Judenstern Untertarif-
mässige Arbeitsentlohnung

Waren die Verbote und Vorschriften allein schon unmenschlich genug, so zeigten sich nur zu bald ihre Sekundärfolgen: Denunziationen und Bespitzelungen waren an der Tagesordnung, selbst alte Bekannte und Nachbarn lieferten Juden – oftmals aus Angst, aber ebenso aus Missgunst und Verblendung der Verhaftung und damit meist der Ermordung aus.

«Wannsee-Konferenz» und «Endlösung der Judenfrage»

Auf dem Höhepunkt seiner Machtentfaltung in den Jahren 1941/1942, als das deutsche Heer grosse Teile der Sowjetunion überrannt hatte, hielt die NS-Führung die Zeit für gekommen, die «Judenfrage» ein für allemal und radikal zu lösen, was die Vernichtung mehrerer Millionen Juden bedeutete.

In eitler bereits mehrmals verschobenen Geheimkonferenz in einer Wannsee-Villa umriss der Chef des Reichssicherheitshauptamtes und Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, am 20. Januar 1942 vor Vertretern des Innenministeriums, des Justizministeriums (Freisler), des Auswärtigen Amtes, des Beauftragten für den Vierjahresplan, den Beauftragten der Reichskanzlei und der NSDAP, der SS und der Gestapo (Müller), des Reichsministers der besetzten Gebiete sowie des Generalgouvernements und dem Protokollführer Eichmann Hitlers und Görings Pläne und seine eigenen Vorstellungen. Grundgedanke war, alle Juden Europas von Frankreich bis Russland zu erfassen, die Staaten systematisch von ihnen zu «säubern» und sie in Ghettos und Lager Polens zu deportieren, sie einerseits durch «entsprechende Behandlung» und in «Arbeitseinsätzen» auf «natürliche Weise» zu dezimieren, sie andererseits gezielt der Vernichtung durch Gaswagen, Erschiessungskommandos und in Gaskammern zuzuführen. Die «Wannsee-Konferenz» dehnte die «Endlösung» auf alle Länder in Hitlers Machtbereich aus und systematisierte dieses grösste Menschheitsverbrechen. Beinahe ganz Europa war in die gigantische Maschinerie der Denunziationen, Durchsuchungen, Deportationen einbezogen. In Polen wurden grosse «Vernichtungslager» errichtet. Eingespannt in das Netz waren Hunderttausende von Polizisten, SS-Leuten, Beamten, eine umfangreiche Organisation der Reichsbahn, die die Massentransporte zu bewältigen hatte, grosse Teile der Industrie und teilweise auch des Militärs.

ausser in Würzburg (mit nur noch 174 Mitgliedern). Die ersten Konzentrationslager entstanden in Deutschland und der «Ostmark» (wie Österreich nach dem «Anschluss» hiess). Sie wurden zur Inhaftierung politischer Gegner, aber auch von Juden, Zigeunern, Homosexuellen benutzt, zuweilen kamen auch Berufsverbrecher hinzu. Die wichtigsten KZ befanden sich in Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Flossenbürg, Mauthausen, Neuengamme, Oranienburg. Ausgesprochene Vernichtungslager waren die Anlagen von Auschwitz mit Birkenau, Belzec, Chelmno, Treblinka. Nach den Aussagen des Lagerkommandanten von Auschwitz,



Das Grauen des Holocaust. Oben: Frauen und Kinder – Juden, missliebige Polen, Bauernfamilien enteigneter Höfe – wehrlose Opfer der SS-Einsatztruppen in Polen. – Unten: Schlimmer als der schlimmste Alptraum, unvorstellbarer als die perverseste Phantasie: Massenexekutionen von Jüdinnen auf offenem Feld bei Lije-paja in Lettland.





Abgeschlachtet wie Tiere. Von den deutschen Truppen freigelassene Zuchthäusler im Dienst der «Endlösung» des NS-Rassenwahns: Blutbad unter den jüdischen Bewohnern von Kowno/Litauen.

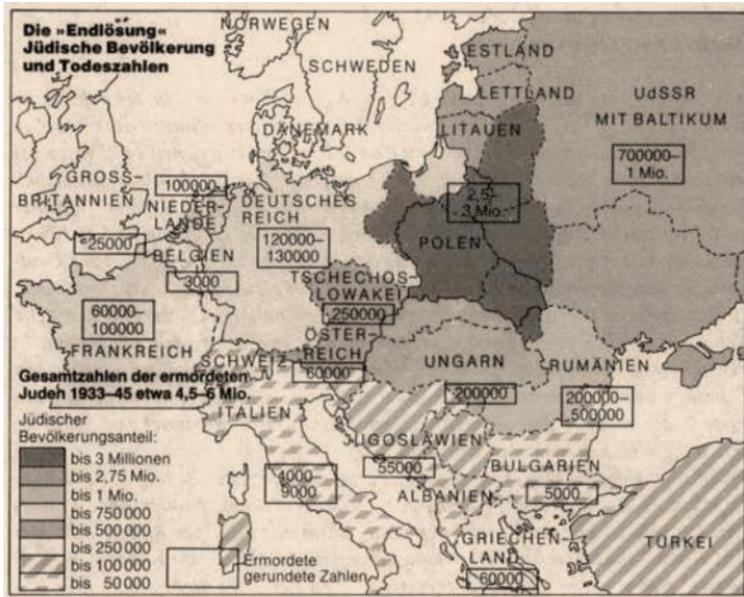
Deportationen

«Seit dem 22.7. fährt täglich ein Zug mit je 5'000 Juden von Warschau über Malkinia nach Treblinka, ausserdem zweimal wöchentlich ein Zug mit 5'000 Juden von Przemysl nach Belzec. [...]»

Theodor Ganzenmüller, Reichsverkehrsministerium, am 28. Juli 1942

«Aus dem Generalgouvernement werden jetzt, bei Lublin beginnend, die Juden nach dem Osten abgeschoben. Es wird hier ein ziemlich barbarisches und nicht zu beschreibendes Verfahren angewandt, und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig. Im Grossen kann man wohl feststellen, dass 60 Prozent davon liquidiert werden müssen, während nur 40 Prozent bei der Arbeit eingesetzt werden können. [...] Die in den Städten des Generalgouvernements frei werdenden Gettos werden jetzt mit den aus dem Reich abgeschobenen Juden gefüllt, und hier soll sich dann nach einer gewissen Zeit der Prozess erneuern.»

Joseph Goebbels, Tagebucheintragung am 27. März 1942



Höss, wurden dort allein über eine Million Juden ermordet, zumeist vergast. Erhebungen verschiedener Untersuchungskommissionen haben die Zahl von sechs Millionen Juden, die dem NS-Regime zum Opfer fielen, erhärtet. Unter diesen Millionen waren Zehntausende schwangerer Frauen, deren Kinder im Mutterleib starben.

Die Deportationen aus den eroberten Gebieten setzten schlagartig ein. Die Rettung durch Auswanderung, die bis Kriegsbeginn immerhin 247'000 Juden aus den «Altreich» und Österreich gelang, war den meisten Juden Polens verwehrt. Einigen gelang die Flucht in die Sowjetunion. Nur in wenigen Ländern konnten die Vernichtungsmassnahmen der Nationalsozialisten eingedämmt werden. Allein in Dänemark gelang es, die dort lebenden 6'500 Juden zu retten. Sie entkamen im Oktober 1943 mit Hilfe der Untergrundbewegung unter den Augen der deutschen Besatzungsmacht nach Schweden, wobei hervorzuheben ist, dass König Christian X. von Anfang an seine Solidarität mit den Juden ostentativ bewiesen hat. In Ungarn konnte die totale Vernichtung vor allem durch die Intervention des schwedischen Humanisten Raoul Wallenberg verhindert werden, der seit Januar 1945 verschollen und möglicherweise noch in der UdSSR inhaftiert ist.

Erwähnt werden muss schliesslich noch Theresienstadt, eine Festung unweit Prag, wohin seit 1942 besonders prominente Juden und Halbjuden, mit

Text der Zeit

Massenvergasungen von Juden 1942 (Bericht Kurt Gersteins)

Am Morgen um kurz vor sieben Uhr kündigt man mir an: In zehn Minuten kommt der erste Transport! Tatsächlich kam nach einigen Minuten der erste Zug von Lemberg aus an. 45 Waggon mit 6'700 Menschen, von denen 1450 schon tot waren bei ihrer Ankunft. Hinter den vergitterten Luken schauten, entsetzlich bleich und ängstlich, Kinder durch, die Augen voll Todesangst, ferner Männer und Frauen. Der Zug fährt ein: 200 Ukrainer reissen die Türen auf und peitschen die Leute mit ihren Lederpeitschen aus den Waggon heraus. Ein grosser Lautsprecher gibt die weiteren Anweisungen: Sich ganz ausziehen, auch Prothesen, Brillen usw. Die Wertsachen am Schalter abgeben, ohne Bons oder Quittung. Die Schuhe sorgfältig zusammenbinden (wegen der Spinnstoffsammlung), denn in dem Haufen von reichlich 25 Meter Höhe hätte sonst niemand die zugehörigen Schuhe wieder zusammenfinden können. Dann die Frauen und Mädchen zum Friseur, der mit zwei, drei Scherenschlägen die ganzen Haare abschneidet und sie in Kartoffelsäcken verschwinden lässt. [...]

Dann setzt sich der Zug in Bewegung. Voran ein bildhübsches junges Mädchen, so gehen sie die Allee entlang, alle nackt, Männer, Frauen, Kinder, ohne Prothesen. Ich selbst stehe mit dem Hauptmann Wirth oben auf der Rampe zwischen den Kammern. Mütter mit ihren Säuglingen an der Brust, sie kommen herauf, zögern, treten ein in die Todeskammern! – An der Ecke steht ein starker SS-Mann, der mit pastoraler Stimme zu den Armen sagt: Es passiert Euch nicht das geringste! Ihr müsst nur in den Kammern tief Atem holen, das weitet die Lungen, diese Inhalation ist notwendig wegen der Krankheiten und Seuchen. Auf die Frage, was mit ihnen geschehen würde, antwortet er: Ja, natürlich, die Männer müssen arbeiten, Häuser und Chausseen bauen, aber die Frauen brauchen nicht zu arbeiten. Nur wenn sie wollen, können sie im Haushalt oder in der Küche mithelfen. – Für einige von diesen Armen ein kleiner Hoffnungsschimmer, der ausreicht, dass sie ohne Widerstand die paar Schritte zu den Kammern gehen – die Mehrzahl weiss Bescheid, der Geruch kündigt ihnen ihr Los! – Sie steigen die kleine Treppe herauf, und dann sehen sie alles. Mütter mit ihren Kindern an der Brust, kleine nackte Kinder, Erwachsene, Männer und Frauen, alle nackt – sie zögern, aber sie treten in die Todeskammern [...]. Ich drücke mich in eine Ecke und schreie laut zu meinem und ihrem Gott. Wie gern wäre ich mit ihnen in die Kammern gegangen, wie gern wäre ich ihren Tod mitgestorben. Sie hätten dann einen uniformierten SS-Offizier in ihren Kammern gefunden – die Sache wäre als Unglücksfall aufgefasst und behandelt worden und sang- und klanglos verschollen. Noch also darf ich nicht, ich muss noch zuvor künden, was ich hier erlebe! – Die Kammern füllen sich. Gut vollpacken – so hat es der Hauptmann Wirth befohlen. Die Menschen stehen einander auf den Füßen. 700 bis 800 auf 25 Quadratmetern in 45 Kubikmetern! Die SS zwingt sie physisch zusammen, soweit es überhaupt geht. – Die Türen schliessen sich. Währenddessen warten die andern draussen im Freien, nackt. Man sagt mir: Auch im Winter genauso! Ja,

aber sie können sich ja den Tod holen! sage ich. – Ja, grad für das sinn se ja doh! – sagt mir ein SS-Mann darauf in seinem Platt. – Jetzt endlich verstehe ich auch, warum die ganze Einrichtung Heckenholt-Stiftung heisst. Heckenholt ist der Chauffeur des Dieselmotors, ein kleiner Techniker, gleichzeitig der Erbauer der Anlage. Mit den Dieselauspuffgasen sollen die Menschen zu Tode gebracht werden. Aber der Diesel funktioniert nicht! Der Hauptmann Wirth kommt. Man sieht, es ist ihm peinlich, dass das gerade heute passieren muss, wo ich hier bin. Jawohl, ich sehe alles! Und ich warte. Meine Stoppuhr hat alles brav registriert. 50 Minuten, 70 Minuten – der Diesel springt nicht an! Die Menschen warten in ihren Gaskammern. Vergeblich. Man hört sie weinen, schluchzen. [...] Nach 2 Stunden 49 Minuten – die Stoppuhr hat alles wohl registriert – springt der Diesel an. Bis zu diesem Augenblick leben die Menschen in diesen vier Kammern, viermal 750 Menschen in viermal 45 Kubikmetern! – Von neuem verstreichen 25 Minuten. Richtig, viele sind jetzt tot. Man sieht das durch kleine Eensterchen, in dem das elektrische Licht die Kammern einen Augenblick beleuchtet. Nach 28 Minuten leben nur noch wenige. Endlich, nach 32 Minuten ist alles tot! – Von der anderen Seite öffnen Männer vom Arbeitskommando die Holztüren. Man hat ihnen – selbst Juden – die Ereiheit versprochen und einen gewissen Promillesatz von allen gefundenen Werten für ihren schrecklichen Dienst. Wie Basaltsäulen stehen die Toten aufrecht aneinander gepresst in den Kammern. Es wäre auch kein Platz, hinzufallen oder auch nur sich vornüber zu neigen. Selbst im Tode noch kennt man die Familien. Sie drücken sich, im Tode verkrampft, noch die Hände, so dass man Mühe hat, sie auseinanderzureissen, um die Kammern für die nächste Charge freizumachen. [...] Zwei Dutzend Zahnärzte öffnen mit Haken den Mund und sehen nach Gold. Gold links, ohne Gold rechts. Andere Zahnärzte brechen mit Zangen und Hämmern die Goldzähne und Kronen aus den Kiefern. – Unter allen springt der Hauptmann Wirth herum. Er ist in seinem Element. – Einige Arbeiter kontrollieren Genitalien und After nach Gold, Brillanten und Wertsachen. Wirth ruft mich heran: Heben Sie mal diese Konservendose mit Goldzähnen, das ist nur von gestern und vorgestern! [...] Die nackten Leichen wurden auf Holztragen nur wenige Meter weit in Gruben von 100 mal 20 mal 12 Meter geschleppt. Nach einigen Tagen gärten die Leichen hoch undsselen alsdann kurze Zeit später stark zusammen, so dass man eine neue Schicht auf dieselben drauf werfen konnte. Dann wurde zehn Zentimeter Sand darüber gestreut, so dass nur noch vereinzelt Köpfe und Arme herausragten.

Niederschrift des SS-Obersturmführers Kurt Gerstein v. 4. 5. 1945. In: Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte Jg. 1 (1953), S. 189 ff.



Auschwitz. Das Ziel so vieler Züge mit Menschen für die Todeskammern der Vernichtungsfabrik: Selektion auf der Rampe des KZ-eigenen Bahnhofs. Mehr als 1,5 Millionen Menschen starben allein in diesem Vernichtungslager.

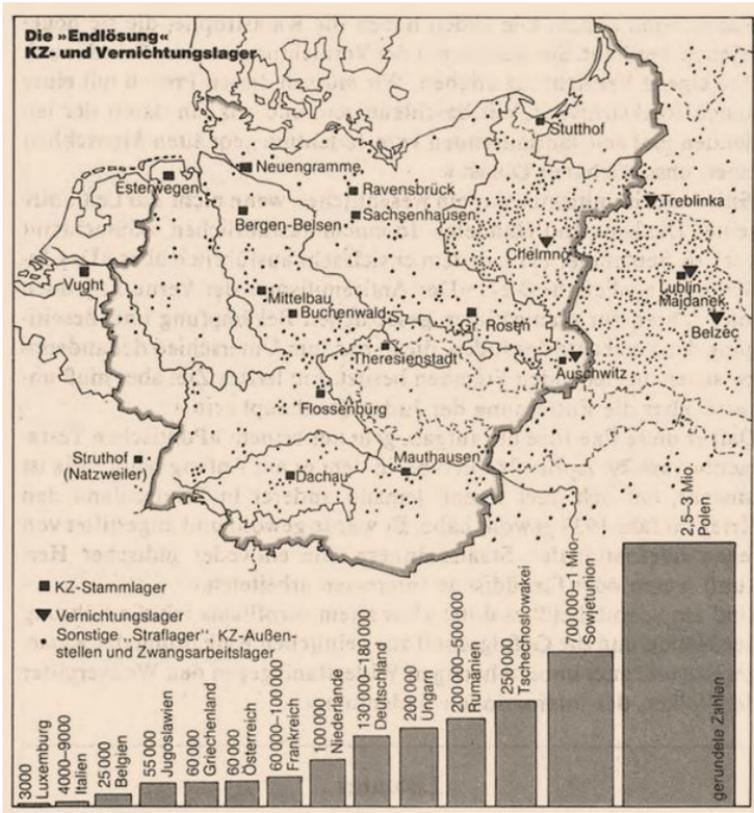
Waren es ehemals nicht sogar 4 Mio.?

Nichtjuden Verheiratete, Veteranen und Pensionäre gebracht wurden. Man führte es als «Musterlager» mit jüdischer Selbstverwaltung, eigenem Geld, Orchester u.ä. ausländischen Delegationen vor. Aus dem überfüllten Lager wurden ab Januar 1943 an die 33'000 Menschen in Vernichtungslager überwiesen. Von den 87'000 Insassen starben 37'000 an Hunger oder Krankheit.

Die Rolle Hitlers bei der Vernichtung der Juden

In- und ausländische Verteidiger Hitlers haben den «Führer» freizusprechen versucht, und zwar sowohl von der Mitschuld an den Ausschreitungen der «Reichskristallnacht» im November 1938 wie auch von der Verantwortung für die umfassenden Vernichtungsmassnahmen der weitgehend erreichten «Endlösung» in den Kriegsjahren.

Dagegen ist anzuführen: Im totalen Staat des «Dritten Reichs» konnte nichts von Belang gegen den Willen oder ohne das Wissen des obersten



Partei- und Staatsführers geschehen. Ausserdem zog sich Hitlers pathologischer Judenhasse nachweislich seit Ende des Ersten Weltkriegs durch sein ganzes Sinnen und Trachten. In «Mein Kampf» stellte er 1924 fest: «Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn.» Und schon am 30. Januar 1939 hatte er gedroht: «Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und ausserhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.»

Keinen Zweifel an seinen radikalen Absichten liess Hitler in einem Gespräch mit Goebbels, dem gegenüber er im Februar 1942 seine Entschlossenheit «zum rücksichtslosen Aufräumen mit den Juden in Europa» zum Ausdruck brachte. «Hier darf man keine sentimentalischen Anwendungen ha-

ben. Die Juden haben die Katastrophe, die sie heute erleben, verdient. Sie werden mit der Vernichtung unserer Feinde auch ihre eigene Vernichtung erleben. Wir müssen diesen Prozess mit einer kalten Rücksichtslosigkeit beschleunigen, und wir tun damit der leidenden und seit Jahrtausenden vom Judentum gequälten Menschheit einen unschätzbaren Dienst.»

Hitlers Antisemitismus war ein wesentliches, wenn nicht *das* Leitmotiv seines Denkens und Handelns. In einem ausführlichen «Gutachten» vom 16. September 1919, in dem er sich sehr ausführlich über «Das Judentum» ausliess, hiess es: «Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muss führen zur planmässigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden, die er nur zum Unterschied der anderen zwischen uns lebenden Fremden besitzt. Ein letztes Ziel aber muss unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein.»

Dass er diese fixe Idee nie aufgab, geht aus seinem «Politischen Testament» vom 29. April 1945 hervor, in dem es am Anfang heisst: «Es ist unwahr, dass ich oder irgend jemand anderer in Deutschland den Krieg im Jahr 1939 gewollt habe. Er wurde gewollt und angestiftet von jenen internationalen Staatsmännern, die entweder jüdischer Herkunft waren oder für jüdische Interessen arbeiteten.»

Und am Schluss heisst es dort: «Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassegesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter der Völker, das internationale Judentum.»

Literatur

- Bein, Alex: Die Judenfrage, 2 Bde., Stuttgart 1980
 Gilbert, Martin: Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas, rororo aktuell 1982
 Goldmann, Nahum: Mein Leben als deutscher Jude, München 1980
 Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1982 Lamm,
 Hans: Innere und äussere Veränderungen des deutschen Judentums 1933-1945, Erlangen 1951
 Lang, Jochen: Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre, Berlin 1982
 Reitlinger, Gerald: Die Endlösung, Berlin 1956
 Scheffler, Wolfgang: Judenverfolgung im Dritten Reich 1933-1945, Berlin 1960
 Schoenberger, Gerhard: Dergelbe Stern, Neuausgabe, München 1982

HANS-ULRICH THAMER

Der deutsche Widerstand

Vielfalt der Opposition – Widerstand der Arbeiterschaft – Sozialistischer und kommunistischer Widerstand – Die Rolle der Sozialdemokraten – Konservative Gruppierungen – Goerdeler, Beck, von Hassell – Industrielle und Gewerkschaftler – Der «Kreisauer Kreis» – Die Rolle der Kirche – Widerstand der Jugend – Der Aufstand der Offiziere – Der 20. Juli 1944.

Der deutsche Widerstand gegen Hitler war mehr als nur die Bewegung des 20. Juli 1944. Zudem handelte es sich um keine einheitlich auftretende und handelnde Widerstandsbewegung. Sie setzte vielmehr die politische Vielfalt und Gegensätze der «Weimarer Republik» fort und nahm in mancher Hinsicht die spätere deutsche Teilung vorweg. Zwar berührten sich die getrennten Wege des deutschen Widerstands im Vorfeld des 20. Juli für kurze Zeit, doch standen im Unterschied zu den übrigen europäischen Widerstandsbewegungen gegen Hitlers Expansion und Gewaltherrschaft der kommunistische Widerstand auf der einen und die bürgerlich-konservativen, militärischen, christlichen und sozialistischen Widerstandsgruppen auf der anderen Seite sich misstrauisch und unversöhnlich gegenüber. Dementsprechend wurden mit der Teilung Deutschlands nach 1945 auch Andenken und Erbe des Widerstands geteilt. Konzentrierten sich in der Bundesrepublik Erinnerung und politische Identitätssuche vor allem auf die Widerstandsbewegung des 20. Juli, so beanspruchte die DDR das Erbe des «antifaschistischen Kampfes», dessen Wege und Ziele von der KPD bestimmt waren.

Doch seit dem Ende der sechziger Jahre wird in der Bundesrepublik Widerstand nicht mehr auf die Namen Graf Stauffenberg, Kardinal von Galen und die Geschwister Scholl, d.h. auf Militär, Kirche und bürgerliche Jugend begrenzt, sondern auch der Arbeiterwiderstand beachtet. Mit der Erweiterung der Perspektiven wuchs die Schwierigkeit der Abgrenzung. Der Übergang vom privaten Nonkonformismus und oppositioneller Gesinnung zum aktiven Widerstand und der direkten Verschwörung zum Sturze Hitlers erwies sich bei näherem Zusehen als durchaus fließend. Denn der Totalitätsanspruch des Regimes machte bereits vielleicht unpolitisch gemein-

te individuelle Abweichungen von der nationalsozialistischen Norm zum Gegenstand polizeilicher Verfolgung.

Dennoch muss zwischen solchen ‚privaten‘ verbotenen Handlungen wie dem Abhören ausländischer Sender, dem Erzählen regimekritischer Witze, zwischen Formen der Verweigerung bis zu passiven Formen des Widerstands, sei es durch beantragte Entlassung, durch Unterstützung Verfolgter, durch Verbreiten verbotener Schriften, durch Streik und Sabotage und schliesslich zwischen aktiven Formen des Widerstands unterschieden werden. Dazu gehören Planung und Vorbereitung eines gewalt-samen Umsturzes sowie Bildung einer neuen Regierung mit einem neuen Programm als längerfristigem Ziel. Nur auf diesen aktiven, programmatischen Widerstand wollen wir uns im Folgenden konzentrieren.

Innerhalb des politischen Widerstands im engeren Sinne ist darüber hinaus zwischen solchen Gruppen zu unterscheiden, die die «Weimarer Republik» mitgetragen hatten, und jenen, die dem Untergang der «Weimarer Republik» nicht nachtrauerten und dem antidemokratischen, autoritären Regime zunächst noch gedient hatten. Diese konservativen Gruppen aus Armee, Bürokratie und Wirtschaft, die in Hitler zunächst einen Retter der überkommenen sozialen Ordnung sehen wollten, hatten 1933 in ihrer Mehrheit den Weg zum Widerstand noch vor sich. Sie waren lange Zeit vom Herrschaftsanspruch des Regimes weit weniger betroffen als Sozialdemokraten und Kommunisten, die von Anfang an Hitler bekämpften, die aber auch von Anfang an unerbittlich verfolgt wurden und damit Widerstand nur unter ungleich schwierigeren Bedingungen betreiben konnten.

Aussicht auf Erfolg ihres Widerstands unter den Bedingungen eines totalitären Herrschaftsanspruches hatten letztendlich nur die Gruppen, die noch über eigene Machtapparate verfügten, d.h. vor allem die Armee und die damit verbundenen Teile der Bürokratie. Der Widerstand dieser Gruppen setzte aber erst mit dem Ende der konservativen Stilisierung und Mäsigung des Regimes 1938 ein, als sich der nationalsozialistische Eroberungskrieg immer deutlicher abzeichnete. Mit dem Krieg aber wurde der Aktionsradius des Widerstands enger. Denn der permanente Ausnahmezustand war noch verschärft, und das Regime konnte sowohl durch die Kriegssituation im Allgemeinen als auch besonders durch die anfänglichen grossen militärischen Erfolge auf die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zählen.

Erst mit der Wende des Krieges seit 1943 und der drohenden totalen Niederlage fielen die bisherigen politischen Barrieren und lösten sich alte Loyalitätsbedenken bei den möglichen Trägern des Widerstands auf.

Der kommunistische Widerstand

Von vornherein zum aktiven Widerstand entschlossen war die Kommunistische Partei. Für sie bedeutete der Widerstand die Fortsetzung der politischen Opposition aus der «Weimarer Republik» unter den Bedingungen der Illegalität. Damit trug der kommunistische Widerstand zugleich viele der Fehleinschätzungen mit sich, die auch die politische Linie der KPD vor 1933 bestimmt hatten.

Die ultralinke theoretische Position der KPD seit 1928, die sogenannte «Sozialfaschismustheorie» trug doppelt zur Unterschätzung der Gefährlichkeit des Nationalsozialismus bei. Einmal denunzierte man die autoritären Präsidialregierungen bereits als faschistisch («Brüning-Faschismus») und übersah damit den Unterschied zum totalitären Herrschaftsanspruch des NS-Regimes. Zum anderen sah man vor allem in der Sozialdemokratie den eigentlichen Hauptgegner, weil diese eine angebliche Stütze des Faschismus sei («Sozialfaschismus»).

Dass unter diesen Voraussetzungen eine gemeinsame Abwehraktion von SPD und KPD im Winter 1932/33 ausgeschlossen war, verwundert nicht. Doch nicht nur die Generalstreiksforderung der KPD vom 30. Januar 1933 verpuffte, sondern auch die Partei war angesichts der einsetzenden Verfolgungsaktionen des NS-Regimes zunächst überrascht, hatte man doch noch mit einer Periode der Legalität oder Halblegalität gerechnet. Darum war man weder auf einen aktiven, gewaltsamen Massenwiderstand, noch auf eine konspirative Tätigkeit im Untergrund organisatorisch vorbereitet. Die dem Reichstagsbrand folgende Verhaftungswelle beraubte die KPD zudem weitgehend ihrer Führer, ihrer Presse und ihrer Organisation.

Dennoch gelang es den Kommunisten, im Untergrund eine weitverzweigte konspirative, agitatorische Widerstandstätigkeit aufzubauen. Sie wurde im Wesentlichen von einzelnen Zellen und Gruppen getragen, die die Überzeugung vom baldigen Zusammenbruch des Regimes mit dem Glauben an den anschließenden Sieg des Sozialismus verbanden. Die Hoffnung auf einen schnellen Umsturz belebte die illegale Massenarbeit, die unzählige Opfer kostete, weil sie der Gestapo leichte Eingriffsmöglichkeiten bot. Doch spätestens nach der zweiten Verhaftungswelle war das Kräfte-reservoir erschöpft. Bis 1935 verflieg die Revolutionshoffnung und damit auch die massenhafte konspirative Tätigkeit.

Gelenkt wurde die Arbeit der KPD weitgehend aus dem Ausland, und auch die dortige Führung der deutschen Kommunisten unterlag den Weisungen der Kommunistischen Internationalen. Darum mussten sich die stalinistischen Säuberungen der dreissiger Jahre schwächend auf ihre Ar-

beit auswirken und vor allem der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939, der die kommunistische Widerstandstätigkeit vielfach lähmte. Erst mit Hitlers Russlandfeldzug stimmten für den kommunistischen Widerstand die machtpolitischen und ideologischen Fronten wieder.

Die «Rote Kapelle»

Mit den Kommunisten in Verbindung stand eine Widerstandsgruppe um den Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium Arndt von Harnack und den Oberleutnant im Luftfahrtministerium Harro Schulze-Byesen, die sich mit sozialistischen Zukunftsplänen beschäftigten. Widerstand, Spionage und Landesverrat gingen in dieser Gruppe ineinander über. Ihr gehörten Künstler, Intellektuelle, Konservative und Kommunisten an. Ein Teil des Kreises, der im August 1942 ausgehoben und von den Nazis «Rote Kapelle» genannt wurde, stand in Nachrichtenverbindung mit der Sowjetunion und hoffte auf eine zukünftige Zusammenarbeit mit der UdSSR, ohne orthodoxe Kommunisten zu sein.

Der sozialdemokratische Widerstand

Die Enttarnung der «Roten Kapelle» hat die Bemühungen um eine Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten im Widerstand neu belebt, nachdem diese seit den Jahren der «Sozialfaschismus-Theorie» mehr oder weniger abgebrochen war. Im Gegensatz zu einigen sozialistischen Splittergruppen zwischen KPD und SPD blieb für die Sozialdemokratie eine Gemeinsamkeit mit den Kommunisten im Kampf gegen das «Dritte Reich» ebensolange ausgeschlossen wie eine konspirative und agitatorische Tätigkeit. Vielmehr beschränkte sich die SPD auf den personellen und gesinnungsmässigen Zusammenhalt ihrer Mitglieder in zahlreichen kleinen Zirkeln. Andererseits suchten und fanden ehemalige Sozialdemokraten und Gewerkschaftler die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen und aristokratischen Widerstandskreisen, die den Sturz Hitlers vorbereiteten. So gehörten Adolf Reichwein (*1898, † 1944) und Julius Leber (*1891, † 1945), zwei der aktivsten Köpfe der Sozialdemokraten, zum «Kreisauer Kreis» und suchten von dort aus auch Kontakte zu Kommunisten bis zu ihrer Verhaftung im Juni 1944. Solche Kontakte hatte bald nach der Machtergreifung schon die Gruppe «Neu-Beginnen», ganz im Gegensatz zur Linie des emigrierten Parteivorstandes, gesucht, doch die

alten Gegensätze blieben, und die Zusammenarbeit wurde noch dadurch erschwert, dass die SPD ihre finanzielle Unterstützung für «Neu-Beginnen» bald sperrte.

Noch deutlicher erhob eine andere, organisatorisch unabhängige sozialistische Organisation den Ruf nach einer Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen, nämlich die «Sozialistische Arbeiterpartei» (SAP), die 1931 sich vom linken Flügel der SPD abgespalten und die Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung heftig kritisiert hatte. Viele ihrer Funktionäre wichen im Auftrag der Partei ins Ausland aus, wie etwa der junge Willy Brandt. Von dort suchte die «Auslandsleitung», propagandistisch zu wirken und den Kontakt zwischen den verschiedenen Kleinstgruppen im Reich herzustellen.

Alle linkssozialistischen Gruppen konnten dank ihres treuen Mitgliederstammes und ihrer klaren Programmatik zunächst einigen Einfluss gewinnen, aber ihr Kreis verengte sich mit der Konsolidierung des Regimes, als alle Hoffnungen auf einen schnellen Umsturz schwanden und viele Gruppen der Gestapo zum Opfer gefallen waren.

Erst der Zweite Weltkrieg verstärkte bei den Führern des sozialdemokratischen Widerstandes den Willen zu neuen Kontakten und Aktivitäten. Vor allem der Gewerkschaftler Wilhelm Leuschner (*1890, † 1944) baute ein Netz von Mitarbeitern und Vertrauensleuten auf. Auch kleinen lokalen und regionalen Gruppierungen gelang es unter grossen Verlusten, ihre Arbeit fortzuführen.

So stammten aus der deutschen Arbeiterbewegung und ihren Organisationen nicht nur die Widerstandskämpfer der ersten Stunde, aus ihrem Lager kamen überhaupt die meisten Widerstandskämpfer und Opfer. Zugleich legten Sozialdemokraten und Gewerkschaftler durch ihre Zusammenarbeit mit dem bürgerlich-konservativen Widerstand die Grundlagen für eine Zusammenarbeit der Parteien in der Zukunft.

Die Goerdeler-Beck-von Hassell-Gruppe

Im Unterschied zu Sozialisten und Kommunisten hatten die Mitglieder des bürgerlich-konservativen Widerstands ihren Weg von der politischen Distanzierung vom Nationalsozialismus und zum aktiven Widerstand gegen das Regime Hitlers 1933 noch vor sich. Politische Desillusionierung und wachsender Widerstandswille spiegeln sich deutlich im politischen Weg von Carl Friedrich Goerdeler (*1884, † 1945), dem Motor des bürgerlichen Widerstandes und der Integrationsfigur zwischen den verschiedenen Gruppen des Widerstandes. Als Oberbürgermeister von Leipzig und erfahrener Finanzfachmann war er von Hitler 1934 zum Reichskommissar



Bürgerliche Diplomaten in der Diktatur – ausgenutzt und verfolgt. Oben: Hitler in Venedig. Rechts neben ihm u.a. Ulrich von Hassell, der als Botschafter in Rom zur Annäherung zwischen Mussolini und Hitler beitrug. – Unten: Ulrich von Hassell vor dem Volksgerichtshof als Angeklagter im Prozess gegen die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Rechts neben ihm Carl F. Goerdeler.



für Preisüberwachung ernannt worden. Doch bald wurden ihm die grundsätzlichen Differenzen zur nationalsozialistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik bewusst, und er versuchte durch Denkschriften zur Mässigung aufzufordern. Seit 1936 stand Goerdeler in Verbindung mit dem Generalstabschef Ludwig Beck (*1880, † 1944) und einer Gruppe von Industriellen um Robert Bosch. Hinzu kamen enge Kontakte zu dem Diplomaten Ulrich von Hassell (*1881, † 1944) und dem preussischen Finanzminister Johannes Popitz, dessen Opposition zum Nationalsozialismus in seinem Entsetzen vor der NS-Judenpolitik des Jahres 1938 wurzelt. Der frühere christliche Gewerkschaftler Jakob Kaiser brachte Goerdeler 1940 in Verbindung zu Wilhelm Leuschner, dem ehemaligen hessischen sozialdemokratischen Innenminister und führenden Gewerkschaftler. Hinzu kamen ab 1941 enge Kontakte zu Offizieren in der Dienststelle des Befehlshabers des Ersatzheeres.

Angesichts ihrer politischen Bandbreite lässt sich die «Goerdeler-Gruppe» eher als eine Art Koalitionsregierung denn als eine homogene Arbeitsgemeinschaft charakterisieren. Das entsprach der Strategie Goerdelers, der sich stets um eine Verbreiterung der Basis des Widerstands bemüht hatte. Demzufolge gab es in dieser Koalition auch beträchtliche Meinungsunterschiede.

Man dachte im Allgemeinen an einen starken, autoritären Staat in der Tradition des Bismarck-Reiches ohne grossen Einfluss der Parteien, der jedoch als Rechtsstaat Toleranz gewährte und seine sozialen Verpflichtungen anerkannte. Niemand von ihnen wollte sich für eine parlamentarische Demokratie erwärmen, statt dessen dachte man an eine konstitutionelle Monarchie oder einen Statthalter als Oberhaupt.

Der «Kreisauer Kreis»

Eine wichtige Vermittlerstellung innerhalb des Widerstandes nahm der «Kreisauer Kreis» ein. Er vereinigte Angehörige von politischen und sozialen Gruppen, die während der «Weimarer Republik» oft noch weit voneinander getrennt waren. Obwohl bei den Kreisauern das Bemühen um eine Erklärung der geistesgeschichtlichen und politischen Ursachen des «Dritten Reiches» und die programmatischen Konsequenzen, die man daraus bei der Neuordnung ziehen müsse, besonders ausgeprägt war, handelte es sich bei den Teilnehmern der Gespräche auf dem schlesischen Gut Kreisau des Grafen Moltke keineswegs um einen bloss theoretisierenden Intellektuellenzirkel. Sondern man war auch unter dem Einfluss der

«Goerdeler-Gruppe» zum aktiven Widerstand durch Staatsstreich bereit und schloss sich mehrheitlich Stauffenberg an.

Im Gegensatz zur «Goerdeler-Gruppe» war der «Kreisauer Kreis» eine Initiative der jüngeren Generation, die von den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, der Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, von den zivilisationskritischen und sozialromantischen Vorstellungen der Jugendbewegung und teilweise von einem religiösen Sozialismus geprägt war. Entscheidend für viele Kreisauer waren die Arbeitslager in Schlesien am Ende der «Weimarer Republik», wo Studentenjunge Bauern und Arbeiter zusammen lebten und arbeiteten.

Dementsprechend trafen sich auf Kreisau Männer der verschiedensten Herkunft, Adelige und Arbeiterführer, Bürger und Geistliche beider Konfessionen. Ihr Ziel war es, über die sozialen und politischen Gegensätze hinwegzukommen, die die «Weimarer Republik» gelähmt hatten. Verbindende Kraft zwischen den alten Gegensätzen von Konservativ und Bürgerlich und Sozialistisch sollten der Gedanke des Rechts, der Humanität und der Religion sein.

Zentraler Gedanke der Neuordnungsvorstellungen der Kreisauer um den Grafen Helmuth James von Moltke (*1907, † 1945) und Yorck von Wartenburg (*1904, † 1944) war die Konzeption der kleinen Gemeinschaft als Kern eines föderalen Staatsaufbaus von unten nach oben. Nicht der Staat, sondern das Individuum stand im Mittelpunkt ihres Denkens. Mit dieser Staatsauffassung unterschieden sie sich ebenso von der «Goerdeler-Gruppe» wie mit ihren aussenpolitischen Ideen, die um ein vereinigtes, sich aus kleinen, gleichberechtigten Selbstverwaltungsgemeinschaften zusammensetzenden Europa kreisten.

Die Wirtschafts- und Sozialvorstellungen der Kreisauer schliesslich waren von sozialistischen Ideen beeinflusst. Man strebte den Ausgleich von Kapitalismus und Sozialismus an, setzte sich aber auch für konkrete Ziele ein, wie für die Schaffung von Betriebsräten, der Priorität von Vollbeschäftigung in der staatlichen Wirtschaftspolitik.

Mit alledem ging vom «Kreisauer Kreis» eine moralisch-erneuernde und integrierende Kraft aus, während sich der «Goerdeler-Kreis» auf die Realitäten des politischen Widerstandes und Staatsstreiches konzentrierte.

Kirche und Jugend im Widerstand

Zum «Kreisauer Kreis» gehörten auch einige katholische und evangelische Geistliche: die Patres Alfred Delp (*1907, † 1945) und Lothar König sowie Eugen Gerstenmaier, der die Kreisauer mit Landesbischof Theophil

Wurm (*1868, † 1953) in Verbindung brachte. Ihre Beteiligung am politischen Widerstand war die Ausnahme und nicht die Regel. Denn beide Kirchen standen als Organisation dem Regime wohlwollend neutral gegenüber. Innerhalb des Protestantismus hatten sich sogar die «Deutschen Christen» völlig dem Nationalsozialismus angeschlossen, damit freilich schon früh die energische Gegenbewegung der «Bekennenden Kirche» hervorgerufen.

Widerstand kam vor allem von einzelnen Geistlichen oder kleinen Gruppen und bezog sich weitgehend auf die Verteidigung von Theologie und kirchlicher Unabhängigkeit.

Im Gegensatz zur protestantischen Kirche existierte in der katholischen Kirche keine feste Gruppierung als Trägerin von Protest und Widerstand. Widerstandsaktionen wurden von einzelnen Personen getragen, die sich auf Grund theologischer und moralisch-humanitärer Prinzipien z.B. wie Kardinal Faulhaber (*1869, † 1952) und Graf Galen (*1878, † 1946) gegen die «Euthanasie»-Aktionen der Nazis wandten. Eindeutig Stellung gegen das NS-Regime bezog innerhalb des Episkopats Graf Preysing (*1880, † 1950).

Auch in der deutschen Jugend leistete nur eine Minderheit Widerstand. Der Jugendwiderstand begann zwar nicht erst mit der Studentengruppe der «Weissen Rose» (siehe Seite 279 und 280) aus München 1942, sondern bereits 1933 aus politischen Jugendorganisationen. Doch waren diese meist Verlängerungen der entsprechenden Erwachsenenorganisationen. Dementsprechend entwickelte sich der frühe Jugendwiderstand zunächst aus Kreisen der Arbeiterschaft und deckte sich in Methode wie Zielsetzung ihrer Gegnerschaft mit dem der Mutterparteien.

Neue Gruppen und Formen des Jugendwiderstandes entwickelten sich während des Krieges. Neben der Verbreitung von Zeitschriften und illegalen Treffen kam es nun zu Flugblattaktionen, die Nachrichten von ausländischen Sendern verbreiteten, und einzeln zu Sabotageakten. Ähnlich wie dem bürgerlich-konservativen Widerstand der Erwachsenen bedurfte es auch bei dem studentischen Widerstand der «Weissen Rose» eines politischen Wandlungs- und Ernüchterungsprozesses, bis man zu ersten Flugblattaktionen gegen das Regime 1942 fand.

Der 20. Juli 1944

Die verzweifelten Aktivitäten der «Weissen Rose» und andere ebenso mutige Einzelaktionen beweisen durch ihr Scheitern, dass einzig militärischer Widerstand dem Regime bedrohlich werden konnte.

Die Vorgeschichte des 20. Juli 1944 reicht bis in das Jahr 1938 zurück, als sich konservative Militärs zum ersten Mal im Verein mit Diplomaten und hohen Beamten zur Erhebung gegen Hitler und zu seiner Absetzung entschlossen. Ihre Sorge um Hitlers zerstörerischen Kriegskurs trieb sie zu Versuchen des Landesverrats und der militärischen Verschwörung, die jedoch sowohl an der ablehnenden Haltung der Engländer wie an dem Kriegsglück Hitlers scheiterten. Erst als Hitlers Charisma durch die vernichtenden Niederlagen seit 1943 erschüttert war, konnten die Militärs ein erneutes Vorgehen gegen den Diktator wagen.

Die Vorgeschichte wie die Umstände der Verschwörung des 20. Juli beweisen, dass es sich bei Stauffenbergs Attentat nicht um einen Verzweiflungsakt weniger Offiziere angesichts der drohenden militärischen Niederlage handelte. Erst nach der auch für die Bevölkerung spürbaren Wende des Krieges 1943 liessen sich neue Staatsstreichspläne fassen. Und es spricht für die moralische Zielsetzung der Verschwörer, dass sie ihren Plan auch noch dann durchführten, als seine Verwirklichung immer aussichtsloser wurde. Auch hatte sich niemand der Offiziere diesen Entschluss leichtgemacht, denn Rebellion gegen das Staatsoberhaupt widersprach der Tradition eines deutschen Offiziers vollständig. Es bedurfte der Grenzsituation der Existenz, um das, was formal gesehen Hochverrat war, als sittliche Pflicht im Kampf gegen das Böse und ein Unrechtssystem zu verstehen.

Der Umsturzversuch des 20. Juli war Ergebnis der Zusammenarbeit verschiedener Gruppen und Höhepunkte einer langen Kette von Putschplänen und Attentatsversuchen. In der Widerstandsbewegung des 20. Juli fanden sich die «Goerdeler-Gruppe», der militärische Widerstand um Ludwig Beck und der «Kreisauer Kreis»; zudem gab es ernsthafte Versuche, die Oppositionsbewegung nach links bis hin zu kommunistischen Gruppen auszudehnen. Haupt der Verschwörung war Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg (*1907, † 1944), der selbst eine politische Wandlung und Ernüchterung durchgemacht hatte. Hatte er als junger Offizier die Machtergreifung als Chance einer nationalen Erneuerung begrüsst, so bewogen ihn Ereignisse wie die «Reichskristallnacht», die Massenmorde in Polen und die auf Vernichtung zielende Besatzungspolitik in Russland, sich dem militärischen Widerstand anzuschliessen.

Nachdem verschiedene Attentatsversuche von Offizieren auf Hitler seit 1943 vorzeitig gescheitert waren, bereitete Stauffenberg, in Verbindung mit Beck und Goerdeler, das Attentat generalstabsmässig vor. Die alliierte Invasion und die russische Grossoffensive vom Juni 1944 brachten die Verschwörer in Zugzwang. Als schliesslich die Verhaftung Reichweins



Kampf und Opfer für Deutschlands Freiheit und Ehre gegen ein entmenschlichtiges System. Oben: Schreckenstribunal des «Volksgerichtshofes» in Berlin unter NS-Gerichtspräsident Roland Freisler. – Mitte: Akademischer Widerstand gegen Hitlers Terror unter dem symbolträchtigen Namen der «Weissen Rose». – Ihre geistigen Träger – Hans und Sophie Scholl sowie Christoph Probst – bezahlten ihren Bekennermut mit dem Leben. – Unten: Drei Namen stellvertretend für so viele: Julius Leber, Gewerkschaftler, hingerichtet 1944; Martin Niemöller, eingekerkert; Claus Graf Schenk von Stauffenberg, hingerichtet 1944.

Text der Zeit

Das letzte Flugblatt der Geschwister Scholl

Kommilitonen! Kommilitoninnen!

Erschüttert steht unser Volk vor dem Untergang der Männer von Stalingrad. Dreihundertdreissigtausend deutsche Männer hat die geniale Strategie des Weltkriegs-gefreiten sinn- und verantwortungslos in Tod und Verderben gehetzt. Führer, wir danken dir!

Es gärt im deutschen Volk: Wollen wir weiter einem Dilettanten das Schicksal unserer Armeen anvertrauen? Wollen wir den niederen Machtinstinkten einer Parteilique den Rest der deutschen Jugend opfern? Nimmermehr! Der Tag der Abrechnung ist gekommen, der Abrechnung der deutschen Jugend mit der verabscheuenswürdigsten Tyrannis, die unser Volk je erduldet hat. Im Namen der deutschen Jugend fordern wir vom Staat Adolf Hitlers die persönliche Freiheit, das kostbarste Gut des Deutschen zurück, um das er uns in der erbärmlichsten Weise betrogen.

In einem Staat rücksichtsloser Knebelung jeder freien Meinungsäußerung sind wir aufgewachsen. HJ, SA, SS haben uns in den fruchtbarsten Bildungsjahren unseres Lebens zu uniformieren, zu revolutionieren, zu narkotisieren versucht. «Weltanschauliche Schulung» hiess die verächtliche Methode, das aufkeimende Selbstdenken in einem Nebel leerer Phrasen zu ersticken. Eine Führerauslese, wie sie teuflischer und bornierter zugleich nicht gedacht werden kann, zieht ihre künftigen Parteibonzen auf Ordensburgern zu gottlosen, schamlosen und gewissenlosen Ausbeutern und Mordbuben heran, zur blinden, stupiden Führergefollgschaft. Wir «Arbeiter des Geistes» wären gerade recht, dieser neuen Herrschaft den Knüppel zu machen. Frontkämpfer werden von Studentenföhren und Gauleiteraspiranten wie Schuljungen gemassregelt, Gauleiter greifen mit geilen Spässen den Studentinnen an die Ehre. Deutsche Studentinnen haben an der Münchner Hochschule auf die Besudelung ihrer Ehre eine würdige Antwort gegeben, deutsche Studenten haben sich für ihre Kameradinnen eingesetzt und standgehalten. [...] Das ist ein Anfang zur Erkämpfung unserer freien Selbstbestimmung, ohne die geistige Werte nicht geschaffen werden können. Unser Dank gilt den tapferen Kameradinnen und Kameraden, die mit leuchtendem Beispiel vorangegangen sind!

Es gibt für uns nur eine Parole: Kampf gegen die Partei! Heraus aus den Parteilgliederungen, in denen man uns weiter politisch mundtot halten will! Heraus aus den Hörsälen der SS-Unter- und -Oberführer und Parteilkiecher! Es geht uns um wahre Wissenschaft und echte Geistesfreiheit! Kein Drohmittel kann uns schrecken, auch nicht die Schliessung unserer Hochschulen. Es gilt den Kampf jedes Einzelnen von uns um unsere Zukunft, unsere Freiheit und Ehre in einem seiner sittlichen Verantwortung bewussten Staatswesen.

Freiheit und Ehre! Zehn Jahre lang haben Hitler und seine Genossen die beiden herrlichen deutschen Worte bis zum Ekel ausgequetscht, abgedroschen, verdreht, wie es nur Dilettanten vermögen, die die höchsten Werte einer Nation vor die Säue werfen. Was ihnen Freiheit und Ehre gilt, haben sie in zehn Jahren der Zerstörung

aller materiellen und geistigen Freiheit, aller sittlichen Substanzen im deutschen Volk genugsam gezeigt. Auch dem dümmsten Deutschen hat das furchtbare Blutbad die Augen geöffnet, das sie im Namen von Freiheit und Ehre der deutschen Nation in ganz Europa angerichtet haben und täglich neu anrichten. Der deutsche Name bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rächt und sühnt zugleich, ihre Peiniger zerschmettert und ein neues geistiges Europa aufrichtet. Studentinnen! Studenten! Auf uns sieht das deutsche Volk! Von uns erwartet es, wie 1813 die Brechung des napoleonischen, so 1943 die Brechung des nationalsozialistischen Terrors aus der Macht des Geistes. Beresina und Stalingrad flammen im Osten auf, die Toten von Stalingrad beschwören uns!

«Frisch auf mein Volk, die Flammenzeichen rauchen!»

Unser Volk steht im Aufbruch gegen die Ferknechtung Europas durch den Nationalsozialismus, im neuen gläubigen Durchbruch von Freiheit und Ehre.

Die Geschwister Sophie [*1921, † 1943] und Hans Scholl [*1918, † 1943] gehörten an der Münchner Universität der Widerstandsgruppe «Weisse Rose» an und wurden 1943 hingerichtet. – Aus: Günther Weisenborn (Hrsg.): «Der lautlose Aufstand», Röderberg Verlag, Frankfurt/Main 1974, und: Inge Scholl: «Die Weisse Rose», Frankfurt/Main 1955.

Aus dem Urteil des Volksgerichtshofes

[. . . / Der Angeklagte Hans Scholl hat seit Frühjahr 1939 Medizin studiert und steht – dank der Fürsorge der nationalsozialistischen Regierung – im achten Semester! Zwischendurch war er im Frankreichfeldzug in einem Feldlazarett und von Juli bis November 1942 an der Ostfront im Sanitätsdienst tätig. Als Student hat er die Pflicht vorbildlicher Gemeinschaftsarbeit. Als Soldat – er ist als solcher zum Studium kommandiert – hat er eine besondere Treuepflicht zum Führer. Das und die Fürsorge, die gerade ihm das Reich angedeihen liess, hat ihn nicht gehindert, in der ersten Sommerhälfte 1942 Flugblätter der « Weissen Rose » zu verfassen, zu vervielfältigen und zu verbreiten, die defätistisch Deutschlands Niederlage voraussagen, zum passiven Widerstand, der Sabotage in Rüstungsbetrieben und überhaupt bei jeder Gelegenheit auffordern, um dem deutschen Volk seine nationalsozialistische Lebensart und also auch Regierung zu nehmen. Das, weil ersieh einbildete, dass nur so das deutsche Volk durch den Krieg durchkommen könne! Von Russland im November 1942 zurückgekehrt, forderte Scholl seinen Freund, den Mitangeklagten Probst, auf ihm ein Manuskript zu liefern, das dem deutschen Volk die Augen öffne! Einen Flugblattentwurf wie gewünscht lieferte Probst dem Scholl auch tatsächlich am Ende 1943.

In Gesprächen mit seiner Schwester Sophie Scholl entschlossen sich beide, Flugblattpropaganda im Sinne einer Arbeit gegen den Krieg und für ein Zusammengehen mit den feindlichen Plutokratien gegen den Nationalsozialismus zu treiben. Die

beiden Geschwister, die ihre Studentenzimmer bei derselben Fermieterin hatten, verfassten gemeinsam ein Flugblatt «An alle Deutschen». In ihm wird Deutschlands Niederlage im Krieg vorausgesagt; der Befreiungskrieg gegen das «nationalsozialistische Untermenschentum» angesagt und werden Forderungen im Sinne liberaler Formaldemokratie aufgestellt. Ausserdem verfassten die Geschwister ein Flugblatt «Deutsche Studentinnen und Studenten» [in späteren Auflagen «Kommilitoninnen und Kommilitonen»]. Sie sagen der Partei den Kampf an, der Tag der Abrechnung sei gekommen, und scheuen sich nicht, ihren Aufruf zum Kampf gegen den Führer und die nationalsozialistische Lebensart unseres Volkes mit dem Freiheitskampf gegen Napoleon (1813) zu vergleichen und auf ihn das Soldatenlied «Frisch auf, mein Volk, die Flammenzeichen rauchen» anzuwenden!! Die Flugblätter haben die Angeklagten Scholl teilweise mit Hilfe eines Freundes, des Medizinstudenten Schmorell, vielfältig und in allseitigem Einvernehmen verbreitet. [...]

Wenn solches Handeln anders als mit dem Tode bestraft würde, wäre der Anfang einer Entwicklungskette gebildet, deren Ende einst: 1918 war. Deshalb gab es für den Volksgerichtshof zum Schutze des kämpfenden Volkes und Reiches nur eine gerechte Strafe, die Todesstrafe. Der Volksgerichtshof weiss sich darin mit unseren Soldaten einig! Durch ihren Verrat an unserem Volk haben die Angeklagten ihre Bürgerehre für immer verwirkt. [...]

Urteil des Volksgerichtshofes vom 19. April 1943.

Aus: Günther Weisenborn (Hrsg.): «Der lautlose Aufstand», Röderberg Verlag, Frankfurt/Main 1974, und: Inge Scholl: «Die Weisse Rose», Frankfurt/ Main 1955.



Der 20. Juli 1944

Gescheiterter Anschlag, aber bewahrte Menschenwürde 283

und Lebers die ganze Planung in Gefahr zu bringen drohte, entschloss sich Stauffenberg zum raschen Handeln. Seine Doppelaufgabe, als Chef des Generalstabs des Ersatzheeres, was ihm den Zugang zu Hitler ermöglichte, das Attentat selbst durchzuführen und zugleich den Ablauf des Staatsstreichs in der Zentrale der Verschwörung, in Berlin, zu leiten, hat die Erfolgsaussichten des Verschwörungsplans von vornherein gemindert. Nach dreimaligen vergeblichen, vorzeitig abgebrochenen Versuchen scheiterte der Putsch vom 20. Juli an einer unglücklichen Verkettung der Umstände. Die Lagebesprechung im Führerhauptquartier am 20. Juli fand nicht wie erwartet im Bunker, sondern in einer Baracke statt. Dadurch war die Explosion der Bombe, die Stauffenberg neben Hitler deponiert hatte, geringer und Hitler entging dem Attentat ohne ernstliche Verwundung. Der Putsch brach noch am selben Tag auf die Nachricht, dass Hitler lebe, in sich zusammen.

Stauffenberg und seine engsten Helfer Olbricht, Merz und Haeften wurden sofort erschossen, Beck gab man die Gelegenheit zum Selbstmord. Die Verfolgungswelle der Gestapo erfasste fast lückenlos die Verdächtigen und deren Familienangehörigen. Die Vernichtung der bürgerlich-konservativen Opposition durch ein eigens eingerichtetes Sonderkommando bedeutete zugleich eine weitere Radikalisierung des Regimes, das mit dem in der Verschwörung führenden preussischen Adel einen Teil der traditionellen Machteliten liquidierte, die ihm mit zur Macht verhülften hatten. Unabhängig von ihrem Scheitern hat die Bewegung des 20. Juli «vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt» und hat mit ihrer breiten politischen Basis über alle alten Gegensätze hinweg den Massstab der Menschenwürde als Grundlage einer neuen Staatlichkeit zur Geltung gebracht.

Literatur

- Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1974
Roon, Gervan: Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick, München 1979

CHRISTIAN ROEDIG

Der Zweite Weltkrieg

Der europäische Krieg 1939-1941 – Kriegsziele – Polenfeldzug – Dänemark und Norwegen – Frankreichfeldzug – Hitler auf dem Höhepunkt seiner Macht – England – Balkan und Nordafrika – Ausweitung zum Weltkrieg nach 1941: Der Fall «Barbarossa» – Sowjetunion – Stalingrad – Bomben auf Deutschland – 1943-1945: Die sowjetische Offensive – Invasion in Italien und der Normandie – Deutsche Kapitulation.

Die ersten Schüsse des Zweiten Weltkrieges fielen vor Danzig. Am 1. September um 4.45 Uhr eröffnete der deutsche Panzerkreuzer «Schleswig-Holstein», der auf «Freundschaftsfahrt» im Danziger Hafen lag, das Feuer auf die Westernplatte, die polnische Festungsanlage. Gleichzeitig drangen deutsche Truppen in Polen ein. Eine förmliche Kriegserklärung wurde nicht abgegeben. Am Vorabend hatte Heydrichs Sicherheitsdienst den «propagandistischen Anlass» geliefert, den Hitler bereits am 22. August 1939 seinen Generälen angekündigt hatte: In den Uniformen polnischer Freischärler fingierten SS-Männer einen Angriff auf deutsche Grenzorte und den Sender Gleiwitz. Als Beweis wirklicher Kampfhandlungen blieben Leichen am Tatort zurück. Sie waren Häftlinge aus Konzentrationslagern.

Mit dem Überfall auf Polen begann die kriegerische Phase der nationalsozialistischen Expansionspolitik.

Heute wissen wir, dass Hitler 1933 mit einem festumrissenen aussenpolitischen Programm Reichskanzler wurde: Um die rassistische Utopie eines «Grossgermanischen Reiches» zu verwirklichen und kommenden Generationen «Lebensraum» zu verschaffen, sollte das Reich Bündnisse mit Italien und Grossbritannien schliessen, Frankreich isolieren und in einem «Vorkrieg» niederwerfen, um so den Rücken freizuhalten für den «eigentlichen» Krieg im Osten. Ein bis zum Ural reichendes deutsches Kontinentalimperium sollte dann das Sprungbrett zur Weltherrschaft werden, die durch die Herausforderung der Seemächte Grossbritannien und USA erzwungen werden sollte. Die Entschlossenheit Englands, die Zerstörung des europäischen Gleichgewichts nicht hinzunehmen, seine Beistandsgarantie für Polen und der hierdurch «erzwungene» Pakt mit dem politisch-ideologischen Hauptfeind Sowjetunion vom 23. August 1939, schliesslich die Kriegserklärung der Westmächte vom 3. September verwickelten das



Auftakt des Krieges in Polen. Deutsche Truppen, die am 1. September 1939 die Grenzen Polens überschreiten, reissen Schlagbäume und Grenzbarrieren um. Polen wird – in seinen westlichen Teilen – «Deutsches Generalgouvernement».

«Dritte Reich» in eine Machtprobe an als «verkehrt» empfundenen Fronten, wodurch es aufgrund seines geringeren Kriegspotentials von Beginn die schlechteren Chancen besass. Zunächst aber schien Hitlers Überrumpelungstatik, seine Gegner in einer Reihe regional begrenzter, zeitlich getrennter «Blitzkriege» einzeln zu besiegen, Erfolg zu versprechen.

Der «Blitzsieg» über Polen

Unterstützt von der Luftwaffe, die durch Überraschungsangriffe auf feindliche Flughäfen die polnische Luftwaffe überwiegend noch am Boden zerstörte, stiessen deutsche Panzerwaffen so schnell nach Osten vor, dass die polnischen Divisionen ausweglos eingekesselt wurden. Bereits am 17. September fiel die militärische Entscheidung. Am gleichen Tag griff die Rote Armee ein und sicherte Stalin «seinen» Teil an der Beute Polen: Ostpolen und die baltischen Länder, einschliesslich Litauens, das ihm Hitler

Die Opfer von Krieg und Terror

57 Millionen Menschen fielen dem Wüten des Zweiten Weltkrieges zum Opfer. Kaum eine Familie in Europa, die nicht Gefallene zu beklagen hatte, kaum eine Gemeinde, in der nicht Häuser und Wohnungen zerstört wurden, kaum eine Region, die nicht schreckliches Flüchtlingsleid erleben musste, kaum ein Volk, das nicht die Angst der Verzweiflung erlebte. Die Erschütterung durch die blutigen Kämpfe mit ihrem Einsatz modernster Waffensysteme wird übertroffen von dem Entsetzen über Massenmorde und Verfolgungen Unschuldiger, in die viele von uns gewollt oder ungewollt verstrickt sind. Kein Buch kann das ganze Grauen erfassen, die Scheusslichkeiten schildern. Die folgenden Zahlen und Fakten bleiben der hilflose Versuch, dem Geschehen Rechnung zu tragen, zu mahnen:

Die Toten

Von den 57 Millionen Toten, die der Zweite Weltkrieg insgesamt forderte, fielen ihm die meisten in Europa zum Opfer:

Sowjetunion	rund 20 Millionen, davon etwa 7 Millionen Zivilisten
Deutschland	6,8 Millionen, davon etwa 2,5 Millionen Vertreibungsoffer und 400'000 Bombenopfer der Luftangriffe
Polen	4,3 Millionen, davon 4,2 Millionen Zivilisten
Jugoslawien	1,7 Millionen
Frankreich	600 000, davon die Hälfte Zivilisten
Grossbritannien	390 000
Rumänien	380 000
Tschechoslowakei	370 000
Italien	330 000
USA	230 000
Niederlande	210 000
Ungarn	140 000
Belgien	90 000
Dänemark	14 000

Verfolgt, deportiert, ermordet

Noch immer werden von Unbelesenen die schrecklichen Opfer der jüdischen Bevölkerung Europas bestritten oder heruntergerechnet, obwohl die zeitgeschichtliche Forschung relativ genaues Zahlenmaterial bereithält und obwohl es weniger um die Zahl als um die Unmenschlichkeit gegen jeden Einzelnen geht. Die Zahlen aber des NS-Terrors sind erschreckend hoch, höher noch als meist angenommen:

Millionen Menschen fielen insgesamt der NS-Verfolgung zum Opfer, darunter über 6 Millionen Juden, von denen allein in den Vernichtungslagern über 4,5 Millionen den Qualen der Zwangsarbeit, der Schikanen und Foltern, den Seuchen, Vergasungen und Erschiessungen zum Opfer fielen.

Eine verheerende Rolle spielten in Polen und Russland die anfangs von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst (SD) gebildeten *Einsatzgruppen*, die, den einzelnen Armeekorps zugeordnet und dem Reichssicherheitshauptamt unterstellt, zunächst der Sicherung rückwärtiger Frontabschnitte und der Sabotageabwehr dienen sollten, aber schon bald im Dienst der NS-Ideologie als Mordbanden im Rücken der kämpfenden Truppe wüteten, teilweise unterstützt von der Waffen-SS, aber auch von militärischen Einheiten sowie von estischen, lettischen, litauischen und ukrainischen ‚Hilfswilligen‘. Von der Verhaftung politisch Unzuverlässiger, über die Beschlagnahme von Vermögen, über die Verfolgung und Ermordung Intellektueller, Geistlicher, Adeltiger oder ihre Deportation in KZ-Lager steigerte sich ihre ‚Tätigkeit‘ bis zu willkürlichen Massenerschiessungen und den Massenmorden z.B. von Babi Jar in der Sowjetunion. Allein in der Sowjetunion wurden 3,2 Millionen Menschen Opfer der Erschiessungen. 48'000 Angehörige der polnischen Intelligenz wurden von ihnen ermordet. In Polen wurden 20'000 Tatorte und 50'000 Massenverbrechen dieser Organisation registriert und neben den grossen KZ-Lagern (siehe Seite 267) über 6'000 kleinere Straf- und Sonderlager, denen die Einsatzgruppen ständig neue Opfer zutrieben.

Stiller arbeiteten im Reich Ärztegruppen im Dienst der nationalsozialistischen Ideologie. Neben den Experimenten am lebenden Menschen, wie sie in KZ-Lagern vorgenommen wurden, halfen sie im *Euthanasie-Programm* «unwertes Leben», Kranke, Gebrechliche, Psychisch-Belastete umzubringen. Rund 100'000 Menschen wurden 1939-1941 zum Opfer der Mörder im weissen Kitel.

Flüchtlinge

Die Blutschuld, die Millionen Deutsche in den Uniformen der Parteiorganisationen, des Militärs, der Reichsbahn, der SS-Einheiten, aber auch in den Stufen der Justiz und Verwaltung, auf sich luden, fiel am Kriegsende nur selten auf die Mörder und ihre Helfer zurück, sondern traf wiederum Unschuldige: die Bevölkerung der deutschen Ostgebiete und die Auslandsdeutschen. An ihnen entlud sich der Hass der Unterdrückten, sie wurden nun deportiert, vertrieben, erschlagen. Ihr Leid war vielfach nicht minder gross, die Zahl ihrer Opfer erschreckend hoch: 15 Millionen wurden vertrieben, etwa 2,5 Millionen starben oder sind vermisst.

nachträglich zusprach. Die westpolnischen Gebiete wurden als Reichsgaue «eingegliedert», das übrige von deutschen Truppen besetzte Polen als «Generalgouvernement» zu einem praktisch rechtlosem «Schutzgebiet» erklärt. Mordkommandos der SS, die als «Einsatzgruppen» dem «Reichskommissar» für die Festigung deutschen Volkstums» Heinrich Himmler unterstanden, begannen sofort einen Vernichtungskampf gegen das polnische Volk, dem bereits in den ersten Kriegsmonaten Tausende von Intellektuellen, Geistlichen und Juden zum Opfer fielen. Schon wurden Juden aus dem Reich in polnische Städte mit guten Eisenbahnverbindungen «umgesiedelt», die «Ghettoisierung» war der letzte Schritt zur «Endlösung». Millionen Polen wurden aus ihren Wohnungen vertrieben, um Volksdeutschen aus den der Sowjetunion zugesprochenen Gebieten Platz zu machen.

Vom «Sitzkrieg» zum Westfeldzug

Während die deutschen Truppen Polen überfielen, geschah im Westen nichts. Franzosen und Engländer scheuten das Risiko, das in einer Offensive lag, so dass Polen den deutschen Druck ungehemmt zu spüren bekam. Der Volksmund nannte den Krieg im Westen «Sitzkrieg» oder «dröle de guerre» (= etwa: der komische Krieg). Passiv verhielt sich auch Deutschlands Verbündeter Italien, der sich als «nicht kriegführend» erklärte. Stalin erpresste währenddessen von den baltischen Staaten Stützpunkte und begann eine Besatzungspolitik, die dem SS-Terror an Brutalität gleichkam: In Katyn wurden über 4'000 polnische Offiziere erschossen. Um nicht in den Krieg mit dem Westen hineingezogen zu werden, brach er aber den Ende November begonnenen Winterfeldzug gegen Finnland wieder ab.

Bereits am 6. Oktober richtete Hitler ein Friedensangebot an die Westmächte. Doch noch bevor deren ablehnende Antwort eintraf, gab er Befehl, die Offensive im Westen vorzubereiten. Von der Opposition des Oberkommandos des Heeres (OKH) unter Generaloberst von Brauchitsch zeigte er sich unbeeindruckt. Der Abwehroberst Hans Oster, der dem deutschen Widerstand nahestand, informierte fortan die Regierungen der Nachbarländer über den Angriffsplan. Rechtzeitige Gegenmassnahmen sollten Hitler die Chance eines Überraschungsangriffs nehmen und so ein «Losschlagen» verhindern. Aber Osters Warnungen wurden nicht ernstgenommen, weil Hitler den Angriffstermin immer wieder aufschob. Um Stützpunkte für eine atlantische Seeschlacht zu gewinnen und der englischen Blockade zu begegnen, befahl der Diktator am 1. April 1940 den

Angriff auf Dänemark und Norwegen. Tatsächlich plante England die Besetzung des norwegischen Hafens Narvik, über den die für Deutschland lebenswichtige Erzzufuhr aus Schweden lief. Während in Dänemark die Besetzung nahezu reibungslos verlief, weil König und Regierung nur zum passiven Widerstand aufgerufen hatten, widersetzten sich die Norweger, unterstützt von britischen Landungstruppen, mit Waffengewalt. Dennoch wurde es in schnellen Vorstössen und Landungsunternehmen niedergeworfen. Das besiegte Norwegen regierte zukünftig ein Gefolgsmann Hitlers, Vidkun Quisling; – «Quisling» wurde seither zum Schimpfwort für Politiker, die sich zu willfährigen Befehlsempfängern einer fremden Besatzungsmacht machen.

Am Morgen des 10. Mai 1940 brachen deutsche Truppen ohne Kriegserklärung in Holland, Belgien und Luxemburg ein, deren Neutralität die Deutschen noch kurz zuvor ausdrücklich anerkannt hatten. Schon nach fünf Tagen musste die holländische Armee kapitulieren, am 16. Mai wurden die belgischen Festungen überrannt, Brüssel und Antwerpen besetzt. Der Westoffensive lag ein Operationsplan des späteren Feldmarschalls von Manstein zugrunde, den Churchill später «Sichelschnitt» nannte. Angesichts der Unüberwindbarkeit der Maginot-Linie rechneten die Alliierten mit einer Neuauflage des Schlieffen-Plans und stellten ihre Hauptstreitkräfte dem in Belgien vorstossenden deutschen Flügel entgegen. Der Schwerpunkt des deutschen Angriffs lag aber überraschend in Frontmitte. Die schnellen Panzerverbände der Heeresgruppe Rundstedt drangen durch die Ardennen vor, durchbrachen die Maasfront und stiessen anschliessend so rasch bis zur Kanalküste vor, dass der Gegner eingekreist und gegen seine eigene Verteidigungslinie geworfen wurde. Der «Sichelschnitt» war gelungen. Schon umzingelten deutsche Panzer bei Dünkirchen die britische Expeditionsarmee und französische Divisionen. Ihr Schicksal schien bereits besiegelt, als Hitler am 24. Mai überraschend Befehl gab, die Panzer anzuhalten. Die stark strapazierten Panzerverbände sollten für kommende Schlachten geschont, die Vernichtung des Gegners aus Prestige-gründen der Luftwaffe überlassen werden. Doch es kam nicht zu diesem Triumph Görings. Mit Hilfe von 887 Kriegsschiffen, Fischerbooten und vielen kleinen Schiffen konnten bis zum 4. Juni über 200'000 Briten und 100'000 Franzosen über den Kanal evakuiert werden. Wollte Hitler die Engländer aus politischen Gründen entkommen lassen, um ihnen eine goldene Brücke für eine Verständigung zu bauen? Bis heute ist das «Wunder von Dünkirchen» in der Forschung umstritten. Die Engländer feiern es als ersten Sieg, der ihnen die Verteidigungskraft ihres Landes erhielt.

Am 13. Juni marschierten deutsche Truppen zur Siegesparade in Paris ein. Längst wurden alle französischen Fronten ohne entscheidenden Widerstand überwunden. Dies war die letzte Gelegenheit, an Hitlers Seite Beute zu machen. So erklärte am 10. Juni auch Mussolini Frankreich den Krieg. In dem berühmten Speisewagen, in dem Erzberger 1918 die alliierten Waffenstillstandsbedingungen entgegennahm, im Wald von Compiègne, unterzeichnete die Regierung Frankreichs die Bedingungen der Deutschen. Hitler stand auf dem Gipfel seiner Popularität in Deutschland. Viele Deutsche, die den Kriegsausbruch mit Sorge und Apathie erlebten, waren nun kriegsbegeistert. Hitler liess sich als «Grösster Feldherr aller Zeiten» umjubeln. Er hatte nicht nur in einem erneuten «Blitzkrieg» die feindlichen Armeen besiegt, er hatte auch den Sieg über seine zaudernden und widerstrebenden Generäle davongetragen.

Nordfrankreich, die Kanal- und Atlantikküste sowie die Hauptstadt wurden von deutschen Truppen besetzt. Der alte Marschall Pétain, einst Sieger von Verdun, errichtete mit Sitz in dem Badeort Vichy ein autoritäres Regime über das unbesetzte Frankreich und erklärte sich zur Zusammenarbeit mit der Siegermacht bereit. Gegen die «Collaborateurs» sammelte General de Gaulle von London aus die Kräfte, die zur «Résistance» entschlossen waren. Diese Spaltung der Nation blieb über den Krieg hinaus eine bittere Erfahrung der Franzosen.

Nach drei siegreichen Feldzügen hoffte Hitler, dass England nun zu einem Frieden bereit sein würde.

Das Unternehmen «Seelöwe» scheitert

Am 10. Mai 1940 trat Winston Churchill die Nachfolge Chamberlains an. In einer Rede vor dem englischen Volk erklärte er: «Ich habe nichts anzubieten als Blut, Mühsal, Tränen und Schweiss.» Er beurteilte die Lage Englands vor allem als Welt- und Seemacht und war überzeugt, dass dieser Krieg nicht in Europa, sondern zwischen den Kontinenten und auf ideologischer und wirtschaftlicher Ebene entschieden werden musste. Deshalb rechnete er fest mit dem Eingreifen der USA, die im Sommer 1940 – trotz formaler Neutralität – England mit Material und Waffen unterstützten. Einen Grund zum Aufgeben sah Churchill also nicht. Sollte England mit Waffengewalt zum Nachgeben gezwungen werden, musste Hitler rasch handeln. Aber er besass keinen überzeugenden Operationsplan für den Kampf gegen England. Am 16. Juli 1940 befahl Hitler, eine deutsche Invasion vorzubereiten («Unternehmen Seelöwe»). Voraussetzung war

Luftherrschaft. Am 13. August eröffnete Görings Luftwaffe die Offensive. Sie galt nicht nur den Flugplätzen, Radarstationen und Verkehrswegen, sondern auch der Hauptstadt und den Industriezentren. Ein voll einsatzfähiges Radarsystem und die taktische Überlegenheit der Royal Air Force entschieden den Luftkrieg – die «Schlacht um England» – zugunsten Englands. An die Durchführung des Landungsunternehmens war nicht mehr zu denken.

Krieg im Mittelmeer

Die Kriegsmarine und ihr damaliger Oberbefehlshaber, Grossadmiral Raeder, schlugen Hitler vor, durch deutsche Operationen im Mittelmeer, die Eroberung von Gibraltar, Malta und Suez, das englische Empire zum Nachgeben zu zwingen. Die neuen Pläne zielten auf den Lebensnerv der englischen Weltmachtstellung, den Einfluss auf Nordafrika und den Vorderen Orient. Am 23. Oktober 1940 traf sich Hitler mit Franco, um den spanischen «Caudillo» für seinen Angriff auf Gibraltar zu gewinnen. Aber so lange England nicht besiegt war, wollte sich Franco nicht offen auf die Seite Hitlers schlagen. Er blieb abweisend, auch als Hitler laut und jähzornig wurde. Ergebnislos verlief auch ein Treffen mit Marschall Pétain, dem Hitler englische Kolonien in Afrika versprach. Wenige Tage später brachte dann eine Nachricht aus Rom alle Pläne durcheinander.

Am 28. Oktober 1940 griff Mussolini ohne Rücksprache mit Hitler überraschend Griechenland an. Der ehrgeizige «Duce» wollte seine Vision, die Verwandlung des Mittelmeeres in ein italienisches «mare nostrum», ohne deutsche Hilfe verwirklichen. Die Italiener wurden zunächst aus Griechenland, dann aus Somaliland und Ägypten, schliesslich sogar aus Abessinien (Äthiopien) von englischen Truppen vertrieben. Als ganz Nordafrika verloren schien, griff das deutsche «Afrikakorps» unter General Erwin Rommel in die Kämpfe ein. Aber Hitler hatte sich längst wieder seinen alten Plänen zugewandt, den «Lebensraum» im Osten zu erweitern.

Der Überfall auf die Sowjetunion

Die vorbereitenden Planungen zum Angriff auf Russland liefen bereits im Juli 1940 an. Churchill weigerte sich weiterhin, Frieden zu schliessen und Deutschland freie Hand im Osten zu gewähren. Sah der hartnäckige Gegner den deutsch-sowjetischen Konflikt kommen und sah er Stalin, den russischen «Festlandsdegen»,

Der Zweite Weltkrieg in Europa**1939**

- 1.9. Deutscher Angriff auf Polen
- 3.9. Grossbritannien und Frankreich erklären dem Deutschen Reich den Krieg
- 17. 9. Sowjetischer Einmarsch in Ostpolen
- 25.10. Zentralpolen als ‚Nebenreich‘ zum «Generalgouvernement» unter deutscher Hoheit erklärt
- 30. 11. Sowjetischer Angriff auf Finnland

1940

- 9.4. Besetzung Dänemarks
Beginn des Angriffs auf Norwegen
- 10.5. Landung britischer Truppen auf Island
Beginn des Feldzugs gegen Frankreich, Einmarsch in den Niederlanden, Luxemburg und Belgien
- 28. 5. Landung alliierter Streitkräfte in Narvik Erzbahn bleibt in deutscher Hand
- 10. 6. Kapitulation Narviks
- 14. 6. Paris durch deutsche Truppen besetzt
- 22. 6. Deutsch-Französischer Waffenstillstand
- 1. 7. Vichy-Regierung unter Petain. Zusammenarbeit mit den Deutschen
- 13. 8. Beginn der «Luftschlacht um England» «Dreimächtepakt»
- 27. 9. Deutschland-Japan-Italien Italienische Truppen marschieren in Griechenland ein
- 18. 10.

1941

- 6.2. Aufstellung des deutschen «Afrikakorps» (Rommel) Feldzug gegen Jugoslawien und Griechenland
- 6.4.
- 20. 5.- 1.6. Schlacht um Kreta
- 24. 5. Schlachtschiff «Bismarck» versenkt das grösste britische Kriegsschiff, die «Hood»

gegen Deutschland? Hitler war entschlossen, durch einen kurzfristig erwarteten Sieg über Russland den Engländern diese Hoffnung zu nehmen. Militärische Überlegungen verknüpften sich so mit Hitlers rassenpolitischem Kriegsziel, den jüdischen Bolschewismus zu vernichten. Zunächst versuchte Hitler aber, die USA von einem Kriegseintritt abzuhalten.

- Tl. 5. Untergang der «Bismarck»
- 22. 6. Deutscher Angriff auf die Sowjetunion
- 29. 6. Erklärung des «Grossen Vaterländischen Krieges» durch das Zentralkomitee der KPdSU
- 2. 10. Angriff auf Moskau
- 5. 12. Sowjetische Gegenoffensive («Kalininfront»)
- 7. 12. Japanischer Überfall auf Pearl Harbor
- 11. 12. Kriegserklärung Deutschlands an die USA

1942

- 3. 6.-2.7. Eroberung der Krim
- 7. 11. Landung britischer und amerikanischer Truppen in Nordwestafrika
- 19. 11. Sowjetische Grosseffensive aus den Don-Brückenköpfen
- 22. 11. Einschliessung der 6. deutschen Armee im Raum Stalingrad

1943

- 2. 2. Kapitulation der 6. deutschen Armee in Stalingrad
- 13. 5. Kapitulation der Deutschen und Italiener in Nordafrika
- 28.11.-1.12. Konferenz von Teheran

1944

- 6. 6. Alliierte Landung in der Normandie
- 22. 6. Beginn des sowjetischen Hauptangriffs in Mittelrussland
- 20. 7. Attentat auf Hitler
- 25. 8. Einzug General de Gaulles in Paris
- 16. 12. Beginn der deutschen «Ardennen-Offensive»

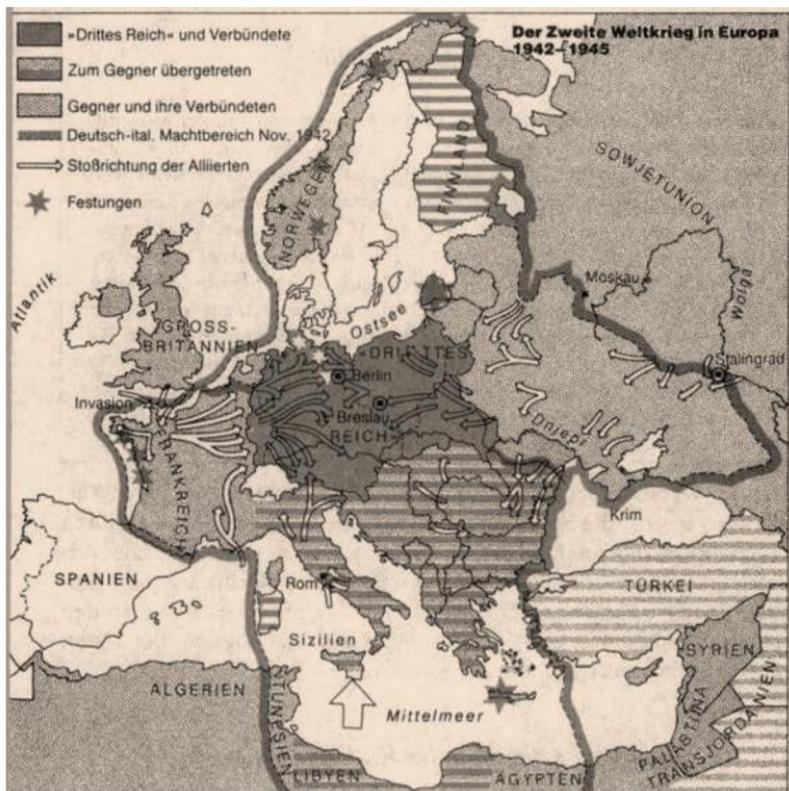
1945

- 4.-11.2. «Konferenz von Jalta»
- 30. 4. Selbstmord Hitlers, Grossadmiral Dönitz Nachfolger des «Führers»
- 7./9.5. Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht

Am 27. September 1940 schlossen Deutschland, Italien und Japan einen «Dreimächtepakt», der ein amerikanisches Eingreifen mit dem Krieg im Pazifik bedrohte. Den Sowjets versprach Hitler den Indischen Ozean und den Persischen Golf, um ihre Interessen gegen das englische Empire zu lenken. Aber ausgerechnet als sein Aussenminister Ribbentrop den russischen Kollegen Molotow für einen Anschluss an den «Dreimächtepakt» begeistern wollte, erschienen



englische Bomber über Berlin und trieben die Festtafel in den Luftschutzbunker. Höhnisch fragte Molotow, wer wohl zum entscheidenden Schlag ansetze: die Deutschen oder die Engländer? Den Russen kam es vor allem darauf an, nicht in den Krieg gegen England hineingezogen zu werden. Unverhüllt erklärte Molotow Ostmitteleuropa, einschliesslich Westpolen, die Dardanellen und den Balkan zu sowjetischem Interessengebiet. Die Russen hatten bereits die baltischen Staaten eingegliedert und Bessarabien besetzt. Von einer unmittelbaren Bedrohung durch die Sowjetunion kann dennoch keine Rede sein. Der Angriff Hitlers auf Russland war längst beschlossene Sache, auch wenn der Angriffstermin immer wieder hinausgeschoben wurde. Am 18. Dezember 1940 erging die endgültige Weisung für den Russland-Feldzug unter dem Decknamen «Fall Barbarossa».



Im April 1941 wurde Jugoslawien überfallen, Griechenland besetzt, und deutsche Fallschirmjäger eroberten Kreta (20. Mai-1. Juni), um eine strategisch günstige Position zu gewinnen und die Südostflanke gegen englische Landungen zu sichern. Ein letzter Versuch, die Engländer doch noch von der Sinnlosigkeit des weiteren Kampfens zu überzeugen und den Rücken für den Krieg im Osten freizuhalten, war die abenteuerliche «Mission» des Stellvertreters des Führers Rudolf Hess, der über Schottland mit dem Fallschirm absprang. Ob Hitler dessen Flug nach Schottland (10. Mai 1941) möglicherweise doch gebilligt hat, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Als das Unternehmen fehlschlug, liess Hitler seinen Vasallen für geisteskrank erklären.

Der Russland-Feldzug wurde als rassenpolitischer Vernichtungskampf vorbereitet. In dem berühmten «Kommissarbefehl» vom 6. Juni 1941 wurden Verbrechen ge-

«Kommissarbefehl»

Im Mai 1941 legte General E. Müllerden Entwurf sogenannter «Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare» vor, der am 6. Juni 1941 als Weisung des Oberkommandos der Wehrmacht in Kraft trat. Dieser sogenannte «Kommissarbefehl» verlangte, sowjetische Kommissare, «[...] wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen», was einem völkerrechtswidrigen Exekutionsbefehl gleichkam. Dieser Befehl ging von einem bolschewistischen Untermenschentum aus, einer Ideologie, die auch auf sowjetische Kriegsgefangene angewandt wurde, was für Hunderttausende von ihnen den Tod in KZs und unmenschlichen Arbeitslagern bedeutete.

Die Einstellung der Generalität zum «Kommissarbefehl» war zwiespältig; fanatischen Befürwortern standen ablehnende Offiziere gegenüber.

gen die russische Zivilbevölkerung ausser Verfolgung gesetzt. Alle politischen Kommissare der Roten Armee sollten bei einer Gefangennahme auf der Stelle erschossen werden. Die Verwaltung der zu erobernden Gebiete wurde Himmeler und seinen Einsatzgruppen übertragen. Die slawischen «Untermenschen» sollten brutaler Ausbeutung und Vernichtung ausgesetzt werden, der Osten kolonialisiert und «germanisiert» werden.

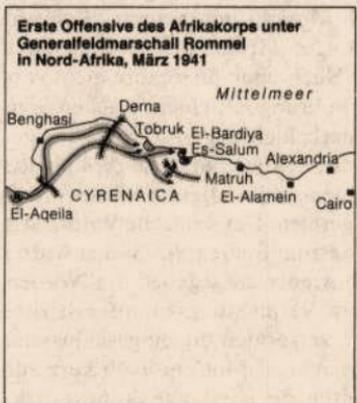
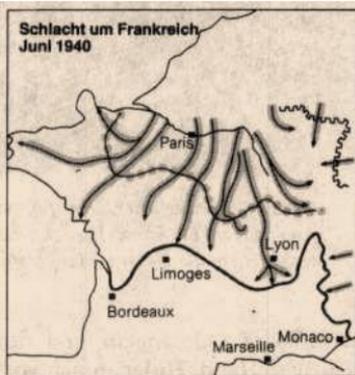
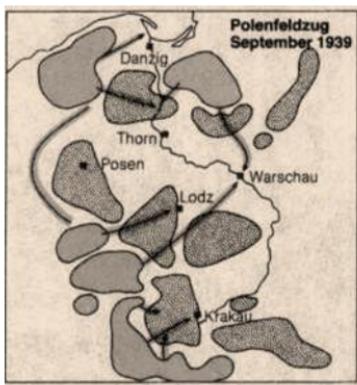
Hitlers Kriegsplan für Russland scheitert

Der deutsche Überfall auf Russland begann am 22. Juni 1941. Er traf, obgleich Stalin gewarnt worden war, den Gegner überraschend. Mit der in Polen und Frankreich bewährten Strategie der Panzerstosskeile und Kesselbildungen gelangen den drei deutschen Heeresgruppen Nord, Mitte und Süd bereits in wenigen Wochen gewaltige Raumgewinne. Mitte Juli wurde das erste Angriffsziel, die Düna-Dnjepr-Linie, erreicht. Auch diesmal, so schien es, würde Hitler seinen Gegner in einem Blitzkrieg niederwerfen. Aber das «Unternehmen Barbarossa» scheiterte an der Masslosigkeit der operativen Ziele. Der Generalstab schlug vor, wie einst Napoleon direkt nach Moskau vorzustoßen. Demgegenüber wollte Hitler gleichzeitig nach Leningrad und in die Ukraine, um Russlands Ostseezugang abzuriegeln und den Zugriff auf die reichen Kornfelder der Ukraine zu sichern. Am 21. August gab er Befehl, die zwischen den deutschen Heeresgruppen Mitte und Süd stehende Hauptmacht der Roten Armee in den



Grundlage beweglicher Kriegsführung: Panzer und Schützenpanzerwagen. Panzerschlacht bei Sluzk. Die schnellen Vorstösse der motorisierten Einheiten ermöglichten die Überraschungserfolge am Beginn des Russlandfeldzuges.

Pripjetsümpfen einzukesseln. 665'000 Gefangene und riesige Mengen an Material fielen in deutsche Hand. Hitler sprach von der «grössten Schlacht der Weltgeschichte», doch die Schlacht um Kiew erwies sich als operativer Fehler. Sie verzögerte den Vorstoss nach Moskau um mehrere Wochen. Die Schlammperiode setzte ein, ihr folgte – früher als erwartet – der Winter, auf den die Truppen und der Nachschub überhaupt nicht vorbereitet waren, weil die leichtfertige Führung mit einem raschen Sieg rechnete. In der Heimat wurden Winterbekleidung und Skisachen gesammelt, an der verzweifelten Lage der Soldaten änderte dies nichts. Mehr als eine Million deutsche Soldaten sind in diesem Winter erfroren, gefallen oder in Gefangenschaft geraten. Der deutsche Vormarsch kam Anfang Dezember 1941 endgültig zum Stehen. Im Süden wurde Rostow am Don erobert, dann rasch wieder aufgegeben, im Norden Leningrad eingekesselt und in einem Vernichtungskampf fast drei Jahre lang belagert. Doch die Russen versorgten die eingeschlossene Stadt über den Ladogasee. Die Offensive auf Moskau blieb kurz vor der Stadt



stecken. Die Generäle forderten, die überlange Front zurückzunehmen, aber Hitler gab am 16. Dezember 1941 den Befehl zum «Halten» und «fanatischen Widerstand». Drei Tage später entmachtete er die militärische Führung, indem er persönlich den Oberbefehl über das Heer übernahm. Inzwischen war die russische Gegenoffensive ins Rollen gekommen. Stalin rief zum «Grossen Vaterländischen Krieg» gegen die deutschen Eindringlinge auf. Sein Appell an die nationalen Gefühle zeigte Wirkung, je deutlicher sich Hitlers Antikommunismus, mit dem Teile des russischen Volkes ursprünglich sympathisierten, als Vorwand für den Terror der nationalsozialistischen Besatzungs- und Rassenpolitik entlarvte. Bereits im April 1941 – also vor Beginn des Russland-Feldzuges – hatte die Sowjetunion zur Überraschung Hitlers einen Nichtangriffspakt mit Japan geschlossen. Der Vertrag wurde von beiden Seiten bis zur deutschen Kapitulation eingehalten, so dass Russland in keiner Phase des Krieges an zwei Fronten zu kämpfen hatte. Am 12. Juli 1941 kam es zum britisch-sowjetischen Kriegsbündnis, die USA erklärten sich bereit, der Sowjetunion Kriegsmaterial zu liefern, so dass jetzt Wirklichkeit wurde, was Hitler stets als Grund für die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg kritisiert hatte: ein Zweifrontenkrieg gegen mehrere feindliche Grossmächte, die sich auf das Potential der Weltmacht USA stützen konnten. Die Anti-Hitler-Koalition verfügte über 75 Prozent aller personellen und materiellen Reserven der Welt.

Die Ausweitung zum Weltkrieg

Die USA hatten bei Kriegsausbruch ihre Neutralität erklärt, aber diesen Kurs schrittweise verlassen, je deutlicher wurde, dass Hitlers europäische Vorherrschaft die eigene Sicherheit bedrohte. Im März 1941 setzte Präsident Roosevelt, der die USA zum «Arsenal der Demokratie», zur Rüstkammer der Gegner Hitlers erklärte, das «Leih- und Pachtgesetz» durch, das ihm ermöglichte, alle Kriegsgegner Deutschlands und Japans mit Waffen und Material zu unterstützen. Im August 1941 unterzeichneten Roosevelt und Churchill die «Atlantik-Charta». Die USA reihten sich jetzt in die Kriegsfront der Demokratien ein. Die Entscheidung über den offenen Eintritt in den Krieg fiel im Pazifik. Als der Krieg in Europa begann, führten die Japaner bereits seit zwei Jahren einen Aggressionskrieg gegen China. Er galt nach japanischer Sprachregelung der Errichtung einer «Grossasiatischen Wohlstandssphäre», in der ganz Südostasien und China zu einem von Japan kulturell und wirtschaftlich beherrschten Block zusammengesweisst werden sollten. Die USA sahen ihre Handelsinteressen und ihr

strategisches Vorfeld im Pazifik bedroht, und Roosevelt erwirkte ein Öl-embargo über das fast vollständig importabhängige Japan. In dieser Situation wollte Japan verhandeln, doch Roosevelt blieb hart. Weigerte er sich, den Konflikt zu entschärfen, um das widerstrebende amerikanische Volk durch die pazifische «Hintertür» in den europäischen Krieg zu führen? Oder «reagierte» der Präsident nur auf japanische Repressionen? Fest steht, dass Roosevelt, ein entschiedener Gegner totalitärer Staaten, zum Handeln entschlossen war und dass seinem Nachrichtendienst japanische Angriffspläne auf Südostasien bekannt waren. Der Überfall auf die amerikanische Pazifikflotte in Pearl Harbor traf die USA dennoch unvorbereitet: Am Morgen des 7. Dezember 1941 griffen japanische Bomber ohne vorherige Kriegserklärung den amerikanischen Marinestützpunkt auf Hawaii an. Die USA und Grossbritannien erklärten Japan den Krieg. Am 11. Dezember folgte Hitler mit der Kriegserklärung an die USA und gab so Roosevelt die gewünschte Gelegenheit, Krieg gegen ihn zu führen. Hitlers Spekulation, Amerika werde jetzt seine Kräfte im Pazifik konzentrieren, erwies sich als falsch. Die Alliierten einigten sich, dass «Germany first» zu besiegen sei.

Die militärische «Wende» im Jahr 1942

Noch einmal stürmten Hitlers Armeen im Sommer des Jahres 1942 in Russland und Nordafrika voran. Eine Heeresgruppe hisste auf dem Elbrus, dem höchsten Berg im Kaukasus, die Reichskriegsflagge und stiess durch den Kaukasus vor, während die 6. Armee unter General Paulus in Stalingrad vordrang. Rommels Afrikaarmee eroberte die Cyrenaika und Tobruk zurück und stand im Juli 1942 vor El Alamein, der letzten britischen Stellung vor Alexandria. Stalingrad und El Alamein, die äussersten Punkte der Hitlerschen Expansionspolitik, bedeuteten zugleich ihre militärische Niederlage. Wieder brachte der russische Winter den deutschen Vormarsch zum Stillstand. In dem brennenden Stalingrad tobte ein erbitterter Hauserkampf, denn die Rote Armee gab nicht auf. Und auch für Hitler war die Eroberung der Stadt, die Stalins Namen trug, längst zur Prestigefrage geworden. Statt entweder den Kaukasus oder Stalingrad aufzugeben, um die Abwehrfront zu verkürzen, gab Hitler Befehl, beide Stellungen zu halten. Am 22. November schlossen die Sowjets die Zange um die gesamte 6. Armee. 300'000 Mann mit 100 Panzern, 1'800 schweren Geschützen und mehr als 100'000 Fahrzeugen sassen ohne Nachschub und Material in der Falle. General Paulus wollte den Ausbruch nach Südwesten wagen, aber Hitler nahm Göring beim Wort, der die 6. Armee aus der Luft zu versor-



Momentaufnahme aus den Kämpfen in Stalingrad. Der hartnäckige Widerstand dieser Stadt und der Gegenstoss frischer sowjetischer Truppen führte zur Wende des Krieges. Die 6. deutsche Armee mit rund 300'000 Mann verblutete.

gen versprach. Auch diesmal erwiesen sich die Versprechungen des Reichsmarschalls als nicht haltbar. Ein Entsetzungsversuch der Panzerdivisionen von Mansteins scheiterte. Zwischen 31. Januar und 2. Februar 1943 musste die 6. Armee kapitulieren. Die Sowjets gaben an, 91'000 Gefangene gemacht zu haben. Sie wurden unter schlimmsten Strapazen nach Sibirien überführt. Viele brachen unterwegs zusammen, Tausende überlebten nicht die Not der Lager. Ein ähnliches Schicksal, wie es so viele russische Gefangene erlitten hatten, traf nun die deutschen Soldaten. Die «Endsieg»-Propaganda lief währenddessen weiter, aber vielen Deutschen wurde jetzt klar, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war.

Bereits am 23. Oktober begann der britische Oberbefehlshaber Montgomery bei El Alamein die Gegenoffensive, am 8. November landeten die Alliierten völlig überraschend im Rücken der Afrikaarmee in Algerien und Marokko, so dass diese in einen ausweglosen Zweifrontenkrieg geriet. Im März 1943 kapitulierten die letzten deutschen Truppen in Nordafrika.

Im Juli 1943 landeten die Alliierten in Sizilien. Der von ihm selbst einberufene «faschistische Grossrat» stürzte Mussolini und schloss einen Waffenstillstand mit den Alliierten. Die militärische Macht lag aber in deutscher Hand, so dass die Kämpfe in Italien bis in die letzten Kriegslage fort dauerten. Mussolini erlebte das Kriegsende als Oberhaupt einer «Italienischen Sozialistischen Republik» in Norditalien und sah sich zur Marionette der Deutschen degradiert. Am 28. April 1945 wurde er bei Como von Partisanen aufgegriffen und erschossen.

Auch für Japan wurde das Jahr 1942 zur Wende. Innerhalb weniger Monate eroberten die Japaner Malaysia, Singapur, Hongkong, Burma, Indonesien sowie die vorgelagerten Inseln Ozeaniens. Im Juni 1942 landeten sie schliesslich auf den Aleuten-Inseln – auf amerikanischem Hoheitsgebiet. Die westliche Kolonialherrschaft in Südostasien und im Indischen Ozean stand vor dem Zusammenbruch, aber in der See-Luft-Schlacht bei den Midway-Inseln (4.-7. Juni 1942) erlitt die japanische Flotte ihre erste Niederlage. Der amerikanische Geheimdienst war in den Funkcode der japanischen Marine eingebrochen, so dass deren Überraschungsangriff fehlschlug. Amerikanische Torpedos verwandelten die japanischen Flugzeugträger in wenigen Minuten in schwimmende Schrotthaufen. Es war nur eine Zeitfrage, wie lange Japan den in kühnen Landungsunternehmen von Insel zu Insel vorrückenden Amerikanern standhalten würde.

Der U-Boot-Krieg muss aufgegeben werden

Auch der U-Boot-Krieg sollte in den Jahren 1942/43 seine grössten Erfolge und die entscheidende Niederlage erleben. Da die englische Flotte der deutschen zahlenmässig überlegen war, blieb nur die U-Boot-Waffe in der Schlacht gegen England und die amerikanischen Geleitzüge im Atlantik. Der Bau neuer U-Boote wurde forciert, eine überlegene Taktik (Rudeltaktik) entwickelt: Jeweils 10 bis 20 U-Boote griffen zugleich einen Konvoi an, um die Abwehr zu zersplittern. Umfangreiche Versenkungen waren die Folge, aber die Versorgung der britischen Insel konnte nicht wirklich unterbrochen werden. Die Entscheidung fiel, als die Alliierten offensive Langstreckenflugzeuge und Geleitträger zum Schutz der Konvois und verstärkt die neuentwickelten Radargeräte einsetzten. Der britische Nachrichtendienst hatte zudem seit 1941 die Geheimnisse der deutschen Funkschlüsselmaschine «Enigma» und damit den Funkcode der deutschen Marine entschlüsselt. Im Mai 1943 musste Grossadmiral Dönitz die U-Boote aus dem Nord-Atlantik zurückziehen.



Terror und Vergeltung aus der Luft. Das Gesicht der Frau spiegelt die Schrecken des Luftangriffs. Das britische Luftkommando glaubte, den Widerstandswillen durch systematische Bombardierungen der Wohnstädte brechen zu können.

Alliierte Bombenangriffe

Die Massenproduktion von Langstreckenjägern und -bomben schuf die Grundlage für die Luftüberlegenheit der Westmächte. In der «Luftschlacht um England» hatte Hitler das «Ausradieren der englischen Städte» angekündigt, aber sein Ziel nicht erreicht. Seit 1942 bombardierte die Royal Air Force deutsche Städte, Ende 1942 begannen die Tagesangriffe der Amerikaner. Seitdem hörten die alliierten Luftangriffe nicht auf, sie wurden bis zur grausamen Zerstörung des mit schlesischen Flüchtlingen überfüllten Dresden am 13./14. Februar 1945 gesteigert. 593'000 Menschen starben in den durch Flächenbombardierungen in furchtbare Feuerstürme verwandelten Städten, etwa ein Fünftel der Wohnräume wurde bis auf die Grundmauern zerstört. Der Bombenterror sollte die Bevölkerung demoralisieren und die Kriegsindustrie zum Erliegen bringen. Beide Ziele wurden aber nur teilweise erreicht. Den Deutschen blieb kaum eine andere Wahl, als durchzuhalten. Im Februar 1943 rief Goebbels im Berliner Sportpalast

den «totalen Krieg» aus. Der Terror der Gestapo und SS richtete sich jetzt nicht mehr allein gegen politische Gegner und Juden, sondern gegen jeden Deutschen, der sich der «Wehrkraftzersetzung» und des «Defaitismus» verdächtig machte.

Hitler erklärte sich zum Verteidiger der «Festung Europa». Doch zu grausam und chauvinistisch war die deutsche Besatzungspolitik, als dass Hitler erwarten konnte, bei den unterdrückten Völkern als «Befreier» des Abendlandes Unterstützung zu finden. Die SS-Einsatztruppen hausten unter der Zivilbevölkerung nahezu unbegrenzt. Millionen Menschen, vor allem Juden, fielen ihren Erschiessungskommandos und den Deportationen in die Vernichtungslager zum Opfer. Zunächst in Polen, dann in Frankreich, Jugoslawien, Italien und auch in Russland, schliesslich in allen besetzten Gebieten bildeten sich Widerstandsbewegungen, die den deutschen Truppen verlustreiche Partisanenkämpfe lieferten. Die Zerstörung von Oradur in Frankreich und des tschechischen Ortes Lidice, dessen Männer erschossen, Frauen und Kinder verschleppt wurden, um Vergeltung für das Attentat auf den SS-Obergruppenführer Heydrich zu üben, ist nur ein Beispiel für den Vernichtungswillen, mit dem der Widerstand gebrochen werden sollte. Durch diese Methoden der SS und die jahrelangen Unterdrückungen provoziert, verübte auch der Gegner am Ende des Krieges grausame Ausschreitungen gegen Deutsche.

Konflikte im alliierten Lager

Im Juli 1943 scheiterte der letzte Versuch Hitlers, durch das Unternehmen «Zitadelle», den Sturm auf die russische Front bei Kursk, die Initiative gegenüber der Sowjetunion zurückzugewinnen. Seine letzte Hoffnung war jetzt ein Zerfall der «unnatürlichen Koalition» zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Zwar wollten Roosevelt und Churchill um keinen Preis das Kriegsbündnis und damit den Sieg gefährden. Die ideologischen und machtpolitischen Spannungen, die nach dem Krieg zum «Kalten Krieg» führten, überschatteten aber bereits die Kriegskonferenzen der Alliierten. Während Churchill die zweite Front auf dem Balkan errichten wollte, um die eigene Stellung im Mittelmeer und im Nahen Osten zu festigen und den Einfluss der Sowjets in Südosteuropa einzudämmen, drängte Stalin auf die versprochene Landung in Frankreich. Auch argwöhnte er, die Westmächte könnten sich doch noch hinter seinem Rücken mit Hitler arrangieren. Auf der Konferenz von Casablanca (14.-26. Januar 1943) forderten die Westmächte deshalb die bedingungslose Kapitulation



Die «Invasion». 5'134 Schiffe der Alliierten landeten seit dem 6. Juni 1944 rund 850'000 Mann und 148'800 Fahrzeuge in der Normandie. Die Alliierten verloren in diesen Kämpfen 120'000, die Deutschen 400'000 Mann.

Deutschlands und seiner Verbündeten. In Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) wurden die sowjetischen Eroberungen in Ostmitteleuropa, die Stalin im Pakt mit Hitler vereinbart hatte, anerkannt. Die Überlegungen Roosevelts liefen darauf hinaus, durch wirtschaftliche Abhängigkeiten und Zugeständnisse die Sowjetunion in die «Eine Welt» ohne Blockbildung und Wettrüsten einzubinden, die ihm als neue Friedensordnung vorschwebte. Sie sollte durch die 1945 gegründeten «Vereinten Nationen» garantiert werden. Demgegenüber kam es Stalin, dessen Land die Hauptlast des Krieges zu tragen hatte, vor allem darauf an, die errungene militärische Vorherrschaft in Ost- und Südosteuropa nicht wieder zu verlieren. Er drängte, wenn nicht auf die «Sowjetisierung», so doch auf eine Kontrolle der Nachbarstaaten. «Irgendwie», so hoffte der Westen, werde es dennoch gelingen, den sowjetischen Machtanspruch zu überspielen. Die Interessengegensätze wurden also über die Konferenz von Jalta (Februar 1945), die Deutschlands Schicksal so einschneidend besiegelte, hinaus vertagt und brachen so erst später offen auf.



Sie sollten Deutschlands Zukunft sein. Die NS-Führung schreckte nicht davor zurück, die Begeisterung der Jugend ausnutzend, selbst Kinder in die Kämpfe zu schicken. Das Ende waren Tod oder Gefangenschaft.

Der deutsche Zusammenbruch

Am 6. Juni 1944 begann unter dem Oberbefehl des US-Generals Eisenhower die alliierte Invasion in Nordfrankreich, das grösste Landungsunternehmen der Geschichte mit Tausenden von Schiffen und Booten. Der Überraschungsangriff gelang. Er galt vor allem der Halbinsel Cotentin. Innerhalb von sechs Tagen standen über 300'000, Ende Juli bereits 1,5 Millionen Soldaten auf französischem Boden. Im August zog General de Gaulle an der Spitze französischer Truppen in das befreite Paris ein. In ungestümem Vormarsch erreichten Briten und Amerikaner bereits im September die deutsche Westgrenze. Die Rote Armee stand in Polen, an der Ostgrenze der Slowakei und in Rumänien, als die Invasion begann. Unter dem Eindruck dieser Waffenerfolge stellten Rumänien, Finnland, Bulgarien und Ungarn den Kampf ein und wandten sich von Deutschland ab. Die von Hitler befohlene «Ardenennen-Offensive» (16. Dezember 1944) kam nach wenigen Tagen zum Stehen. 75'000 deutsche Soldaten, darunter Jungen von 14 und 15 Jahren und alte



Battlefield Germany. Nach jahrelangen zermürbenden Bombenangriffen mit Hunderttausenden von Opfern besetzten die alliierten Truppen ein vielfach zur Schuttwüste gewordenes Land: Panzer in den Strassen von Nürnberg.

Männer, die als letzte Reserve einrückten, fielen diesem Verzweiflungsakt zum Opfer. Auch der Einsatz von Raketenwaffen (V₁ und V₂) über England oder die in der Ardennen-Offensive eingesetzten ersten Düsenjäger hatten den Kriegsverlauf nicht beeinflussen können. Schon im Juni 1944 zerschlugen sowjetische Truppen die Divisionen der Heeresgruppe Mitte und stiessen bis zur Weichsel und Ostpreussen vor. Millionen von Deutschen flohen unter unsagbaren Leiden mit Schiffen über die Ostsee, in endlosen Trecks mit Pferd und Wagen oder zu Fuss. Sie waren die eigentlichen Leidtragenden. Vielfach blieb es nicht beim Verlust der Heimat. Abertausende wurden Opfer grausamer Rache. Im Januar erreichten russische Truppen die Oder. Im März überschritten Briten und Amerikaner den Rhein. Am 25. April 1945 trafen amerikanische Truppen bei Torgau an der Elbe mit den Sowjets zusammen. Umzingelt von russischen Panzern, beging Adolf Hitler am 30. April im zerstörten Berlin Selbstmord. Am 7. Mai unterschrieb General Jodl im Hauptquartier General Eisenhewers die Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht, am folgenden



Die Ärmsten der Armen – Flüchtlinge, vertrieben und heimatlos. 1944/1945 wiederholte sich auf deutschem Boden das Schicksal, das so viele Menschen in Europa durch Deutschland erlitten: Schlesischer Flüchtlingstreck.

Der Hass entläßt sich: Tschechoslowakei 1945

«Die Tschechen stürmten sofort in alle Häuser, trieben die Männer mit Gummiknüppeln und Peitschenhieben auf die Strasse und von da aus auf den Kirchplatz. Auch mein Mann, der als Verwundeter aus dem Lazarett kam, war dabei. Auf dem Kirchplatz mussten alle Männer mit erhobenen Händen stehen; die Tschechen schlugen auf sie ein, und selbst die, die ohnmächtig zur Erde fielen, wurden weitergeschlagen. Dem Ortsbauernführer, Alois Jentschke, schlug man die Schädeldecke ein, anderen schnitt man ein Ohr ab, andere hängte man an einen Baum an der katholischen Kirche und schoss dann mit Revolvern nach ihnen. [...] Die nicht zu Tode Gemarterten wurden auf ein Auto verladen und nach Landkron geschafft. Von hier aus sind viele nach Sibirien weitertransportiert worden. [...]»

Aus: Werner Arndt, «Ostpreussen, Westpreussen, Pommern, Schlesien, Sudetenland 1944/1945». Podzun-Pallas-Verlag GmbH, Friedberg.

Tag wurde die Kapitulation im sowjetischen Hauptquartier wiederholt. Sie trat am 9. Mai 1945, eine Minute nach Mitternacht, in Kraft. Die Nachfolgeregierung des Grossadmirals Dönitz wurde am 23. Mai von den Alliierten abgesetzt. Sie übernahmen die oberste Regierungsgewalt über den Trümmerhaufen, der von Deutschland geblieben war.

Kriegsende in Asien

In Japan ging der Krieg weiter. In fanatischem Einsatz warfen sich japanische Kamikaze-Todesflieger (Selbstmord ...) den amerikanischen Landungsarmeen entgegen, die im Juni die Philippinen zurückgewannen. Doch längst hatten die USA die Lufthoheit auch über das japanische Mutterland erlangt. Japanische Friedensangebote scheiterten an der Forderung bedingungsloser Kapitulation. Am 6. August setzten die USA über Hiroshima zum erstenmal die furchtbare Waffe der Atombombe ein, drei Tage später fiel eine zweite Atombombe auf Nagasaki. Am Tag vorher erklärte die Sowjetunion Japan den Krieg und marschierte in die Mandchurei ein. Der grossen Mehrheit des amerikanischen Volkes leuchtete die Erklärung ein, die Präsident Truman für den Einsatz der neuen Waffe gab: Er habe den Krieg gegen Japan verkürzt und so Menschenleben gerettet. Die Demonstration des Atomwaffenmonopols sollte aber auch die Sowjetunion beeindrucken, denn der militärische Sieg hatte die Gegensätze in der Kriegskoalition sichtbar gemacht. Mit der Kapitulation Japans am 2. September 1945 war der sechs Jahre zuvor von Hitler entfesselte Krieg zu Ende. 57 Millionen Menschen hatten ihr Leben gelassen.

Literatur

- Cartier, Raymond: Der Zweite Weltkrieg, München 1967
Hildebrand, Klaus: Deutsche Aussenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma?, Stuttgart 1976
Hillgruber, Andreas: Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-41, Frankfurt a.M. 1965
Jacobsen, Hans-Adolf: Der Weg zur Teilung der Welt. Politik und Strategie 1939-1945, Koblenz/Bonn 1977
Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt 1941-1955. In: dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1980
Michaelis, Herbert: Der Zweite Weltkrieg, Frankfurt a.M. 1972
Wilmot, Chester: Der Kampf um Europa, Frankfurt/M. 1957

Allgemeine Literaturhinweise

Gerade für die Jahre zwischen 1918 und 1945 liegen heute zahlreiche Einzeluntersuchungen vor, von denen die wichtigsten bei den jeweiligen Kapiteln angeführt sind. Die folgenden Titel bieten grössere Übersichten im europäischen und weltpolitischen Zusammenhang.

- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/M. 1955
- Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München 1955
- Binder, Gerhard: Epoche der Entscheidungen. Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1960
- Craig, Gordon A.: Deutsche Geschichte 1866-1945, München 1980
- Graml, Hermann: Europa zwischen den Kriegen, München 1974
- Hardach, Karl: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Göttingen 1976
- Herzfeld, Hans: Die moderne Welt 1789-1945, T. 2., Braunschweig 1970
- Hohlfeld, Klaus (Hrsg.): Dokumente der deutschen Politik und Geschichte. Bd. 3-5 (1919-1945), Berlin o.J.
- Holborn, Hajo: Deutsche Geschichte in der Neuzeit. Bd. 3: 1871-1945, München 1971
- Jaksch, Wenzel: Europas Weg nach Potsdam, Köln 1967
- Mann, Golo: Deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1958
- Mann, Golo (Hrsg.): Weltgeschichte, Bd. 9: Das 20. Jahrhundert, Gütersloh 1980
- Parker, R.A.C.: Das Zwanzigste Jahrhundert, T. I 1918-1945, Frankfurt/M. 1967
- Poidevin, R./Bariéty, J.: Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815-1975, München 1982
- Schönbrunn, Günter: Weltkriege und Revolutionen 1914-1945, München 1961
- Schroeder, Felix v. (Hrsg.): Weltgeschichte der Gegenwart, 2 Bde., Bern/München 1962
- Schulz, Gerhard: Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg 1918-1945, Göttingen 1976
- Schulze, Hagen: Weimar. Deutschland 1917-1933, Düsseldorf 1982
- Wehler, Hans-Ulrich: Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Berlin 1966
- Zorn, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2: Das 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976

Sach- und Namensregister

Kursiv gesetzte Ziffern verweisen auf Abbildungen

- Abessinienkonflikt 238, 291
Abgeordnete, Weimar 91, 92
Abstraktion in der Kunst 140, 145
«Achse» Berlin-Rom 239
AEG 155, 158
AEG-Turbinenfabrik, Berlin 147
Afrikakorps 291, 300
Agitprop-Theater 125
AIZ 48
«Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit» 208
Albert-Theater, Dresden 128
Aleuten, japanische Besetzung 302
Alfeld, Fagus-Werke 147
Alleinschuld, Erster Weltkrieg 18
«Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte» 88
Altena, Burg 100
Amtsleiter 180
Annexionen, Versailler Vertrag 19
Antijüdische Hetze 252
Antikapitalismus 171
Antikomintern-Pakt, Japan 239
Antimarkxismus 171
Antiparlamentarismus 171
Antisemitismus 42, 171, 172, 203, 250, 268
➤ , (1933) 203
➤ , Begriff 172
➤ , «Weimarer Republik» 42
Appeasement, Begriff 224
Appeasement-Politik, britische 233, 237, 241
Arbeiterbewegung (1918) 32
➤ , Ausschaltung der 209
Arbeiterereinkommen, Weimar 161
Arbeiter-Illustrierte-Zeitung (AIZ) 48
Arbeiterjugend 104
Arbeiterräte 29
Arbeiterschaft, NS-Staat 228-230
Arbeiter- und Soldatenräte 18, 31, 88
Arbeiterwiderstand, NS-Staat 269, 271, 272, 273
Arbeitgebervertretungen, Weimar 95
Arbeitnehmer, Weimar 95, 160-162
Arbeitsbeschaffungsprogramm, NS-Staat 166, 167, 220-223
Arbeitsdienstpflicht 222
Arbeitsfront 165
Arbeitslosenunterstützung, Weimar 95
Arbeitslosigkeit 75, 76, 159, 162, 167, 220-222
➤ , Beseitigung (NS-Staat) 167
➤ , Rückgang 220-222
➤ , Übersicht 76
Architektur, moderne 140, 142, 147-149, 150
➤ , NS-Zeit 150-151
Ardennen-Offensive 306
Artamanen 107
«Artikel 48» 41, 79, 80, 93, 94, 192
➤ , (1919) 41
➤ , (1930-1933) 79, 80
➤ , (1933) 192
➤ , Weimar 93
«Artikel 52» 94
Ärztbund, NS-Sonderorganisation 180
Atavistisch, Begriff 172
Äthiopien, Zweiter Weltkrieg 291
«Atlantik-Charta» 299
Atombombe 309
Aufrüstungspolitik 225-227
«Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny», Bertold Brecht 116
Auschwitz 176, 260, 266
Aussenpolitik, NS-Staat 231-249
➤ , «Weimarer Republik» 65-71
Auswanderungszentrale für Juden 256
Autarkiestreben, NS-Staat 168, 226
Autobahnbau 166, 221, 222
Autokratie, Begriff 224
Avenarius, Wandervogel 101
Baden-Powell, General 102
Bad Godesberg, Chamberlain-Besuch 241
Bad Wiessee, Röhm-Putsch 211
Balkan-Front 304
Balsar, Ewald 129
Baltikum, sowjetische Besetzung 285
Bankenkrach 75, 159
«Barbarossa», Fall 294
Barlach, Ernst 108, 128, 140, 141
Bartning, Otto 149
Bassermann, Albert 131
Bauer, Gustav 45
Bauern, NS-Staat 230-231
Bauernstand, NS-Staat 167-168, 180
➤ , Weimar 159
Bauhaus 102, 149, 152, 154
Baukunst, moderne 140, 142, 147-149, 150
➤ , NS-Zeit 150-151
Bayerische Räterepublik München 53
Bayerischer Wehrkraftverein 102
Bayern, Kahr-Putsch 61
➤ , Reservatrechte 88
BDM 105, 184
Beamte, Weimar 162
Beamtenschaft, Judendiffamierung 251
➤ , Selbstunterwerfung (1933) 201-203
➤ , Übernahme (1918) 31
Beamtentum, Rassedanke 203

- Beauftragte des Volkes 88
 Bechtesgaden, Chamberlain-Besuch 241
 Beck, Ludwig; Generalstabschef 275, 278, 283
 Beckmann, Max 147
 Behrens, Peter 147
 Bekennende Kirche 277
 Bell, J. 39
 Belžec 176,260,262
 Benjamin, Walter 119
 Berg, Max 149
 Bergen-Belsen, KZ-Lager 176, 260
 Bergengruen, Werner 116
 Bergner, Elisabeth 136
 Berlin, AEG-Turbinenfabrik 147
 > , Grosses Schauspielhaus 149
 > , Reichsexekution 32
 > , Theaterstadt 125-128,129
 Berliner Tiller Girls 127
 «Berliner Vertrag» (1926) 68
 Berufsheer, «Versailler Vertrag» 21
 Berufsstruktur, NSDAP 185
 Besatzungskosten, «Versailler Vertrag» 21
 Betriebsgemeinschaft, NS-Staat 164
 «Betriebsräte» 46, 155
 Betriebsratswahlen (März 1933) 208
 «Betriebszellenorganisation» (NSBO) 180,208,228
 Bildende Kunst 139-154, 150
 > , moderne 150
 Birkenau, Vernichtungslager 260
 Blauer Reiter 140, 144, 145
 Blitzkriege 285, 290
 Blomberg, Werner von; General 190
 Blomberg-Fritsch-Krise 239 «Blutreinheit», Bauernstand (NS-Staat) 168
 «Blut- und Boden»-Ideologie 167, 231
 Boberhaus, Grenzlandheim (Pfadfinder) 103
 Böhm, Dominikus 149
 Bolschewismus als NS-Weltfeind 31, 173, 292
 Bombenangriffe, alliierte 303-304, 303
 Bormann, Martin 48
 Borsig 166
 Bosch, Robert 166, 275
 Böse, von 211
 Boy Scouts 102
 Brandt, Willy (Widerstand) 273
 Brauchitsch, Walter von; Generaloberst 288
 Braun, Otto 192, 201
 Braunschweig, Republik 28
 Brecht, Bertold 114, 115-116, 117, 120, 121, 124, 129, 136
 - Lehrstücke 115-116
 - Lyrik 121
 Breslau, Jahrhunderthalle 149
 Breuer, Hans 97, 98
 Briand, Aristide 50, 68
 «Brigade Ehrhardt» 45, 46, 48
 Britisch-sowjetisches Kriegsbündnis 299
 Broch, Hermann 113
 Brockdorff-Rantzau, Graf von 18
 «Brücke» 142
 Brüning, Heinrich 79, 84-85, 94
 > , Entlassung (Text der Zeit) 84-85
 > , Kanzler 79
 Buchenwald, KZ-Lager 169, 176, 252, 260
 Bücherverbrennung 119, 121
 Bückeberg, Erntedankfest 179
 Bühnenautoren der zwanziger Jahre 123-124
 Buna-Herstellung 168
 Bund Deutscher Mädel (BDM) 105, 184
 Bundesstaatlichkeit 88, 90
 Bündische Jugend 102
 Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen 180
 Bündnispolitik, NS-Staat 233
 Burg Altena 100
 Bürgerlicher Widerstand, JMS-Staat 273-282, 274
 Bürgertum, Weimar 162-163
 Burg Ludwigstein 101
 Burg Rothenfels, Katholische Jugend 107
 Casablanca, Konferenz von 304
 Caspar, Horst 129
 Centraltheater, Berlin 124
 Chamberlain, H. St. 241, 244, 250, 290
 Charell, Eric 136
 Charismatisch, Begriff 172
 Chelmo, Vernichtungslager 176, 260
 Chemisch-Technische Reichsanstalt 158
 Chilehaus, Hamburg 149, 152
 Chiliaistisch, Begriff 172
 Christlicher Verein Junger Männer (CVJM) 104, 106, 107
 Churchill, Winston 290, 299, 304
 Clemenceau, Georges 17, 18, 20, 23
 Colborn, Arbeitslager (Pfadfinder) 103
 Compiègne, Waffenstillstand von 14, 290
 Consul, Organisation 48
 Cuno, Wilhelm; Reichskanzler 54
 CVJM 104, 106, 107
 Cyrenaika 300
 Dänemark, Judenrettung 263
 > , NS-Einfall 289
 > , «Versailler Vertrag» 20
 Danzig, Freie Stadt 20, 246, 247, 284
 Darmstadt, Theater 128
 Darré, Richard Walter 180
 «Das junge Deutschland», Theaterverein 123
 «Das jüngste Deutschland», Theaterverein 123
 Dawes, Charles; Bankier 66
 «Dawes-Plan» 66, 67, 157 DDP 38, 42, 44, 59
 > , (1919) 38
 > , (1920) 42
 > , Grosse Koalition (1923) 59
 Deficit-spending-Politik, Begriff 224
 > , NS-Staat 222, 223
 Deflation, Begriff 57
 Deflationspolitik (1932) 79
 De Gaulle s. Gaulle
 Delp, Alfred; Patre 276
 Demagogisch, Begriff 172
 Demokratisierung Deutschlands (Wilson-Forderung) 26
 Deportation der Juden 257-268, 288
 Dessau, Bauhaus 149, 152
 Deutsche Arbeitsfront (DAF) 164-166, 208, 209, 214, 228
 Deutsche Ausrüstungswerke 169
 Deutsche Christen 277
 Deutsche Demokratische Partei (DDP) 38, 42, 44, 59
 Deutsche Industriennormen (DIN) 158
 Deutsch-englisches Flottenabkommen 236
 Deutscher Bühnen-Verein, NS-Staat 130
 Deutsches Theater, Berlin 126
 Deutsche Turnerschaft 103
 Deutsche Vaterlandspartei 45
 Deutsche Volkspartei 42, 43, 44, 55, 59
 Deutsch-Nationale 54, 75
 > , (1922/23) 54
 Deutschnationale Volkspartei 42, 44
 Deutsch-Österreich, Anschlussfrage 70
 > , Versailler Vertrag 21
 Deutsch-österreichisches Abkommen 238
 Deutsch-polnischer Nichtangriffspakt 236
 Deutsch-sowjetische Annäherung 246
 Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt 245, 246
 Dichter, verfolgte (Übersicht) 120
 Wiederrichs, Wandervogel 101
 Dietrich, Marlene 135, 136
 DIN 158
 Dix, Otto 145
 DNVP 42, 43, 44, 77, 80
 > , (1920) 43
 > , (1928) 77

- > , (1932) 80
- Döblin, Alfred 113
- «Doktor Faustus», Thomas Mann 121-122
- Doktrin, Begriff 172
- Dolchstoßlegende 47
- Dönitz, Karl; Grossadmiral 302, 309
- Dorsch, Käthe 126
- DPB (Pfadfinder) 102
- «Dracula» 132
- Drama, zwanziger Jahre 115-116
- Dreimächtepakt 293
- Dresden, Bombardisierung von 303
- > , «Kapp-Putsch» 45
- > , Theaterstadt 128
- «Drittes Reich» 35, 189-249
- > , Grundlagen 170-171
- > , Übersicht 248
- > , Zeittafel 35
- «drôle de guerre» 288
- Dühning, Eugen 250
- Dumont, Louise 129
- Dünkirchen 289
- Düsenjäger 307
- Düsseldorfer Schauspielhaus 129
- DVP 42, 43, 44, 55, 59
- > , (1920) 43
- > , (1923) 55
- > , Grosse Koalition 59

- Ebert, Friedrich; Reichskanzler und -präsident 18, 26, 28, 32, 33, 38, 38, 74, 87, 89, 201
- Edschmid, Kasimir 125
- Ehrhardt, Brigade 45, 46, 48
- Eichmann, Adolf 260
- Einsatzgruppen 287, 288, 304
- Einstein, Albert 253
- Einsteinium 149, 150
- Eintopfsonntage 164
- Einwohnerwehren 48, 61
- Eisenhower, Dwight D.; General 306, 307
- Eisner, Kurt 48, 52
- El Alamein 300, 301
- Elite, Begriff 224
- Elsass-Lothringen, Locarno-Vertrag 68
- > , Rückgabe 20
- Eltz-Rübenach, Freiherr von 190
- Emigration, innere 119-120
- Emotionalisierung, Begriff 202
- «Endlösung» 176, 256, 260, 266, 267
- Engel, Erich 126-127, 128
- England, NS-Politik 232-233, 236-238, 246
- > , Zweiter Weltkrieg 290
- Enigma 302
- «Entartete Kunst» 153, 154
- «Entmilitarisierte Zone» (Rheinland) 20, 21
- «Erfüllungspolitiker» 28, 50
- Ermächtigungsgesetz 86, 96, 195, 198-199, 200, 201, 203, 251

- > , Text der Zeit 198-199
- Erster Freideutscher Jugendtag 101
- Erster Weltkrieg 14-16
- Erzberger, Matthias 47, 48, 52
- «Erzeugungsschlacht» 168
- Escherich, Organisation 48
- Esterwegen, KZ 176
- Etatistisch, Begriff 202
- Europa, (1939) 247
- > , Zweiter Weltkrieg 294-295
- Euthanasie-Programm 277, 287
- Exilliteratur 119-120
- Exil-SPD 204
- Expansionspolitik, NS-Staat 231
- Export, Weimar 158
- Exportförderung, NS-Staat 225
- Expressionismus 108, 109, 123, 140, 142, 144, 149, 154
- > , Architektur 149
- > , Begriff 109, 144
- > , Literatur 108
- > , Malerei 140, 142
- > , Theater 123, 128

- Fagus-Werke, Alfeld 147
- Fahrt, Wandervogel 97
- Falckenberg, Otto 128
- Faschismus der Zwischenkriegszeit 171
- Faulhaber, Michael; Kardinal 277
- Fehling, Jürgen 126
- Feldherrenhalle, Marsch zur 63, 64
- Fememorde 48
- «Fettlücke» 168
- Feuilleton, zwanziger Jahre 114-115, 129
- Film, NS-Staat 178
- > , zwanziger Jahre 131-136
- Finnlandfeldzug 288
- Fischer, Karl 97, 98
- Fleisser, Marieluise 127
- Flesch, Dr. 201
- Flick 166
- Flossenbürg, KZ-Lager 176, 260
- Flottenabkommen (England) 236
- Flüchtlinge 137, 287, 307, 308
- Foch, Ferdinand; General 50
- Föderalismus 88, 89, 90
- Fortschrittliche Volkspartei 27
- Franco, Francisco 291
- Frank, Leonhard 104, 126
- Frankreichfeldzug, (1940) 289, 290
- > , (1945) 306
- Frankreich-Invasion 304
- Frauenjugend 107
- Frauen wahlrecht, Weimar 91
- Freie proletarische Jugend, Arbeiterjugend 104
- Freikorps 32, 44, 45, 46, 48, 50, 53, 61, 62, 102
- > , «Kapp-Putsch» 44, 45, 46
- > , Oberschlesien 50

- > , «Werdenfels» 62
- Freisler, Roland 260, 279
- Frick, Wilhelm 62, 190, 210, 217
- «Friedensvertrag von Versailles» 39, 49
- Fritsch, Willi 136
- Frontkämpferverbände 48
- Führermythos 218-219
- Führerprinzip, NS-Staat 178-180
- Führerstaat 178-180, 205, 212-218

- Galen, Kardinal Graf von 269, 277
- Genzenmüller, Theodor; Unterstaatssekretär 262
- Garbo, Greta 134
- Gauleiter 179, 205, 207
- Gaulle, Charles de 290, 306
- Gau- und Bundestage, Wandervogel 98, 101
- Gebietsabtretungen, Versailler Vertrag 19, 39
- Gebühr, Otto 138
- Gefallene (1914-1918) 14
- Gefolgschaft, NS-Staat 177
- Geheeb, Paul 100
- Geheime Staatspolizei (Gestapo) 214, 216, 217
- Generalgouvernement, Judenverfolgung 262, 288
- Generalstab, Grosser; Versailler Vertrag 21
- Genf, Abrüstungskonferenz 236
- Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, NS-Staat 130
- George, Heinrich 126, 136
- Gerstein, Kurt; Bericht über Judenmord 264-265
- Gerstenmaier, Eugen 277
- Gesellschaft, (1918-1939) 155-169, 208, 209-212, 227-231
- , Gleichschaltung 208, 209-212, 227-231
- , NS-Staat 227-231
- , Gesetzgebung, Weimar 90, 92
- «Gesetz zum Schutz der Republik» 49
- «Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre» 252
- «Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich» 205
- «Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit» 228, 229
- «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» 202-203, 251
- Gestapo 214, 216, 217
- Gestapo-Müller 260
- Gettoisierung 288
- Gewaltenteilung 88, 189, 211
- , Aufhebung der 211
- Gewerkschaften 160-161, 195, 200, 207, 208
- , Ausschaltung der 207

- , Gleichschaltung 208
 Gewerkschaftshäuser, Besetzung der 208
 Giehse, Therese 129
 «Gleichschaltung» 130-131, 137, 177, 202, 205, 208, 209-212
 Gleiwitz, Sender (NS-Überfall) 284
 diese, Rochus 126
 Globocnik 262
 Godesberger Treffen (Hitler-Chamberlain) 244
 Goebbels, Joseph 79, 130, 164, 180, 190, 197, 210, 213, 262
 Goerdeler, Carl Friedrich; Oberbürgermeister 224, 273, 274, 275
 Goerdeler-Beck-von Hassell-Gruppe 273-282
 Gold, Käthe 129
 Göring, Hermann 126, 168, 190, 191, 192, 193, 196, 210, 216, 244, 256, 291, 300
 Graphik, Expressionismus 142
 Gropius, Walter 147, 149, 152
 «Grossasiatische Wohlstandssphäre» 299
 Grossberg, Carl 145
 Grossdeutscher Pfadfinderbund 103
 Grosse Koalition, Weimarer Republik 59, 76
 «Grosser Vaterländischer Krieg», Sowjetunion 299
 «Grossgermanisches Reich» 284
 Gross-Rosen, KZ-Lager 176
 Grosz, George 145
 Gründgens, Gustaf 126, 128, 129
 Grundrechte, Weimar 41, 88, 89, 94-95
 Grundschule, Weimar 95
 Grundstoffindustrie, Sozialisierung 155
 Grünspan, Herschel 252
 Guardini, Romano 107
 Günther, Franz 190
 Gymnastik, Wandervogel 100
- Halm, August 100
 Hamburger Aufstand 53
 Hamburger Kammerspiele 128
 Harlan, Veit 137
 Harnack, Arndt von 272
 Harvey, Lillian 136
 Hasenclever, Walter 123
 Hasse, O. E. 129
 Hassell, Ulrich von; Diplomat 274, 275
 Hatheyer, Heidemarie 129
 Haus der Kunst, München 149
 Heckel, Erich 142
 Hegemonie, Begriff 172
 Heidelberger Pachantey 97
 «Heimtückegesetz» 195
 Henlein, Konrad 241
 Hep-Hep-Unruhen 250
 Herrschaftssystem, nationalistisches 205-207, 212-218
- Hess, Rudolf 63, 210, 295
 Hesse, Hermann 116, 118-119, 118
 Heydrich, Reinhard 181, 210, 256, 260, 284, 304
 Heymann, Werner Richard 136
 Hierarchie, Begriff 224
 Hilfspolizei, NS-Zeit 191-192
 Hilpert, Heinz 126
 Himmler, Heinrich 181, 197, 205, 210, 212, 215, 216, 217, 288
 Hindenburg, Paul von 28, 74, 80, 190, 194, 210, 212, 251
 Hitler, Adolf 61, 62, 63, 64, 71, 79, 80, 86, 94, 167, 170, 171, 172, 174, 175, 177, 177, 178, 179, 180, 190, 191, 194, 196, 209, 218, 221, 231, 232, 237, 250, 266, 268, 307
 > , Antisemitismus 250, 266, 268
 > , Politisches Testament 268
 > , Vita 196
 Hitler-Attentat (10. Juli 1944) 277-278
 Hitler-Diktatur 189-249
 Hitler in der Karikatur 177
 Hitlerjugend (HJ) 105, 107, 164, 180, 306
 Hitlerjunge Quex 137
 «Hitler-Putsch» 62
 Hitler-Stalin-Pakt 246, 272, 305
 HJ 105, 107, 164, 180, 306
 Hochseeflotte, deutsche; Versailler Vertrag 21
 Hofer, Karl 147
 Hoffmann, Hermann 97
 Höger, Fritz 149, 152
 Hoher Meissner 101
 Holocaust 256-268, 261, 262, 263
 Hoover, Herbert Clark; US-Präsident 79
 Horvath, Ödön von 115
 Höss, Rudolf 48, 260
 Hossbach-Protokoll 232, 234-235
 Hugenberg, Alfred 81, 138, 190, 191, 204
 Hugenberg-Presskonzern 71
 Hultschiner Ländchen, Versailler Vertrag 20
 Hungersnot (1919) 41
- IG Farben 158
 Ihering, Herbert 129
 Impressionismus, Begriff 144
 Industrie im NS-Staat 166-167, 168-169, 209
 Industrienormen 158
 Inflation 51, 56-59, 56, 156-157, 162
 > , Begriff 57
 Inflationsgewinnler 157
 Innere Emigration, Literatur 119-120
 Innerer Monolog, Begriff 109
 Intellektuellenverfolgung 201
- Internationaler Baustil 142, 149
 Invasion 305, 306
 Italien, NS-Politik 233, 239
- Jahn, Hans Henny 128
 Jahrhunderthalle, Breslau 149
 Jalta, Konferenz von 305
 Jannings, Emil 136
 Japan, Kapitulation 309
 -, NS-Politik 233, 239
 -, Zweiter Weltkrieg, Asien 299, 300
 > , Zweiter Weltkrieg, Sowjetunion 299
 Jawlensky, Alexey von 144
 Jessner, Leopold 125
 Jodl, Alfred 307
 Johst, Hanns 55, 129, 130, 131
 Juden, ermordete 267, 287
 Judenboykotte (1933) 203, 251
 Juden deportierungen 255, 256
 Judendiskriminierung 251, 255, 258-259
 Judenemigration 252
 Judenmord 260-268
 Judenpolitik, Radikalisierung 244
 Judenstern 255
 Judentum als NS-Weltfeind 173
 Judenverfolgung 250-268, 263
 Jüdische Gemeinden, Vernichtung der 257
 Jüdischer Kulturbund 252
 Jüdische Vornamen, Zwangseinführung 252
 Jugendbewegung 97-107
 Jugendburg Waldeck 102
 Jugendferrassung, NS-Staat 164
 Jugendertüchtigung, NS-Staat 105, 106
 Jugendherberge 100
 Jugend im Widerstand 276-277
 Jugendmusikbewegung 100
 Jugendtag, erster 101
 Jugoslawienfeldzug 295
 Jungborn, Katholische Jugend 107
 Jünger, Ernst 108
 Junghans, Carl 134
 Juristen, NS-Staat 180
- Kafka, Franz 111
 Kähnsdorfer Hütte 100
 Kahr, Gustav Ritter von 60, 61, 64, 211
 Kaiser, Georg 128, 129
 Kaiser, Jakob 275
 Kammerspiele, Hamburg 128
 «Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand» 180
 «Kampfbund für deutsche Kultur» 180
 «Kampfbund Oberland» 48
 Kandinsky, Wassily 140, 144, 145, 154
 Kanoldt, Alexander 145
 Kapp, Wolfgang 45 «Kapp-Putsch» 44-46, 53

- Kartelle 158
 Kästner, Erich 114
 Katholische Jugend 107
 Kattowitz 50
 Katyn 288
 Kautschuk, künstlicher 168, 226
 KdF 165, 228-229
 «Kellogg-Pakt» 70
 Kerr, Alfred 129
 Keynes, John Maynard 156, 221
 Kiew, Schlacht um 297
 Kirche im Widerstand 276-277
 Kirchner, Ernst Ludwig 142, 144
 Klappholltal, Jugendlager 101
 Klee, Paul 144, 145, 148, 154
 Kleiber, Erich 128
 Kleine Komödie am Schiffbauerdamm, Berlin 126
 Klemperer, Otto 128
 Klepper, Jochen 119
 Knilling, Regierung 61, 64
 Koalitionen, Weimarer Republik 78
 Kokoschka, Oskar 147
 Kollektiv, Begriff 173
 Kollwitz, Käthe 140, 143, 146
 Kolonien, deutsche; Versailler Vertrag 21
 Komische Oper, Berlin 128
 Kommandowirtschaft, NS-Staat 226
 Kommissarbefehl 295, 296
 Kommunisten-Verfolgung 272
 Kommunistische Internationale 271
 Kommunistische Jugend 104
 Kommunistische Koalitionsregierungen in Thüringen und Sachsen 53
 «Kommunistische Partei Deutschlands» 32, 42, 44, 46, 60, 79, 80, 192, 195, 271-272
 Kommunistischer Widerstand, NS-Staat 271-272
 König, Lothar 276, 277
 Konkordatsabkommen 201
 Konservativer Widerstand, NS-Staat 273-282
 Konzentrationslager 169, 175, 176, 216, 217, 260
 Kortner, Fritz 128
 Kownol, Pogrom 262
 KPD 32, 42, 44, 46, 60, 79, 80, 192, 195, 271-272
 > , (1918) 32
 > , (1920) 42
 > , (1923) 60
 > , (1930) 79
 > , (1932) 80
 > , Verbot (1933) 192
 > , Verfolgung (1933) 192, 195
 > , Widerstand 271-272
 Kraft durch Freude (KdF) 165, 228-229
 Krauss, Werner 134, 136
 Kreisauer Kreis 272, 275-276, 278
 Kretabesetzung 295
 Kriebel 62, 63
 Kriegsschädigungen, Versailler Vertrag 21
 Kriegsfolgen, Wirtschaft 156
 Kriegsofopfer 15, 286-287
 Kriegspolitik 232, 237, 238, 239
 Kriegsschuldfrage, Erster Weltkrieg 16, 21-23
 Kriegsschuld Klausel, Versailler Vertrag 39
 Kriegsvorbereitungen, NS-Staat 210, 226
 Kriegswirtschaft, NS-Staat 168
 Kristallnacht 244, 252, 254, 266, 278
 Kroll-Oper, Berlin 128
 Kronacher, Alwin 129
 Kronbacher Bund 102
 Krupp 166
 Kubismus 144
 Kulturpolitik, NS-Staat 165
 Kunst, moderne 139-154, 150
 -, nationalsozialistische 110, 149, 154
 Kunststich 168
 Künstler, verfolgte 154
 Kursk-Front 304
 KZ-Lager 175, 176, 216, 260, 263, 287
 KZ Oranienburg 176, 201, 260
 KZ-Wirtschaft 169
 Lamberty, Muck 102
 Lampel, Peter Martin 127
 Länder, Gleichschaltung 204-205
 Länderrechte, Weimar 90
 Landerziehungsheime, Wandervogel 100
 Landsberg 38, 63, 64
 Landwirtschaft, NS-Staat 167-168, 180, 209, 230-231
 -, Weimar 159
 Lang, Fritz 132, 134
 Lebensborn 184
 Lebensraumdoktrin, NS-Staat 174, 175, 231, 284, 291
 Lebensraum-Krieg 238, 249
 Leber, Julius 272, 279
 Le Fort, Gertrud von 116
 Legion Condor, Spanischer Bürgerkrieg 237
 Legitimation, Begriff 202
 Lehar, Franz 128
 Lehbruck, Wilhelm 140
 Lehrerbund, NS-Sonderorganisation 180
 Leibstandarte Adolf Hitler 215
 Leih- und Pachtgesetz 299
 Leningrad, Angriff auf 296
 Le Seur, Paul 104
 Leuchtenburg, Wandervogel 102
 Leuschner, Wilhelm 273, 275
 Ley, Robert 165, 208
 Lidice 304
 Liebeneiner, Wolfgang 126
 Liebknecht, Karl 26, 28, 32, 48, 125
 Lieferschatzanweisungen 223
 Lijepaja, Massenexekutionen 261
 Lindemann, Gustav 129
 Linksradikalismus 47, 52-53
 Lion, Alexander 102
 Literatur, deutsche 108-122
 –verfolgte 119-120
 Lloyd George, David 17, 18, 20, 23, 50
 Locarno, Verträge von 67-70, 238
 Loheland, Gymnastik 100
 Löhne, NS-Staat 220, 227, 229, 230
 -, Weimar 161
 Londoner Reparationskonferenz (1921) 50
 Lossow, General von 61, 64
 LOTHringen, Wirtschaftsfragen 156
 Löwenfeld, Marinebrigade 45
 Loyalität, Begriff 202
 Ludendorff, General 45, 47, 64, 138
 Ludwigstern, Burg (Wandervogel) 101
 Luftangriffe 303, 303
 Luftschlacht um England 303
 Luserke, Martin 100
 Lüttwitz, von; General 45
 Luxemburg, Rosa 32, 37, 48
 Maasfront 289
 Mächtergreifung, NS-Staat 190-191, 205
 Machtverteilung, NS-Staat 205-207
 Macke, August 144, 145
 MacKenna (Dawes-Plan) 67
 Magischer Realismus, Literatur > 09, 111
 Magnus, Dr. 201
 Majdanek, Vernichtungslager 176
 Malerei, Expressionismus 140, 142
 Malmédy, Versailler Vertrag 20
 Mandatsgebiete, deutsche Kolonien 21
 Mann, Thomas 110, 111, 121
 Mannheim, Theater 128
 Manstein, Feldmarschall von 289, 301
 Marc, Franz 144, 145
 Marinebrigade, Löwenfeld 45
 Marinebrigade Ehrhardt 45, 46, 48
 Marr, Wilhelm 250
 Martin, Karl Heinz 128
 «Märzgefallene» 195
 Massenarbeitslosigkeit 75, 76, 209
 Massenaufmärsche, NS-Staat 179
 Massenmobilisierung, NS-Staat 177
 Mauthausen, KZ-Lager 176, 260
 Max von Baden, Reichskanzler > 6, 27, 28, 87

- Mayer, Carl 132
 Medau, Gymnastik 100
 Mefo-Wechsel 223
 «Mein Kampf» 174, 175, 231,
 > 32, 250, 267
 Meissner, Hoher 101
 Mendelsohn, Erich 149
 Mensendieck, Gymnastik 100
 Metallurgische Forschungsgesellschaft (Mefo) 223
 Metropoltheater, Berlin 128
 Miegel, Agnes 119
 Mies van der Rohe, Ludwig 147,
 152
 Militarisierung 181
 Ministerpräsidenten, NS-Zeit 306
 Mittelmeer-Krieg 291
 Mittelstand 158, 162-163, 230-
 > , NS-Staat 230
 > , Weimar 158
 Moderne Kunst 139-154, 150
 Modersohn-Becker, Paula 142
 Molotow 293
 Molke, Helmuth James Graf von
 275, 276
 Montgomery, Bernard Law 301
 Moser, Hans Joachim 100
 Moskau, Angriff auf 296
 Müller, Eugen; General 296
 Müller, Hermann (SPD); Aussen-
 minister u. Reichskanzler 39,
 76
 Müller, Traugott 126
 München, Haus der Kunst 149
 > , Hitler-Putsch 64
 > , Räterepublik 36, 53, 62
 > , Theaterstadt 128
 > , Zwischenkriegszeit 172
 Münchner Abkommen 244
 Münchner Kammerspiele 128
 Münchner Konferenz 244
 Münchner Räterepublik 36, 53, 62
 Münzer, Gabriele 144, 145
 Murnau, Friedrich Wilhelm 132
 Musil, Robert 112
 Mussolini, Benito 191, 212, 238,
 290, 302
 Mützel, Lothar 126
- Narvik 289
 Nationalsozialismus, Grundlagen
 170-187
 > , Machtverteilung 205-207
 > , Menschenbild 164
 > , Volkserfassung 186
 Nationalsozialistische Arbeiterer-
 fassung 164-166
 Nationalsozialistische Architektur
 150-151
 Nationalsozialistische Aussenpoli-
 tik 231-249
 Nationalsozialistische Betriebszel-
 lenorganisation (NSBO)
 180,208,228
 Nationalsozialistische Deutsche
 Arbeiterpartei s. NSDAP
- Nationalsozialistische Kriegswirt-
 schaft 168-169
 Nationalsozialistische Kulturpolitik
 130, 137, 165
 Nationalsozialistische Kunst 149-
 154, 150-151
 Nationalsozialistischer Deutscher
 Ärztebund 180
 Nationalsozialistische Rituale 181-
 183, 188, 219
 Nationalsozialistischer Lehrerbund
 180
 Nationalsozialistischer Staatsappa-
 rat 206
 Nationalsozialistischer Terror 191-
 192, 193-195, 200-201, 211
 Nationalsozialistisches Arbeitsbe-
 schaffungsprogramm 166
 Nationalsozialistisches Herr-
 schaftssystem 205-207
 Nationalsozialistische «Volksgemein-
 schaft» 163-164
 Nationalsozialistische Wirtschafts-
 politik 166-167, 168, 169, 219
 Nationalversammlung 36, 38, 39,
 88, 89
 Neher, Caspar 127
 Neorealismus 145, 154
 Nerother Wandervogel 102
 Nester, Wandervogel 100
 «Neu-Beginnen» 272, 273
 «Neudeutschland», Katholische
 Jugend 107
 Neuendorf, Edmund 103
 Neuengamme, KZ-Lager 176, 260
 Neue Sachlichkeit, Literatur 109,
 111
 Neurath, Konstantin von 190, 231
 Nichtangriffserklärung, deutsch-bri-
 tische 244
 Nichtangriffspakt, Japan-Sowjet-
 union 245, 246, 299
 Nielsen, Asta 131, 134
 Niemöller, Martin 279
 Nolde, Emil 142, 153
 «Norddeutscher Bund» 48
 Nordschleswig, Versailler Vertrag
 20
 Norwegen, NS-Invasion 289
 Noske, Gustav 38, 45, 48
 «Notverordnungen» (1930-
 1933) 41, 61, 79, 80, 93, 94, 192,
 193-195
 Notverordnung zum Schutz von
 Volk und Reich 193
 Novemberrevolution (1918) 28,
 170
 «Novemberverbrecher» 28, 47,
 163
 NS-Arbeitererfassung 164-166
 NS-Architektur 150-151
 NS-Aussenpolitik 231-249
 NSBO 180,208,228
 NSDAP 43, 44, 79, 80, 86, 170,
 171, 172, 177, 178, 180, 181,
 182, 183-186, 183, 192, 195,
 200, 204, 205, 213, 214, 250
- > , (1920) 43
 > , (1930-1933) 79, 80, 86
 > , Märzwahl (1933) 204
 > , organisatorische Entwicklung
 178, 182
 > , Sozialprofil 183-186, 183
 > NS-Ermedekritikal 179
 > NS-Erziehung 106
 > NS-Filmkunst 136
 > NS-Führerstaat 212-218
 > NS-Herrschaftssystem 212-218
 NS-Hilfspolizei 191-192 NS-
 Ideologie, Grundlagen 170-171
 NS-Jugenderfassung 164
 NS-Kriegswirtschaft 168-169
 NS-Kulturpolitik 137, 165
 NS-Kunst 149-154, 150-151
 NS-Machtverteilung 205-207
 NS-Reichskommissare 205
 NS-Rituale 181-183, 188, 219
 NS-Sonderkommissare 180
 NS-Sozialpolitik 219-232
 NS-Staat 35, 189-249, 206
 NS-Staatsapparat 206
 NS-Terror 193-195,200-201, 211
 NS-Volkserfassung 186
 NS-»Volksgemeinschaft« 163-164
 NS-Wirtschaftspolitik 166-167, 168,
 169, 219-232
 Nürnberg, zerstörtes 307
 «Nürnberger Gesetze» 251, 252
- «Oberland», Kampfbund 48
 Oberschiesien 20, 50, 156
 Oertel, Curt 137
 Olbricht, Friedrich 283
 Oligarchie, Begriff 89
 Ollenhauer, Erich 104
 Olympische Spiele (1936) 237
 Oper 128, 129
 Oper Unter den Linden, Berlin 128
 Opposition, Ausschaltung der 209-
 212
 Oranienburg, KZ 176, 201, 260
 «Organisation Consul» 48
 «Organisation Escherich» 48
 Oster, Hans 288
 Österreich, Anschluss 70, 240, 241
 > , NS-Politik 238, 239, 240, 241
 > , Versailler Vertrag 21
- Pabst, Georg Wilhelm 134, 136,
 138
 Paine, Thomas 131
 Papen, Franz von 79, 80, 81, 86,
 94, 190, 191, 192, 206, 221
 > , Staatsstreich 192 Parlament,
 Auflösung des (Weimar) 9-3
 Parlamentarische Demokratie 9-3,
 32, 43, 87, 88
 Parteibauten 149

- Parteienentwicklung, Weimarer Republik 78
Parteiensplittler, Weimarer Republik 42
«Parteitag der Freiheit» 252
Paulus, General 300
Pearl Harbor, Überfall 300
Pechstein, Max 142
Pfadfinderbewegung 102-103
Pfalzstaat, autonomer 53
Piscator, Erwin 124, 125
Poelzig, Hans 125, 149
Poincaré, Raymond 54, 70
Polen, Generalgouvernement 288
 - , Judenverfolgung 261
 - , Krieg 284, 285, 285, 288
 - , Nichtangriffspakt 236
 - , NS-Außenpolitik 231, 245-249
 - , Oberschlesienkampf 50
 - Politische Polizei 215, 216, 217
 - Politisches Theater 124-125
 «Polnischer Korridor», Versailler Vertrag 20
 Polnische Teilungen 246-247
 Polykratie, Begriff 224
 - , NS-Staat 213
 Popitz, Johannes 275
 Populistisch, Begriff 173
 Porten, Henny 131
 Posen, Provinz; Versailler Vertrag 20
 Potsdam, Einsteinurm 149
 - , Tag von 191, 194
 - Präsidialkabinett 79, 94
 - Pressefreiheit, Einschränkung 192
 Preuss, Hugo 88, 95
 Preussen, NS-Unterwanderung 193
 Preussen-Putsch 192
 Preysing, Graf 277
 Privatwirtschaft, NS-Staat 226
 Probst, Christoph 279
 Protektionismus, Begriff 224
 Proust, Marcel 113
- Quickborn 107
 Quisling, Vidkun 289
- RAD 164
 Radargeräte 302
 Raeder, Erich; Grossadmiral 291
 Raketenwaffen (V1 und V2) 307
 Rapallo, Vertrag von 65, 66
 Rasedoktrin 173, 174, 175, 217, 231
 Rassenpflege 174, 217
 Rasse- und Siedlungshauptamt 217
 Rassismus, Begriff 173
 Rat der Volksbeauftragten 32, 88
 Rätebewegung 29
 Räterepubliken (1919) 32
 -, München 36, 53, 62, 102
 «Rätesystem» 29, 88
- Rath, Ernst vom 252
 Rathenau, Walther; Aussenminister 47, 48, 50, 51, 66, 155
 Raumdoktrin, Begriff 173, 174
 Ravensbrück, KZ-Lager 176
 Rechtsradikalismus 44-46, 47, 49, 52-53
 Rehfisch, Hans José 124
 Reichsarbeitsdienst (RAD) 164
 Reichsautobahn 166
 Reichsbankneubau 167
 «Reichsbanner» 75, 77
 Reichsbürgergesetz 252
 Reichserbhofgesetz 167
 - Reichsexekution, Weimar 90
 Reichsfilmkammer 132
 Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsmi-
 nisterium des Inneren 217
 Reichskanzler, Ernennung (Wei-
 mar) 91, 92
 - , Hitler 212
 Reichskommissare, NS-Zeit 205,
 288
 Reichskommissar für Preussen 206
 «Reichskriegsflagge» 48
 «Reichskristallnacht» 244, 252,
 254, 266, 278
 - , Text der Zeit 254
 Reichskulturkammergesetz 130
 Reichskunstkammer 153
 Reichsleiter 180
 Reichsmark, Inflation 56
 «Reichsnährstand» 167-168, 209
 Reichsparteitag 188, 219
 Reichspräsident, Ebert 38
 - , Hitler 212
 - , Macht des (Weimar) 41, 92-94
 Reichspräsidentenwahl (1932) 82
 Reichspropagandaleiter 180
 Reichsrat, Auflösung (1933) 204
 - , Weimar 92
 Reichsregierung, Ernennung der
 (Weimar) 94
 Reichsschrifttumskammer 130
 Reichssicherheitshauptamt 256
 Reichsstatthalter 206, 207
 Reichstag, Auflösung des 91-92,
 98, 94, 191
 Reichstagsbrand 193, 194, 271
 Reichstagsbrandverordnung 192,
 195, 204
 Reichstheaterkammer 130
 Reichswehr und SA 65, 210, 211,
 213, 214
 - , Kahr-Putsch 65
 Reichswerke Hermann Göring 168
 Reichwein, Adolf 272, 283
 Reinhardt, Max 125, 132
 Remarque, Erich Maria 108, 138
 «Rentenmark» 59-60
 Reparationen 17, 21, 39, 49, 50,
 51, 66-68, 70, 74, 79, 156
 - , Regelung der 66-68, 70, 74
 Republik, deutsche; Ausrufung der
 «Weimarer Republik» 24, 26
 Reservatrechte, Bayern und
 Württemberg 88
 Revisionismus, Begriff 173
 Revisionspolitik 231, 233
 Revisionsverzicht, Locarno-Vertrag
 69
 Revolution (1918) 28-36, 36, 155
 Rheinland, Versailler Vertrag 20,
 21, 40, 238
 Rheinlandbesetzung (1920) 40
 -, NS-Staat 238 «Rhein-Republik»
 53
 Ribbentrop, Joachim von 233, 293
 Riefenstahl, Leni 138
 Ringpfadler 103
 Rituale, NS-Staat 181-183, 188,
 219
 Roeder, Emy 140
 Rohe s. Mies van der
 Rohlfis, Christian 142
 Röhm, Ernst 62, 210, 217
 Röhm-Putsch 62, 210, 211, 217,
 219
 Rohstoffmangel 225
 Roman, zwanziger Jahre 111-112,
 113-114
 Rommel, Erwin; Generalfeldmar-
 schall 300
 Roosevelt, US-Präsident 299, 300,
 304, 305
 Rosenberg, Arthur 163, 233
 «Rote Armee», Ruhraufstand 46,
 53
 «Rote Kapelle» 272
 «Rotfrontkämpferbund» 77
 Rothenfels, Burg (Katholische
 Jugend) 107
 Rühmann, Heinz 136
 «Ruhraufstand» 45, 53
 Ruhrgebietsbesetzung (1923) 51-
 55
 Ruhrkampf 53, 54, 55, 56
 Rundfunk, NS-Staat 178
 Russland-Feldzug 294, 296-297,
 297, 299, 301, 306
 Rüstung 21, 176, 223, 224, 225-
 227
 Rüstungsausgaben 223, 224
 Rüstungsbeschränkungen, Versail-
 ler Vertrag 21
 Rüstungsindustrie, KZ-Lager 176
 Rüstungspolitik 225, 227
- SA 77, 79, 80, 86, 181, 192, 205,
 210, 213-214, 217
 Saar, Wirtschaft 156
 Saarlandabstimmung 236
 SA-Armee 210
 Sachsen, «Kapp-Putsch» 46
 - , Linksreregierungen 53, 60, 61
 - , Reichsexekution 32
 Sachsenhausen, KZ-Lager 176,
 252
 SA-Hilfspolizei 192
 Salomon, Ernst von 48

- SAP 273
SA-Terror 80
 > , (1932-1933) 80
 Satire, zwanziger Jahre 114
 SA-Verbote 79
 Schacht, Hjalmar 168, 218, 223, 224
 Schad, Christian 145
 Schauspielhaus, Zürich 131
 Schauspielhaus am Gendarmenmarkt, Berlin 126
 Scheidemann, Philipp; Ministerpräsident 18, 24, 26, 30, M.39
 > , Wahl zum Reichskanzler 39
 Schill-Jugend 107
 Schirrmann, Richard 100
 Schlageter, Leo 55, 131
 Schleicher, Kurt von 79, 80, 94, 211, 221
 Schlömbach, Pastor F. von 104
 Schmidt-Rottluff, Karl 142
 Schneider, Reinhold 116
 Scholl, Geschwister 269, 279, 280-282
 > , Flugblatt der 280-281
 > , Volksgerichtshof-Urteil 281-282
 Schrimpf, Georg 145
 Schröder, Rudolf Alexander 116
 Schröder, von; Bankier 80
 Schülerbibelkränzchen, CVJM 104
 Schülerherberge 100
 Schulwesen, Weimar 106
 Schulze-Boysen, Harro 272
 Schuschnigg, Kurt von 240, 241, 242-243
 > , Unterredung mit Hitler 242-243
 Schutz-Abteilung s. SA
 Schutzhaft 176, 204, 208
 Schutzstaffel (SS) 176, 181, 214-215, 217
 Schwarz, Rudolf 149
 «Schwarze Reichswehr» 48
 «Schwarzer Freitag» 75
 Schweizerischer Wandervogel 101
 Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig Graf 190
 SD 181, 214
 Seeckt, Generaloberst von 45, 61
 Seelöwe, Unternehmen 290, 291
 Seissner, General 64
 Seldte, Franz 190
 Selektion, Auschwitz 266
 Selters 169
 Separatistische Republiken 53
 Seyss-Inquart 241 «Sichelschnitt» 289 Sicherheitsdienst (SD) 181, 214
 Siemens 166
 Siodmak, Robert 134
 Sluzk, Panzerschlacht bei 297
 Sobibór, Vernichtungslager 176, 260, 262
 Soldatenräte 28, 29, 31, 88
 Sonnemann, Emmy 131
 Sowjetunion, Hitlers Kriegspläne 291-295
 > , Kesselschlachten 296
 > , Locarno-Vertrag 68
 > , NS-Politik 231, 236, 239, 244
 > , Rapallo-Vertrag 66
 > , Völkerbund 20
 > , Zweiter Weltkrieg 296-297, 299, 301, 306, 307
 Sozialdarwinismus, Begriff 173, 174
 Sozialdemokratie 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 38, 38, 42, 44, 59, 76, 192, 195, 203-204, 272
 > , (1918) 26
 > , (1919) 38
 > , (1920) 42
 > , (1928) 76
 > , Grosse Koalition (1928) 76
 > , Verbot 203-204
 > , Verfolgung (1933) 195
 Sozialdemokratischer Widerstand 272
 Sozialdemokratisches Presseverbot 192
 Sozialfaschismustheorie 271, 272
 Sozialisierung der Grundstoffindustrien 155
 Sozialistenverfolgung 192
 Sozialistische Arbeiterjugend 104
 Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) 273
 Sozialkritische Filme 133-134
 Spandauer Bekenntnis, Tumjugend 103
 Spanischer Bürgerkrieg 237, 238
 Spartakusaufstand, Theater 124
 «Spartakusbund» 28, 32
 SPD 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 38, 42, 44, 59, 76, 192, 195, 272
 > , (1918) 26
 > , (1919) 38
 > , (1920) 42
 > , (1928) 76
 > , Grosse Koalition (1923) 59
 > , Verfolgung (1933) 192, 195, 203-204
 > , Widerstand (NS-Staat) 272
 SPD-Exilvorstand 204
 SPD-Presseverbot 192
 SPD-Verbot 203-204
 Speer, Albert 149, 218
 Sport 100
 Sportjugend 103
 SS 176, 181, 214-215, 217
 SS-Einsatzgruppen 261
 SS-Führerschule, Wewelsburg 216
 SS-Herrschaft 214-218
 SS-Organisation 215
 SS-Totenkopfverbände 176, 215
 SS-Verfügungstruppen 215
 SS-Wirtschaft 169
 Staatliches Schauspielhaus, Berlin 129
 Staatsapparat, NS-Zeit 206
 Staatsbürokratie, NS-Zeit 213
 Staatstheater, Berlin 125
 Städtische Oper, Charlottenburg 128
 «Stahlhelm» 77, 204
 > , Freundschaftsabkommen mit der NSDAP 204
 Stahlkirche, Köln 149
 Stalin 246, 249, 288
 Stalingrad 300, 301, 301
 Stalin-Hitler-Pakt 246, 272, 305
 Stände-Ideologie 209
 Stauffenberg, Claus Graf
 Schenk von 269, 275, 278, 279, 283
 Stauffenberg-Attentat (1944) 278, 283
 Steckel, Leonhard 129
 Stehr, Hermann 119
 Steinrück, Albert 128
 Sternberg, Josef von 136
 Stinnes, Hugo 157, 166
 Stöcker, Adolf 250
 Strasser, Gregor 211
 Strauss, Richard 128
 Streicher, Julius 250, 252
 Stresafrott 237
 Stresemann, Gustav 55, 58, 58, 59, 60, 65, 68, 70, 71, 71, 159
 > , Ausenminister 71
 > , Reichskanzler 55, 58
 > , Vita 58
 Stroux, Karlheinz 126
 Stummfilm 131, 132
 «Sturmabteilung» s. SA «Stürmer» 250, 252
 Sudetendeutsche (1945) 308
 Sudetendeutsche Partei 241
 Sudetendeutscher Wandervogel 101
 Sudetenkrise 241, 244
 Synagogen, Zerstörung 252
 Tag von Potsdam 191, 194
 Tauber, Richard 128
 Teheran, Konferenz von 305
 Terror, NS-Staat 193-195, 200, 201, 211, 286-287
 Terroropfer, Übersicht 286-287
 Terrorsystem, Himmler 217
 Thalia-Theater, Hamburg 125
 Theater, politisches 123-130
 Theater am Schiffbauerdamm, Berlin 127
 Theatervereine 123
 Thüringen, «Kapp-Putsch» 46
 > , Linksregierungen 53, 60, 61
 > , Reichsexekution 32
 Thyssen 166
 Tieabende, Tumjugend 103
 Tiller-Girls 127
 Tirpitz, Admiral 45
 Tobruk 300
 Toller, Ernst 108, 128
 Tonfilm 134-138
 Totaler Krieg 304
 Totenkopfverbände 176, 215

- Treblinka, Vernichtungslager 176, 260
Treibstoffversorgung, NS-Staat 168, 226
Trenker, Luis 138
Tribüne 124
Troost, Paul Ludwig 149
Truman, US-Präsident 309
Tschechische Frage 241-244
Tschechoslowakei 20, 239, 241-244, 245, 245, 308
➤ , NS-Einmarsch 245, 246
➤ , NS-Politik 239
➤ , Versailler Vertrag 20
Tschitscherin, sowj. Ausenminister 66
Tucholsky, Kurt 114, 119
Turnerschaft, deutsche 103
- U-Boot-Krieg 302
Ucicky, Gustav 137
UFA 138
Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) 28, 30, 32, 42, 46
Universum-Film-Aktiengesellschaft (UFA) 138
Unternehmer, Weimar 160
USA, Erster Weltkrieg 15
➤ , Zweiter Weltkrieg 299
USPD 28, 30, 32, 42, 46
- V1-Raketen 307
V2-Raketen 307
Verbrauchsgüterindustrie, NS-Staat 227
Verfassung, Weimarer 40-42, 87-96, 9/, 106
Verfassungsentwurf, preussischer 89
Verfassungswandel, Weimarer Republik 74
Verfolgte Künstler 154
Verfolgung der Schriftsteller 154
Verfolgungen, NS-Staat 154, 192
Verhältniswahlrecht (1919) 42
Vernichtungslager 176, 260, 263
Versailler Vertrag 14-23, 17, ➤ 9, 49, 70
Versorgungsengpässe, NS-Staat 225
Vichy-Regime 290
Vierjahresplan, NS-Staat 168, 225, 238
«Vierzehn Punkte», Wilson 16, 23
Vogeler, Gymnastik 100
Völkerbund, Austritt aus dem 236
➤ , Eintritt in den 68, 69, 70, 72
➤ , Sowjetunion 20
➤ , Stresemann 71
«Völkischer Beobachter» 61
«Volksbeauftragte» 30, 32, 88
Volksbegehren, Weimar 92, 93
Volksgemeinschaft, NS-Staat 163, 164, 177, 228
- Volksgerichtshof 274, 279
Volkslied, Wandervogel 98, 100
Volkssoveränität, Weimar 90
Volksstücke, zwanziger Jahre 115-116
Volkstanz, Wandervogel 99, 100
Volkswagen 165, 229
Vormilitärische Ausbildung 184
- Waffen-SS 215
Waffenstillstand (1918) 14, 16
Waffenstillstandsgesuch (1918) 28
Wahlen (1932 u. 1933) 80, 82, 83, 185, 194-195
Wählerschaft, NSDAP 185
Wahlrecht, Weimar 91
Wahlterror, NS-Staat 191-192
Währungsreform, Weimar 59, 157
Waldeck, Jugendburg 102
Wallenberg, Raoul 263
Walter, Bruno 128
Wandervogel 97-102, 99
➤ , Mädchen 98
Wannseekonferenz 256, 257, 260
Wartenburg, Peter Yorck von 276
Wedekind, Frank 125, 128
Wegener, Paul 131
Wehrertüchtigung, NS-Staat 105
Wehrmacht 222, 223
Wehrpflicht, Allgemeine 222, 236
Weill, Kurt 129, 136
Weimar, Nationalversammlung 38, 88, 89
«Weimarer Koalition» 38, 47
Weimarer Republik 25-86
➤ , Aussenpolitik 65-71
➤ , Ende der 80, 81
➤ , Inflation 56-60
➤ , Innere Unruhen 42-55, 60-65
➤ , Stichworte zur 81
➤ , Unruhefaktoren 163
➤ , Zeitafel 34-35
Weimarer Verfassung 40-42, 87-96, 97, 106
Weinheber, Josef 119
Weissenhof-Siedlung, Stuttgart 149
Weisse Rose, Widerstandsgruppe 277, 279
Wels, Otto 201
Weltanschauung, NS-Ideologie 170-175, 177, 178
«Weltbühne», Tucholsky 114
Weltkrieg, Erster 14-16
➤ , Zweiter 284-309, 294-295, 298
Weltwirtschaftskrise 71, 74-76, 159, 160, 180, 220
➤ , Weimarer Republik 74 «Werdentfels», Freikorps 62
Werefkin, Marianne 144
- Wessely, Paula 136
Westernplatte 284
Westfeldzug (1940) 288, 289-290
➤ , (1945) 306
Westpreussen, Versailler Vertrag 20
Wewelsburg bei Büren, SS-Führerschule 216
Wickersdorf, Landerziehungsheim 100, 101
Widerstand, deutscher 269-283
Widerstandsbewegungen, europäische 304
Wiechert, Ernst 119
Wien, Hitler in 240
Wilhelm II., Kaiser 22, 26, 27, 28, 87
➤ , Abdankung 27, 28, 87
Wilhelmshaven, Meuterei 28
Wilson, Thomas Woodrow; US-Präsident 16,20,21,23, 26
➤ , «14 Punkte» 16, 23
Wirth, Reichskanzler 49, 50, 52, 53
➤ , Kabinett 52
Wirtschaft (1918-1939) 155-169, 213
➤ , NS-Herrschaft 213
Wirtschaftsdemokratie 155
Wirtschaftslenkung, NS-Staat 219-232
➤ , Weimar 160
Wirtschaftszusammenbruch 157
Wissel, Adolf 38
Wochenschauen 138
Wulf, Hans 101
Wurm, Theophil 277
Württemberg, Reservatrechte 88
Würzburg, israelitische Kultusgemeinde 257
Wyneken, Gustav 100, 101
- Young, Owen D. 74
«Young-Plan» 74
- Zeiss 158
Zentralismus, Begriff 89
Zentrum 26, 27, 38, 42, 44, 59, 201
➤ , (1918) 26
➤ , (1919) 38
➤ , (1920) 42
➤ , Ermächtigungsgesetz 201
➤ , Grosse Koalition (1923) 59
Ziegel, Erich 128
Zitadelle, Unternehmen 304
Zuckmayer, Carl 115,127
Zupfgeigenhansl 97
Zürcher Schauspielhaus 131
Zweifrontenkrieg 299
Zweig, Stefan 119
Zweiter Weltkrieg 284-309, 294-295, 298
➤ , Daten 292-293
➤ , Europa 294-295
➤ , Feldzüge 299

ABBILDUNGSNACHWEIS

Archiv für Kunst und Geschichte, Berlin (3); Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin (21); Eupra Bildarchiv, München (2); Friedrich Ebert Stiftung, Bonn (1); Interfoto, München (1); Keystone Bildarchiv, Hamburg (3); Bertelsmann LEXI KOTH EK Verlag GmbH, Gütersloh (22); Bildarchiv Foto Marburg, Marburg (1); Österr. Nationalbibliothek, Wien (1); Maria Otte, Melle (11); Paul Popper Ltd., London (1); Schirmer/Mosel Verlag, München (5); Stiftung Sebüll, Niebüll (1); Süddeutscher Verlag Bilderdienst, München (4); Ullstein GmbH Bilderdienst, Berlin (20).